

## Teil 2: Säule 1 – Mindestkapitalanforderungen

### I. Berechnung der Mindestkapitalanforderungen

40. Teil 2 erläutert die Berechnung der gesamten Mindestkapitalanforderungen für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko. Bei der Berechnung der Eigenkapitalquote wird die Definition der Begriffe „regulatorisches Eigenkapital“ und „gewichtete Risikoaktiva“ verwendet. Das Verhältnis von anrechenbarem Eigenkapital zu gewichteten Risikoaktiva darf nicht geringer sein als 8%. Das Ergänzungskapital ist auf 100% des Kernkapitals begrenzt.

#### A. Regulatorisches Eigenkapital

41. Die Definition des anrechenbaren regulatorischen Eigenkapitals bleibt gegenüber der Eigenkapitalvereinbarung von 1988, die in der Pressemitteilung „Zulässige Instrumente für die Eigenkapitalklasse 1“ vom 27. Oktober 1998 präzisiert wurde, bestehen,<sup>10</sup> mit Ausnahme der in den Absätzen 37 bis 39 sowie 43 erwähnten Anpassungen.

42. Im Standardansatz für das Kreditrisiko können Pauschalwertberichtigungen, wie in den Absätzen 381 bis 383 beschrieben, dem Ergänzungskapital bis zu einer Grenze von 1,25% der gewichteten Risikoaktiva zugeordnet werden.

43. Die in der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 vorgesehene Möglichkeit, Pauschalwertberichtigungen (oder allgemeine Rückstellungen für Kreditausfälle) dem Ergänzungskapital zuzurechnen, entfällt für Banken, die den auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz) für das Kreditrisiko wählen. Banken, die den IRB-Ansatz für Verbriefungspositionen oder den PD/LGD-Ansatz für Beteiligungspositionen wählen, müssen zunächst einen Betrag in Höhe der erwarteten Verluste, entsprechend den Vorgaben in den Absätzen 563 bzw. 386, vom Kapital abziehen. Banken, die den IRB-Ansatz für sonstige Forderungsklassen nutzen, müssen die folgenden Positionen vergleichen: i) den Gesamtbetrag der anererkennungsfähigen Wertberichtigungen, wie in Absatz 380 beschrieben, und ii) den im Rahmen des IRB-Ansatzes berechneten Gesamtbetrag der erwarteten Verluste, wie in Absatz 375 beschrieben. Wenn der Gesamtbetrag der erwarteten Verluste den Gesamtbetrag der anererkennungsfähigen Wertberichtigungen übersteigt, so müssen die Banken den Differenzbetrag vom Kapital abziehen. Der Abzug muss zu je 50% vom Kernkapital und vom Ergänzungskapital erfolgen. Ist der Gesamtbetrag der erwarteten Verluste geringer als der Gesamtbetrag der anererkennungsfähigen Wertberichtigungen, die entsprechend den Absätzen 380 bis 383 bestimmt wurden, so können Banken den Differenzbetrag bis zu einer maximalen Höhe von 0,6% der gewichteten Risikoaktiva dem Ergänzungskapital zurechnen. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz kann auch eine Obergrenze von weniger als 0,6% festgelegt werden.

#### B. Gewichtete Risikoaktiva

44. Die Summe aller gewichteten Risikoaktiva wird bestimmt, indem die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken und operationelle Risiken mit 12,5 (dem Kehrwert der Mindesteigenkapitalquote von 8%) multipliziert und zur Summe der gewichteten Risikoaktiva aus dem Kreditgeschäft addiert werden. Der Ausschuss wird die Kalibrierung der Rahmenvereinbarung vor dem Inkrafttreten überprüfen. Möglicherweise kommt ein Skalierungsfaktor zur Anwendung, um die Mindestkapitalanforderungen auf aggregierter Ebene in etwa gleich zu halten und gleichzeitig den Banken Anreize zu geben, die fortgeschritteneren risikosensitiven Ansätze der Rahmenvereinbarung anzuwenden.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Die Definition von Drittrangmitteln entspricht nach wie vor der *Änderung der Eigenkapitalvereinbarung zur Einbeziehung von Marktrisiken* des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht vom Januar 1996, geändert im September 1997 (im Folgenden „Basler Marktrisiko-Papier“ genannt).

<sup>11</sup> Ausgehend von den Daten der QIS3 und unter Berücksichtigung der Anpassungen durch die reine UL-Kalibrierung ergibt sich derzeit als Schätzer für den Skalierungsfaktor ein Wert von 1,06. Abschliessend bestimmt wird der Skalierungsfaktor anhand der Ergebnisse der Parallelberechnungen, aus denen die Auswirkungen aller zu implementierenden Elemente der Rahmenvereinbarung ersichtlich sein werden.

Der Skalierungsfaktor wird auf die gewichteten Risikoaktiva aus dem Kreditgeschäft, die nach dem IRB-Ansatz bestimmt wurden, angewandt.

### C. Übergangsbestimmungen

45. Für Banken, die den IRB-Ansatz für das Kreditrisiko oder die fortgeschrittenen Messansätze (AMA) für das operationelle Risiko einsetzen, wird nach Inkrafttreten dieser Rahmenvereinbarung eine Untergrenze für die Eigenkapitalanforderungen festgelegt. Die Banken müssen die Differenz zwischen i) der nach Absatz 46 berechneten Untergrenze für die Eigenkapitalanforderungen und ii) dem nach Absatz 47 berechneten Betrag bestimmen. Sofern die nach Absatz 46 berechnete Untergrenze grösser ist als der nach Absatz 47 berechnete Betrag, müssen die Banken das 12,5-fache des Differenzbetrags zu den gewichteten Risikoaktiva addieren.

46. Die Untergrenze wird nach Massgabe der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 berechnet. Dabei wird der folgende Betrag mit einem Anpassungsfaktor multipliziert: i) 8% der gewichteten Risikoaktiva zuzüglich ii) Abzugspositionen vom Kernkapital und vom Ergänzungskapital abzüglich iii) des Betrags der Pauschalwertberichtigungen, die dem Ergänzungskapital zugerechnet werden können. Für Banken, die den IRB-Basisansatz anwenden, beträgt der Anpassungsfaktor 95% für das Jahr, das Ende 2006 beginnt. Für Banken, die i) den IRB-Basisansatz und/oder den fortgeschrittenen IRB-Ansatz und/oder ii) die AMA anwenden, beträgt der Anpassungsfaktor 90% für das Jahr, das Ende 2007 beginnt, und 80% für das Jahr, das Ende 2008 beginnt. Die nachstehende Tabelle illustriert die Anwendung der Anpassungsfaktoren. Weitere Übergangsbestimmungen einschliesslich Regelungen zu den Parallelberechnungen finden sich in den Absätzen 264 bis 269.

	ab Ende 2005	ab Ende 2006	ab Ende 2007	ab Ende 2008
IRB-Basisansatz <sup>12</sup>	Parallelberechnung	95%	90%	80%
Fortgeschrittener IRB-Ansatz und/oder AMA	Parallelberechnung oder Auswirkungsstudien	Parallelberechnung	90%	80%

47. In den Jahren, in denen die Untergrenzen Anwendung finden, müssen die Banken den folgenden Betrag berechnen: i) 8% der gewichteten Risikoaktiva, berechnet nach der vorliegenden Rahmenvereinbarung, abzüglich ii) der Differenz zwischen den insgesamt anerkennungsfähigen Wertberichtigungen und dem erwarteten Verlust, wie in Abschnitt III.G beschrieben (s. Absätze 374 bis 386), zuzüglich iii) sonstiger Abzugspositionen vom Kernkapital und vom Ergänzungskapital. Banken, die für einen Teil ihrer Forderungen den Standardansatz für das Kreditrisiko anwenden, müssen zusätzlich die auf diesen Teil entfallenden Pauschalwertberichtigungen, die dem Ergänzungskapital angerechnet werden können, von dem im ersten Satz dieses Absatzes beschriebenen Betrag abziehen.

48. Sollten in dieser Phase Probleme bekannt werden, behält sich der Ausschuss vor, angemessene Massnahmen zu ergreifen und – falls erforderlich – insbesondere die Untergrenzen über das Jahr 2009 hinaus beizubehalten.

49. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass eine aufsichtliche Vorgabe von Untergrenzen für Banken, die den IRB-Ansatz für das Kreditrisiko und/oder die AMA für das operationelle Risiko ab Ende 2008 umsetzen, angemessen ist. In Bezug auf Banken, die in den in Absatz 46 erwähnten Jahren nicht vollständig zu einem der genannten Ansätze übergehen, ist der Ausschuss der Ansicht, dass eine aufsichtliche Vorgabe von Untergrenzen (analog zu denen in Absatz 46) für diese Banken auch weiterhin angemessen ist, um genügend Zeit zu geben, damit die bankenspezifischen Umsetzungen der fortgeschrittenen Ansätze solide erfolgen. Jedoch erkennt der Ausschuss an, dass eine Umsetzung von auf der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 basierenden Untergrenzen mit der Zeit immer schwieriger sein wird, und vertritt deshalb die Ansicht, dass Aufsichtsinstanzen die Freiheit haben

<sup>12</sup> Der IRB-Basisansatz beinhaltet den IRB-Ansatz für das Retail-Geschäft.

sollen, angemessene bankenspezifische Untergrenzen vorzugeben, die mit den in diesem Absatz dargelegten Grundprinzipien im Einklang stehen; die Art der angewandten Untergrenzen ist dabei vollständig offen zu legen. Solche Untergrenzen können davon abhängen, welchen Ansatz eine Bank vor dem IRB-Ansatz und/oder den AMA angewandt hat.

## II. Kreditrisiko – Der Standardansatz

50. Der Ausschuss schlägt vor, den Banken die Wahl zwischen zwei grundlegenden Methoden zur Berechnung der Mindestkapitalanforderungen für das Kreditrisiko zu lassen. Die eine Methode ist die standardisierte Messung des Kreditrisikos, unterstützt durch externe Bonitätsbeurteilungen.<sup>13</sup>

51. Nach der anderen Methode, die von der zuständigen Bankenaufsicht ausdrücklich genehmigt werden muss, ist es den Banken gestattet, ihre internen Rating-Systeme für das Kreditrisiko zu verwenden.

52. Der folgende Abschnitt stellt die Änderungen der Risikogewichtungen für Kredite im Anlagebuch im Vergleich zur Eigenkapitalvereinbarung von 1988 dar. Darin nicht ausdrücklich erwähnte Kredite werden wie bisher behandelt. Dagegen wird die Behandlung von Forderungen, die Gegenstand von Verbriefungen sind, in Abschnitt IV geregelt. Bei der Bestimmung von Risikogewichten im Standardansatz können die Banken Beurteilungen von Rating-Agenturen verwenden, sofern diese von den zuständigen Aufsichtsinstanzen in Übereinstimmung mit den in den Absätzen 90/91 definierten Kriterien als für die Eigenkapitalberechnung geeignet anerkannt werden. Die Kredite sollten nach Abzug von Einzelwertberichtigungen risikogewichtet werden.<sup>14</sup>

### A. Einzelne Forderungen

#### 1. Forderungen an Staaten

53. Forderungen an Staaten und deren Zentralbanken werden wie folgt risikogewichtet:

Rating	AAA bis AA–	A+ bis A–	BBB+ bis BBB–	BB+ bis B–	Unterhalb B–	Ohne Rating
Risikogewicht	0%	20%	50%	100%	150%	100%

54. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz können für Kredite von Banken an ihren Sitzstaat (oder dessen Zentralbank) niedrigere Risikogewichte zugelassen werden, sofern die Forderung auf Landeswährung lautet und in dieser refinanziert<sup>15</sup> ist.<sup>16</sup> Wenn von dieser Ermessensfreiheit Gebrauch gemacht wird, können die Aufsichtsinstanzen anderer Länder ihren Banken ebenfalls gestatten, das gleiche Risikogewicht für Kredite an diesen Staat (oder dessen Zentralbank) anzuwenden, vorausgesetzt sie lauten auf die Währung dieses Staates und sind in dieser Währung refinanziert.

55. Im Rahmen der Risikogewichtung von Forderungen an Staaten können die Aufsichtsinstanzen Länderrisikoklassifizierungen anerkennen, die von einer Exportversicherungsagentur („export credit agency“, ECA) vorgenommen wurden. Voraussetzung dafür ist, dass die ECA ihre Länderrisikoklassifizierungen veröffentlicht und die OECD-Methodik anwendet. Banken können wählen, ob sie die individuellen Länderrisikoklassifizierungen einer von ihrer nationalen Aufsichtsinstanz anerkannten ECA nutzen oder die gemeinsame Länderrisikoklassifizierung<sup>17</sup> derjenigen ECA verwen-

<sup>13</sup> Die Notierung folgt der Methodik der Rating-Agentur Standard & Poor's. Die Verwendung dieser Kreditratings dient jedoch nur als Beispiel; genauso gut könnten die Ratings einiger anderer Bonitätsbeurteilungsinstitute verwendet werden. In diesem Sinne sind die hier verwendeten Ratings nicht als Präferenzen oder Vorgaben des Ausschusses zu verstehen.

<sup>14</sup> Ein vereinfachter Standardansatz ist in Anhang 9 dargestellt.

<sup>15</sup> Dies bedeutet, dass die Bank auch entsprechende Verbindlichkeiten in Landeswährung hat.

<sup>16</sup> Dieses niedrigere Risikogewicht kann auf Sicherheiten und Garantien ausgedehnt werden, s. II.D.3 und II.D.5.

<sup>17</sup> Die entsprechende Länderrisikoklassifizierung („Country Classification“) ist auf der Website der OECD (<http://www.oecd.org>) auf der Seite des Departments Trade Directorate unter „Export Credits/Export Credit Arrangement“ verfügbar.

den, die am „Arrangement on Officially Supported Export Credits“ beteiligt sind. Die OECD-Methodik sieht acht Kategorien für die Länderrisikoklassifizierung vor, denen Mindestprämien für Exportversicherungen zugeordnet werden. Die Länderrisikoklassifizierungen sind – wie nachstehend im Einzelnen dargelegt – jeweils einer bestimmten Risikogewichtskategorie zuzuordnen.

<b>ECA-Länder- risiko- klassifizierung</b>	<b>0–1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>4–6</b>	<b>7</b>
Risikogewicht	0%	20%	50%	100%	150%

56. Auf Forderungen an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Internationalen Währungsfonds, die Europäische Zentralbank und die Europäische Gemeinschaft kann ein Risikogewicht von 0% angewandt werden.

## **2. Forderungen an sonstige öffentliche Stellen („public sector entities“, PSE)**

57. Forderungen an PSE im Inland werden nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz entsprechend der für Forderungen an Banken geltenden Option 1 oder 2 behandelt.<sup>18</sup> Wenn die Option 2 gewählt wird, ist sie ohne die Vorzugsbehandlung für kurzfristige Kredite anzuwenden.

58. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz können Forderungen an bestimmte inländische PSE auch wie Forderungen an den Sitzstaat dieser PSE behandelt werden.<sup>19</sup> Wenn dieser Ansatz gewählt wird, können die Aufsichtsinstanzen anderer Länder ihren Banken gestatten, Forderungen an solche PSE genauso zu behandeln.

## **3. Forderungen an multilaterale Entwicklungsbanken („multilateral development banks“, MDB)**

59. Die Risikogewichte für Kredite an MDB richten sich grundsätzlich nach deren externen Ratings, wie nachstehend unter Option 2 für Forderungen an Banken erläutert, allerdings ohne die Möglichkeit, kurzfristige Forderungen bevorzugt zu behandeln. Ein Risikogewicht von 0% wird für Forderungen an sehr hoch eingestufte MDB angewandt, welche nach Ansicht des Ausschusses die

<sup>18</sup> Dies gilt unabhängig davon, für welche Option sich ein Land bei der Risikogewichtung von Forderungen an gebietsansässige Banken entschieden hat. Insbesondere muss die für Forderungen an Banken gewählte Option nicht unbedingt auch auf Forderungen an PSE angewandt werden.

<sup>19</sup> Das nachstehende Beispiel zeigt, wie PSE eingestuft werden können, indem man sich auf ein spezifisches Merkmal, namentlich das Recht zur Erhebung von Steuern, bezieht. Allerdings können auch andere Abgrenzungskriterien für unterschiedliche PSE angewandt werden, indem z.B. auf den Umfang der vom Zentralstaat bereitgestellten Garantien abgestellt wird:

- **Regionale und lokale Gebietskörperschaften** können in derselben Weise behandelt werden wie der Zentralstaat, wenn sie ein eigenständiges Steuererhebungsrecht haben und besondere institutionelle Vorkehrungen getroffen wurden, die ihr Ausfallrisiko reduzieren
- **Die Behörden des Zentralstaates, der regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften und andere nicht kommerzielle Unternehmen** in ihrem Eigentum sollten nicht dieselbe Behandlung wie der Zentralstaat erfahren, wenn diese Behörden und Unternehmen nicht über ein Steuererhebungsrecht verfügen oder keine Vorkehrungen wie oben beschrieben getroffen wurden. Falls strenge Kreditvergabevorschriften für diese Behörden und Unternehmen bestehen und eine Insolvenz wegen ihres besonderen öffentlich-rechtlichen Status ausgeschlossen ist, könnte es angemessen sein, diese Forderungen analog zu Forderungen an Banken zu behandeln
- **Wirtschaftsunternehmen** im Eigentum von Zentralstaaten oder regionalen bzw. lokalen Gebietskörperschaften können wie andere Wirtschaftsunternehmen behandelt werden. Insbesondere wenn ein solches Unternehmen im Wettbewerb mit anderen Unternehmen steht, obwohl der Staat oder eine regionale bzw. lokale Gebietskörperschaft der Haupteigentümer dieses Unternehmens ist, sollte die Bankenaufsicht dieses Unternehmen wie andere Unternehmen behandeln und die entsprechenden Risikogewichte anwenden

untengenannten Kriterien erfüllen.<sup>20</sup> Der Ausschuss wird die Berechtigung für diese bevorzugte Behandlung fortlaufend auf Einzelfallebene beobachten. Für ein 0%-Risikogewicht müssen MDB alle folgenden Kriterien erfüllen:

- Die langfristigen Emittentenratings sind sehr hoch, d.h. die Mehrzahl der externen Ratings der MDB muss AAA sein
- Die Eigentümer sind zu einem wesentlichen Anteil Staaten mit langfristigen Emittentenratings von AA– oder höher, oder die Finanzierung basiert überwiegend auf eingezahltem Aktienkapital und es besteht nur eine geringe oder gar keine Verschuldung
- Es ist ein starker Rückhalt durch die Eigentümer vorhanden, der aus der Höhe des von den Eigentümern eingezahlten Kapitals, aus dem Umfang weiteren Kapitals, auf das die MDB zur Tilgung von Verbindlichkeiten Zugriff haben, sowie aus fortlaufenden Kapitaleinzahlungen und neuen verbindlichen Zusagen der Eigentümerstaaten ersichtlich ist
- Kapital und Liquidität sind angemessen (für diese Beurteilung ist eine Einzelfallbetrachtung notwendig)
- Es existieren strenge, in der Satzung festgelegte Kreditvergaberichtlinien und eine konservative Finanzpolitik, u.a. mit einem strukturierten Kreditgenehmigungsprozess, internen Kreditwürdigkeits- und Risikokonzentrationslimits (pro Land, Branche, Einzelkredit und Kreditklasse), einer zwingenden Zustimmung durch das oberste Verwaltungsorgan oder einen seiner Ausschüsse bei der Vergabe von Grosskrediten, festgelegten Rückzahlungsplänen, einer effektiven Überwachung der Kreditverwendung, einem Statusüberwachungsprozess und strengen Regeln für die Bewertung der Risiken und die Risikovorsorge

#### **4. Forderungen an Banken**

60. Es gibt zwei Optionen für Forderungen an Banken. Die nationalen Aufsichtsinstanzen werden eine dieser Optionen für alle Banken in ihrem Zuständigkeitsbereich vorgeben. Forderungen an Banken ohne externes Rating dürfen kein Risikogewicht erhalten, das niedriger ist als das Risikogewicht für Kredite an ihren Sitzstaat.

61. Bei der ersten Option erhalten alle Banken ein um eine Stufe höheres Risikogewicht als der Sitzstaat. Allerdings wird das Risikogewicht für Banken in einem Staat mit einem Rating von BB+ bis B- und für Banken in einem Staat ohne Rating auf maximal 100% begrenzt.

62. Bei der zweiten Option basiert das Risikogewicht auf dem externen Rating jeder einzelnen Bank, wobei Forderungen an Banken ohne Rating mit 50% zu gewichten sind. Bei dieser Option kann auf Forderungen mit einer Anfangslaufzeit<sup>21</sup> von drei Monaten oder weniger ein Vorzugs-Risikogewicht angewandt werden, das um eine Stufe niedriger ist, aber mindestens 20% betragen muss. Diese Behandlung steht sowohl Banken mit als auch Banken ohne Rating offen, nicht jedoch Banken, die ein Risikogewicht von 150% erhalten.

63. Die beiden Optionen sind in den folgenden Tabellen zusammengefasst.

---

<sup>20</sup> Zur Zeit ist für die folgenden MDB ein Risikogewicht von 0% zulässig: die Weltbankgruppe, bestehend aus der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der International Finance Corporation (IFC), die Asian Development Bank (ADB), die African Development Bank (AfDB), die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Inter-American Development Bank (IADB), die Europäische Investitionsbank (EIB), den Europäischen Investitionsfonds (EIF), die Nordic Investment Bank (NIB), die Caribbean Development Bank (CDB), die Islamic Development Bank (IDB) und die Entwicklungsbank des Europarates (CEDB).

<sup>21</sup> Die Aufsichtsinstanzen sollten sicherstellen, dass Forderungen mit einer (vertraglichen) Anfangslaufzeit unter drei Monaten, bei denen eine Erstreckung zu erwarten ist (die effektive Laufzeit also mehr als drei Monate beträgt), diese bevorzugte Behandlung für Eigenkapitalzwecke nicht erhalten.

### Option 1

Rating des Staates	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BBB-	BB+ bis B-	Unterhalb B-	Ohne Rating
Risikogewicht unter Option 1	20%	50%	100%	100%	150%	100%

### Option 2

Rating der Bank	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BBB-	BB+ bis B-	Unterhalb B-	Ohne Rating
Risikogewicht unter Option 2	20%	50%	50%	100%	150%	50%
Risikogewicht für kurzfristige Forderungen <sup>22</sup> unter Option 2	20%	20%	20%	50%	150%	20%

64. Wenn die nationale Aufsichtsinstanz für Forderungen an den Staat, wie in Absatz 54 beschrieben, eine bevorzugte Behandlung zulässt, kann sie unter den beiden obengenannten Optionen für Forderungen an Banken mit einer Anfangslaufzeit von drei Monaten oder weniger, die auf Landeswährung lauten und in dieser refinanziert sind, auch ein Risikogewicht vergeben, das um eine Stufe höher ist als das Risikogewicht für entsprechende Forderungen an den Sitzstaat, wobei für Forderungen an Banken ein Mindestrisikogewicht von 20% gilt.

### 5. Forderungen an Wertpapierhäuser

65. Forderungen an Wertpapierhäuser können wie Forderungen an Banken behandelt werden, sofern diese Wertpapierhäuser Aufsichts- und Regulierungssystemen unterliegen, die mit denen dieser Rahmenvereinbarung vergleichbar sind (insbesondere in Bezug auf risikobasierte Eigenkapitalanforderungen<sup>23</sup>). Andernfalls sind auf solche Forderungen die Regeln für Forderungen an Wirtschaftsunternehmen anzuwenden.

### 6. Forderungen an Wirtschaftsunternehmen

66. Die untenstehende Tabelle zeigt die Risikogewichte für Forderungen an Wirtschaftsunternehmen mit externem Rating, einschliesslich Forderungen an Versicherungsunternehmen. Das Standardrisikogewicht für Forderungen an Unternehmen ohne Rating beträgt 100%, wobei solche Forderungen kein niedrigeres Risikogewicht erhalten dürfen als Forderungen an den jeweiligen Sitzstaat.

Rating	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BB-	Unterhalb BB-	Ohne Rating
Risikogewicht	20%	50%	100%	150%	100%

<sup>22</sup> Kurzfristige Forderungen sind unter Option 2 als Forderungen mit einer Anfangslaufzeit von drei Monaten oder weniger definiert. Nicht enthalten in diesen Tabellen sind die Vorzugsrisikogewichte für auf Landeswährung lautende und in dieser Währung refinanzierte Kredite, die die Banken nach Massgabe von Absatz 64 anwenden dürfen.

<sup>23</sup> Damit sind für Wertpapierhäuser geltende Eigenkapitalanforderungen gemeint, die mit denen vergleichbar sind, die unter dieser Rahmenvereinbarung an Banken gestellt werden. Diese Vergleichbarkeit bedingt auch, dass ein Wertpapierhaus (jedoch nicht notwendigerweise dessen Mutterunternehmen) hinsichtlich nachgeordneter Tochterunternehmen einer konsolidierten Regulierung und Aufsicht unterliegt.

67. Die Aufsichtsinstanzen sollten das Standardrisikogewicht für Forderungen ohne Rating erhöhen, wenn sie der Ansicht sind, dass ein höheres Risikogewicht vor dem Hintergrund der allgemeinen Erfahrungen mit Kreditausfällen in ihrem Zuständigkeitsbereich angemessen ist. Im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens können die Aufsichtsinstanzen auch in Erwägung ziehen, angesichts der Qualität der Forderungen einer einzelnen Bank gegenüber Wirtschaftsunternehmen ein höheres Standardrisikogewicht als 100% anzuwenden.

68. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz kann sie den Banken gestatten, alle Kredite an Wirtschaftsunternehmen, unabhängig von den externen Ratings, mit 100% zu gewichten. Wenn eine Aufsichtsinstanz sich für diesen Weg entscheidet, muss sichergestellt sein, dass die Banken einen kohärenten Ansatz wählen, d.h. entweder jedes verfügbare Rating verwenden oder durchgängig auf die Berücksichtigung von externen Ratings verzichten. Um „Rosinenpicken“ bei der Verwendung externer Ratings zu vermeiden, sollten die Banken die Genehmigung ihrer Aufsichtsinstanz einholen, bevor sie die Option ausüben, alle Unternehmenskredite mit 100% zu gewichten.

## **7. Kredite, die dem aufsichtlichen Retail-Portfolio zugeordnet werden**

69. Kredite, die die Kriterien in Absatz 70 erfüllen, können bei der Eigenkapitalberechnung als Retail-Forderungen klassifiziert und einem entsprechenden aufsichtlichen Portfolio zugeordnet werden. Solche Kredite können ein Risikogewicht von 75% erhalten, es sei denn, es handelt sich – wie in Absatz 75 beschrieben – um Kredite in Verzug.

70. Damit Kredite dem aufsichtlichen Retail-Portfolio zugeordnet werden können, müssen sie die folgenden vier Kriterien erfüllen:

- Kreditnehmerkriterium: Kreditnehmer sind eine oder mehrere natürliche Personen oder ein Kleinunternehmen
- Produktkriterium: Der Kredit entspricht einer der folgenden Kreditarten: revolving Kredite und Kreditlinien (einschl. Kreditkartenforderungen und Überziehungskredite), persönliche Kredite und Leasingforderungen (z.B. Abzahlungsgeschäfte, Autofinanzierungen und Auto-leasing, Studenten- und Ausbildungsdarlehen, andere private Finanzierungen) sowie Kredite bzw. Kreditlinien für Kleinunternehmen. Wertpapiere (wie festverzinsliche Wertpapiere oder Aktien) können unabhängig davon, ob sie börsennotiert sind oder nicht, dem Retail-Portfolio nicht zugeordnet werden. Immobilienkredite sind ebenfalls ausgenommen, wenn sie wie Forderungen behandelt werden können, die durch Wohnimmobilien besichert sind (s. Absatz 72)
- Granularitätskriterium: Die Aufsicht muss überzeugt sein, dass das für aufsichtliche Zwecke gebildete Retail-Portfolio angemessen diversifiziert ist und die Risiken so weit reduziert sind, dass das Risikogewicht von 75% gerechtfertigt ist. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, ein zahlenmässiges Limit zu setzen, wonach die zusammengefassten Kredite an einen einzelnen Schuldner<sup>24</sup> 0,2% des gesamten für aufsichtliche Zwecke gebildeten Retail-Portfolios nicht übersteigen dürfen
- Niedriger Betrag der einzelnen Kredite. Der Wert für die zusammengefassten Retail-Kredite an einen Kreditnehmer darf € 1 Mio. nicht übersteigen

71. Die nationalen Aufsichtsinstanzen sollten anhand der Erfahrungen mit entsprechenden Kreditausfällen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich abschätzen, ob die in Absatz 69 genannten Risikogewichte zu niedrig sind. Sie können die Banken verpflichten, diese Risikogewichte gegebenenfalls zu erhöhen.

---

<sup>24</sup> Die zusammengefassten Kredite entsprechen dem Bruttobetrag (d.h. ohne Berücksichtigung kreditrisikomindernder Methoden) aller Arten von Krediten (z.B. Inanspruchnahmen und offene Kreditzusagen), die jeweils für sich die drei anderen Kriterien erfüllen. Ergänzend gilt, dass unter einem „einzelnen Schuldner“ ein oder mehrere Kontrahenten verstanden werden, die als ein einzelner Kreditnehmer angesehen werden (z.B. wenn ein Kleinunternehmen mit einem anderen Kleinunternehmen verbunden ist, gilt das Limit für die zusammengefassten Kredite an beide).

## **8. Durch Wohnimmobilien besicherte Forderungen**

72. Ausleihungen, die vollständig durch Grundpfandrechte/Hypotheken auf Wohnimmobilien abgesichert sind, die vom Kreditnehmer bewohnt werden oder künftig bewohnt werden sollen oder die vermietet sind, erhalten ein Risikogewicht von 35%. Dabei hat sich die Aufsicht davon zu überzeugen, dass dieses verminderte Risikogewicht, entsprechend den nationalen Bestimmungen für Kredite zur Finanzierung von Wohneigentum, ausschliesslich auf Wohnimmobilien angewandt wird und dass diese Kredite strengen Anforderungen entsprechen, z.B. dass der nach genauen Regeln ermittelte Wert der Sicherheit den Kreditbetrag erheblich übersteigt. Sofern die Aufsicht zu dem Ergebnis kommt, dass diese Anforderungen nicht erfüllt werden, sollte sie ein höheres Risikogewicht anwenden.

73. Die nationalen Aufsichtsinstanzen sollten anhand der Erfahrungen mit entsprechenden Kreditausfällen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich abschätzen, ob die in Absatz 72 genannten Risikogewichte zu niedrig sind. Sie können die Banken verpflichten, diese Risikogewichte gegebenenfalls zu erhöhen.

## **9. Durch gewerbliche Immobilien besicherte Forderungen**

74. Angesichts der Erfahrungen in zahlreichen Ländern, dass gewerbliche Immobilienkredite in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt Probleme im Bankensystem verursacht haben, hält der Ausschuss an der Meinung fest, dass Grundpfandrechte/Hypotheken auf gewerbliche Immobilien im Prinzip kein anderes Risikogewicht als 100% für die entsprechend besicherten Kredite rechtfertigen.<sup>25</sup>

## **10. Kredite in Verzug**

75. Der unbesicherte Teil von Forderungen, die mehr als 90 Tage in Verzug sind (hiervon ausgenommen sind die für eine Vorzugsbehandlung infrage kommenden Wohnimmobilienkredite), wird – nach Abzug der Einzelwertberichtigungen (einschl. Teilwertabschreibungen) – wie folgt risikogewichtet:<sup>26</sup>

- mit 150%, falls die Einzelwertberichtigungen weniger als 20% des ausstehenden Kreditbetrags ausmachen
- mit 100%, falls die Einzelwertberichtigungen mindestens 20% des ausstehenden Kreditbetrags ausmachen
- mit 100%, falls die Einzelwertberichtigungen mindestens 50% des ausstehenden Kreditbetrags ausmachen, wobei die Aufsicht dieses Risikogewicht nach freiem Ermessen auf 50% vermindern kann

76. Zum Zweck der Bestimmung des besicherten Anteils eines in Verzug befindlichen Kredits werden dieselben Sicherheiten und Garantien anerkannt, die auch im Rahmen der Kreditrisiko-

---

<sup>25</sup> Der Ausschuss erkennt jedoch an, dass unter besonderen Umständen in hochentwickelten und seit Langem bestehenden Märkten Grundpfandrechte auf Büroimmobilien, Mehrzweck-Geschäftsräume und/oder an mehrere Parteien vermietete Geschäftsräume die Möglichkeit bieten können, ein vermindertes Risikogewicht von 50% für den Teil des Kredits zuzuteilen, der – je nachdem, welcher Wert tiefer ist – 50% des Marktwerts bzw. 60% des Beleihungswerts der den Kredit besichernden Immobilie nicht überschreitet. Jeder über diese Grenze hinausgehende Kreditanteil erhält ein Risikogewicht von 100%. Diese Ausnahmebehandlung wird nur unter sehr strengen Bedingungen zulässig sein. Insbesondere sind zwei Anforderungen zu erfüllen, nämlich dass in jedem beliebigen Jahr i) die Verluste aus gewerblichen Immobilienkrediten bis zum Betrag von – je nachdem, welcher tiefer ist – 50% des Marktwerts bzw. 60% des Beleihungswerts („loan-to-value“, LTV) auf Grundlage des Beleihungswerts 0,3% der ausstehenden Kredite nicht übersteigen und ii) die Gesamtverluste aus gewerblichen Immobilienkrediten nicht grösser sind als 0,5% der ausstehenden Kredite. Das heisst, wenn eine dieser beiden Anforderungen in einem bestimmten Jahr nicht erfüllt wird, darf diese Behandlung nicht mehr angewandt werden, und die ursprünglichen Berechtigungskriterien müssen wieder erfüllt werden, bevor die Behandlung in der Zukunft wieder angewandt werden kann. Länder, die diese Behandlung anwenden, müssen veröffentlichen, dass diese und weitere Anforderungen (die beim Sekretariat des Basler Ausschusses erhältlich sind) erfüllt werden. Wenn Kredite, die von dieser Vorzugsbehandlung profitieren, in Verzug sind, werden sie mit 100% gewichtet.

<sup>26</sup> Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz kann es den Banken gestattet sein, nicht in Verzug befindliche Kredite an Kontrahenten, denen ein 150%-Gewicht zugeordnet ist, gleich zu behandeln wie die in den Absätzen 75 bis 77 näher beschriebenen in Verzug befindlichen Kredite.

minderung (vgl. Abschnitt II.B) anerkannt werden.<sup>27</sup> Die in Verzug befindlichen Retail-Kredite sind bei der Beurteilung des Granularitätskriteriums gemäss Absatz 70 aus dem gesamten für aufsichtliche Belange gebildeten Retail-Portfolio auszuklammern.

77. Bei den in Absatz 75 beschriebenen Bedingungen gilt ergänzend, dass in Verzug befindliche Kredite, die vollständig durch Sicherheiten unterlegt sind, die nicht gemäss Absatz 145 und 146 anerkannt sind, ein 100%-Gewicht erhalten können, wenn die Wertberichtigungen 15% des ausstehenden Kreditbetrags erreichen. Diese Arten von Sicherheiten werden im Standardansatz jedoch zu keinem anderen Zweck anerkannt. Die Aufsicht sollte strenge operationelle Anforderungen definieren, um die Qualität der Sicherheiten zu gewährleisten.

78. Für eine Vorzugsbehandlung infrage kommende Wohnimmobilienkredite, die mehr als 90 Tage in Verzug sind, erhalten nach Abzug der Einzelwertberichtigungen ein Risikogewicht von 100%. Falls sich die Einzelwertberichtigungen jedoch in diesen Fällen auf mindestens 20% des ausstehenden Kreditbetrags belaufen, kann das auf den verbleibenden Kreditbetrag anzuwendende Risikogewicht nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz auf 50% reduziert werden.

### **11. Forderungen mit höherem Risiko**

79. Die nachstehend genannten Forderungen erhalten ein Risikogewicht von 150% oder höher:

- Forderungen an Staaten, PSE, Banken und Wertpapierhäuser mit einem Rating unterhalb B–
- Forderungen an Wirtschaftsunternehmen mit einem Rating unterhalb BB–
- in Verzug befindliche Kredite, wie in Absatz 75 näher beschrieben
- Verbriefungstranchen, die ein Rating zwischen BB+ und BB– aufweisen, erhalten ein Risikogewicht von 350%, wie in Absatz 567 näher beschrieben

80. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können entscheiden, ein Risikogewicht von 150% oder höher anzuwenden, um den höheren Risiken Rechnung zu tragen, die mit bestimmten anderen Finanzierungen wie beispielsweise Wagniskapital („venture capital“) und nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen („private equity“) verbunden sind.

### **12. Andere Vermögenswerte**

81. Die Behandlung von verbrieften Forderungen wird gesondert in Abschnitt IV erläutert. Das Standardrisikogewicht für alle anderen Vermögenswerte beträgt 100%.<sup>28</sup> Aktien und andere als Eigenkapital anerkannte Wertpapiere, die von Banken oder Wertpapierhäusern emittiert wurden, werden mit 100% risikogewichtet, es sei denn, sie werden nach Massgabe von Teil 1 vom Eigenkapital abgezogen.

### **13. Ausserbilanzielle Positionen**

82. Ausserbilanzielle Positionen, auf die der Standardansatz angewandt wird, sind mithilfe von Kreditumrechnungsfaktoren in Kreditrisikoäquivalente umzurechnen. Bei den Risikogewichten für Kontrahentenrisiken aus ausserbörslich gehandelten Derivaten werden keine besonderen Obergrenzen vorgegeben.

83. Kreditzusagen mit einer Anfangslaufzeit bis zu einem Jahr und Kreditzusagen mit einer Anfangslaufzeit von mehr als einem Jahr erhalten einen Kreditumrechnungsfaktor von 20% bzw. 50%.

---

<sup>27</sup> Es ist eine Übergangsperiode von drei Jahren vorgesehen, während der nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz eine weiterreichende Liste von Sicherheiten anerkannt werden kann.

<sup>28</sup> Allerdings kann nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz auch Gold, das in eigenen Tresoren oder in Gemeinschaftsverwaltung verwahrt wird (im letzteren Fall muss es durch entsprechende Goldverbindlichkeiten gedeckt sein), als Barsicherheit angesehen und mit 0% gewichtet werden. Ausserdem können im Einzug befindliche Barmittel mit 20% gewichtet werden.

Kreditzusagen, die jederzeit vorbehaltlos und ohne vorherige Ankündigung durch die Bank kündbar sind oder die im Falle einer Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers effektiv automatisch erlöschen, erhalten einen Kreditumrechnungsfaktor von 0%.<sup>29</sup>

84. Ein Kreditumrechnungsfaktor von 100% ist anzuwenden, wenn Banken Wertpapiere verleihen oder Wertpapiere als Sicherheiten hinterlegen. Das gilt auch für die Fälle, in denen diese Positionen aus Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften (Repos und Reverse Repos sowie Wertpapierleihegeschäften) entstehen. S. auch Abschnitt II.D.3 zur Berechnung der gewichteten Risikoaktiva, wenn die in Kreditrisikoäquivalente umgerechnete Risikoposition durch anererkennungsfähige Sicherheiten gedeckt ist.

85. Auf kurzfristige, sich selbst liquidierende Handelsakkreditive, die aus dem Transfer von Waren entstehen (z.B. Dokumentenakkreditive, die durch die zugrundeliegende Fracht besichert sind), kann sowohl von der eröffnenden als auch von der bestätigenden Bank ein Kreditumrechnungsfaktor von 20% angewandt werden.

86. Wenn die Zusage zur Bereitstellung eines ausserbilanziellen Aktivums gegeben wird, können die Banken den niedrigeren der beiden anwendbaren Kreditumrechnungsfaktoren anwenden.

87. Nicht in den Absätzen 82 bis 86 erwähnte Kreditumrechnungsfaktoren bleiben gegenüber der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 unverändert.

88. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass bei noch nicht abgewickelten Wertpapier- und Fremdwährungsgeschäften ein Kontrahentenrisiko ab dem Tag des Geschäftsabschlusses besteht, unabhängig davon, wie eine Transaktion verbucht wird. Solange die Behandlung von Kontrahentenrisiken noch nicht weiter überprüft wurde, wird jedoch von einer Vorgabe spezifischer Eigenkapitalanforderungen für noch nicht abgewickelte Wertpapier- und Fremdwährungsgeschäfte in dieser Rahmenvereinbarung abgesehen. In der Zwischenzeit werden die Banken dazu angehalten, Systeme zur Identifizierung und Überwachung von Kontrahentenrisiken aus noch nicht abgewickelten Transaktionen auszuarbeiten, umzusetzen und zu verbessern, um dadurch Managementinformationen bereitzustellen und zeitnahes Handeln zu erleichtern.

89. Der Verzicht auf spezifische Eigenkapitalanforderungen erstreckt sich nicht auf fehlgeschlagene Abwicklungen von Fremdwährungs- und Wertpapiertransaktionen. Die Banken müssen diese vom ersten Tag an überwachen. Die nationale Aufsicht wird für fehlgeschlagene Abwicklungen eine hinreichende und angemessene Kapitalunterlegung verlangen, unter Berücksichtigung bankinterner Systeme und der Notwendigkeit, ein störungsfreies Funktionieren des nationalen Marktes zu gewährleisten.

## **B. Externe Ratings**

### **1. Das Anerkennungsverfahren**

90. Die nationalen Aufsichtsinstanzen entscheiden, ob eine Rating-Agentur („external credit assessment institution“, ECAI) die unten aufgeführten Anforderungen erfüllt. Die Beurteilungen der Rating-Agenturen können auch nur teilweise anerkannt werden, beispielsweise für eine bestimmte Art von Forderungen oder für bestimmte Hoheitsgebiete. Das aufsichtliche Verfahren für die Anerkennung von Rating-Agenturen sollte veröffentlicht werden, um unnötige Zugangsbarrieren zu vermeiden.

### **2. Anerkennungskriterien**

91. Eine Rating-Agentur muss jede der folgenden sechs Anforderungen erfüllen:

- **Objektivität:** Die Methode zur Vergabe von Ratings muss streng und systematisch sein und einem Validierungsverfahren unterliegen, das auf historischen Erfahrungswerten beruht. Zudem müssen die Bonitätsbeurteilungen ständig überprüft werden und auf Veränderungen

---

<sup>29</sup> In bestimmten Ländern werden Zusagen im Retail-Geschäft als vorbehaltlos kündbar angesehen, sofern die Vertragsbedingungen der Bank erlauben, sie soweit zu kündigen, wie es der Verbraucherschutz und ähnliche gesetzliche Bestimmungen gestatten.

der finanziellen Situation reagieren. Vor einer Anerkennung durch die Aufsichtsinstanzen muss die Beurteilungsmethode für jedes einzelne Marktsegment, einschliesslich eines strengen Backtestings, für mindestens ein Jahr, besser jedoch für drei Jahre, angewandt worden sein

- **Unabhängigkeit:** Eine Rating-Agentur sollte unabhängig sein und keinerlei politischem oder wirtschaftlichem Druck unterliegen, der das Rating-Urteil beeinflussen könnte. Das Beurteilungsverfahren sollte soweit als möglich frei von Befangenheit sein, die in Situationen auftreten kann, in denen die Zusammensetzung des obersten Verwaltungsorgans oder die Aktionärsstruktur der Rating-Agentur als Auslöser eines Interessenkonflikts angesehen werden könnten
- **Internationaler Zugang/Transparenz:** Die einzelnen Ratings sollten sowohl inländischen als auch ausländischen Institutionen mit berechtigtem Interesse unter gleichen Bedingungen zugänglich sein. Zudem sollte die von der Rating-Agentur angewandte generelle Methodik der Öffentlichkeit bekannt sein
- **Offenlegung:** Eine Rating-Agentur sollte die folgenden Informationen offen legen: ihre Beurteilungsmethoden, einschliesslich der Definition eines Ausfalls (default), den Zeithorizont und die Bedeutung jedes Ratings, die in jeder Rating-Klasse tatsächlich beobachteten Ausfallraten und die Wanderungsbewegungen zwischen den Rating-Klassen, z.B. die Wahrscheinlichkeit, dass ein AA-Rating mit der Zeit zu einem A-Rating wird
- **Ressourcen:** Eine Rating-Agentur sollte über ausreichende Ressourcen verfügen, um qualitativ hochstehende Bonitätsbeurteilungen durchzuführen. Diese Ressourcen sollen einen ständigen engen Kontakt mit den leitenden und den operativen Ebenen der beurteilten Schuldner erlauben, um die Ratings auf eine breitere Basis zu stellen. Die Ratings sollten auf Methoden basieren, die qualitative und quantitative Ansätze verbinden
- **Glaubwürdigkeit:** Bis zu einem bestimmten Grad ergibt sich die Glaubwürdigkeit aus den obengenannten Kriterien. Ein zusätzlicher Hinweis auf die Glaubwürdigkeit einer Rating-Agentur ist die Verwendung ihrer Ratings durch unabhängige Parteien (Investoren, Versicherer, Handelspartner). Die Glaubwürdigkeit einer Rating-Agentur wird auch durch bestehende interne Verfahren untermauert, die die missbräuchliche Verwendung vertraulicher Informationen verhindern. Eine Rating-Agentur braucht nicht Schuldner in mehr als einem Land zu beurteilen, um anerkannt zu werden

## C. Überlegungen zur Umsetzung

### 1. Das Zuordnungsverfahren

92. Die Aufsichtsinstanzen sind dafür verantwortlich, die Ratings anerkannter Rating-Agenturen den Risikogewichtskategorien im Standardansatz zuzuordnen, d.h. sie entscheiden, welche Rating-Klassen welchen Risikogewichten entsprechen. Das Zuordnungsverfahren sollte objektiv sein und zu einer Zuordnung von Risikogewichten führen, die dem in den obenstehenden Tabellen gezeigten Kreditrisikoniveau entspricht. Dabei sollte das gesamte Spektrum der Risikogewichte abgedeckt sein.

93. Bei der Durchführung eines solchen Zuordnungsverfahrens sollten die Aufsichtsinstanzen – neben anderen Kriterien – Folgendes in ihre Erwägungen einbeziehen: die Anzahl und das Spektrum der Emittenten, die eine Rating-Agentur beurteilt, die Bandbreite und die Bedeutung der vergebenen Ratings und die Definition des Begriffs „Ausfall“, die von der Rating-Agentur verwendet wird. Um eine kohärentere Zuordnung der Ratings zu den verfügbaren Risikogewichtskategorien zu erleichtern und die Aufsicht bei der Durchführung eines solchen Verfahrens zu unterstützen, enthält der Anhang 2 Leitlinien für ein solches Zuordnungsverfahren.

94. Die Banken müssen die Ratings der von ihnen gewählten Rating-Agenturen für jede Art von Forderung durchgängig sowohl für die Risikogewichtung als auch im Rahmen des internen Risikomanagement-Verfahrens verwenden. Es ist ihnen nicht gestattet, von den verschiedenen Rating-Agenturen das jeweils günstigste Rating zu verwenden.

95. Die Banken müssen offenlegen, welche Rating-Agenturen sie für die Risikogewichtung ihrer Aktiva heranziehen, und ihre Angaben – für jede von ihnen gewählte, anerkannte Rating-Agentur – nach Forderungsarten, den Risikogewichten, die nach dem von der Aufsicht bestimmten Zuordnungs-

verfahren den jeweiligen Ratings zugeordnet sind, sowie der Gesamtsumme der gewichteten Risikoaktiva für jedes Risikogewicht gliedern.

## **2. Mehrere Beurteilungen eines Kreditnehmers**

96. Wenn es für eine spezifische Forderung nur ein Rating einer von der Bank gewählten Rating-Agentur gibt, dann ist dieses Rating für die Gewichtung der Forderung massgeblich.

97. Wenn es zwei Ratings verschiedener von der Bank gewählter Rating-Agenturen gibt, die unterschiedlichen Risikogewichten zuzuordnen sind, wird das höhere Risikogewicht angewandt.

98. Wenn es drei oder mehr Ratings mit unterschiedlichen Risikogewichten gibt, sollten die Ratings, die den beiden niedrigsten Risikogewichten entsprechen, berücksichtigt und das höhere dieser beiden Risikogewichte angewandt werden.

## **3. Emissions- und Emittentenrating**

99. Sofern eine Bank Wertpapiere erwirbt, die ein emissionspezifisches Rating besitzen, so ist für das Risikogewicht dieses Aktivums das jeweilige Emissionsrating massgeblich. Wenn die Forderung einer Bank nicht aus einer Anlage in einer bestimmten, extern gerateten Emission besteht, gelten die folgenden allgemeinen Prinzipien:

- Wenn eine bestimmte Emission des Schuldners geratet wurde, aber die Forderung der Bank nicht genau dieser Emission entspricht, so kann ein entsprechendes, hohes Rating (das zu einem niedrigeren Risikogewicht als im Falle einer Forderung ohne Rating führt) nur dann für die nicht beurteilte Forderung der Bank herangezogen werden, wenn diese Forderung in jeder Hinsicht gleich- oder höherrangig als die beurteilte Emission ist. Andernfalls kann das Rating nicht verwendet werden, und die nicht beurteilte Forderung erhält das Risikogewicht für Forderungen ohne Rating
- Wenn der Schuldner über ein Emittentenrating verfügt, so gilt dieses typischerweise für die vorrangigen, unbesicherten Forderungen an diesen Emittenten. Folglich können nur vorrangige Forderungen an diesen Schuldner von einem hohen Emittentenrating profitieren. Andere, nicht beurteilte Forderungen eines Emittenten mit hohem Rating werden behandelt, als hätten sie kein Rating. Wenn entweder der Emittent oder eine seiner Emissionen ein niedriges Rating aufweist (das zum gleichen oder einem höheren Risikogewicht als im Falle einer Forderung ohne Rating führt), so wird einer nicht beurteilten Forderung an diesen Schuldner das Risikogewicht zugeordnet, das für das niedrige Rating gilt

100. Unabhängig davon, ob eine Bank sich für das Emissions- oder Emittentenrating entscheidet, ist sicherzustellen, dass das gesamte Obligo eines Kunden in der Beurteilung berücksichtigt ist.<sup>30</sup>

101. Um die doppelte Berücksichtigung von bonitätsverbessernden Faktoren zu vermeiden, wird eine Kreditrisikominderung von der Aufsicht nicht anerkannt, wenn die Bonitätsverbesserung bereits im Emissionsrating berücksichtigt wurde (s. Absatz 114).

## **4. Beurteilung von Forderungen in Landes- oder Fremdwährung**

102. Wenn für Forderungen ohne Rating vergleichbare beurteilte Verbindlichkeiten des Schuldners für die Risikogewichtung herangezogen werden, gilt grundsätzlich, dass bei Fremdwährungsforderungen entsprechend auf Fremdwährungen bezogene Ratings anzuwenden sind. Auf Landeswährung bezogene Ratings – falls gesondert vorhanden – können allein zur Risikogewichtung von Aktiva herangezogen werden, die ebenfalls auf Landeswährung lauten.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Wenn z.B. einer Bank sowohl der Kapitalbetrag als auch die Zinsen geschuldet werden, muss die Beurteilung das gesamte Kreditrisiko erfassen und berücksichtigen, das mit der Rückzahlung des Kapitalbetrags und der Zinsen verbunden ist.

<sup>31</sup> Wenn allerdings eine Forderung aus einer Beteiligung an einem Kredit entsteht, der von bestimmten MDB herausgelegt oder durch ihre Garantie abgedeckt wurde, so kann die nationale Aufsicht anerkennen, dass das Konvertibilitäts- und das Transferrisiko dieser Forderung wirksam reduziert wurden. Berücksichtigungsfähig sind MDB, deren privilegierter Gläubigerstatus am Markt anerkannt ist und die in Fussnote 20 aufgeführt sind. In diesen Fällen kann das Landeswährungs-

## 5. Kurz- und langfristige Ratings

103. Für die Risikogewichtung werden Kurzfrustratings als emissionspezifisch angesehen. Sie können nur verwendet werden, um das Risikogewicht der von diesem Rating erfassten Forderungen zu bestimmen. Sie können – abgesehen von den in Absatz 105 genannten Fällen – nicht auf andere kurzfristige Kredite übertragen werden. Unter keinen Umständen kann ein kurzfristiges Rating für die Ableitung eines Risikogewichts für eine nicht beurteilte langfristige Forderung herangezogen werden. Kurzfrustratings dürfen ausschliesslich auf kurzfristige Forderungen an Banken und Wirtschaftsunternehmen angewandt werden. Die nachstehende Tabelle enthält eine Übersicht für spezifische kurzfristige Forderungen wie z.B. bestimmte Emissionen von Commercial Paper:

Rating	A-1/P-1 <sup>32</sup>	A-2/P-2	A-3/P-3	Andere <sup>33</sup>
Risikogewicht	20%	50%	100%	150%

104. Wenn einer beurteilten kurzfristigen Forderung ein Risikogewicht von 50% zugeordnet wird, können kurzfristige Forderungen ohne Rating kein niedrigeres Risikogewicht als 100% erhalten. Falls ein Emittent eine beurteilte kurzfristige Fazilität hat, die ein Risikogewicht von 150% nach sich zieht, sollten alle nicht beurteilten Forderungen an diesen Schuldner, ob kurz- oder langfristig, ebenfalls ein Risikogewicht von 150% erhalten, es sei denn, die Bank nutzt für diese Forderungen anerkannte Kreditrisikominderungsstechniken.

105. In den Fällen, in denen die Aufsicht eines Landes entschieden hat, in ihrem Zuständigkeitsbereich im Standardansatz Option 2 für kurzfristige Interbankforderungen anzuwenden, wird folgendermassen vorgegangen:

- Die grundsätzliche bevorzugte Behandlung kurzfristiger Kredite – wie in den Absätzen 62 und 64 dargelegt – wird auf alle Forderungen an Banken mit einer Anfangslaufzeit von bis zu drei Monaten angewandt, sofern es kein spezifisches kurzfristiges Rating gibt
- Wenn ein kurzfristiges Rating existiert und es im Vergleich zur grundsätzlichen Vorzugsbehandlung zu vorteilhafteren (d.h. niedrigeren) oder denselben Risikogewichten führt, sollte das Kurzfrustrating nur für diesen spezifischen Kredit angewandt werden. Andere kurzfristige Forderungen kommen in den Genuss der grundsätzlichen Vorzugsbehandlung
- Wenn ein spezifisches Kurzfrustrating für eine kurzfristige Forderung an eine Bank zu weniger vorteilhaften (d.h. höheren) Risikogewichten führt, kann die grundsätzliche Vorzugsbehandlung von kurzfristigen Interbankkrediten nicht angewandt werden. Alle nicht beurteilten kurzfristigen Kredite erhalten dann dasselbe Risikogewicht, das diesem spezifischen Kurzfrustrating entspricht

106. Wenn auf ein Kurzfrustrating abgestellt werden soll, hat die beurteilende Agentur für ihre kurzfristigen Ratings sämtliche Anerkennungskriterien für Rating-Agenturen zu erfüllen, wie sie in Absatz 91 definiert sind.

## 6. Anwendungsbereich des Ratings

107. Externe Bonitätsbeurteilungen, die nur für ein Unternehmen innerhalb eines Konzerns gelten, können nicht verwendet werden, um das Risikogewicht von anderen Unternehmen desselben Konzerns zu bestimmen.

---

rating des Schuldners anstelle seines Fremdwährungsratings bei der Bestimmung des Risikogewichts für den garantierten Teil der Forderung herangezogen werden. Für den Teil der Forderung, der nicht durch die Garantie der MDB abgedeckt ist, wird das Risikogewicht auf Basis des Fremdwährungsratings des Schuldners bestimmt.

<sup>32</sup> Die Notierung entspricht der Methodik von Standard & Poor's und Moody's Investors Service. Das A-1-Rating von Standard & Poor's umfasst sowohl das Rating A-1+ als auch das Rating A-1-.

<sup>33</sup> Diese Kategorie umfasst alle nicht erstklassigen sowie die B- und C-Ratings.

## **7. Ratings ohne Auftrag („unsolicited ratings“)**

108. Generell sollten Banken nur Ratings von anerkannten Rating-Agenturen verwenden, *die aufgrund eines Auftrags erstellt wurden*. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können den Banken jedoch gestatten, sowohl *Ratings ohne Auftrag* als auch in Auftrag gegebene Ratings zu verwenden. Allerdings könnte die Gefahr bestehen, dass Rating-Agenturen nicht in Auftrag gegebene Ratings verwenden, um Schuldner unter Druck zu setzen, einen Rating-Auftrag zu erteilen. Wenn solche Geschäftspraktiken bekannt werden, sollte dies die Aufsicht zum Anlass nehmen, die Anerkennung der Rating-Agentur für Zwecke der Eigenkapitalberechnung zu überprüfen.

## **D. Der Standardansatz – Kreditrisikominderung**

### **1. Übergreifende Aspekte**

#### *i) Einführung*

109. Banken nutzen eine Vielzahl von Techniken zur Minderung der eingegangenen Kreditrisiken. Forderungen können z.B. durch erstrangige Ansprüche auf Bareinlagen oder Wertpapiere ganz oder teilweise besichert sein, ein Kredit kann durch einen Dritten garantiert sein, oder eine Bank kann ein Kreditderivat kaufen, um verschiedene Formen des Kreditrisikos auszuschliessen. Zudem können Banken Netting-Vereinbarungen eingehen, bei denen sie Kredite an einen Kontrahenten und Einlagen desselben Kontrahenten saldieren.

110. Wenn diese Techniken die Anforderungen bezüglich der Rechtssicherheit, wie in Absatz 117 und 118 unten beschrieben, erfüllen, lässt der überarbeitete Ansatz zur Kreditrisikominderung („credit risk mitigation“, CRM) eine grössere Palette an Verfahren zur Kreditrisikominderung bei der Ermittlung des regulatorischen Kapitals zu als die Eigenkapitalvereinbarung von 1988.

#### *ii) Allgemeine Anmerkungen*

111. Die Rahmenregelungen in diesem Abschnitt II sind auf Anlagebuchpositionen im Standardansatz anzuwenden. Zur Behandlung der Kreditrisikominderung im IRB-Ansatz s. Abschnitt III.

112. Der umfassende Ansatz zur Behandlung von Sicherheiten (s. Absätze 130 bis 138 und 145 bis 181) ist ebenfalls bei der Ermittlung der Kapitalunterlegung für das Kontrahentenrisiko bei ausserbörslich gehandelten Derivaten sowie bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften des Handelsbuchs anzuwenden.

113. Kein Geschäft, bei dem Kreditrisikominderungstechniken eingesetzt werden, sollte eine höhere Eigenkapitalanforderung erhalten als ein sonst identisches Geschäft ohne Kreditrisikominderung.

114. Die Auswirkungen der Kreditrisikominderungstechniken werden nicht doppelt erfasst. Deswegen erfolgt bei der Bestimmung des regulatorischen Kapitals keine zusätzliche aufsichtliche Berücksichtigung von Kreditrisikominderungen in Bezug auf Forderungen, bei denen das verwendete Emissionsrating bereits Effekte der Kreditrisikominderung berücksichtigt. Ebenso wenig werden Ratings, die sich nur auf die Rückzahlung des Kapitalbetrags beziehen, im Rahmen der Kreditrisikominderung zugelassen, wie in Absatz 100 des Abschnitts zum Standardansatz festgehalten.

115. Während mit Kreditrisikominderungstechniken das Kreditrisiko reduziert oder abgegeben wird, können gleichzeitig andere Risiken (Restrisiken) für die Bank zunehmen. Restrisiken umfassen rechtliche, operationelle, Liquiditäts- und Marktrisiken. Deswegen ist es für die Banken unerlässlich, robuste Verfahren und Prozesse zur Handhabung dieser Risiken anzuwenden; dazu gehören strategische Aspekte, Betrachtung des zugrundeliegenden Kredits, Risikobewertung, Regeln und Verfahren, Systeme, Kontrolle der Roll-Off-Risiken und Steuerung von Konzentrationsrisiken, die der Bank beim Einsatz von Kreditrisikominderungstechniken im Zusammenspiel mit dem gesamten bank-eigenen Kreditrisikoprofil erwachsen. Wenn diese Risiken nicht hinreichend kontrolliert werden, können die Aufsichtsinstanzen zusätzliche Eigenkapitalanforderungen festlegen oder andere aufsichtliche Massnahmen ergreifen, wie sie in den Regelungen zur Säule 2 näher ausgeführt werden.

116. Zudem müssen die Anforderungen der Säule 3 beachtet werden, um aufgrund von Kreditrisikominderungstechniken Eigenkapitalerleichterungen zu erhalten.

iii) *Rechtssicherheit*

117. Damit Banken aufgrund von Kreditrisikominderungstechniken Eigenkapitalerleichterungen erhalten, müssen die folgenden Mindestanforderungen zur rechtlichen Dokumentation erfüllt werden.

118. Sämtliche Dokumentationen von besicherten Transaktionen, Netting von Bilanzpositionen, Garantien oder Kreditderivaten müssen für alle Beteiligten bindend und in allen relevanten Rechtsordnungen rechtlich durchsetzbar sein. Die Banken müssen hinreichende rechtliche Überprüfungen vorgenommen haben, die dies bestätigen und eine ausreichende Rechtsgrundlage darstellen, und, soweit nötig, diese Überprüfungen wiederholen, um die ständige Durchsetzbarkeit sicherzustellen.

**2. *Überblick über die Kreditrisikominderungstechniken***<sup>34</sup>

i) *Besicherte Transaktionen*

119. Eine besicherte Transaktion ist eine Transaktion, bei der:

- die Bank eine – tatsächliche oder potenzielle – Kreditforderung besitzt und
- diese tatsächliche oder potenzielle Kreditforderung ganz oder teilweise durch vom Kontrahenten<sup>35</sup> oder von einem Dritten zugunsten des Kontrahenten gestellte Sicherheiten gedeckt ist

120. Wenn Banken anerkannte finanzielle Sicherheiten hereinnehmen (z.B. Barsicherheiten oder Wertpapiere; dies wird in den Absätzen 145 und 146 genauer definiert), ist es ihnen erlaubt, bei der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen ihre Kreditforderung gegenüber dem Kontrahenten zu reduzieren und damit den risikomindernden Effekt der Sicherheit zu berücksichtigen.

*Allgemeine Rahmenbedingungen und Mindestanforderungen*

121. Die Banken können zwischen einem einfachen Ansatz und einem umfassenden Ansatz wählen: Im einfachen Ansatz wird – ähnlich wie bei der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 – für den besicherten Teil der Forderung das Risikogewicht des Kontrahenten durch das Risikogewicht der Sicherheit ersetzt (in der Regel bis zu einer Untergrenze von 20%). Beim umfassenden Ansatz, der eine weitergehende Anrechnung von Sicherheiten bei Forderungen erlaubt, wird der Forderungsbetrag effektiv um den der Sicherheit beigemessenen Wert reduziert. Im Anlagebuch dürfen die Banken jeden der beiden Ansätze, jedoch nicht beide Ansätze gleichzeitig anwenden. Im Handelsbuch kommt nur der umfassende Ansatz in Betracht. Teilweise Besicherung ist in beiden Ansätzen zulässig. Laufzeitinkongruenzen zwischen der zugrundeliegenden Forderung und der Sicherheit sind nur im umfassenden Ansatz erlaubt.

122. Um Eigenkapitalerleichterungen aufgrund jeglicher Art von Sicherheiten zu erhalten, sind in beiden Ansätzen die Standards gemäss den Absätzen 123 bis 126 einzuhalten.

123. Zusätzlich zu den allgemeinen Anforderungen zur Rechtssicherheit, die in den Absätzen 117 und 118 genannt wurden, muss der rechtliche Mechanismus, durch den die Sicherheit verpfändet oder übertragen wird, Gewähr dafür bieten, dass die Bank das Recht hat, die Sicherheit zu veräussern oder in Besitz zu nehmen, und zwar zeitnah bei Ausfall, Zahlungsunfähigkeit oder Konkurs (bzw. einem oder mehreren in anderer Weise definierten Kreditereignissen, die in der Transaktionsdokumentation festgelegt wurden) des Kontrahenten (und gegebenenfalls des Verwahrers der Sicherheit). Des Weiteren müssen die Banken alle nötigen Schritte unternehmen, um entsprechend den anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen die Voraussetzungen für einen gültigen Anspruch der Bank auf die Sicherheit herzustellen und aufrechtzuerhalten, z.B. durch Eintrag in einem Register, oder um effektiv auf die Sicherheiten zugreifen zu können.

---

<sup>34</sup> S. Anhang 8 für einen Überblick über die Methoden zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für mit finanziellen Sicherheiten unterlegte Geschäfte im Standard- und im IRB-Ansatz.

<sup>35</sup> In diesem Abschnitt wird der Begriff „Kontrahent“ für Parteien verwendet, gegenüber denen – tatsächliche oder potenzielle – bilanzielle bzw. ausserbilanzielle Forderungen der Bank existieren. Diese Forderungen bestehen z.B. in Form eines Barkredits oder einer Wertpapierleihe (wobei der Kontrahent üblicherweise als Kreditnehmer bezeichnet wird), eines als Sicherheit hinterlegten Wertpapiers, einer Kreditzusage oder einer Forderung aus einem ausserbörslichen Derivatkontrakt.

124. Damit eine Sicherheit wirksam ist, dürfen die Kreditqualität des Kontrahenten und der Wert der Sicherheit keine wesentliche positive Korrelation aufweisen. So würden beispielsweise Wertpapiere, die vom Kontrahenten selbst oder von einer mit ihm verbundenen Partei emittiert wurden, nur geringen Kreditschutz bieten und wären als Sicherheit nicht anerkennungsfähig.

125. Die Banken müssen über klare und solide Verfahren zur zeitnahen Veräusserung der Sicherheiten verfügen, um sicherzustellen, dass alle rechtlichen Vorgaben bei der Feststellung des Ausfalls des Kontrahenten und der Veräusserung der Sicherheit beachtet werden und dass die Sicherheit zügig veräussert werden kann.

126. Wenn die Sicherheit bei einem Verwahrer hinterlegt ist, muss die Bank angemessene Schritte unternehmen, um sicherzugehen, dass der Verwahrer die Sicherheit von seinem eigenen Vermögen abge sondert hat.

127. Eine Eigenkapitalanforderung wird an beide an einer besicherten Transaktion beteiligten Banken gestellt. Beispielsweise unterliegen sowohl Repos als auch Reverse Repos Eigenkapitalanforderungen. Bei einem Wertpapierleihegeschäft werden ebenfalls für beide Seiten explizite Eigenkapitalanforderungen gestellt, ebenso wie bei der Hinterlegung von Sicherheiten in Verbindung mit einer Forderung aus einem Derivat oder einer anderen Kreditaufnahme.

128. Wenn eine Bank als Vermittler für ein Wertpapierpensions- oder ähnliches Geschäft (Repos und Reverse Repos sowie Wertpapierleihegeschäfte) zwischen einem Kunden und einem Dritten tätig wird und eine Garantie gegenüber dem Kunden abgibt, dass der Dritte seine Verpflichtungen erfüllt, ist das Risiko für die Bank das gleiche, wie wenn die Bank die Transaktion selbst getätigt hätte. Unter diesen Umständen muss die Bank die Eigenkapitalanforderungen so berechnen, als wäre sie selbst der Hauptverpflichtete.

#### *Der einfache Ansatz*

129. Im einfachen Ansatz wird für die besicherte Forderung bzw. den besicherten Teil der Forderung das Risikogewicht des Kontrahenten durch das Risikogewicht der Sicherheit ersetzt. Details zu diesem Ansatz finden sich in den Absätzen 182 bis 185.

#### *Der umfassende Ansatz*

130. Werden Sicherheiten im umfassenden Ansatz hereingenommen, müssen die Banken zur Ermittlung der angemessenen Eigenkapitalausstattung den angepassten Wert der Forderung gegenüber dem Kontrahenten ermitteln, um dem Effekt der Sicherheiten Rechnung zu tragen. Durch die Verwendung von Sicherheitszu- oder -abschlägen (Haircuts) müssen die Banken sowohl den Betrag der Forderung gegenüber dem Kontrahenten als auch den Wert der vom Kontrahenten erhaltenen Sicherheiten anpassen, um den möglichen künftigen, durch Marktentwicklungen bedingten Veränderungen sowohl des Forderungs- als auch des Sicherheitswerts Rechnung zu tragen.<sup>36</sup> Dies führt zu volatilitätsangepassten Beträgen für die Forderung und die Sicherheit. Solange es sich nicht um Bar-mittel handelt, ist der volatilitätsangepasste Betrag der Forderung grösser als die Forderung selbst, und der volatilitätsangepasste Betrag der Sicherheit ist geringer als die Sicherheit selbst.

131. Wenn Forderung und Sicherheit auf verschiedene Währungen lauten, muss der volatilitätsangepasste Betrag der Sicherheit zusätzlich reduziert werden, um mögliche künftige Schwankungen des Wechselkurses zu berücksichtigen.

132. Wenn der volatilitätsangepasste Betrag der Forderung grösser ist als der volatilitätsangepasste Betrag der Sicherheit (einschl. weiterer Anpassungen für das Wechselkursrisiko), ermitteln die Banken ihre gewichteten Risikoaktiva aus der Differenz zwischen diesen beiden volatilitätsangepassten Beträgen, multipliziert mit dem Risikogewicht des Kontrahenten. Diese Berechnungen werden in den Absätzen 147 bis 150 näher beschrieben.

133. Grundsätzlich haben Banken zwei Möglichkeiten zur Ermittlung der Haircuts: i) Aufsichtliche Standard-Haircuts unter Verwendung fester, durch den Ausschuss vorgegebener Grössen, und ii) selbstgeschätzte Haircuts, denen bankeigene Schätzungen der Marktpreisvolatilität zugrundeliegen.

---

<sup>36</sup> Die Forderungsbeträge können variieren, wenn z.B. Wertpapiere verliehen werden.

Die Aufsichtsinstanzen gestatten den Banken die Verwendung selbstgeschätzter Haircuts nur, wenn bestimmte qualitative und quantitative Kriterien erfüllt werden.

134. Eine Bank kann unabhängig davon, ob sie den Standard- oder den IRB-Basisansatz für das Kreditrisiko verwendet, aufsichtliche Standard-Haircuts oder selbstgeschätzte Haircuts verwenden. Jedoch müssen Banken, wenn sie selbstgeschätzte Haircuts einsetzen, dies für alle Arten von Instrumenten tun, bei denen sie die entsprechenden Kriterien erfüllen; eine Ausnahme bilden unwesentliche Portfolios, für die aufsichtliche Standard-Haircuts verwendet werden können.

135. Die Grösse der einzelnen Haircuts hängt von der Art des Instruments, dem Transaktionstyp sowie der Häufigkeit der Marktbewertungen und Neuberechnung der Einschüsse ab. Zum Beispiel erhalten Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte mit täglicher Marktbewertung und täglicher Nachschussberechnung einen Haircut, der auf einer 5-tägigen Halteperiode basiert. Besicherte Kreditvergaben mit einer täglichen Marktbewertung der Sicherheiten ohne Nachschussklauseln erhalten einen Haircut basierend auf einer 20-tägigen Halteperiode. Diese Haircuts werden mittels der Wurzel-Zeit-Formel heraufskaliert, abhängig von der Häufigkeit der Nachschussberechnungen bzw. Marktbewertungen.

136. Für bestimmte Arten von Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften (im Wesentlichen Pensionsgeschäfte mit Staatsanleihen wie in den Absätzen 170 und 171 definiert) kann die Aufsicht der Bank gestatten, bei der Ermittlung des Forderungsbetrags nach Kreditrisikominderung weder aufsichtliche Standard-Haircuts noch selbstgeschätzte Haircuts zu verwenden.

137. Der Effekt von Netting-Rahmenvereinbarungen bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften kann bei der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen anerkannt werden, sofern die Bedingungen in Absatz 173 eingehalten werden.

138. Als weitere Alternative zu den aufsichtlichen Standard-Haircuts und den selbstgeschätzten Haircuts können Banken VaR-Modelle zur Ermittlung der potenziellen Preisvolatilität bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften verwenden (s. hierzu die Absätze 178 bis 181).

#### *ii) Netting von Bilanzpositionen*

139. Wenn rechtlich durchsetzbare Netting-Vereinbarungen für Kredite und Einlagen bestehen, dürfen die Banken die Eigenkapitalanforderungen auf der Basis der Nettoforderung ermitteln, sofern die Bedingungen in Absatz 188 eingehalten werden.

#### *iii) Garantien und Kreditderivate*

140. Wenn Garantien oder Kreditderivate unmittelbar, ausdrücklich, unwiderruflich und unbedingt sind und die Aufsicht der Meinung ist, dass die Banken bestimmte operationelle Mindestvoraussetzungen bezüglich des Risikomanagement-Prozesses erfüllen, kann sie ihnen gestatten, diese Art der Kreditabsicherung bei der Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen zu berücksichtigen.

141. Es werden verschiedene Garanten und Sicherungsgeber anerkannt. Wie in der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 wird ein Substitutionsansatz verwendet. Somit führen nur Garanten bzw. Sicherungsgeber mit einem im Vergleich zum Kontrahenten niedrigeren Risikogewicht zu einer geringeren Eigenkapitalanforderung, da der besicherte Teil der Forderung an den Kontrahenten das Risikogewicht des Garanten bzw. Sicherungsgebers erhält und für den unbesicherten Teil das Risikogewicht des Kontrahenten beibehalten wird.

142. Genauere operationelle Anforderungen sind in den Absätzen 189 bis 193 dargelegt.

#### *iv) Laufzeitinkongruenzen*

143. Wenn die Restlaufzeit der Kreditrisikominderung kürzer ist als die der zugrundeliegenden Forderung, liegt eine Laufzeitinkongruenz vor. Wenn zudem die Kreditrisikominderung eine Anfangslaufzeit von unter einem Jahr aufweist, wird die Kreditrisikominderung bei der Eigenkapitalberechnung nicht anerkannt. In den anderen Fällen, in denen eine Laufzeitinkongruenz vorliegt, wird eine teilweise Anerkennung der Kreditrisikominderung für Eigenkapitalzwecke gewährt; Einzelheiten sind in den Absätzen 202 bis 205 dargestellt. Im einfachen Ansatz für Sicherheiten sind Laufzeitinkongruenzen nicht zulässig.

v) *Sonstiges*

144. Die Behandlung von Pools von Kreditrisikominderungsinstrumenten und „first-to-default“- und „second-to-default“-Kreditderivaten wird in den Absätzen 206 bis 210 erläutert.

### **3. Sicherheiten**

i) *Anerkennungsfähige finanzielle Sicherheiten*

145. Die folgenden Sicherheiten sind für die Anerkennung im einfachen Ansatz geeignet:

---

a)	Bareinlagen bei der kreditgebenden Bank (einschl. von ihr emittierter Einlagenzertifikate oder vergleichbarer Instrumente) <sup>37, 38</sup>
b)	Gold
c)	Schuldverschreibungen, die von einer anerkannten Rating-Agentur beurteilt wurden, mit einem Rating von <ul style="list-style-type: none"><li>• mindestens BB–, wenn sie von Staaten oder PSE, die von der Aufsicht wie Staaten behandelt werden, emittiert wurden, oder</li><li>• mindestens BBB–, wenn sie von anderen Schuldnern emittiert wurden (einschl. Banken und Wertpapierhäusern), oder</li><li>• mindestens A-3/P-3 bei kurzfristigen Schuldverschreibungen</li></ul>
d)	Schuldverschreibungen ohne Rating einer anerkannten Rating-Agentur, sofern: <ul style="list-style-type: none"><li>• sie von einer Bank emittiert wurden und</li><li>• an einer anerkannten Börse notiert sind und</li><li>• vorrangig zu bedienen sind und</li><li>• alle anderen beurteilten, ebenfalls vorrangigen Emissionen der Bank von einer anerkannten Rating-Agentur mindestens das Rating BBB– bzw. A-3/P-3 erhielten und</li><li>• die Bank, die die Schuldverschreibung als Sicherheit hält, keine Informationen hat, wonach für die Emission ein niedrigeres Rating als BBB– bzw. A-3/P-3 gerechtfertigt wäre, und</li><li>• die Aufsicht hinreichend von der Marktliquidität des Wertpapiers überzeugt ist</li></ul>
e)	Aktien (einschl. Wandelanleihen), die in einem Hauptindex enthalten sind
f)	Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) und Investmentfonds, wenn: <ul style="list-style-type: none"><li>• der Anteilspreis täglich veröffentlicht wird und</li><li>• der OGAW/Investmentfonds auf Anlagen in Instrumenten, die in diesem Absatz genannt sind, beschränkt ist<sup>39</sup></li></ul>

---

<sup>37</sup> Mit Barmitteln unterlegte Credit-Linked Notes, die von der Bank gegen Forderungen im Anlagebuch emittiert wurden und die Kriterien für Kreditderivate erfüllen, werden wie durch Barsicherheiten unterlegte Forderungen behandelt.

<sup>38</sup> Wenn Bareinlagen der kreditgebenden Bank, von ihr emittierte Einlagenzertifikate oder vergleichbare Instrumente als Sicherheiten bei einer Drittbank gehalten werden, ohne dass sie im Rahmen eines Verwahrverhältnisses geführt würden („non-custodial arrangement“), und falls diese Sicherheiten vorbehaltlos und unwiderruflich an die kreditgebende Bank offen abgetreten bzw. verpfändet wurden, erhält der durch die Sicherheit (nach evtl. nötigen Abschlägen für das Wechselkursrisiko) unterlegte Teil der Forderung das Risikogewicht der Drittbank.

<sup>39</sup> Wenn ein OGAW/Investmentfonds derivative Instrumente ausschliesslich zur Absicherung von Anlagen, die in diesem Absatz sowie in Absatz 146 genannt sind, nutzt oder nutzen könnte, können Anteile in diesem OGAW/Investmentfonds dennoch als finanzielle Sicherheiten anerkannt werden.

146. Die folgenden Sicherheiten sind für die Anerkennung im umfassenden Ansatz geeignet:

a)	Alle in Absatz 145 genannten Instrumente
b)	Aktien (einschl. Wandelanleihen), die nicht in einem Hauptindex enthalten, aber an einer anerkannten Börse notiert sind
c)	OGAW/Investmentfonds, die solche Aktien halten

ii) *Der umfassende Ansatz*

#### *Ermittlung der Eigenkapitalanforderung*

147. Für eine besicherte Transaktion wird der Forderungsbetrag nach Kreditrisikominderung wie folgt ermittelt:

$$E^* = \max \{0, [E \times (1 + H_e) - C \times (1 - H_c - H_{fx})]\}$$

mit:

$E^*$  = Forderungsbetrag nach Kreditrisikominderung

$E$  = aktueller Wert der Forderung

$H_e$  = Haircut für die Forderung

$C$  = aktueller Wert der erhaltenen Sicherheit

$H_c$  = Haircut für die Sicherheit

$H_{fx}$  = Haircut für Währungsinkongruenz zwischen Sicherheit und Forderung

148. Der Forderungsbetrag nach Kreditrisikominderung wird mit dem Risikogewicht des Kontrahenten multipliziert, um die gewichteten Risikoaktiva für die besicherte Transaktion zu erhalten.

149. Die Behandlung von Transaktionen mit Laufzeitinkongruenz zwischen Forderung und Sicherheit wird in den Absätzen 202 bis 205 beschrieben.

150. Wenn die Sicherheiten aus einem Korb von Aktiva bestehen, bestimmt sich der Haircut auf den Korb nach  $H = \sum_i a_i H_i$ , wobei  $a_i$  jeweils das Gewicht (gemessen in Währungseinheiten) eines Aktivums im Korb und  $H_i$  der auf das Aktivum anwendbare Haircut ist.

#### *Aufsichtliche Standard-Haircuts*

151. Dies sind die aufsichtlichen Standard-Haircuts (bei täglicher Marktbewertung, täglicher Nachschussberechnung und 10-tägiger Halteperiode), ausgedrückt in Prozentsätzen:

<b>Emissionsrating der Schuldverschreibung</b>	<b>Restlaufzeit</b>	<b>Staaten<sup>40, 41</sup></b>	<b>Andere Emittenten<sup>42</sup></b>
AAA bis AA-/A-1	≤ 1 Jahr	0,5	1
	>1 Jahr, ≤ 5 Jahre	2	4
	> 5 Jahre	4	8
A+ bis BBB-/ A-2/A-3/P-3 und Bankschuldver- schreibungen ohne Rating wie in Absatz 145d	≤ 1 Jahr	1	2
	>1 Jahr, ≤ 5 Jahre	3	6
	> 5 Jahre	6	12
BB+ bis BB-	Alle	15	
Hauptindexaktien (einschl. Wandelanleihen) und Gold		15	
Andere an einer anerkannten Börse notierte Aktien (einschl. Wandelanleihen)		25	
OGAW/Investmentfonds		Höchster Haircut, der auf ein Wertpapier anzuwenden ist, in das der Fonds investieren darf	
Barsicherheit in derselben Währung <sup>43</sup>		0	

152. Der aufsichtliche Standard-Haircut für das Wechselkursrisiko, wenn Forderung und Sicherheit in verschiedenen Währungen denominiert sind, beträgt 8% (ebenfalls basierend auf einer 10-tägigen Halteperiode und einer täglichen Marktbewertung).

153. Für Transaktionen, in denen die Bank nicht anererkennungsfähige Instrumente ausleiht (z.B. nicht erstklassige Schuldverschreibungen von Unternehmen), ist der auf die Forderung anzuwendende Haircut der gleiche wie der für Aktien, die an einer anerkannten Börse notiert, aber nicht in einem Hauptindex enthalten sind.

#### *Selbstgeschätzte Haircuts*

154. Die Aufsicht kann den Banken gestatten, Haircuts mittels eigener Schätzungen der Marktpreisvolatilität und der Wechselkursvolatilität zu ermitteln. Die Zulassung eigener Schätzungen hängt von der Erfüllung qualitativer und quantitativer Mindestkriterien ab, die in den Absätzen 156 bis 165 genannt sind. Sofern Schuldverschreibungen mit BBB-/A-3 oder höher eingestuft wurden, kann die Aufsicht den Banken erlauben, eine Volatilitätsschätzung für jede Kategorie von Wertpapieren vorzunehmen. Bei der Abgrenzung der Wertpapierkategorien müssen die Banken a) die Art des Emittenten der Wertpapiere, b) dessen Rating, c) die Restlaufzeit und d) die modifizierte Duration berücksichtigen. Volatilitätsschätzungen müssen repräsentativ für die tatsächlich in der jeweiligen Kategorie enthaltenen Wertpapiere sein. Für Schuldverschreibungen mit einem Rating unterhalb BBB-/A-3 oder für als Sicherheiten geeignete Aktien (hell schattierte Felder in der obenstehenden Tabelle) müssen die Haircuts für jedes Wertpapier einzeln berechnet werden.

155. Die Banken müssen die Volatilität der Sicherheit oder der Währungsinkongruenz einzeln schätzen: Die für eine bestimmte Transaktion geschätzten Volatilitäten dürfen die Korrelationen zwischen unbesicherten Forderungen, Sicherheiten und Wechselkursen nicht berücksichtigen (s. Absätze 202 bis 205 zum Ansatz für Laufzeitinkongruenzen).

<sup>40</sup> Einschl. PSE, die von der nationalen Aufsicht wie Staaten behandelt werden.

<sup>41</sup> MDB mit einem Risikogewicht von 0% werden wie Staaten behandelt.

<sup>42</sup> Einschl. PSE, die von der nationalen Aufsicht nicht wie Staaten behandelt werden.

<sup>43</sup> Anerkennungsfähige Barsicherheiten sind in Absatz 145a genannt.

### *Quantitative Kriterien*

156. Bei der Ermittlung der Haircuts ist ein einseitiges 99%-Konfidenzniveau zu verwenden.

157. Die Mindesthalteperiode hängt vom Transaktionstyp und von der Häufigkeit der Nachschussberechnungen oder Marktbewertungen ab. Die Mindesthalteperioden für verschiedene Transaktionstypen sind in Absatz 167 genannt. Banken dürfen auf der Basis einer kürzeren Halteperiode berechnete Haircuts heranziehen und sie mithilfe der Wurzel-Zeit-Formel auf die angemessene Halteperiode heraufskalieren.

158. Banken müssen der Illiquidität von Aktiva geringerer Qualität Rechnung tragen. In den Fällen, in denen eine vorgegebene Halteperiode angesichts der Liquidität der Sicherheiten unangemessen ist, sollte die Halteperiode heraufgesetzt werden. Banken sollten auch erkennen, wenn historische Daten die potenzielle Volatilität möglicherweise unterzeichnen, wie z.B. im Falle gebundener Wechselkurse. In diesen Fällen sind die Daten einem Stresstest zu unterziehen.

159. Die Wahl der historischen Beobachtungsperiode (Erhebungszeitraum) zur Ermittlung der Haircuts sollte mindestens ein Jahr betragen. Für Banken, die ein Gewichtungsschema oder andere Methoden für die historische Beobachtungsperiode einsetzen, muss die „effektive“ Beobachtungsperiode mindestens ein Jahr betragen. (Das bedeutet, dass die gewichtete durchschnittliche Zeitverzögerung der einzelnen Beobachtungen niemals weniger als sechs Monate betragen kann.)

160. Banken sollten ihre Daten mindestens alle drei Monate aktualisieren und sollten sie ausserdem neu anpassen, sobald sich Marktpreise wesentlich ändern. Dies bedeutet, dass Haircuts mindestens alle drei Monate neu errechnet werden müssen. Die Aufsicht kann von der Bank auch verlangen, die Haircuts mittels einer kürzeren Beobachtungsperiode zu berechnen, wenn sie der Ansicht ist, dass dies durch eine signifikant gestiegene Preisvolatilität gerechtfertigt ist.

161. Es ist kein bestimmter Modelltyp vorgeschrieben. Solange das verwendete Modell alle wesentlichen, von der Bank eingegangenen Risiken erfasst, steht es den Banken frei, z.B. auf historischen oder Monte-Carlo-Simulationen basierende Modelle einzusetzen.

### *Qualitative Kriterien*

162. Die geschätzten Volatilitätsdaten (und die Halteperiode) müssen im täglichen Risikomanagement der Bank verwendet werden.

163. Die Banken sollten über robuste Prozesse verfügen, um die Übereinstimmung mit den dokumentierten internen Strategien, Kontrollen und Verfahren bezüglich der Risikomessung sicherzustellen.

164. Die Risikomessung sollte in Verbindung mit internen Risikolimits verwendet werden.

165. Eine unabhängige Überprüfung der Risikomessung sollte regelmässig im Rahmen des bankinternen Revisionsprozesses durchgeführt werden. Eine Überprüfung des gesamten Risikomanagements sollte in regelmässigen Abständen (idealerweise nicht weniger als einmal im Jahr) erfolgen und sollte mindestens Folgendes umfassen:

- die Einbettung der Risikomessung in das tägliche Risikomanagement
- die Validierung jeder wesentlichen Änderung in der Risikomessung
- die Genauigkeit und Vollständigkeit der Positionsdaten
- die Nachprüfung der Konsistenz, Zeitnähe und Zuverlässigkeit der für die internen Modelle herangezogenen Datenquellen, einschliesslich deren Unabhängigkeit
- die Genauigkeit und Angemessenheit der Volatilitätsannahmen

### *Regelung für verschiedene Halteperioden und nicht tägliche Marktbewertung bzw. Nachschussberechnung*

166. Für einige Transaktionen sind, abhängig von der Art und Häufigkeit der Neubewertungen und Nachschussberechnungen, unterschiedliche Halteperioden angemessen. Das Grundkonzept für Haircuts bei Sicherheiten unterscheidet zwischen Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften (z.B. Repos und Reverse Repos sowie Wertpapierleihe), „Anderen Kapitalmarkttransaktionen“ (d.h. ausserbörslichen Derivatgeschäften und Wertpapierkrediten, dem sog. Margin Lending) sowie besicherter Kreditvergabe. Bei Kapitalmarkttransaktionen und Wertpapierpensions- und ähnlichen

Geschäften enthält die Dokumentation Nachschussklauseln; bei der besicherten Kreditvergabe ist dies im Allgemeinen nicht der Fall.

167. Die Mindesthalteperioden verschiedener Produkte sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Transaktionstyp	Mindesthalteperiode	Bedingung
Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte	5 Geschäftstage	tägliche Nachschubberechnung
Andere Kapitalmarkttransaktionen	10 Geschäftstage	tägliche Nachschubberechnung
Besicherte Kreditvergabe	20 Geschäftstage	tägliche Neubewertung

168. Wenn die einzelnen Nachschubberechnungen bzw. Neubewertungen nicht täglich vorgenommen werden, ist der Mindesthaircut in Abhängigkeit von der Anzahl der Geschäftstage, die dazwischenliegen, mithilfe der unten genannten Wurzel-Zeit-Formel heraufzuskalieren:

$$H = H_M \sqrt{\frac{N_R + (T_M - 1)}{T_M}}$$

mit:

$H$  = Haircut

$H_M$  = Haircut für die Mindesthalteperiode

$T_M$  = Mindesthalteperiode für den Transaktionstyp

$N_R$  = tatsächliche Anzahl der Geschäftstage zwischen den einzelnen Nachschubberechnungen (bei Kapitalmarkttransaktionen) bzw. Neubewertungen (bei besicherter Kreditvergabe)

Wenn eine Bank die Volatilität basierend auf einer Halteperiode von  $T_N$  Tagen ermittelt, die von der festgelegten Mindesthalteperiode  $T_M$  abweicht, wird  $H_M$  mittels der Wurzel-Zeit-Formel errechnet.

$$H_M = H_N \sqrt{\frac{T_M}{T_N}}$$

$T_N$  = von der Bank zur Ableitung von  $H_N$  verwendete Halteperiode

$H_N$  = auf der Halteperiode  $T_N$  basierender Haircut

169. Zum Beispiel sind die in Absatz 151 genannten Haircuts mit einer Halteperiode von 10 Geschäftstagen die Ausgangsbasis für Banken, die die aufsichtlichen Standard-Haircuts verwenden. Diese Haircuts werden abhängig vom Transaktionstyp und von der Häufigkeit der Nachschubberechnungen bzw. Neubewertungen gemäss folgender Formel herauf- oder herabskaliert:

$$H = H_{10} \sqrt{\frac{N_R + (T_M - 1)}{10}}$$

mit:

$H$  = Haircut

$H_{10}$  = aufsichtlicher 10-Geschäftstage-Standard-Haircut für das Instrument

$N_R$  = tatsächliche Anzahl der Geschäftstage zwischen den einzelnen Nachschubberechnungen (bei Kapitalmarkttransaktionen) bzw. Neubewertungen (bei besicherter Kreditvergabe)

$T_M$  = Mindesthalteperiode für den Transaktionstyp

### *Bedingungen für einen Haircut von Null*

170. Bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften hat die Aufsicht, sofern die folgenden Bedingungen eingehalten werden und der Kontrahent ein *wesentlicher Marktteilnehmer* ist, die Möglichkeit, nicht die Haircuts des umfassenden Ansatzes, sondern einen Haircut von Null anzuwenden. Diese Ausnahme ist nicht zulässig für Banken, die einen VaR-Modellansatz nutzen, wie er in den Absätzen 178 bis 181 beschrieben ist.

- 
- |    |  |
|----|--|
| a) | Sowohl der Kredit als auch die Sicherheit sind entweder Bargeld oder ein Wertpapier eines Staates bzw. einer PSE, die im Standardansatz ein Risikogewicht von 0% erhalten <sup>44</sup>  |
| b) | Der Kredit und die Sicherheit lauten auf dieselbe Währung  |
| c) | Entweder hat die Transaktion eine Laufzeit von nur einem Tag („overnight“) oder aber Kredit wie auch Sicherheit werden täglich zu Marktpreisen bewertet und unterliegen täglichen Nachschussberechnungen   |
| d) | Wenn ein Kontrahent einer Nachschussverpflichtung nicht nachkommt, vergehen zwischen der letzten Marktbewertung vor der Nichterfüllung der Nachschussverpflichtung und der Veräusserung <sup>45</sup> der Sicherheit höchstens vier Geschäftstage              |
| e) | Das Geschäft wird über ein Settlement-System abgewickelt, das für diese Art von Geschäften anerkannt ist   |
| f) | Die für die Vereinbarung massgebliche Dokumentation ist die am Markt für diese Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäfte in den betroffenen Wertpapieren übliche Standarddokumentation   |
| g) | Die massgebliche Dokumentation bestimmt, dass das Geschäft fristlos kündbar ist, wenn der Kontrahent seiner Pflicht zur Einlieferung von Bar- oder Wertpapiersicherheiten bzw. seinen Nachschussverpflichtungen nicht nachkommt oder in anderer Weise ausfällt |
| h) | Bei einem Ausfall, und zwar auch wenn der Kontrahent insolvent ist oder in Konkurs geht, besitzt die Bank das uneingeschränkte, rechtlich durchsetzbare Recht zur sofortigen Inbesitznahme und Verwertung der Sicherheit zu ihren Gunsten                      |
- 

171. *Wesentliche Marktteilnehmer* dürfen, nach Ermessen der nationalen Aufsicht, folgende juristische Personen sein:

- 
- |    |   |
|----|---|
| a) | Staaten, Zentralbanken und PSE  |
| b) | Banken und Wertpapierhäuser   |
| c) | andere Finanzunternehmen (einschl. Versicherungsunternehmen), die im Standardansatz ein Risikogewicht von 20% erhalten können |
| d) | beaufsichtigte Investmentfonds, die Eigenkapitalanforderungen oder Verschuldungsbegrenzungen unterliegen                      |
| e) | beaufsichtigte Pensionskassen   |
| f) | anerkannte Clearing-Stellen   |
- 

<sup>44</sup> Forderungen in Landeswährung gegenüber dem Staat oder der Zentralbank erfüllen diese Bedingung, wenn die Aufsicht sie mit einem 0%-Risikogewicht im Standardansatz versehen hat.

<sup>45</sup> Dies bedeutet nicht, dass die Bank die Sicherheit immer veräussern muss; vielmehr muss sie zumindest in der Lage sein, dies innerhalb der vorgegebenen Zeitspanne zu tun.

172. Sofern eine Aufsichtsinstanz eine besondere Ausnahme für Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte mit von ihrem Heimatstaat emittierten Wertpapieren anwendet, können andere Aufsichtsinstanzen den Banken mit Sitz in ihrem Aufsichtsbereich gestatten, denselben Ansatz für diese Geschäfte anzuwenden.

*Behandlung von Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften unter Netting-Rahmenvereinbarungen*

173. Die Auswirkungen bilateraler Netting-Vereinbarungen, die Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte betreffen, werden auf Kontrahentenebene anerkannt, wenn die Vereinbarungen bei einem Ausfall, auch wenn es sich um Insolvenz oder Konkurs handelt, in jeder beteiligten Rechtsordnung rechtlich durchsetzbar sind. Zusätzlich müssen die Netting-Vereinbarungen:

- |    |   |
|----|---|
| a) | der nicht ausfallenden Partei das Recht zuerkennen, bei einem Ausfall des Kontrahenten, einschl. dessen Insolvenz oder Konkurs, alle unter die Vereinbarung fallenden Geschäfte zeitnah zu beenden oder glattzustellen                                  |
| b) | die Aufrechnung von Gewinnen und Verlusten aus den Transaktionen (einschl. des Wertes von Sicherheiten) ermöglichen, die unter dieser Vereinbarung beendet oder glattgestellt werden, sodass die eine Partei der anderen einen einzigen Betrag schuldet |
| c) | die umgehende Veräußerung oder Verrechnung der Sicherheiten bei einem Ausfall erlauben  |
| d) | bei einem Ausfall zusammen mit den sich aus a) bis c) ergebenden Rechten in jeder beteiligten Rechtsordnung durchsetzbar sein, auch wenn es sich beim Ausfall um Insolvenz oder Konkurs handelt   |

174. Das Netting von Positionen im Anlage- und im Handelsbuch wird nur dann anerkannt, wenn die verechneten Transaktionen die folgenden Anforderungen erfüllen:

- |    |  |
|----|--|
| a) | Der Marktwert aller Transaktionen wird täglich ermittelt <sup>46</sup>   |
| b) | Die für die Transaktionen eingesetzten Sicherungsinstrumente werden als finanzielle Sicherheiten im Anlagebuch anerkannt |

175. Die in Absatz 147 dargestellte Formel wird zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Transaktionen unter Netting-Vereinbarungen angepasst.

176. Für Banken, die aufsichtliche Standard-Haircuts oder selbstgeschätzte Haircuts verwenden, gilt das im Folgenden dargestellte System zur Berücksichtigung der Auswirkungen von Netting-Rahmenvereinbarungen.

$$E^* = \max \{0, [(\sum(E) - \sum(C)) + \sum (E_s \times H_s) + \sum (E_f \times H_f)]\}^{47}$$

mit:

- |    |   |   |
|----|---|---|
| E* | = | Forderungsbetrag nach Kreditrisikominderung |
| E  | = | aktueller Wert der Forderung                |
| C  | = | aktueller Wert der erhaltenen Sicherheit    |

<sup>46</sup> Die Halteperiode für die Haircuts wird wie bei anderen Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften von der Häufigkeit der Nachschubberechnungen abhängen.

<sup>47</sup> Der Ausgangspunkt für diese Formel ist die Formel in Absatz 147, die auch wie folgt ausgedrückt werden kann:  $E^* = (E-C) + (E \times H_e) + (C \times H_c) + (C \times H_f)$ .

Es	=	absoluter Wert der Nettoposition in einem Wertpapier
Hs	=	Haircut für dieses Wertpapier
Efx	=	absoluter Wert der Nettoposition in einer anderen Währung als der Abwicklungswährung
Hfx	=	Haircut für diese Währungskongruenz

177. Hiermit ist beabsichtigt, eine Nettoposition nach Aufrechnung der Forderungen und Sicherheiten zu berechnen und einen Aufschlag zu bestimmen, der mögliche Preisänderungen bei den in der Transaktion verwendeten Wertpapieren und gegebenenfalls beim Fremdwährungsrisiko widerspiegelt. Die Netto-Long- oder -Short-Position jedes in die Netting-Vereinbarung einbezogenen Wertpapiers wird mit dem entsprechenden Haircut multipliziert. Alle anderen Regeln zur Berechnung von Haircuts in den Absätzen 147 bis 172 sind für Banken, die bilaterale Netting-Vereinbarungen für Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte verwenden, sinngemäss anwendbar.

#### *Verwendung von VaR-Modellen*

178. Als Alternative zu den aufsichtlichen Standard-Haircuts bzw. selbstgeschätzten Haircuts kann Banken die Verwendung von VaR-Modellen zur Abbildung der Preisvolatilität der Forderungen sowie der Sicherheiten bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften gestattet werden, wobei die Korrelationseffekte zwischen Wertpapierpositionen zu berücksichtigen sind. Diese Möglichkeit fände bei in bilaterale Netting-Vereinbarungen einbezogenen Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften auf Kontrahentenebene Anwendung. Zudem können VaR-Modelle auch für andere gleichartige Transaktionen, bei denen die Anforderungen an Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte erfüllt sind (wie z.B. Prime Brokerage), verwendet werden. Der VaR-Modellansatz kann von Banken eingesetzt werden, die über ein nach dem Basler Marktrisikopapier aufsichtlich anerkanntes Marktrisikomodell verfügen. Banken, die kein auf diese Weise aufsichtlich anerkanntes Marktrisikomodell verwenden, ihre internen VaR-Modelle aber zur Berechnung potenzieller Preisvolatilitäten bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften einsetzen möchten, können sie eigens aufsichtlich anerkennen lassen. Interne Modelle werden nur dann anerkannt, wenn die Bank die Qualität ihres Modells durch Backtesting der Ergebnisse mit den historischen Daten eines Jahres gegenüber der Bankenaufsicht nachweisen kann.

179. Die quantitativen und qualitativen Kriterien zur Anerkennung interner Marktrisikomodelle für Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte sowie andere gleichartige Transaktionen sind grundsätzlich dieselben, die im Rahmen des Basler Marktrisikopapiers gelten. Bezüglich der Halteperiode gelten jedoch bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften mindestens 5 Geschäftstage, und nicht, wie im Basler Marktrisikopapier festgelegt, 10 Geschäftstage. Für andere Transaktionen, für die der VaR-Modellansatz verwendet werden kann, wird die Halteperiode von 10 Geschäftstagen beibehalten. Die Mindesthalteperiode sollte verlängert werden, wenn sie im Hinblick auf die Liquidität des betreffenden Instruments unangemessen wäre.

180. Eine Bank, die ein VaR-Modell einsetzt, ist verpflichtet, ein Backtesting der Ergebnisse durchzuführen, wobei auf eine jährlich neu zu erhebende Stichprobe von 20 Kontrahenten abzustellen ist. Die Stichprobe sollte die – nach bankinterner Risikomessung – 10 grössten Kontrahenten sowie weitere 10 zufällig ausgewählte Kontrahenten umfassen. Die Bank muss täglich und für alle 20 ausgewählten Kontrahenten die VaR-Schätzung für das Kontrahentenportfolio vom Vortag mit der tatsächlichen Wertveränderung des Kontrahentenportfolios vom Vortag vergleichen. Diese Wertveränderung wird jeweils berechnet als Differenz zwischen dem Nettowert des Kontrahentenportfolios vom Vortag, bewertet zu heutigen Marktpreisen, und dem Nettowert des Kontrahentenportfolios vom Vortag, bewertet zu den Marktpreisen vom Vortag. Wenn diese Differenz die VaR-Schätzung für das Kontrahentenportfolio vom Vortag übersteigt, gilt dies als Ausreisser. In Abhängigkeit von der Anzahl der Ausreisser, die auf der Grundlage von 20 Kontrahenten und den letzten 250 Tagen (dies umfasst 5 000 Beobachtungen) ermittelt werden, sind die Ergebnisse des VaR-Modells unter Verwendung eines Multiplikators gemäss untenstehender Tabelle heraufzuskalieren.<sup>48</sup>

<sup>48</sup> Wenn die Modellergebnisse dauerhaft zu einer hohen Zahl von Ausreissern führen, insgesamt oder für einen einzelnen bedeutenden Kontrahenten, so hat die Bank die getroffenen Modellannahmen zu überprüfen und gegebenenfalls Änderungen vorzunehmen.

Bereich	Anzahl der Ausreisser	Multiplikator
Grüner Bereich	0–19	1
	20–39	1
	40– 59	1
	60–79	1
	80–99	1
Gelber Bereich	100–119	1,13
	120–139	1,17
	140–159	1,22
	160–179	1,25
	180–199	1,28
Roter Bereich	200 oder mehr	1,33

181. Für Banken, die ihre internen Marktrisikomodelle verwenden, wird der Forderungsbetrag nach Kreditrisikominderung  $E^*$  wie folgt berechnet:

$$E^* = \max \{0, [(\sum E - \sum C) + (\text{VaR-Ergebnis aus den internen Marktrisikomodellen} \times \text{Multiplikator}^{49})]\}$$

Bei der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen verwenden die Banken den VaR-Wert vom vorhergehenden Geschäftstag.

iii) *Der einfache Ansatz*

*Mindestanforderungen*

182. Zur Anerkennung im einfachen Ansatz müssen Sicherheiten mindestens für die Forderungslaufzeit verpfändet und ihr Marktwert muss mindestens alle sechs Monate ermittelt werden. Die durch den Marktwert anerkannter Sicherheiten gedeckten Forderungsanteile erhalten das Risikogewicht des Sicherungsinstruments. Das Risikogewicht des besicherten Forderungsanteils kann, abgesehen von den in den Absätzen 183 bis 185 beschriebenen Fällen, nicht weniger als 20% betragen. Der verbleibende Teil der Forderung erhält das Risikogewicht des entsprechenden Kontrahenten. Eine Eigenkapitalanforderung wird an beide an einer besicherten Transaktion beteiligten Banken gestellt. Beispielsweise unterliegen sowohl Repos als auch Reverse Repos Eigenkapitalanforderungen.

*Ausnahmen von der Risikogewichtsuntergrenze*

183. Geschäfte, die die Kriterien in Absatz 170 erfüllen und die mit einem wesentlichen Marktteilnehmer, wie in Absatz 171 definiert, getätigt werden, erhalten ein Risikogewicht von 0%. Wenn der Geschäftskontrahent kein wesentlicher Marktteilnehmer ist, sollte das Geschäft ein Risikogewicht von 10% erhalten.

184. Ausserbörslich gehandelte Derivate mit täglicher Marktbewertung, die durch Barmittel abgesichert sind und keine Währungsinkongruenz aufweisen, sollten ein Risikogewicht von 0% erhalten. Wenn solche Transaktionen mit Wertpapieren von Staaten oder PSE mit einer 0%-Gewichtung im Standardansatz besichert sind, können sie ein Risikogewicht von 10% erhalten.

185. Die Untergrenze von 20% für das Risikogewicht bei besicherten Geschäften wird nicht angewandt, und stattdessen gilt ein Risikogewicht von 0%, wenn das Geschäft und die Sicherheiten auf die gleiche Währung lauten und die Sicherheit entweder:

<sup>49</sup> Entsprechend der Regelung in Absatz 180 wird gegebenenfalls ein Multiplikator auf das Modellergebnis angewandt.

- aus einer Bareinlage, wie in Absatz 145a definiert oder
- aus Staats-/PSE-Wertpapieren mit einer 0%-Gewichtung besteht und ein Abschlag von 20% auf deren Marktwert vorgenommen wurde

iv) *Besicherte ausserbörslich gehandelte Derivate*

186. Die Eigenkapitalanforderungen für das Kontrahentenrisiko aus einem einzelnen Kontrakt werden wie folgt berechnet:

$$\text{Eigenkapitalanforderung für Kontrahentenrisiko} = [(RC + \text{Zuschlag}) - C_A] \times r \times 8 \%$$

mit:

RC = Wiederbeschaffungskosten

Zuschlag = Zuschlagsbetrag für den möglichen zukünftigen Wert (berechnet nach der Eigenkapitalvereinbarung von 1988)

$C_A$  = um Volatilitätseinflüsse bereinigter Sicherheitenwert (berechnet nach den Regeln des umfassenden Ansatzes in den Absätzen 147 bis 172)

r = Risikogewicht des Kontrahenten

187. Wenn wirksame bilaterale Netting-Vereinbarungen existieren, entsprechen die Wiederbeschaffungskosten (RC) den Netto-Wiederbeschaffungskosten, und der Zuschlag bestimmt sich nach der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 ( $A_{\text{Net}}$ ). Der Haircut für das Währungsrisiko ( $H_{fx}$ ) sollte angewandt werden, wenn die Währung der Sicherheiten nicht mit der Abwicklungswährung übereinstimmt. Auch wenn das Engagement, die Sicherheiten und der Zahlungsbetrag mehr als zwei Währungen betreffen, wird nur ein einziger Haircut, unter der Annahme einer Halteperiode von 10 Geschäftstagen, vorgenommen und gegebenenfalls in Abhängigkeit von der Häufigkeit der Marktbewertungen heraufskaliert.

#### **4. Netting von Bilanzpositionen**

188. In den Fällen, in denen eine Bank

- a) eine fundierte rechtliche Grundlage zur Annahme besitzt, dass die Netting- oder Aufrechnungsvereinbarung in allen beteiligten Rechtsordnungen durchsetzbar ist, auch wenn der Kontrahent insolvent ist oder in Konkurs geht
- b) jederzeit in der Lage ist, die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber einem bestimmten Kontrahenten, die Gegenstand der Nettingvereinbarung sind, zu bestimmen
- c) die Anschlussrisiken überwacht und steuert sowie
- d) die betroffenen Positionen auf Nettobasis überwacht und steuert

kann sie den Saldo aus Krediten und Einlagen als Basis für die Berechnung ihrer Eigenkapitalanforderungen in Übereinstimmung mit der Formel in Absatz 147 verwenden. Aktiva (Kredite) werden als Forderungen und Verbindlichkeiten (Einlagen) als Sicherheiten behandelt. Der Haircut wird auf Null gesetzt, es sei denn, es liegt eine Währungsinkongruenz vor. Bei täglicher Marktbewertung ist eine Halteperiode von 10 Geschäftstagen anzuwenden, und es gelten sämtliche Anforderungen der Absätze 151, 169 und 202 bis 205.

#### **5. Garantien und Kreditderivate**

i) *Operationelle Anforderungen*

*Operationelle Anforderungen sowohl an Garantien als auch an Kreditderivate*

189. Eine Garantie (Gegengarantie) oder ein Kreditderivat muss eine unmittelbare Forderung an den Sicherungsgeber darstellen und ausdrücklich an eine bestimmte Forderung oder Gruppe von Forderungen gebunden sein, sodass der Absicherungsumfang klar definiert und unstrittig ist. Ausser in dem Fall, in dem der Sicherungsnehmer seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Absicherungsvertrag nicht nachkommt, muss die Absicherung unwiderruflich sein; es darf keine Vertragsklausel

existieren, die es dem Sicherungsgeber erlauben würde, die Kreditabsicherung einseitig zu kündigen, oder die die effektiven Absicherungskosten infolge einer sich verschlechternden Kreditqualität der abgesicherten Forderung erhöhen würde.<sup>50</sup> Ausserdem müssen die Garantie oder das Kreditderivat unbedingt sein; es sollte ausserhalb der möglichen direkten Einflussnahme der Bank keine Klausel im Absicherungsvertrag existieren, die den Sicherungsgeber davor bewahren könnte, zeitnah zahlen zu müssen, falls der ursprüngliche Kontrahent seine fällige(n) Zahlung(en) versäumt.

#### *Zusätzliche operationelle Anforderungen an Garantien*

190. Zusätzlich zu den Anforderungen in Bezug auf die Rechtssicherheit in den Absätzen 117 und 118 müssen anerkennungsfähige Garantien die folgenden Kriterien erfüllen:

- 
- |       |  |
|-------|--|
| a)    | Nach dem festgestellten Ausfall/Zahlungsversäumnis des Kontrahenten kann die Bank den Garantiegeber zeitnah für Zahlungen in Anspruch nehmen, die entsprechend der das Geschäft regelnden Dokumentation ausstehend sind. Der Garantiegeber kann entweder einen einmaligen Pauschalbetrag für alle ausstehenden Zahlungen leisten, oder er übernimmt alle zukünftigen Zahlungsverpflichtungen des Kontrahenten, die durch die Garantie abgesichert sind. Die Bank muss das Recht haben, jede dieser Zahlungen direkt vom Garantiegeber zu verlangen, ohne zuvor rechtliche Schritte einleiten zu müssen, um eine Zahlung vom ursprünglichen Kontrahenten einzufordern |
| <hr/> |  |
| b)    | Die Garantie ist eine ausdrücklich dokumentierte, vom Garantiegeber eingegangene Verpflichtung   |
| <hr/> |  |
| c)    | Vorbehaltlich der Bestimmung im folgenden Satz deckt eine Garantie alle vom eigentlichen Kreditnehmer zu erbringenden Leistungen entsprechend der das Geschäft regelnden Dokumentation ab: Nominalbetrag, Nachschusszahlungen etc. Wenn eine Garantie nur den Kapitalbetrag einer Forderung abdeckt, dann müssen Zinsen und sonstige nicht abgesicherte Zahlungen als unbesicherter Forderungsanteil gemäss Absatz 198 behandelt werden  |
- 

#### *Zusätzliche operationelle Anforderungen an Kreditderivate*

191. Anerkennungsfähige Kreditderivate müssen die folgenden Kriterien erfüllen:

- 
- |  |   |
|--|---|
| a)   | Zu den von den Vertragsparteien vereinbarten Kreditereignissen müssen mindestens gehören: |
| <ul style="list-style-type: none"><li>• das Versäumnis, die fälligen Zahlungen nach den zum Zeitpunkt des Versäumnisses gültigen vertraglichen Bedingungen der zugrundeliegenden Verpflichtung zu leisten (mit einer Nachfrist, die der Nachfrist der zugrundeliegenden Verpflichtung in etwa entspricht)</li><li>• der Konkurs, die Insolvenz oder die Unfähigkeit des eigentlichen Kreditnehmers, seine Schulden zu bedienen, oder sein Versäumnis bzw. das schriftliche Eingeständnis seiner Unfähigkeit, ganz allgemein fällig werdende Schulden zu begleichen, sowie entsprechende Ereignisse</li><li>• die Umschuldung der zugrundeliegenden Verpflichtung mit Erlass oder Stundung des Nominalbetrags, der Zinsen oder Gebühren, sofern dies zu einem Kreditverlustereignis führt (z.B. Abschreibungen, Einzelwertberichtigungen oder ähnliche Buchungen in der Gewinn- und Verlustrechnung). Wenn Umschuldung nicht als Kreditereignis angesehen wird, dann gelten die Bestimmungen von Absatz 192</li></ul> |   |
- 

---

<sup>50</sup> Die Anforderung der Unwiderruflichkeit macht eine Laufzeitübereinstimmung zwischen der Forderung und ihrer Absicherung nicht zwingend; vielmehr darf die *ex ante* vereinbarte Laufzeit nicht *ex post* durch den Sicherungsgeber verkürzt werden. Absatz 203 legt dar, wie Kündigungsrechte bei der Bestimmung der Restlaufzeit einer Kreditabsicherung behandelt werden.

b)	Wenn das Kreditderivat Aktiva zum Gegenstand hat, die die zugrundeliegende Verpflichtung nicht einschliessen, regelt Absatz g) unten, ob diese Aktivainkongruenz zulässig ist
c)	Das Kreditderivat darf nicht vor Ablauf der Nachfristen enden, die zur Feststellung des Ausfalls in Bezug auf die zugrundeliegende Verpflichtung wegen Zahlungsverzögerung erforderlich sind, vorbehaltlich der Bestimmungen von Absatz 203
d)	Kreditderivate, die einen Barausgleich vorsehen, können für Eigenkapitalzwecke insoweit anerkannt werden, als ein stabiles Bewertungsverfahren vorhanden ist, das eine zuverlässige Verlustschätzung ermöglicht. Es muss einen klar definierten Zeitraum geben, innerhalb dessen die Bewertung der zugrundeliegenden Verpflichtung nach dem Kreditereignis stattfinden muss. Wenn das im Kreditkontrakt bezeichnete Referenzaktivum für den Barausgleich von der zugrundeliegenden Verpflichtung abweicht, regelt Absatz g) unten, ob diese Aktivainkongruenz zulässig ist
e)	Falls der Sicherungsnehmer als Voraussetzung für die Erfüllung zur Übertragung der zugrundeliegenden Verpflichtung an den Sicherungsgeber berechtigt bzw. fähig sein muss, haben die vertraglichen Bedingungen der zugrundeliegenden Verpflichtung vorzusehen, dass eine etwaige erforderliche Einwilligung zu einer solchen Übertragung nicht grundlos verweigert werden darf
f)	Es muss eindeutig festgelegt sein, wer entscheidet, ob ein Kreditereignis vorliegt. Diese Entscheidung darf nicht allein dem Sicherungsgeber obliegen. Der Sicherungsnehmer muss das Recht bzw. die Möglichkeit haben, den Sicherungsgeber über das Auftreten eines Kreditereignisses zu informieren
g)	Eine Inkongruenz zwischen der zugrundeliegenden Verpflichtung und dem Referenzaktivum des Kreditderivats (d.h. dem Aktivum zur Bestimmung des Wertes des Barausgleichs bzw. dem zu liefernden Aktivum) ist zulässig, wenn 1) das Referenzaktivum der zugrundeliegenden Verpflichtung im Rang gleich- oder nachsteht und 2) die zugrundeliegende Verpflichtung und das Referenzaktivum denselben Verpflichteten aufweisen (d.h. dieselbe Rechtspersönlichkeit) und rechtlich durchsetzbare, wechselseitige Ausfall- oder Vorfälligkeitsklauseln beinhalten
h)	Eine Inkongruenz zwischen der zugrundeliegenden Verpflichtung und dem Aktivum, das zur Feststellung, ob ein Kreditereignis vorliegt, herangezogen wird, ist zulässig, wenn 1) das Letztere der zugrundeliegenden Verpflichtung im Rang gleich- oder nachsteht und 2) beide denselben Verpflichteten aufweisen (d.h. dieselbe Rechtspersönlichkeit) und rechtlich durchsetzbare, wechselseitige Ausfall- oder Vorfälligkeitsklauseln beinhalten

192. Wenn die Umschuldung der zugrundeliegenden Verpflichtung nicht als Kreditereignis gilt und entsprechend nicht durch das Kreditderivat abgedeckt ist, aber die anderen Kriterien von Absatz 191 erfüllt sind, ist eine teilweise Anerkennung des Kreditderivats möglich. Wenn der durch das Kreditderivat abgesicherte Betrag dem Betrag der zugrundeliegenden Verpflichtung entspricht oder darunter liegt, dann erfolgt eine aufsichtliche Anerkennung der Absicherung für 60% des vom Kreditderivat abgesicherten Betrags. Wenn der durch das Kreditderivat abgesicherte Betrag höher ist als der Betrag der zugrundeliegenden Verpflichtung, dann erfolgt eine aufsichtliche Anerkennung der Absicherung für 60% der zugrundeliegenden Verpflichtung.<sup>51</sup>

193. Nur Credit Default Swaps und Total Return Swaps, die eine den Garantien entsprechende Kreditabsicherung bieten, können anerkannt werden. Es gilt folgender Vorbehalt: Wenn eine Bank eine Kreditabsicherung durch einen Total Return Swap erwirbt und die Nettozahlungen aus dem Swap als Nettoeinkommen verbucht, aber den den Zahlungen gegenüberstehenden Wertverlust der abgesicherten Forderung nicht abbildet (entweder durch Verringerung des marktgerechten Preises des Aktivums oder durch Erhöhung der Risikovorsorge), dann wird diese Kreditabsicherung nicht anerkannt.

<sup>51</sup> Der Anerkennungsfaktor von 60% gilt zunächst übergangsweise; der Ausschuss beabsichtigt, diesen Faktor vor der Umsetzung der Rahmenvereinbarung, unter Berücksichtigung zusätzlicher Daten, zu überprüfen.

Die Behandlung von „first-to-default“- und „second-to-default“-Produkten wird in den Absätzen 207 bis 210 getrennt erläutert.

194. Andere Arten von Kreditderivaten werden derzeit nicht anerkannt.<sup>52</sup>

ii) *Anerkennungsfähige Garantiegeber (Gegengarantiegeber)/Sicherungsgeber*

195. Kreditabsicherungen der folgenden Institutionen werden anerkannt:

- Staaten,<sup>53</sup> PSE, Banken<sup>54</sup> und Wertpapierhäuser, die ein niedrigeres Risikogewicht als der Kontrahent aufweisen
- andere Institutionen mit einem Rating von mindestens A-. Hierzu zählen auch Mutter-, Tochter- und Konzernunternehmen mit einem niedrigeren Risikogewicht als der eigentliche Schuldner

iii) *Risikogewichte*

196. Dem abgesicherten Teil der Transaktion wird das Risikogewicht des Sicherungsgebers zugeordnet. Der unbesicherte Teil erhält das Risikogewicht des zugrundeliegenden Kontrahenten.

197. Wesentlichkeitsgrenzen für Beträge, unterhalb derer im Falle eines Verlustes keine Zahlungen geleistet werden, stellen zurückbehaltene First-Loss-Positionen dar und müssen vollständig vom Eigenkapital der Bank, die die Kreditabsicherung erwirbt, abgezogen werden.

*Anteilige Absicherung*

198. Wenn der garantierte Betrag (oder der Betrag, für den eine Kreditabsicherung erworben wird) geringer als der Kreditbetrag ist und der abgesicherte und der nicht abgesicherte Teil gleichrangig sind, d.h. wenn die Bank und der Garantiegeber die Verluste anteilig tragen, wird die Eigenkapitalerleichterung auf anteiliger Basis gewährt. Dies bedeutet, dass der besicherte Teil des Kredits wie eine anerkannte Garantie/ein anerkanntes Kreditderivat behandelt wird, während der Rest als unbesichert gilt.

*Vor- und nachrangige Absicherung*

199. Wenn die Bank den einen Teil des Risikos eines Kredits in einer oder mehreren Tranchen an einen oder mehrere Sicherungsgeber überträgt, wenn sie den anderen Teil des Risikos selbst behält und wenn das übertragene und das selbst getragene Risiko nicht gleichrangig sind, so kann die Bank entweder für die vorrangigen Tranchen (z.B. Second-Loss-Tranche) oder die nachrangige Tranche (z.B. First-Loss-Tranche) eine Absicherung erwerben. In diesem Fall kommen die Bestimmungen von Abschnitt IV (Kreditrisiko – Regelwerk zur Behandlung von Verbriefungen) zur Anwendung.

iv) *Währungsinkongruenzen*

200. Wenn die Kreditabsicherung auf eine andere Währung als der Kredit lautet – d.h. wenn eine Währungsinkongruenz vorliegt –, wird der als abgesichert angesehene Betrag durch die Anwendung eines Haircuts  $H_{FX}$  reduziert, d.h.

$$G_A = G \times (1 - H_{FX})$$

mit:

G = Nominalbetrag der Kreditabsicherung

$H_{FX}$  = Haircut für die Währungsinkongruenz zwischen der Kreditabsicherung und der zugrundeliegenden Verpflichtung.

---

<sup>52</sup> Mit Barmitteln unterlegte Credit-Linked Notes, die von der Bank gegen Forderungen im Anlagebuch emittiert wurden und die Kriterien für Kreditderivate erfüllen, werden wie durch Barsicherheiten unterlegte Forderungen behandelt.

<sup>53</sup> Dazu gehören auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank und die Europäische Gemeinschaft sowie die in Fussnote 20 erwähnten MDB.

<sup>54</sup> Dazu gehören auch sonstige MDB.

Der anzuwendende Haircut basiert auf einer Halteperiode von 10 Geschäftstagen (unter Annahme der täglichen Marktbewertung). Für Banken, die aufsichtliche Standard-Haircuts verwenden, beträgt er 8%. Die Haircuts müssen unter Verwendung der Wurzel-Zeit-Formel in Abhängigkeit von der Häufigkeit der Neubewertungen der Kreditabsicherungen, wie in Absatz 168 beschrieben, heraufskaliert werden.

v) *Staatsgarantien und staatliche Gegengarantien*

201. Wie in Absatz 54 dargestellt, kann nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz für Forderungen einer Bank an ihren Sitzstaat (oder dessen Zentralbank), sofern sie auf Landeswährung lauten und in dieser refinanziert sind, ein niedrigeres Risikogewicht angewandt werden. Nationale Aufsichtsinstanzen können diese Behandlung auf den von dem Staat (oder der Zentralbank) garantierten Teil einer Forderung ausdehnen, wenn die Garantie auf Landeswährung lautet und der Kredit in dieser Währung refinanziert ist. Eine Forderung kann durch eine Garantie abgesichert sein, die durch den Staat indirekt gegengarantiert ist. Eine solche Forderung kann wie eine durch eine Staatsgarantie abgesicherte Forderung behandelt werden, vorausgesetzt:

- 
- |       |  |
|-------|--|
| a)    | die staatliche Gegengarantie deckt sämtliche Kreditrisiken der Forderung ab  |
| <hr/> |  |
| b)    | sowohl die unmittelbare Garantie als auch die Gegengarantie erfüllen alle operationellen Anforderungen an Garantien, mit der Ausnahme, dass die Gegengarantie nicht direkt und ausdrücklich auf die besicherte Forderung bezogen sein muss |
| <hr/> |  |
| c)    | die Aufsichtsinstanz ist davon überzeugt, dass die Absicherung solide ist und dass es keine historischen Hinweise gibt, wonach die Gegengarantie eine weniger wirksame Absicherung wäre als eine unmittelbare Staatsgarantie               |
- 

## 6. *Laufzeitinkongruenzen*

202. Im Rahmen der Berechnung gewichteter Risikoaktiva wird eine Laufzeitinkongruenz dann angenommen, wenn die Restlaufzeit der Absicherung kürzer als die Restlaufzeit der zugrundeliegenden Forderung ist.

i) *Definition von Restlaufzeit*

203. Die Restlaufzeit der zugrundeliegenden Forderung und die Restlaufzeit der Absicherung sollten beide konservativ definiert werden. Als effektive Restlaufzeit der Forderung sollte der Zeitraum angesehen werden, nach dem der Kontrahent seine Verpflichtungen spätestens erfüllt haben muss, unter Berücksichtigung etwaiger Nachfristen. Die Restlaufzeit der Absicherung kann durch eingebaute Optionsrechte verringert werden, sodass hier die kürzestmögliche Restlaufzeit verwendet wird. Wenn der Sicherungsgeber ein Kündigungsrecht hat, entspricht die Restlaufzeit dem Zeitraum bis zum erstmöglichen Kündigungstermin. Hat der Sicherungsnehmer ein Kündigungsrecht und die bei Sicherungsabschluss festgelegten vertraglichen Bedingungen bieten dem Sicherungsnehmer einen Anreiz, die Transaktion vor Ablauf der Vertragslaufzeit zu kündigen, wird die verbleibende Zeit bis zum ersten Kündigungstermin als effektive Laufzeit angenommen. In den Fällen, in denen es z.B. zu einem Kostenanstieg in Zusammenhang mit einem Kündigungsrecht kommt oder die effektiven Absicherungskosten im Laufe der Zeit auch dann noch steigen, wenn die Kreditqualität gleich bleibt oder sich gar verbessert, umfasst die effektive Restlaufzeit den verbleibenden Zeitraum bis zum ersten Kündigungstermin.

ii) *Risikogewichte für Laufzeitinkongruenzen*

204. Wie in Absatz 143 beschrieben, werden Absicherungen bei Laufzeitinkongruenzen nur dann anerkannt, wenn die Anfangslaufzeit der Absicherung mindestens ein Jahr beträgt. Somit werden Absicherungen mit einer Anfangslaufzeit von unter einem Jahr nur anerkannt, wenn keine Laufzeitinkongruenz besteht. Unabhängig davon werden Absicherungen bei Laufzeitinkongruenzen nicht mehr anerkannt, wenn die Restlaufzeit der Absicherung 3 Monate oder weniger beträgt.

205. Bei Laufzeitinkongruenzen wird die anerkennungsfähige Kreditabsicherung durch Sicherheiten, Netting von Bilanzpositionen, Garantien oder Kreditderivate wie folgt angepasst:

$$P_a = P \times (t-0,25)/(T-0,25)$$

mit:

$P_a$	=	Wert der um die Laufzeitinkongruenz bereinigten Kreditabsicherung
$P$	=	um jegliche Haircuts bereinigte Kreditabsicherung (z.B. Sicherheitenwert, Höhe der Garantie)
$t$	=	min. ( $T$ , Restlaufzeit der Kreditabsicherung), ausgedrückt in Jahren
$T$	=	min. (5, Restlaufzeit der Forderung), ausgedrückt in Jahren

## **7. Sonstige Bestimmungen zur Behandlung von Kreditrisikominderungstechniken**

### *i) Behandlung von mehreren Kreditrisikominderungstechniken*

206. In den Fällen, in denen eine Bank mehrere Kreditrisikominderungstechniken für eine einzelne Forderung einsetzt (z.B. wenn eine Bank sowohl Sicherheiten als auch Garantien zur teilweisen Absicherung einer Forderung nutzt), muss sie die Forderung in einzelne, jeweils durch eine einzige Kreditrisikominderungstechnik gedeckte Forderungsanteile unterteilen (z.B. in einen durch eine Sicherheit gedeckten Anteil und einen durch eine Garantie abgesicherten Anteil) und das Risikogewicht jedes Forderungsanteils gesondert ermitteln. Wenn eine Kreditabsicherung eines einzigen Sicherungsgebers unterschiedliche Laufzeiten aufweist, muss auch diese jeweils in separate Sicherungsanteile unterteilt werden.

### *ii) „first-to-default“-Kreditderivate*

207. Es gibt Fälle, in denen die Bank eine Kreditabsicherung für einen Korb von Referenzadressen erwirbt, wobei der erste Ausfall einer dieser Referenzadressen die Kreditabsicherung auslöst und dieses Kreditereignis gleichzeitig den Kontrakt beendet. In diesen Fällen kann der Bank eine aufsichtliche Eigenkapitalerleichterung für das Aktivum mit dem geringsten risikogewichteten Betrag innerhalb des Korbs gewährt werden, aber nur, wenn der Nominalbetrag kleiner oder gleich dem Nominalbetrag des Kreditderivats ist.

208. Für Banken, die Kreditabsicherungen über ein solches Instrument anbieten, wird das Risikogewicht aus Absatz 567 für Verbriefungstranchen angewandt, wenn das Instrument über ein externes Rating einer anerkannten Rating-Agentur verfügt. Andernfalls werden die Risikogewichte der im Korb enthaltenen Aktiva bis maximal 1250% addiert und mit dem durch das Kreditderivat abgesicherten Nominalbetrag multipliziert, um den risikogewichteten Betrag zu erhalten.

### *iii) „second-to-default“-Kreditderivate*

209. In den Fällen, in denen der zweite Ausfall unter den in einem Korb enthaltenen Aktiva die Kreditabsicherung auslöst, wird der Bank, die eine solche Kreditabsicherung erwirbt, nur dann eine aufsichtliche Eigenkapitalerleichterung gewährt, wenn auch eine Erstausfallabsicherung erworben wurde oder wenn eines der im Korb enthaltenen Aktiva bereits ausgefallen ist.

210. Für Banken, die Kreditabsicherungen über ein solches Instrument anbieten, erfolgt die Kapitalunterlegung prinzipiell wie in Absatz 208, mit einer Ausnahme: Bei der Addition der Risikogewichte kann das Aktivum mit dem geringsten risikogewichteten Betrag von der Kapitalunterlegung ausgeschlossen werden.

### **III. Kreditrisiko – Der auf internen Ratings basierende Ansatz**

#### **A. Überblick**

211. Dieser Abschnitt der Rahmenvereinbarung beschreibt den auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz) für das Kreditrisiko. Wenn bestimmte Mindestbedingungen und Offenlegungsanforderungen erfüllt sind, können Banken, denen von der Aufsicht die Verwendung des IRB-Ansatzes gestattet wurde, zur Bestimmung der Eigenkapitalunterlegung für ein Aktivum auf ihre eigenen internen Schätzungen von Risikokomponenten zurückgreifen. Diese Risikokomponenten beinhalten Messgrößen für die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), die Verlustausfallquote (LGD), die ausstehenden Forderungen bei Ausfall (EAD) und die effektive Restlaufzeit (M). In bestimmten Fällen müssen Banken für eine oder mehrere dieser Risikokomponenten einen aufsichtlich vorgegebenen Wert anstelle ihrer internen Schätzung verwenden.

212. Der IRB-Ansatz beruht auf den Messgrößen des unerwarteten Verlusts (UL) und des erwarteten Verlusts (EL). Die Risikogewichtsfunktionen bestimmen Eigenkapitalanforderungen für die unerwarteten Verluste. Erwartete Verluste werden gesondert behandelt (vgl. Absatz 43 und Abschnitt III.G).

213. In diesem Abschnitt werden zunächst die Forderungsklassen definiert. Die Anwendung des IRB-Ansatzes auf alle Forderungsklassen wird ebenso wie die Übergangsbestimmungen zu Beginn dieses Abschnitts erläutert. Die Risikokomponenten, die im Einzelnen im weiteren Verlauf dieses Abschnitts definiert werden, dienen als Eingabeparameter für die Risikogewichtsfunktionen, die für die einzelnen Forderungsklassen entwickelt wurden. Es gibt beispielsweise eine Risikogewichtsfunktion für Unternehmenskredite und eine weitere für qualifizierte revolving Retail-Kredite. Die Ausführungen über die Behandlung der einzelnen Forderungsklassen beginnen mit der Darstellung der jeweiligen Risikogewichtsfunktion(en), darauf folgen die Risikokomponenten und andere relevante Faktoren, wie beispielsweise die Behandlung von Kreditrisikominderungstechniken. Die Standards bezüglich der Rechtssicherheit, die für die Anerkennung von Risikominderungstechniken erforderlich sind und die in Abschnitt II.D dargestellt werden, gelten sowohl für den Basisansatz als auch für den fortgeschrittenen Ansatz. Die von den Banken für die Zulassung zum IRB-Ansatz zu erfüllenden Mindestanforderungen werden am Schluss, beginnend mit Abschnitt III.H, Absatz 387, erläutert.

#### **B. Verfahren des IRB-Ansatzes**

214. In Abschnitt III.B.1 werden die Risikokomponenten (z.B. PD und LGD) sowie die Forderungsklassen (z.B. Forderungen an Unternehmen und Retail-Forderungen) im IRB-Ansatz erläutert. Abschnitt III.B.2 enthält eine Beschreibung der von den Banken für die einzelnen Forderungsklassen zu verwendenden Risikokomponenten. Die Abschnitte III.B.3 und III.B.4 behandeln die Anwendung des IRB-Ansatzes durch eine Bank bzw. die Übergangsbestimmungen. Bei Forderungen, für die keine Behandlung nach dem IRB-Ansatz spezifiziert wird, wird ein Risikogewicht von 100% angesetzt, und von den entsprechenden gewichteten Risikoaktiva wird angenommen, dass sie einzig für den UL zu berücksichtigen sind.

##### **1. Kategorisierung der Aktiva**

215. Im IRB-Ansatz müssen die Banken ihre Anlagebuchgeschäfte nach Massgabe der nachfolgenden Begriffsdefinitionen in Forderungsklassen mit unterschiedlichen zugrundeliegenden Risikomerkmale aufteilen. Die Forderungsklassen sind a) Unternehmen, b) Staaten, c) Banken, d) Privatkunden (Retail) und e) Beteiligungspositionen. Innerhalb der Forderungsklasse „Unternehmen“ werden fünf Unterklassen von Spezialfinanzierungen getrennt erfasst. Das Retail-Geschäft beinhaltet drei Unterklassen. Innerhalb der Forderungsklassen „Unternehmen“ und „Privatkunden (Retail)“ können angekaufte Forderungen unter bestimmten Voraussetzungen anders behandelt werden.

216. Diese Klassifizierung der Aktiva entspricht im Grossen und Ganzen der gängigen Bankpraxis. Gleichwohl können einzelne Banken davon abweichende Definitionen in ihren internen Risikomanagement- und -messsystemen verwenden. Wenn es auch nicht die Absicht des Ausschusses ist, die Banken zu einer Änderung ihrer Verfahren zur Handhabung der Geschäfte und Risiken zu bewegen, wird von ihnen doch verlangt, die einzelnen Forderungen nach den jeweils vorgegebenen

Verfahren zu behandeln, um die Mindestkapitalanforderungen zu bestimmen. Sie haben der Bankenaufsicht nachzuweisen, dass ihre Methoden zur Kategorisierung der einzelnen Forderungen angemessen und im Zeitablauf konsistent sind.

217. Hinsichtlich der Behandlung von Verbriefungspositionen im IRB-Ansatz wird auf Abschnitt IV verwiesen.

*i) Definition von Forderungen an Unternehmen*

218. Grundsätzlich ist eine Forderung an ein Unternehmen als eine Schuldverpflichtung einer Kapital- oder Personengesellschaft oder eines Einzelunternehmens definiert. Dabei dürfen die Banken Forderungen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wie in Absatz 273 definiert, gesondert betrachten.

219. Innerhalb der Forderungsklasse „Unternehmen“ werden fünf Unterklassen von Spezialfinanzierungen (SL) gebildet. All diese Geschäfte weisen mit Blick auf die rechtliche Form oder die ökonomische Substanz folgende Merkmale auf:

- Kreditnehmer ist typischerweise eine Gesellschaft (oft eine Zweckgesellschaft), die speziell zur Finanzierung und/oder zum Betrieb eines Sachwerts gegründet wurde
- Die kreditnehmende Gesellschaft hat nur wenige oder gar keine anderen wesentlichen Vermögensgegenstände oder Geschäfte vorzuweisen, und ist – abgesehen von den Einkünften aus dem finanzierten Aktivum – deshalb kaum oder gar nicht in der Lage, die Verbindlichkeit aus anderen Quellen zu tilgen
- Die Ausgestaltung der Verbindlichkeit verschafft dem Kreditgeber einen wesentlichen Einfluss auf das finanzierte Aktivum und die daraus erzielten Einkünfte
- Aus den obigen Punkten folgt, dass die primäre Quelle für die Tilgung der Verbindlichkeit die Einkünfte aus dem finanzierten Aktivum sind und nicht die davon unabhängige Zahlungsfähigkeit eines auf einem breiteren Fundament agierenden Unternehmens

220. Die fünf Unterklassen von Spezialfinanzierungen sind Projektfinanzierung, Objektfinanzierung, Rohstoffhandelsfinanzierung, Finanzierung von Mietimmobilien und hochvolatile gewerbliche Realkredite. Jede dieser Unterklassen wird im Folgenden definiert.

*Projektfinanzierung*

221. Projektfinanzierung (PF) ist eine Art der Finanzierung, bei der der Kreditgeber hauptsächlich die aus dem einzelnen Projekt erzielten Einkünfte sowohl als Quelle für die Begleichung der Forderung als auch als Sicherheit für die Forderung betrachtet. Diese Art der Finanzierung wird gewöhnlich für grosse, komplexe und teure Infrastrukturprojekte verwendet, wie z.B. Kraftwerke, chemische Aufbereitung, Bergbau, Verkehr, Umweltschutz und Telekommunikation. Projektfinanzierungen können in der Finanzierung des Baus neuer Anlagen oder in Anschlussfinanzierungen für bereits bestehende Anlagen, mit oder ohne Verbesserungen, bestehen.

222. Bei diesen Geschäften erfolgt die Rückzahlung des Kredits im Regelfall ausschliesslich oder fast ausschliesslich mit dem Erlös aus den Verträgen über die Produkte des Projekts, wie z.B. den von einem Kraftwerk verkauften Strom. Der Kreditnehmer ist meistens eine Zweckgesellschaft, die nicht berechtigt ist, andere Geschäfte als die Entwicklung, den Besitz und den Betrieb des Projekts zu bestreiten. Daraus folgt, dass die Rückzahlung des Kredits primär von den Cashflows des Projekts und dem Sicherheitenwert der Projektaktiva abhängt. Im Gegensatz dazu wird eine Forderung, deren Rückzahlung im Wesentlichen von einem etablierten, diversifizierten, kreditwürdigen und vertraglich verpflichteten Endbenutzer abhängt, als besicherter Kredit an diesen Endbenutzer eingestuft.

*Objektfinanzierung*

223. Objektfinanzierung (OF) bezieht sich auf die Finanzierung des Kaufs von Gegenständen (z.B. Schiffen, Flugzeugen, Satelliten, Eisenbahnwagen und Fahrzeugflotten), bei der die Begleichung der Forderung von den Cashflows der finanzierten und an den Kreditgeber verpfändeten oder abgetretenen Objekte abhängt. Eine primäre Quelle dieser Cashflows können Miet- oder Leasingverträge mit einer oder mehreren Drittparteien sein. Im Gegensatz dazu ist eine Forderung gegenüber einem Schuldner, dessen finanzielle Situation und Fähigkeit zur Schuldentilgung es ihm ermöglichen, den

Kredit ohne wesentlichen Rückgriff auf das verpfändete Objekt zu tilgen, als ein besicherter Kredit an ein Unternehmen anzusehen.

#### *Rohstoffhandelsfinanzierung*

224. Rohstoffhandelsfinanzierungen (CF) sind strukturierte kurzfristige Kredite zur Finanzierung von Vorräten, Lagerbeständen oder Forderungen aus börsengehandelten Rohstoffen (z.B. Rohöl, Metallen oder Agrarprodukten), die mit dem Erlös aus dem Verkauf der finanzierten Waren zurückgezahlt werden und bei denen der Kreditnehmer nicht in der Lage ist, die Forderung aus anderen Quellen zu begleichen. Das ist dann der Fall, wenn der Kreditnehmer keine anderen Geschäfte tätigt und in seiner Bilanz keine anderen wesentlichen Aktiva ausweist. Die strukturierte Beschaffenheit der Finanzierung wird gewählt, um die niedrige Bonität des Kreditnehmers auszugleichen. Das Rating einer Rohstoffhandelsfinanzierung stellt auf die Kostendeckung durch den Verkauf der Rohstoffe und die Fähigkeiten des Kreditgebers zur Strukturierung der Transaktion und nicht auf die Bonität des Kreditnehmers ab.

225. Der Ausschuss geht davon aus, dass Rohstoffhandelsfinanzierungen von der Mittelaufnahme anderer, stärker diversifizierter Kreditnehmer aus dem Unternehmenssektor zur Finanzierung von Vorräten, Lagerbeständen oder Forderungen unterschieden werden können. Die Banken sind in der Lage, die Bonität solcher Kreditnehmer aufgrund ihrer breiter angelegten laufenden Geschäftstätigkeit einzuschätzen. In diesen Fällen dient der Wert der Rohstoffe als Kreditsicherheit und nicht als primäre Quelle zur Tilgung des Kredits.

#### *Finanzierung von Mietimmobilien*

226. Der Begriff der Finanzierung von Mietimmobilien (IPRE) bezieht sich auf eine Methode zur Finanzierung von Immobilien (wie z.B. für Vermietungszwecke erstellte Bürogebäude, Ladenlokale, Mehrfamilienhäuser, Industrie- und Lagerflächen sowie Hotels), bei der die Rückzahlung und der Verwertungserlös bei einem Ausfall primär auf dem aus dem Objekt erzielten Cashflow beruht. Die Hauptquelle dieses Cashflows sind gewöhnlich Miet- bzw. Leasingeinnahmen oder der Verkauf des Objekts. Der Kreditnehmer kann – muss aber nicht – eine Zweckgesellschaft, eine Bauträger- bzw. Vermietungsgesellschaft oder ein Unternehmen sein, das auch ausserhalb des Immobiliensektors Einnahmen erzielt. Der grundlegende Unterschied einer solchen Mietimmobilienfinanzierung und anderen, durch Grundpfandrechte besicherten Krediten an ein Unternehmen liegt darin, dass hier eine starke positive Korrelation zwischen der Begleichung der Forderung und dem Verwertungserlös bei einem Ausfall besteht, weil beide primär von den laufenden Einnahmen aus einer Immobilie abhängen.

#### *Hochvolatile gewerbliche Realkredite*

227. Hochvolatile gewerbliche Realkredite (HVCRE) dienen der Finanzierung von gewerblichen Immobilien, die gegenüber anderen Arten der Spezialfinanzierung eine höhere Volatilität der Verlustrate (d.h. eine stärkere Korrelation der Aktiva) aufweisen. HVCRE umfassen:

- Gewerbliche Immobilienfinanzierungen, die durch Immobilien besichert sind, die nach Ansicht der nationalen Bankenaufsicht eine höhere Volatilität der Portfolioausfallraten aufweisen
- Kredite zur Finanzierung der Grunderwerbs-, Erschliessungs- und Bauphase (sog. ADC-Kredite) für solche Immobilien in den entsprechenden Ländern
- ADC-Kredite für sonstige gewerbliche Immobilien, bei denen die Rückzahlung zum Zeitpunkt der Finanzierung entweder vom unsicheren zukünftigen Verkauf des Objekts oder von sehr unsicheren zukünftigen Cashflows (z.B. weil das Objekt noch nicht zu einem in dem jeweiligen regionalen Markt für den betreffenden Immobilientyp üblichen Preis vermietet wurde) abhängt, es sei denn, der Kreditnehmer verfügt über eine erhebliche Eigenkapitalquote. Allerdings ist es unzulässig, ADC-Kredite, die aufgrund der durch Eigenmittel des Schuldners gesicherten Rückzahlung von der Behandlung als HVCRE-Kredit ausgenommen sind, zur zusätzlichen Reduzierung der ausstehenden Forderungen im Bereich der Spezialfinanzierung, wie in Absatz 277 beschrieben, zu nutzen

228. In Fällen, in denen die nationale Bankenaufsicht bestimmte Arten von gewerblichen Realkrediten in ihrem Zuständigkeitsbereich als hochvolatil einstuft, ist sie verpflichtet, die entsprechenden Entscheidungen zu veröffentlichen. Andere Aufsichtsinstanzen müssen dann sicherstellen, dass die

von ihnen beaufsichtigten Banken solche Arten von Krediten, die sie in dem entsprechenden Zuständigkeitsbereich vergeben, als HVCRE-Kredite behandeln.

*ii) Definition von Forderungen an Staaten*

229. Diese Forderungsklasse umfasst alle Kredite, die im Standardansatz als Forderungen an Staaten behandelt werden. Sie umfasst Kredite an Staaten (und ihre Zentralbanken), an bestimmte PSE, die im Standardansatz wie Staaten behandelt werden, an MDB, soweit sie die Kriterien für ein Risikogewicht von 0% im Standardansatz erfüllen, und an die in Absatz 56 aufgeführten Institutionen.

*iii) Definition von Forderungen an Banken*

230. Diese Forderungsklasse umfasst Kredite an Banken und die in Absatz 65 genannten Wertpapierhäuser. Forderungen an Banken beinhalten auch Forderungen an PSE im Inland, die im Standardansatz wie Forderungen an Banken behandelt werden, und Forderungen an MDB, die die Kriterien für ein Risikogewicht von 0% im Standardansatz nicht erfüllen.

*iv) Definition von Retail-Forderungen*

231. Ein Kredit wird als Retail-Forderung eingestuft, wenn alle nachfolgenden Kriterien erfüllt sind:

*Art des Kreditnehmers oder geringe Höhe des einzelnen Kredits*

- Forderungen an natürliche Personen – wie revolvingende Kredite und Kreditlinien (z.B. Kreditkartenforderungen, Überziehungskredite und durch finanzielle Sicherheiten abgedeckte Retail-Kredite) genauso wie persönliche Kredite und Leasingforderungen (z.B. Abzahlungsgeschäfte, Autofinanzierungen und Autoleasing, Studenten- und Ausbildungsdarlehen, andere private Finanzierungen und sonstige Kredite mit ähnlichen Merkmalen) – können grundsätzlich und unabhängig von ihrer Höhe als Retail-Forderungen behandelt werden, wenngleich die nationale Bankenaufsicht einen Grenzwert zur Unterscheidung zwischen Engagements im Retail- und im Unternehmenskreditgeschäft festlegen kann
- Kredite für den Erwerb von Wohneigentum (einschliesslich durch erst- oder nachrangige Grundpfandrechte besicherte Darlehen, Laufzeitdarlehen und revolvingende Kreditlinien zur Eigenheimfinanzierung) können unabhängig von ihrer Höhe als Retail-Forderungen behandelt werden, solange der Kredit an eine natürliche Person herausgelegt wurde, die die Immobilie als Eigentümer selbst bewohnt (wobei die Aufsicht bei Immobilien, die nur wenige Mieteinheiten umfassen, einen gewissen Ermessensspielraum haben sollte – andernfalls sind solche Forderungen wie Kredite an Unternehmen zu behandeln). Darlehen, die mit einer einzigen bzw. einer geringen Anzahl von Eigentumswohnungen oder Wohneinheiten in einer Wohnanlage eines genossenschaftlichen Verbundes besichert sind, fallen ebenfalls in die Kategorie der Kredite für den Erwerb von Wohneigentum. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können eine Höchstgrenze für die Anzahl Wohneinheiten je Engagement festlegen
- Kredite an kleine Unternehmen können als Retail-Forderungen behandelt werden, wenn bei der Kreditvergabe wie im Privatkundensegment verfahren wird und das Gesamtengagement einer Bankengruppe gegenüber einem Kleinunternehmen (gegebenenfalls auf konsolidierter Basis) geringer als € 1 Mio. ist. Diese Höchstgrenze des Gesamtengagements gilt auch für Kredite an Kleinunternehmen, die an eine natürliche Person herausgelegt werden oder von einer natürlichen Person verbürgt werden
- Es wird erwartet, dass die Aufsichtsinstanzen die praktische Umsetzung solcher Höchstgrenzen flexibel handhaben, sodass die Banken nicht gezwungen sind, umfangreiche neue Informationssysteme zu entwickeln, um den aufsichtsrechtlichen Anforderungen präzise zu entsprechen. Trotzdem sollte die Aufsicht darum besorgt sein, dass diese Flexibilität (und damit die implizite Anerkennung von Kreditbeträgen, die zwar solche Höchstgrenzen übersteigen, aber nicht als Verstösse angesehen werden) nicht missbraucht wird

### *Grosse Zahl von Forderungen*

232. Die einzelne Forderung muss Teil einer grossen Zahl von Forderungen sein, die von der Bank als Pool verwaltet werden. Die Aufsichtsinstanzen können eine Mindestzahl von Krediten für einen solchen Pool vorgeben, damit diese als Retail-Forderungen behandelt werden können.

- Engagements gegenüber kleinen Unternehmen unter € 1 Mio. können wie Retail-Kredite behandelt werden, wenn sie im bankinternen Risikomanagement-System über einen längeren Zeitraum einheitlich und in gleicher Weise wie andere Retail-Kredite behandelt werden. Dies bedingt, dass solche Kredite ähnlich wie andere Retail-Kredite vergeben werden. Darüber hinaus dürfen solche Forderungen nicht auf Einzelbasis behandelt werden, wie es bei Krediten an Unternehmen der Fall ist, sondern in Bezug auf Risikobeurteilung und -messung wie Teile eines Portfolios oder Forderungspools mit ähnlichen Risikomerkmale. Dies schliesst jedoch nicht aus, dass Retail-Kredite in einzelnen Phasen des Risikomanagement-Verfahrens individuell behandelt werden können. Die Tatsache, dass ein Kredit individuell beurteilt wird, schliesst grundsätzlich nicht aus, dass er als Retail-Forderung eingestuft werden kann

233. Innerhalb der Kategorie Retail-Forderungen haben die Banken drei Unterklassen von Forderungen zu unterscheiden: a) Kredite, die wie oben beschrieben durch Wohnimmobilien besichert sind, b) qualifizierte revolving Retail-Kredite, wie im nachfolgenden Absatz beschrieben, und c) alle anderen Retail-Kredite.

#### *v) Definition von qualifizierten revolving Retail-Krediten*

234. Alle folgenden Kriterien müssen erfüllt sein, damit ein Unterportfolio als eines bestehend aus qualifizierten revolving Retail-Krediten („qualifying revolving retail exposure“, QRRE) behandelt werden kann. Diese Kriterien müssen auf Unterportfolioebene in Übereinstimmung mit den generellen Segmentierungskriterien der Bank für das Retail-Geschäft angewandt werden. Die Segmentierung sollte im Allgemeinen mindestens auf nationaler Ebene (oder darunter) erfolgen.

- a) Das Engagement ist revolving, unbesichert und jederzeit widerrufbar (sowohl vertraglich festgelegt als auch in der Praxis durchzuführen). In diesem Zusammenhang sind revolving Kredite definiert als Kredite, deren Umfang bis zu einem von der Bank gesetzten Limit durch Inanspruchnahmen und Rückzahlungen nach freiem Ermessen des Kunden schwanken darf
- b) Kreditnehmer sind natürliche Personen
- c) Die maximale Kredithöhe an eine Einzelperson in dem Unterportfolio beträgt € 100 000
- d) Da die Annahmen bezüglich der Korrelationen von Aktiva für die QRRE- Risikogewichtsfunktion im Bereich niedriger Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) deutlich unter denen für die Risikogewichtsfunktion der Unterklasse Andere Retail-Kredite liegen, müssen Banken nachweisen, dass sich die Verwendung der QRRE-Risikogewichtsfunktion auf Portfolios beschränkt, die im Verhältnis zum durchschnittlichen Niveau ihrer Verlustraten eine niedrige Volatilität dieser Verlustraten aufweisen, insbesondere in den niedrigen PD-Bändern. Die Aufsicht wird die relative Volatilität der Verlustraten aller QRRE-Unterportfolios und das aggregierte QRRE-Portfolio überprüfen. Die Aufsichtsinstanzen beabsichtigen, Informationen zu den typischen Merkmalen von QRRE-Verlustraten länderübergreifend auszutauschen
- e) Die Daten über die Verlustraten eines Unterportfolios müssen aufbewahrt werden, damit die Volatilität der Verlustraten analysiert werden kann
- f) Die Aufsichtsinstanz muss darauf achten, dass die Behandlung als qualifizierter revolving Retail-Kredit den Risikomerkmale des jeweiligen Unterportfolios nicht widerspricht

#### *vi) Definition von Beteiligungspositionen*

235. Grundsätzlich werden Beteiligungspositionen auf der Grundlage der ökonomischen Substanz der jeweiligen Beteiligung definiert. Beteiligungspositionen umfassen sowohl direkt als auch indi-

rekt gehaltene Beteiligungen<sup>55</sup> an Vermögen und Erträgen eines gewerblichen Unternehmens oder Finanzinstituts, die entsprechend dem Teil 1 der Rahmenvereinbarung weder konsolidiert noch vom Kapital abgezogen werden,<sup>56</sup> unabhängig davon, ob sie stimmberechtigt oder stimmrechtslos sind. Ein Instrument wird als Beteiligungsposition angesehen, wenn es alle nachfolgenden Anforderungen erfüllt:

- Es ist unkündbar in dem Sinne, dass die investierten Mittel nur durch den Verkauf des Instruments, den Verkauf der daraus resultierenden Rechte oder die Liquidation des Emittenten zurückgewonnen werden können
- Es stellt keine Verbindlichkeit seitens des Emittenten dar
- Es beinhaltet einen Restanspruch auf das Vermögen bzw. die Erträge des Emittenten

236. Zusätzlich fallen alle folgenden Instrumente in die Kategorie der Beteiligungspositionen:

- Ein Instrument mit einer Struktur, die der eines als Kernkapital von Banken anerkannten Instruments entspricht
- Ein Instrument, das eine Verbindlichkeit seitens des Emittenten darstellt und eine der folgenden Bedingungen erfüllt:
  - 1) Der Emittent kann die Tilgung seiner Verbindlichkeit auf unbestimmte Zeit verschieben
  - 2) Die Verbindlichkeit muss (oder kann nach Ermessen des Emittenten) durch die Ausgabe einer festgelegten Anzahl von Kapitalanteilen des Emittenten getilgt werden
  - 3) Die Verbindlichkeit muss (oder kann nach Ermessen des Emittenten) durch die Ausgabe einer variablen Anzahl von Kapitalanteilen des Emittenten getilgt werden, wobei jede Änderung des Wertes der Verbindlichkeit (unter sonst gleichen Bedingungen) auf die Wertänderung einer bestimmten Anzahl von Aktien des Emittenten zurückzuführen ist, mit dieser zu vergleichen ist und gleichgerichtet erfolgt<sup>57</sup>
  - 4) Der Inhaber kann verlangen, dass die Verbindlichkeit in Kapitalanteilen getilgt wird, es sei denn, die Bankenaufsicht hat sich davon überzeugen können, dass i) – im Falle eines handelbaren Instruments – das Instrument eher wie die Schuldtitel des Emittenten als wie dessen Aktien gehandelt wird, oder ii) – im Falle eines nicht handelbaren Instruments – dass es wie ein Schuldtitel behandelt werden sollte. Das Einverständnis der Bankenaufsicht vorausgesetzt, kann die Bank in beiden Fällen die Risiken für Eigenkapitalzwecke zerlegen

237. Schuldverschreibungen und andere Wertpapiere, Teilhaberschaften, Derivate oder andere Rechtsgebilde, die mit der Absicht strukturiert werden, eine Eigenkapitalposition nachzubilden, werden als Beteiligungsposition angesehen.<sup>58</sup> Dies schließt Verbindlichkeiten ein, deren Ertrag an denjenigen

---

<sup>55</sup> Indirekte Beteiligungen umfassen an Beteiligungspositionen gebundene derivative Instrumente sowie Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder anderen Rechtsformen, die Besitzanteile herausgeben und deren hauptsächlicher Geschäftszweck in der Investition in Beteiligungsinstrumente besteht.

<sup>56</sup> In den Fällen, in denen Länder an ihrer bestehenden Regelung bezüglich einer Ausnahme vom Abzugsprinzip festhalten, sind entsprechende Beteiligungen von IRB-Banken als für die Einbeziehung in das IRB-Beteiligungsportfolio geeignet anzusehen.

<sup>57</sup> Für bestimmte Verbindlichkeiten, die durch Ausgabe einer variablen Anzahl von Kapitalanteilen des Emittenten getilgt werden müssen oder können, entspricht die monetäre Wertveränderung der Verbindlichkeit der Änderung des Marktwerts einer festgelegten Anzahl von Kapitalanteilen, multipliziert mit einem bestimmten Faktor. Solche Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen unter Punkt 3), wenn sowohl der Faktor als auch die Anzahl der Kapitalanteile festgelegt sind. Beispiel: Ein Emittent sei zur Begleichung einer Schuld durch die Ausgabe von Aktien im Wert der 3-fachen Erhöhung des Marktwerts von 1 000 Aktien, verpflichtet. Dies entspricht einer Verbindlichkeit, die die Tilgung durch die Ausgabe von Aktien im Wert des Anstiegs des Marktwerts von 3 000 Aktien vorsieht.

<sup>58</sup> Beteiligungen, die als Kreditposition geführt werden, aber aus einem Debt/Equity-Swap als Teil einer geordneten Kapitalisierung oder Restrukturierung der Schuldsituation entstanden sind, sind ebenfalls in der Definition von Beteiligungspositionen enthalten. Jedoch dürfen diese Instrumente nicht mit einer geringeren Eigenkapitalanforderung belegt werden, als es bei einem Verbleib im Kreditportfolio der Fall wäre.

von Beteiligungspositionen gekoppelt ist.<sup>59</sup> Umgekehrt werden Beteiligungen, die mit der Absicht strukturiert werden, die ökonomische Substanz von Schuldinstrumenten oder verbrieften Forderungen abzubilden, nicht als Beteiligungspositionen angesehen.

238. Die nationale Bankenaufsicht kann nach freiem Ermessen Schuldpositionen für Eigenkapitalzwecke als Beteiligungspositionen einstufen und die angemessene Behandlung von Beteiligungen im Rahmen der Säule 2 auf andere Weise sicherstellen.

*vii) Definition von angekauften Forderungen*

239. Angekaufte Forderungen unterteilen sich in Forderungen im Rahmen des Retail-Geschäfts und in Forderungen, die dem Unternehmenskreditgeschäft zugeordnet werden – wie im Folgenden definiert:

*Angekaufte Forderungen im Retail-Geschäft*

240. Vorausgesetzt, die ankaufende Bank erfüllt die IRB-Anforderungen für das Retail-Geschäft, können angekaufte Forderungen nach dem für dieses Geschäft vorgesehenen Top-Down-Ansatz behandelt werden. Zusätzlich muss die Bank die operationellen Mindestanforderungen erfüllen, die in Abschnitt III.F und III.H dargelegt sind.

*Angekaufte Forderungen im Unternehmenskreditgeschäft*

241. Bezüglich der angekauften Forderungen an Unternehmen wird von den Banken im Allgemeinen erwartet, dass sie das Ausfallrisiko der einzelnen Schuldner, wie in Abschnitt III.C.1 (beginnend mit Absatz 271) beschrieben, genauso messen wie das Ausfallrisiko anderer Unternehmenskredite. Allerdings kann der Top-Down-Ansatz genutzt werden, wenn das von der ankaufenden Bank für anzukaufende Unternehmensforderungen festgelegte Verfahren sowohl die Zulassungskriterien für Forderungsankäufe als auch die operationellen Mindestanforderungen erfüllt. Die Verwendung des Top-Down-Ansatzes für angekaufte Forderungen ist beschränkt auf Fälle, in denen die Erfüllung der Mindestanforderungen für den im Bereich der Unternehmenskredite normalerweise geltenden IRB-Ansatz eine übermäßige Belastung für eine Bank darstellen würde. Vor allem ist der Top-Down-Ansatz für angekaufte Forderungen gedacht, die gekauft wurden, um in ABS-Strukturen („asset-backed securitisation“, Verbriefungen) integriert zu werden. Aber mit Genehmigung der nationalen Aufsicht dürfen Banken den Ansatz auch für geeignete Bilanzpositionen verwenden, die die gleichen Merkmale aufweisen.

242. Die Aufsichtsinstanzen können in Abhängigkeit vom Erfüllungsgrad der Mindestanforderungen durch die Bank die Verwendung des Top-Down-Ansatzes für angekaufte Unternehmensforderungen untersagen. Insbesondere müssen angekaufte Unternehmensforderungen – um nach dem vorgeschlagenen Top-Down-Ansatz behandelt werden zu können – die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

- Die Forderungen wurden von einer Drittpartei gekauft, zu der keinerlei gesellschaftsrechtliche Verbindungen bestehen, und die Bank war weder direkt noch indirekt an dem Zustandekommen der Forderungen beteiligt
- Die Forderungen müssen nach dem Grundsatz der Unabhängigkeit zwischen Forderungsverkäufer und Schuldner entstanden sein. (Entsprechend sind gegenläufige firmeninterne Kontoforderungen und Forderungen, die auf Verrechnungskonten zwischen Firmen lauten, die in wechselseitigen Kauf- und Verkaufsbeziehungen stehen, nicht zulässig<sup>60</sup>)

---

<sup>59</sup> Die Aufsichtsinstanzen können beschliessen, dass solche Verbindlichkeiten nicht einbezogen werden müssen, sofern sie durch eine Beteiligungsposition direkt abgesichert sind, sodass die Nettosition kein wesentliches Risiko mehr darstellt.

<sup>60</sup> Verrechnungskonten entstehen, wenn ein Kunde gegenüber demselben Unternehmen als Käufer und als Verkäufer auftritt. Das Risiko besteht hier darin, dass Rechnungen zwischen den beteiligten Unternehmen miteinander verrechnet und nicht bezahlt werden. Diese Art der Verrechnung hat im Falle einer gerichtlichen Auseinandersetzung möglicherweise Vorrang vor Sicherungsrechten.

- Die ankaufende Bank hat einen Anspruch auf sämtliche Erträge aus dem Forderungspool bzw. einen anteiligen Anspruch auf diese Erträge<sup>61</sup>
- Die nationalen Aufsichtsinstanzen müssen ausserdem Konzentrationslimits festlegen, oberhalb derer die Eigenkapitalanforderungen entsprechend den Mindestanforderungen für den Bottom-Up-Ansatz für das Unternehmenskreditportfolio berechnet werden müssen. Derartige Konzentrationslimits können sich auf eine einzige oder eine Kombination der folgenden Messgrössen beziehen: die Grösse einer einzelnen Forderung im Verhältnis zum Gesamtpool, die Grösse des Forderungspools als Prozentsatz des regulatorischen Eigenkapitals oder die grösstmögliche Einzelforderung des Pools

243. Die Möglichkeit des vollständigen oder teilweisen Rückgriffs auf den Forderungsverkäufer schliesst die Anwendung des Top-Down-Ansatzes nicht automatisch aus, sofern die Zahlungen aus den erworbenen Unternehmenskreditforderungen die Hauptsicherheit gegen Kreditausfallrisiken darstellen, wie in den Regeln für Forderungskäufe in den Absätzen 365 bis 368 dargelegt, und sofern die Bank die Zulassungskriterien sowie die operationellen Anforderungen erfüllt.

## **2. Basis- und fortgeschrittener Ansatz**

244. Für jede Forderungsklasse im IRB-Ansatz gibt es die folgenden drei Kernelemente:

- Risikokomponenten – Schätzungen der Risikoparameter durch die Banken; einige werden jedoch aufsichtlich vorgegeben
- Risikogewichtsfunktionen – die Regeln, wie die Risikokomponenten in gewichtete Risikoaktiva und somit in eine Eigenkapitalanforderung umgerechnet werden
- Mindestanforderungen – die eine Bank erfüllen muss, damit sie den IRB-Ansatz für eine bestimmte Forderungsklasse anwenden darf

245. Für viele Forderungsklassen hat der Ausschuss zwei Ansätze entwickelt: einen Basisansatz und einen fortgeschrittenen Ansatz. Für den Basisansatz gilt grundsätzlich, dass die Banken für die PD ihre eigenen Schätzungen verwenden und für die restlichen Risikokomponenten auf die bankenaufsichtlichen Vorgaben zurückgreifen. Unter dem fortgeschrittenen Ansatz stellen die Banken stärker auf ihre eigenen Schätzungen von PD, LGD und EAD sowie ihre eigene Berechnung von M ab. Hierfür gelten jeweils Mindestanforderungen. Zur Ableitung der Eigenkapitalanforderungen sind unter beiden Ansätzen die Risikogewichtsfunktionen dieser Rahmenvereinbarung zu verwenden. Der Basisansatz und der fortgeschrittene Ansatz werden im Folgenden ausführlich erläutert.

### *i) Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken*

246. Im Basisansatz müssen die Banken die PD für jede ihrer Risikoklassen selbst schätzen und für die anderen relevanten Risikokomponenten (LGD, EAD und M) von der Bankenaufsicht vorgegebene Schätzungen verwenden.<sup>62</sup>

247. Im fortgeschrittenen Ansatz müssen die Banken die effektive Restlaufzeit (M) selbst berechnen<sup>63</sup> und ihre eigenen Schätzungen der Parameter PD, LGD und EAD vorlegen.

248. Die fünf Unterklassen von Spezialfinanzierungen (SL) sind von dieser generellen Regelung ausgenommen.

<sup>61</sup> Ansprüche auf Tranchen von Erträgen (First-Loss-Position, Second-Loss-Position usw.) fallen unter die Regelungen zur Behandlung von Verbriefungen.

<sup>62</sup> Wie in Absatz 318 beschrieben, kann die Bankenaufsicht von Banken, die den Basisansatz verwenden, eigene Berechnungen von M unter Zugrundelegung der Definition in den Absätzen 320 bis 324 verlangen.

<sup>63</sup> Es liegt im Ermessen der nationalen Bankenaufsicht, bestimmte inländische Forderungen von der Berechnung von M auszunehmen (s. Absatz 319).

Die SL-Kategorien: PF (Projektfinanzierung), OF (Objektfinanzierung, CF (Rohstoffhandelsfinanzierung), IPRE (Finanzierung von Mietimmobilien) und HVCRE (hochvolatile gewerbliche Realkredite)

249. Kreditinstitute, die die Mindestanforderungen des für Unternehmenskredite geltenden Basisansatzes in Bezug auf die Schätzung der PD bei Spezialfinanzierungen nicht erfüllen, müssen ihre internen Risikoklassen fünf aufsichtlich vorgegebenen Kategorien zuordnen, die jeweils mit einem spezifischen Risikogewicht versehen sind. Diese Variante wird als „auf aufsichtlichen Zuordnungskriterien basierender Ansatz“ („supervisory slotting criteria approach“) bezeichnet.

250. Kreditinstitute, die die Anforderungen in Bezug auf die Schätzung der PD erfüllen, können den Basisansatz für Unternehmenskredite zur Ableitung der Risikogewichte für alle SL-Forderungsklassen mit Ausnahme der HVCRE anwenden. Banken, die die Anforderungen für die Forderungsklasse HVCRE erfüllen, können – nach Ermessen der nationalen Aufsicht – einen Basisansatz anwenden, der – bis auf die in Abschnitt 283 beschriebene, gesonderte Risikogewichtsfunktion – in jeder Beziehung dem Ansatz für Unternehmenskredite ähnelt.

251. Kreditinstitute, die die Anforderungen in Bezug auf die Schätzung von PD, LGD und EAD erfüllen, können den fortgeschrittenen Ansatz für Unternehmenskredite zur Ableitung der Risikogewichte für alle SL-Forderungsklassen mit Ausnahme der HVCRE anwenden. Banken, die die Anforderungen für die Forderungsklasse HVCRE erfüllen, können – nach Ermessen der nationalen Aufsicht – einen fortgeschrittenen Ansatz anwenden, der – bis auf die in Abschnitt 283 beschriebene, gesonderte Risikogewichtsfunktion – in jeder Beziehung dem Ansatz für Unternehmenskredite ähnelt.

*ii) Retail-Forderungen*

252. Für Retail-Forderungen müssen Banken die Risikoparameter PD, LGD und EAD selbst schätzen. Bei dieser Forderungsklasse wird nicht zwischen einem Basis- und einem fortgeschrittenen Ansatz unterschieden.

*iii) Beteiligungspositionen*

253. Es gibt zwei unterschiedliche Ansätze zur Berechnung der gewichteten Risikoaktiva für Beteiligungspositionen ausserhalb des Handelsbuches: einen marktbasieren Ansatz und einen PD/LGD-Ansatz. Beide Ansätze werden in den Absätzen 340 bis 361 ausführlich beschrieben.

254. Der PD/LGD-Ansatz für Beteiligungspositionen kann von Banken verwendet werden, die für andere Forderungsklassen den fortgeschrittenen Ansatz anwenden.

*iv) Angekaufte Forderungen*

255. Die Behandlung deckt zwei mögliche Forderungsklassen ab: Für angekaufte Unternehmensforderungen stehen sowohl ein Basis- als auch ein fortgeschrittener Ansatz zur Verfügung, vorausgesetzt, bestimmte operationelle Anforderungen werden erfüllt. Für angekaufte Forderungen im Retail-Geschäft wird wie generell bei den Retail-Forderungen nicht zwischen einem Basis- und einem fortgeschrittenen Ansatz unterschieden.

### **3. Anwendung des IRB-Ansatzes auf alle Forderungsklassen**

256. Sobald eine Bank den IRB-Ansatz für einen Teil ihrer Forderungen anwendet, wird erwartet, dass dieser auch konzernweit angewandt wird. Der Ausschuss erkennt jedoch an, dass es für viele Banken aus den verschiedensten Gründen nicht möglich sein wird, den IRB-Ansatz bei allen bedeutenden Forderungsklassen und Geschäftseinheiten zur gleichen Zeit einzuführen. Darüber hinaus kann eine begrenzte Datenverfügbarkeit dazu führen, dass Banken, die den IRB-Ansatz verwenden, die für eigene Schätzungen der Parameter LGD und EAD geltenden Anforderungen vorerst nur bei einigen Forderungsklassen bzw. Geschäftseinheiten erfüllen.

257. In solchen Fällen kann die Aufsicht den Banken die abgestufte Einführung des IRB-Ansatzes innerhalb ihrer Bankengruppe gestatten. Die abgestufte Einführung beinhaltet z.B. i) Anwendung des IRB-Ansatzes auf alle Forderungsklassen (oder im Falle von Retail-Forderungen auf die einzelnen Unterklassen) innerhalb einer Geschäftseinheit; ii) Anwendung des IRB-Ansatzes auf die Geschäftseinheiten innerhalb derselben Bankengruppe; und iii) Übergang vom Basis- zum fortgeschrittenen Ansatz für bestimmte Risikokomponenten. Sobald die Bank jedoch den IRB-Ansatz auf eine Forderungsklasse (oder im Falle von Retail-Forderungen auf eine Unterklasse) innerhalb einer bestimmten

Geschäftseinheit anwendet, muss sie den IRB-Ansatz auf alle Engagements dieser Forderungsklasse (oder Unterklasse) innerhalb der betreffenden Geschäftseinheit anwenden.

258. Die Bank muss einen Umsetzungsplan erstellen, in dem für alle bedeutenden Forderungsklassen (bzw. Unterklassen im Retail-Geschäft) und Geschäftseinheiten festgelegt wird, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt der IRB-Ansatz eingeführt werden soll. Der Plan sollte anspruchsvoll, jedoch realistisch sein und muss mit der Aufsichtsinstanz abgestimmt werden. Hauptzielrichtung sollten die praktische Durchführung und die Machbarkeit von Massnahmen auf dem Weg zu den fortgeschritteneren Ansätzen sein, nicht jedoch die Absicht, die Mindestkapitalanforderungen durch die Anwendung bestimmter Verfahren der Säule 1 zu reduzieren. Während der Umsetzungsphase hat die Bankenaufsicht sicherzustellen, dass es nicht zu Kapitalerleichterungen aufgrund konzerninterner Geschäfte zwischen einzelnen Einheiten kommt, bei denen die Risikoübertragung innerhalb des Standardansatzes, des IRB-Basisansatzes und des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes eingesetzt wird, um die Eigenkapitalanforderungen der Gesamtgruppe zu verringern. Dies schliesst u.a. auch den Verkauf von Aktiva oder die gegenseitige Gewährung von Garantien ein.

259. Einzelne Engagements in unbedeutenden Geschäftseinheiten und Forderungsklassen (bzw. Unterklassen im Retail-Geschäft), die in Bezug auf ihre Grösse bzw. ihr wahrgenommenes Risikoprofil als unwesentlich zu bezeichnen sind, können – sofern die Bankenaufsicht dem zustimmt – von den Vorgaben in den vorstehenden zwei Absätzen ausgenommen werden. Die Eigenkapitalanforderungen für diese Geschäfte werden dann nach dem Standardansatz bestimmt, wobei die nationale Aufsicht im Rahmen der Säule 2 festlegen kann, ob die betreffende Bank ein höheres Eigenkapital für solche Positionen vorhalten muss.

260. Ungeachtet der obenstehenden Regelung gilt, dass eine Bank, die den IRB-Ansatz vollständig oder teilweise auf eine der Forderungsklassen Unternehmen, Staaten, Banken oder Privatkunden (Retail) anwendet, ihn gleichzeitig auch für Beteiligungspositionen in Abhängigkeit von der Wesentlichkeit dieser Aktivaklasse umsetzen muss. Auch wenn der IRB-Ansatz in keinem anderen Geschäftsbereich verwendet wird, kann die Aufsicht von der Bank die Anwendung eines der IRB-Ansätze für Beteiligungspositionen verlangen, sofern diese Aktivaklasse einen wesentlichen Anteil am Gesamtgeschäft der Bank hat. Darüber hinaus wird von Banken, die für Forderungen an Unternehmen den IRB-Ansatz eingeführt haben, die Anwendung des IRB-Ansatzes für Unterklassen von Spezialfinanzierungen (SL) innerhalb des Unternehmensportfolios verlangt.

261. Von Banken, die einen IRB-Ansatz eingeführt haben, wird die Beibehaltung dieses Ansatzes erwartet. Eine freiwillige Rückkehr zum Standard- bzw. IRB-Basisansatz wird nur unter besonderen Umständen gestattet, z.B. wenn sich die Bank von einem grossen Teil des Kreditgeschäfts trennt, und muss von der Bankenaufsicht genehmigt werden.

262. Unter Berücksichtigung der begrenzten Datenverfügbarkeit im Bereich der Spezialfinanzierungen kann eine Bank für eine oder mehrere ihrer PF-, OF-, CF-, IPRE- oder HVCRE-Unterklassen weiterhin den auf aufsichtlichen Zuordnungskriterien basierenden Ansatz anwenden, während sie für andere Unterklassen innerhalb des Unternehmensportfolios den IRB-Basis- oder den fortgeschrittenen IRB-Ansatz einführt. Allerdings sollte eine Bank nicht für die HVCRE-Unterklasse zum fortgeschrittenen Ansatz übergehen, wenn sie diesen Ansatz nicht auch gleichzeitig bei den wesentlichen IPRE-Engagements einführt.

#### **4. Übergangsbestimmungen**

##### *i) Parallelberechnungen*

263. Banken, die den Basis- oder den fortgeschrittenen Ansatz verwenden, müssen ihre Eigenkapitalanforderungen entsprechend dem jeweiligen Ansatz sowie in der in den Absätzen 45 bis 49 genannten Zeitspanne entsprechend der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 berechnen. Die Parallelberechnung beginnt für Banken, die den IRB-Basisansatz für das Kreditrisiko verwenden, zum Jahresende 2005 und dauert ein Jahr. Für Banken, die direkt von der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 auf die fortgeschrittenen Ansätze für das Kredit- und/oder das operationelle Risiko übergehen, sind ab Ende 2005 während eines Jahres Parallelberechnungen oder Auswirkungsstudien zu erstellen. Parallelberechnungen sind für ein weiteres Jahr ab Ende 2006 anzuwenden.

ii) *Forderungen an Unternehmen, Staaten, Banken und Privatkunden (Retail)*

264. Die Übergangszeit beginnt am Tag der Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung und endet drei Jahre nach diesem Datum. Während der Übergangszeit können nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanzen die folgenden Mindestanforderungen gelockert werden:

- Für Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken im Basisansatz: die Anforderung gemäss Absatz 463, dass die Banken unabhängig von der Datenquelle eine Datenreihe von mindestens fünf Jahren zur Schätzung der PD verwenden müssen
- Für Retail-Forderungen: die Anforderung gemäss Absatz 466, dass die Banken unabhängig von der Datenquelle eine Datenreihe von mindestens fünf Jahren zur Schätzung der Ausfallmerkmale (EAD; erwarteter Verlust EL bzw. PD; LGD) verwenden müssen
- Für Forderungen an Unternehmen, Staaten, Banken und Privatkunden (Retail): die Anforderung gemäss Absatz 445, dass die Bank nachweisen muss, für mindestens drei Jahre vor der Zulassung zum IRB-Ansatz ein Rating-System eingesetzt zu haben, das grundsätzlich den in diesem Dokument dargelegten Mindestanforderungen entspricht
- Diese Übergangsbestimmungen gelten auch für den PD/LGD-Ansatz für Beteiligungspositionen. Es gibt keine Übergangsbestimmungen für den marktbasieren Ansatz für Beteiligungspositionen

265. Gemäss diesen Übergangsbestimmungen müssen Banken zum Zeitpunkt der Umsetzung dieses Regelwerks über eine Datenreihe von mindestens zwei Jahren verfügen. Diese Anforderung steigt mit jedem abgelaufenen Jahr der 3-jährigen Übergangszeit um ein weiteres Jahr.

266. Aufgrund der potenziell sehr langfristigen Immobilienpreiszyklen, die kurzfristig erhobene Daten möglicherweise nicht angemessen abbilden, darf die LGD die durch Wohnimmobilien besicherten Retail-Forderungen während der Übergangszeit 10% nicht unterschreiten. Dies gilt in jedem Teilsegment dieser Forderungen, auf das die Formel in Absatz 328 anzuwenden ist.<sup>64</sup> Während der Übergangszeit wird der Ausschuss die Notwendigkeit einer fortgesetzten Anwendung dieser Untergrenze überprüfen.

iii) *Beteiligungspositionen*

267. Die Bankenaufsicht kann bestimmte Beteiligungspositionen, die zum Zeitpunkt der Publikation dieser Rahmenvereinbarung gehalten wurden, von der Behandlung im IRB-Ansatz für maximal zehn Jahre ausnehmen.<sup>65</sup> Die ausgenommene Position bemisst sich nach der Anzahl der Anteile zu diesem Zeitpunkt und jeder weiteren aus diesem Besitz direkt resultierenden Zunahme, solange diese nicht die Beteiligungsquote am betreffenden Unternehmen erhöht.

268. Wenn ein Anteilserwerb die Beteiligungsquote an einem bestimmten Unternehmen erhöht (z.B. durch eine Veränderung der Besitzverhältnisse, ausgelöst durch die investierende Gesellschaft nach Veröffentlichung dieser Rahmenvereinbarung), fällt der die vorherige Beteiligungsquote übersteigende Anteil nicht unter die Ausnahmeregelung. Ebenso wenig wird die Ausnahmeregelung auf Beteiligungen angewandt, die zwar ursprünglich unter die Ausnahmeregelung fielen, zwischenzeitlich jedoch verkauft und anschliessend wieder zurückgekauft wurden.

269. Die Eigenkapitalanforderungen für Beteiligungspositionen, die unter diese Übergangsbestimmungen fallen, werden nach dem Standardansatz berechnet.

---

<sup>64</sup> Die Untergrenze von 10% ist allerdings nicht auf Teilsegmente anzuwenden, die sich auf Staatsgarantien beziehen oder hiervon profitieren. Darüber hinaus bedeutet die Existenz der Untergrenze nicht den Verzicht auf die Anforderungen an die LGD-Schätzung, wie in den Mindestanforderungen der Absätze 468ff. erläutert.

<sup>65</sup> Diese Ausnahme gilt nicht für Investitionen in Unternehmen, bei denen einige Länder die bestehende Praxis bei der Risikogewichtung beibehalten, wie in Teil 1 dargestellt (s. Fussnote 7).

## C. Regeln für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken

270. In Abschnitt III.C wird die Methode zur Berechnung der UL-Eigenkapitalanforderungen für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken dargestellt. Für alle drei Forderungsklassen ist eine gemeinsame Risikogewichtsfunktion vorgesehen, die im Abschnitt C.1 erörtert wird, mit einer Ausnahme: Jede Art von Spezialfinanzierung erhält als Unterklasse im Unternehmensportfolio aufsichtliche Risikogewichte. Auch die HVCRE-Forderungen werden mit einer eigenen Risikogewichtsfunktion versehen. In Abschnitt C.2 werden die Risikokomponenten erläutert. Die Methode zur Berechnung der erwarteten Verluste und zur Bestimmung der Differenz zwischen dieser Grösse und den Wertberichtigungen wird in Abschnitt III.G dargestellt.

### 1. Risikogewichtung der Aktiva bei Krediten an Unternehmen, Staaten und Banken

#### i) Formel zur Ableitung der Risikogewichte

271. Das Risikogewicht eines bestimmten Kredits bestimmt sich anhand der zugeordneten Schätzungen für PD, LGD, EAD und gegebenenfalls für die effektive Restlaufzeit (M). Die Absätze 318 bis 324 erörtern die Fälle, in denen eine Restlaufzeitanpassung erfolgt.

272. Wenn nicht anders angegeben, werden PD und LGD in diesem Abschnitt als Dezimalwert und EAD als Währungseinheit (z.B. Euro) gemessen. Für Engagements, die nicht ausgefallen sind, lautet die Formel zur Ermittlung der gewichteten Risikoaktiva:<sup>66, 67</sup>

$$\begin{aligned} \text{Korrelation (R)} &= 0,12 \times (1 - \text{EXP}(-50 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-50)) + \\ & 0,24 \times [1 - (1 - \text{EXP}(-50 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-50))] \\ \text{Restlaufzeitanpassung (b)} &= (0,11852 - 0,05478 \times \ln(\text{PD}))^2 \\ \text{Eigenkapitalanforderung}^{68} \text{ (K)} &= [\text{LGD} \times \text{N}[(1 - \text{R})^{-0,5} \times \text{G}(\text{PD}) + (\text{R} / (1 - \text{R}))^{0,5} \times \text{G} \\ & (0,999)] - \text{PD} \times \text{LGD}] \times (1 - 1,5 \times \text{b})^{-1} \times (1 + (\text{M} - 2,5) \times \text{b}) \\ \text{gewichtete Risikoaktiva (RWA)} &= \text{K} \times 12,50 \times \text{EAD} \end{aligned}$$

Die Eigenkapitalanforderung (K) für eine ausgefallene Forderung ist die Differenz zwischen der LGD (vgl. Absatz 468) und der nach bestem Wissen vorgenommenen Schätzung für den erwarteten Verlust (vgl. Absatz 471), mindestens aber 0. Die Höhe der gewichteten Risikoaktiva für die ausgefallene Forderung entspricht dem Produkt aus K, 12,5 und EAD.

Beispielhafte Risikogewichte sind in Anhang 3 dargestellt.

#### ii) Grössenanpassung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

273. Im IRB-Ansatz für Unternehmenskredite ist es den Banken gestattet, zwischen Forderungen an KMU (definiert als Unternehmen, die einer Gruppe mit einem konsolidierten Jahresumsatz von weniger als € 50 Mio. angehören) und an grosse Unternehmen zu unterscheiden. Eine Grössenanpassung (d.h.  $0,04 \times (1 - (S-5)/45)$ ) fliesst in die Risikogewichtsfunktion für Forderungen an KMU ein. S wird als Jahresumsatz in Millionen Euro angegeben und gilt für Umsätze im Bereich kleiner oder gleich € 50 Mio. und grösser oder gleich € 5 Mio. Für die Grössenanpassung bei KMU werden alle Jahresumsätze von unter € 5 Mio. wie Umsätze in Höhe von genau € 5 Mio. behandelt.

$$\begin{aligned} \text{Korrelation (R)} &= 0,12 \times (1 - \text{EXP}(-50 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-50)) + \\ & 0,24 \times [1 - (1 - \text{EXP}(-50 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-50))] - 0,04 \times (1 - (S - 5) / 45) \end{aligned}$$

<sup>66</sup> Ln bezeichnet den natürlichen Logarithmus.

<sup>67</sup> N(x) bezeichnet die kumulative Verteilungsfunktion einer standardnormalverteilten Zufallsvariablen (d.h. die Wahrscheinlichkeit, dass eine normalverteilte Zufallsvariable mit einem Mittelwert von Null und einer Varianz von eins kleiner oder gleich x ist). G(z) bezeichnet die inverse kumulative Verteilungsfunktion einer standardnormalverteilten Zufallsvariablen (d.h. der Wert von x so, dass N(x) = z ist). Die kumulative Verteilungsfunktion der Normalverteilung und ihre Inverse sind z.B. in Excel als Funktionen NORMSDIST (D: STANDNORMVERT) und NORMSINV (D: STANDNORMINV) verfügbar.

<sup>68</sup> Wenn diese Berechnungsvorgabe zu einer negativen Eigenkapitalanforderung für eine einzelne Forderung an einen Staat führt, ist eine Eigenkapitalanforderung von Null für diese Forderung anzuwenden.

274. Nach eigenem Ermessen können die nationalen Aufsichtsinstanzen den Banken sicherheits- halber die Möglichkeit einräumen, bei der Berechnung der KMU-Obergrenze und der Unternehmens- grössen Anpassung den Jahresumsatz durch die Bilanzsumme der konsolidierten Gruppe zu ersetzen. Die Bilanzsumme sollte jedoch nur dann verwendet werden, wenn der Jahresumsatz kein sinnvoller Indikator für die Unternehmensgrösse ist.

iii) *Risikogewichte für Spezialfinanzierungen*

*Risikogewichte für PF, OF, CF und IPRE*

275. Banken, die die Mindestanforderungen für die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten im IRB-Ansatz für Unternehmenskredite nicht erfüllen, müssen ihre internen Risikoklassen fünf aufsicht- lich vorgegebenen Kategorien zuordnen, die alle mit einem bestimmten Risikogewicht versehen sind. Die Kriterien, auf denen diese Zuordnung basieren muss, werden in Anhang 4 erläutert. Die aufsicht- lichen Kategorien sind mit den folgenden Risikogewichten für UL verbunden:

<b>Aufsichtliche Kategorien und UL-Risikogewichte für andere Spezialfinanzierungen</b>				
<b>Sehr gut</b>	<b>Gut</b>	<b>Mittel</b>	<b>Schwach</b>	<b>Ausgefallen</b>
70%	90%	115%	250%	0%

276. Obwohl von den Banken erwartet wird, dass sie ihre internen Ratings unter Verwendung der in Anhang 4 dargestellten Kriterien den aufsichtlichen Kategorien für Spezialfinanzierungen zuordnen, entspricht jede dieser Kategorien in etwa der im Folgenden dargestellten Bandbreite von externen Rating-Klassen:

<b>Sehr gut</b>	<b>Gut</b>	<b>Mittel</b>	<b>Schwach</b>	<b>Ausgefallen</b>
BBB– oder höher	BB+ oder BB	BB– oder B+	B bis C–	Nicht anwendbar

277. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können nach eigenem Ermessen den Banken die Möglichkeit einräumen, Vorzugsrisikogewichte von 50% für „sehr gute“ und 70% für „gute“ Forde- rungen festzusetzen. Dabei muss die Restlaufzeit weniger als 2,5 Jahre betragen, oder die Aufsicht muss feststellen, dass die Kreditvergabepolitik der Banken und andere Risikomerkmale deutlich positiver zu beurteilen sind als in den Zuordnungskriterien der relevanten aufsichtlichen Rating- Kategorie vorgesehen.

278. Banken, die die Anforderungen für die Schätzung der PD erfüllen, können den IRB-Basis- ansatz für Unternehmenskredite anwenden, um die Risikogewichte für die Unterklassen der Spezial- finanzierungen abzuleiten.

279. Banken, die die Anforderungen für die Schätzung von PD sowie LGD und/oder EAD erfüllen, können den fortgeschrittenen IRB-Ansatz für Unternehmenskredite anwenden, um die Risikogewichte für die Unterklassen der Spezialfinanzierungen abzuleiten.

*Risikogewichte für HVCRE*

280. Banken, die die Anforderungen für die Schätzung der PD nicht erfüllen, oder deren Aufsichtsinstanz sich gegen die Einführung des Basis- oder fortgeschrittenen Ansatzes für die HVCRE entschieden hat, müssen ihre internen Risikoklassen fünf aufsichtlich vorgegebenen Kategorien zuordnen, die alle mit einem bestimmten Risikogewicht versehen sind. Die Kriterien, auf denen diese Zuordnung basieren muss, sind dieselben wie für IPRE und werden in Anhang 4 erläutert. Die aufsichtlichen Kategorien sind mit den folgenden Risikogewichten verbunden:

## Aufsichtliche Kategorien und UL-Risikogewichte für hochvolatile gewerbliche Realkredite

Sehr gut	Gut	Mittel	Schwach	Ausgefallen
95%	120%	140%	250%	0%

281. Wie in Absatz 276 vermerkt, entspricht jede aufsichtliche Kategorie in etwa einer Bandbreite von externen Rating-Klassen.

282. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können nach eigenem Ermessen den Banken die Möglichkeit einräumen, Vorzugsrisikogewichte von 70% für „sehr gute“ und 95% für „gute“ Forderungen festzusetzen. Dabei muss die Restlaufzeit weniger als 2,5 Jahre betragen, oder die Aufsicht muss feststellen, dass die Kreditvergabepolitik der Banken und andere Risikomerkmale deutlich positiver zu beurteilen sind als in den Zuordnungskriterien der relevanten aufsichtlichen Rating-Kategorie vorgesehen.

283. Kreditinstitute, die die Anforderungen für die Schätzung der PD erfüllen und deren Aufsichtsinstanz sich entschieden hat, einen Basis- oder fortgeschrittenen Ansatz für HVCRE-Forderungen einzuführen, nutzen dieselbe Formel zur Ableitung der Risikogewichte wie bei anderen Spezialfinanzierungen. Abweichend hiervon ist allerdings die folgende Formel für die Korrelation der Aktiva zu verwenden:

$$\text{Korrelation (R)} = \frac{0,12 \times (1 - \text{EXP}(-50 \times \text{PD}))}{(1 - \text{EXP}(-50)) + 0,30 \times [1 - (1 - \text{EXP}(-50 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-50))]}$$

284. Kreditinstitute, die die Anforderungen für die Schätzung der LGD und EAD für die HVCRE-Forderungen nicht erfüllen, müssen die Aufsichtsparameter für LGD und EAD bei Unternehmensforderungen verwenden.

## 2. Risikokomponenten

### i) Ausfallwahrscheinlichkeit (PD)

285. Die PD eines Kredits an Unternehmen oder Banken ist die 1-Jahres-PD der internen Risikoklasse, in die der Kreditnehmer eingeordnet ist, mindestens aber 0,03%. Die PD für Kredite an Staaten ist die 1-Jahres-PD der internen Risikoklasse, welcher der Kreditnehmer zugeordnet ist. Die PD der Kreditnehmer, die in Übereinstimmung mit der Referenz-Ausfalldefinition der/den Ausfallklasse/n zugeordnet werden, beträgt 100%. Die Mindestanforderungen für die Ableitung der PD-Schätzungen der jeweiligen internen Risikoklasse sind in den Absätzen 461 bis 463 aufgeführt.

### ii) Verlustausfallquote (LGD)

286. Die Bank muss für jeden Kredit an Unternehmen, Staaten oder Banken die LGD schätzen. Die Schätzung kann mit zwei Ansätzen ermittelt werden: einem Basisansatz und einem fortgeschrittenen Ansatz.

#### *Die LGD im IRB-Basisansatz*

#### *Behandlung von unbesicherten Forderungen und nicht anerkannten Sicherheiten*

287. Vorrangigen Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken ohne Unterlegung durch anerkannte Sicherheiten wird im IRB-Basisansatz eine LGD von 45% zugewiesen.

288. Alle nachrangigen Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken erhalten eine LGD von 75%. Ein nachrangiger Kredit ist eine Forderung, die ausdrücklich nachrangig gegenüber anderen Forderungen ist. Nationale Aufsichtsinstanzen können nach eigenem Ermessen eine umfassendere Definition der Nachrangigkeit verwenden. Diese könnte wirtschaftliche Nachrangigkeit berücksichtigen, z.B. Fälle, in denen der Kredit unbesichert ist und ein Grossteil der Aktiva des Kreditnehmers der Besicherung anderer Forderungen dient.

### *Sicherheiten im IRB-Basisansatz*

289. Zusätzlich zu den im Standardansatz anerkannten finanziellen Sicherheiten sind im IRB-Basisansatz einige weitere Formen der Besicherung zugelassen, die als anerkennungsfähige IRB-Sicherheiten bezeichnet werden. Diese schliessen Forderungsabtretungen, bestimmte gewerbliche Immobilien und Wohnimmobilien sowie sonstige Sicherheiten ein, sofern sie die in den Absätzen 509 bis 524 beschriebenen Mindestanforderungen erfüllen.<sup>69</sup> Im Falle anerkennungsfähiger finanzieller Sicherheiten entsprechen die Anforderungen den operationellen Anforderungen, die in Abschnitt II.D, Absatz 111f. dargelegt sind.

### *Methodik für die Zulassung anerkennungsfähiger finanzieller Sicherheiten im IRB-Basisansatz*

290. Die Methodik für die Zulassung von anerkennungsfähigen finanziellen Sicherheiten lehnt sich eng an die Darstellung des umfassenden Ansatzes für Sicherheiten im Standardansatz in den Absätzen 147 bis 181 an. Der einfache Ansatz der Sicherheitenanrechnung im Standardansatz steht Banken, die den IRB-Ansatz anwenden, nicht zur Verfügung.

291. Beim umfassenden Ansatz kann die effektive Verlustausfallquote (LGD\*) einer besicherten Transaktion in folgender Weise ausgedrückt werden, wobei:

- LGD die Verlustausfallquote des vorrangigen unbesicherten Kredits vor Anerkennung von Sicherheiten ist (45%)
- E den jeweils aktuellen Wert der Forderung (z.B. geliehenes Bargeld oder verliehene oder hinterlegte Wertpapiere) bezeichnet
- E\* den Forderungsbetrag nach Kreditrisikominderung, wie in den Absätzen 147 bis 150 des Standardansatzes definiert, bezeichnet. Diese Vorgehensweise wird nur zur Berechnung von LGD\* angewandt. Wenn nicht anderweitig vorgeschrieben, müssen die Banken die EAD weiterhin ohne Berücksichtigung irgendwelcher Sicherheiten berechnen

$$\text{LGD}^* = \text{LGD} \times (\text{E}^*/\text{E})$$

292. Banken, die für den IRB-Basisansatz infrage kommen, dürfen E\* nach jeder der Methoden berechnen, die im umfassenden Ansatz für besicherte Transaktionen im Rahmen des Standardansatzes näher bestimmt werden.

293. Wenn Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte einer Netting-Rahmenvereinbarung unterliegen, braucht die Bank das Netting bei der Eigenkapitalberechnung nicht zu berücksichtigen. Banken, die Netting-Rahmenvereinbarungen über solche Geschäfte zum Zwecke der Eigenkapitalberechnung berücksichtigen wollen, müssen die in den Absätzen 173 und 174 des Standardansatzes vorgeschriebenen Kriterien erfüllen. Die Bank muss E\* unter Berücksichtigung der Absätze 176 und 177 oder 178 bis 181 berechnen und mit den EAD gleichsetzen. Die Auswirkungen der Besicherung dieser Geschäfte darf nicht durch eine Anpassung der LGD ausgedrückt werden.

### *Ausnahmen beim umfassenden Ansatz*

294. Wie im Standardansatz können die Aufsichtsinstanzen bei gewissen Transaktionen auf eine Anwendung der Haircuts aus dem umfassenden Ansatz verzichten und stattdessen ein H von Null ansetzen. Voraussetzung dafür ist, dass die Bedingungen nach Absatz 170 erfüllt sind und der Kontrahent ein wesentlicher Marktteilnehmer gemäss Absatz 171 ist.

---

<sup>69</sup> Der Ausschuss erkennt jedoch an, dass unter besonderen Umständen in hochentwickelten und seit Langem bestehenden Märkten Grundpfandwerte auf Büroimmobilien, Mehrzweckgeschäftsräume und/oder an mehrere Parteien vermietete Geschäftsräume das Potenzial besitzen, als Sicherheit im Unternehmensportfolio anerkannt zu werden. In Fussnote 25 zu Absatz 74 werden die anwendbaren Kriterien zur Anerkennung erörtert. Die LGD, die dem besicherten Teil solcher Forderungen zugeordnet wird, beträgt unter den in den Absätzen 119 bis 181 für den Standardansatz genannten Einschränkungen 35%. Die LGD für den verbleibenden Teil der Forderung wird auf 45% festgelegt. Um die Kohärenz mit den Eigenkapitalanforderungen im Standardansatz sicherzustellen (und gleichzeitig einen kleinen Kapitalanreiz im IRB-Ansatz gegenüber dem Standardansatz zu bieten), kann die Bankenaufsicht für die mit solchen Forderungen verbundenen Eigenkapitalanforderungen eine Obergrenze festlegen, um eine vergleichbare Behandlung in beiden Ansätzen zu erreichen.

### Methodik zur Anerkennung von IRB-Sicherheiten

295. Wenn eine Bank anererkennungsfähige IRB-Sicherheiten zur Besicherung eines Unternehmenskredits entgegengenommen hat, wird im IRB-Basisansatz zur Bestimmung der effektiven LGD folgende Methodik angewandt:

- Forderungen, welche die Mindestanforderungen erfüllen, bei denen jedoch das Verhältnis des aktuellen Wertes der erhaltenen Sicherheiten (C) zum aktuellen Wert der Forderung (E) unter die Schwelle von C\* fällt (d.h. unter den vorgeschriebenen Mindestbesicherungsgrad der Forderungen), erhalten die LGD für unbesicherte Kredite bzw. für Kredite mit Besicherungen, die weder anererkennungsfähige finanzielle noch anererkennungsfähige IRB-Sicherheiten sind
- Forderungen, bei denen das Verhältnis von C zu E die zweite, höhere Schwelle C\*\* übersteigt (d.h. die erforderliche Höhe der Übersicherung für die vollumfängliche Anerkennung bei der LGD), erhalten eine LGD entsprechend der folgenden Tabelle

Die folgende Tabelle zeigt die anwendbare LGD und die erforderliche Höhe der Übersicherung für die besicherten Teile von vorrangigen Forderungen:

<b>Mindest-LGD für den besicherten Teil von vorrangigen Forderungen</b>			
	<b>Mindest- LGD</b>	<b>Erforderlicher Mindestbesicherungsgrad der Forderung (C*)</b>	<b>Erforderlicher Übersicherungsgrad zur vollumfänglichen Anerkennung bei der LGD (C**)</b>
Anerkannte finanzielle Sicherheiten	0%	0%	n.a.
Forderungsabtretungen	35%	0%	125%
Gewerbliche und Wohnimmobilien	35%	30%	140%
Sonstige Sicherheiten <sup>70</sup>	40%	30%	140%

- Vorrangige Forderungen sind in einen vollständig besicherten und einen unbesicherten Teil aufzuspalten
- Der Anteil der Forderung, der als vollständig besichert angesehen wird, C/C\*\*, erhält die der Sicherheit zugeordnete LGD
- Der verbleibende Teil der Forderung wird als nicht besichert angesehen und erhält eine LGD in Höhe von 45%

### Methodik für die Behandlung von Sicherheitenpools

296. Wenn eine Bank sowohl finanzielle als auch andere anererkennungsfähige IRB-Sicherheiten zur Besicherung einer Transaktion entgegengenommen hat, richtet sich die Methodik zur Bestimmung der effektiven LGD einer Transaktion im IRB-Basisansatz nach derjenigen im Standardansatz sowie der folgenden Anleitung.

- Falls eine Bank mehrere Risikominderungsverfahren angewandt hat, muss der angepasste Wert der Forderung (nach dem Sicherheitsabschlag für anererkennungsfähige finanzielle Sicherheiten) in verschiedene Anteile aufgeteilt werden, die jeweils nur durch eine Art der Kreditrisikominderung besichert sind. Demnach muss die Bank gegebenenfalls die Forderung in einen durch anererkennungsfähige finanzielle Sicherheiten besicherten Anteil, in einen

<sup>70</sup> Von den sonstigen Sicherheiten sind Sachwerte, die infolge eines Kreditausfalls in das Eigentum der Bank übergegangen sind, ausgenommen.

durch Forderungsabtretungen besicherten Anteil, in einen durch Immobilien besicherten Anteil, in einen durch sonstige Sicherheiten besicherten Anteil und in einen unbesicherten Anteil zerlegen.

- Falls das Verhältnis der Summe der Werte von Immobilien und sonstigen Sicherheiten zur reduzierten Forderung (nach der Berücksichtigung des Effekts der anererkennungsfähigen finanziellen Sicherheiten und der Forderungsabtretungen) unter die entsprechende Schwelle (d.h. unter den Mindestbesicherungsgrad der Forderung) fällt, erhält die Forderung die entsprechende LGD für unbesicherte Forderungen von 45%.
- Die gewichteten Risikoaktiva müssen für jeden vollständig besicherten Anteil der Forderung separat berechnet werden.

#### *LGD im fortgeschrittenen IRB-Ansatz*

297. Unter bestimmten zusätzlichen Mindestanforderungen – wie weiter unten aufgeführt – kann die Bankenaufsicht Kreditinstituten erlauben, ihre eigenen internen Schätzungen für die LGD von Krediten an Unternehmen, Staaten und Banken zu verwenden. Die LGD ist als Höhe des Verlusts in Prozent der EAD zu messen. Banken, die für den IRB-Ansatz infrage kommen, jedoch nicht in der Lage sind, diese ergänzenden Mindestanforderungen zu erfüllen, müssen wie oben beschrieben nach den LGD-Regelungen des IRB-Basisansatzes verfahren.

298. Die Mindestanforderungen zur Schätzung der LGD sind in den Absätzen 468 bis 473 dargelegt.

#### *Behandlung von Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften*

299. Kreditinstitute, die die Effekte von Netting-Rahmenvereinbarungen für Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte bei der Eigenkapitalberechnung berücksichtigen wollen, müssen die in Absatz 293 beschriebene Methodik zur Bestimmung von  $E^*$  heranziehen, um die EAD festzulegen. Im fortgeschrittenen IRB-Ansatz wären eigene LGD-Schätzungen für den als unbesichert betrachteten Betrag ( $E^*$ ) zulässig.

#### *Behandlung von Garantien und Kreditderivaten*

300. Zur Anerkennung von Kreditrisikominderungen (CRM) in Form von Garantien und Kreditderivaten sieht der IRB-Ansatz zwei Methoden vor: Einen Basisansatz für die Banken, die die aufsichtlichen LGD-Werte nutzen, und einen fortgeschrittenen Ansatz für Banken, die eigene Schätzungen der LGD verwenden.

301. In beiden Fällen dürfen CRM in Form von Garantien und Kreditderivaten nicht den Effekt eines Doppelausfalls widerspiegeln (vgl. Absatz 482). Soweit die CRM der Bank anerkannt werden, darf das angepasste Risikogewicht nicht geringer sein als das einer vergleichbaren direkten Forderung an den Sicherungsgeber. In Übereinstimmung mit dem Standardansatz können Kreditinstitute Kreditabsicherungen unberücksichtigt lassen, wenn die Eigenkapitalanforderungen hierdurch zunehmen würden.

#### *Anerkennung im IRB-Basisansatz*

302. Für Banken, die die LGD nach dem IRB-Basisansatz ermitteln, orientiert sich die Behandlung von Garantien und Kreditderivaten stark an den Regelungen des Standardansatzes in den Absätzen 189 bis 201. Der Kreis der anererkennungsfähigen Garanten ist derselbe wie im Standardansatz, ausser, dass intern geratete Unternehmen, denen eine PD zugeordnet wurde, die mindestens einem externen Rating von A– entspricht, im Basisansatz ebenfalls anerkannt werden können. Um eine Anerkennung zu erlangen, müssen die in den Absätzen 189 bis 194 beschriebenen Anforderungen eingehalten werden.

303. Anerkennungsfähige Garantien von anererkennungsfähigen Garantiegebern werden wie folgt ermittelt:

- Für den besicherten Anteil der Forderung wird das Risikogewicht abgeleitet aus:
  - der dem Garantiegeber entsprechenden Risikogewichtsfunktion und

- der PD, die der Risikoklasse des Garantiegebers entspricht bzw. einer Risikoklasse, die zwischen der des eigentlichen Kreditnehmers und der des Garantiegebers liegt, wenn eine vollständige Substitution aus Sicht der Bank nicht gerechtfertigt erscheint
- Die Bank darf die LGD der Forderung durch die auf die Garantie anwendbare LGD ersetzen, wobei der Rang und die Besicherung des garantierten Engagements zu berücksichtigen sind

304. Auf den unbesicherten Teil des Kredits ist das Risikogewicht des eigentlichen Kreditnehmers anzuwenden.

305. Bei Teilbesicherung oder Währungsinkongruenz zwischen der zugrundeliegenden Forderung und der Kreditabsicherung muss der Kredit in einen besicherten und einen unbesicherten Teil aufgeteilt werden. Die Behandlung im IRB-Basisansatz entspricht der des Standardansatzes in den Absätzen 198 bis 200 und hängt davon ab, ob die Besicherung anteilmässig oder in Tranchen gewährt wird.

#### *Anerkennung im fortgeschrittenen IRB-Ansatz*

306. Banken, die den fortgeschrittenen Ansatz zur Bestimmung der LGD anwenden, können die risikomindernden Effekte von Garantien und Kreditderivaten entweder durch die Anpassung der PD- oder der LGD-Schätzungen berücksichtigen. Ob über die PD oder die LGD, die Anpassung hat für jede Art von Garantien oder Kreditderivaten einheitlich zu erfolgen. Dabei dürfen die Banken den Effekt eines Doppelausfalls nicht berücksichtigen. Daher darf das angepasste Risikogewicht nicht geringer sein als das einer vergleichbaren direkten Forderung an den Sicherungsgeber.

307. Um die Wirkung von Garantien oder Kreditderivaten abzubilden, kann eine Bank, die eigene LGD-Schätzungen verwendet, das oben beschriebene Verfahren für Banken im IRB-Basisansatz (Absätze 302 bis 305) anwenden oder eine Anpassung ihrer eigenen LGD-Schätzung der Forderung vornehmen. In diesem Fall ist der Kreis der anerkennungsfähigen Garantiegeber unbeschränkt, wengleich eine Reihe von Mindestanforderungen an die Art der Garantien zu beachten sind, die in den Absätzen 483 und 484 beschrieben werden. Im Falle von Kreditderivaten sind die Absätze 488 und 489 zu beachten.<sup>71</sup>

#### *iii) Ausstehende Forderungen bei Ausfall (EAD)*

308. Der folgende Abschnitt bezieht sich sowohl auf bilanzwirksame als auch auf ausserbilanzielle Geschäfte. Die Höhe der Forderungen wird vor Abzug von Einzelwertberichtigungen oder Teilwertabschreibungen bestimmt. Die EAD von ausstehenden Beträgen dürfen nicht kleiner sein als die Summe aus i) der Verminderung des aufsichtlichen Eigenkapitals der Bank bei vollständiger Abschreibung der Forderung und ii) allen Einzelwertberichtigungen und Teilwertabschreibungen auf die Forderung. Wenn die Differenz zwischen EAD und der Summe aus i) und ii) positiv ist, wird dieser Betrag als Nachlass bezeichnet. Die Berechnung der gewichteten Risikoaktiva ist unabhängig von Nachlässen. Unter bestimmten Umständen, die in Absatz 380 beschrieben werden, können Nachlässe in die Berechnung der gesamten anerkennungsfähigen Wertberichtigungen bei der Ermittlung der Wertberichtigungen für den erwarteten Verlust (EL), wie in Abschnitt III.G beschrieben, einbezogen werden.

#### *Ermittlung des Kreditbetrags bei Bilanzpositionen*

309. Das bilanzwirksame Netting von Krediten und Einlagen wird unter den gleichen Bedingungen wie im Standardansatz anerkannt (s. Absatz 188). Treten beim Netting von Bilanzpositionen Währungs- oder Laufzeitinkongruenzen auf, werden diese wie im Standardansatz behandelt (Absätze 200 und 202 bis 205).

---

<sup>71</sup> Wenn die Kreditderivate die Umschuldung der zugrundeliegenden Zahlungsverpflichtung nicht abdecken, ist die teilweise Anerkennung gemäss Absatz 192 anzuwenden.

*Ermittlung des Kreditbetrags bei ausserbilanziellen Geschäften (mit Ausnahme von Devisen-, Zins-, Aktien- und Rohstoffderivaten)*

310. Bei ausserbilanziellen Geschäften wird der Kreditbetrag definiert als der zugesagte, aber nicht in Anspruch genommene Betrag multipliziert mit einem Kreditumrechnungsfaktor (CCF). Es gibt zwei Methoden zur Bestimmung der CCF: einen Basisansatz und einen fortgeschrittenen Ansatz.

*EAD im IRB-Basisansatz*

311. Die Arten von Instrumenten und ihre entsprechenden CCF sind dieselben wie im Standardansatz, wie in den Absätzen 82 bis 87 beschrieben. Eine Ausnahme bilden Kreditzusagen, Note Issuance Facilities (NIF) und Revolving Underwriting Facilities (RUF).

312. Für alle Kreditzusagen, NIF und RUF gilt ein CCF von 75%, unabhängig von der Laufzeit der zugrundeliegenden Fazilität. Dies gilt nicht für nicht fest zugesagte Fazilitäten, für vorbehaltlos von der Bank kündbare Fazilitäten oder für Fazilitäten, die jederzeit eine automatische Aufhebung ohne vorherige Ankündigung durch die Bank, z.B. bei Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers, vorsehen. Diese Fazilitäten erhalten einen CCF von 0%.

313. Der CCF wird angewandt auf den niedrigeren der beiden folgenden Beträge: den Wert der nicht genutzten zugesagten Kreditlinie oder den Wert, der eine möglicherweise eingeschränkte Verfügbarkeit der Fazilität widerspiegelt, wie z.B. ein vom Cashflow des Kreditnehmers abhängiges Kreditlimit. Wenn die Fazilität in dieser Weise eingeschränkt ist, muss die Bank ausreichende Überwachungs- und Managementverfahren haben, um die Einhaltung der eingeschränkten Verfügbarkeit zu gewährleisten.

314. Um einen CCF von 0% für vorbehaltlos und jederzeit kündbare Überziehungskredite und andere Fazilitäten von Unternehmen anwenden zu können, müssen die Banken nachweisen, dass sie die finanzielle Situation des Kreditnehmers aktiv überwachen und dass ihre internen Kontrollsysteme so ausgestaltet sind, dass sie die Fazilität im Falle einer nachweislichen Verschlechterung der Bonität des Kreditnehmers aufheben können.

315. Wenn eine Zusage für eine andere ausserbilanzielle Verpflichtung gegeben wird, müssen Kreditinstitute im Basisansatz den niedrigeren der heranzuziehenden CCF anwenden.

*EAD im fortgeschrittenen IRB-Ansatz*

316. Kreditinstitute, die die Anforderungen für den Einsatz eigener EAD-Schätzungen erfüllen (s. Absätze 474 bis 478), dürfen im Basisansatz eigene Schätzungen der CCF für die verschiedenen Forderungsarten benutzen, sofern die Forderung nicht einem CCF von 100% unterliegt (s. Absatz 311).

*Ermittlung des Kreditbetrags bei Devisen-, Zins-, Aktien-, Kredit- und Rohstoffderivaten*

317. Die Ermittlung des Kreditbetrags erfolgt bei diesen Instrumenten im IRB-Ansatz nach den Regeln zur Bestimmung des Kreditäquivalenzbetrags – d.h. basierend auf den Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines Aufschlags für den möglichen zukünftigen Wert entsprechend den einzelnen Produktarten und Laufzeitbändern.

*iv) Effektive Restlaufzeit (M)*

318. Bei Banken, die für Kredite an Unternehmen den IRB-Basisansatz anwenden, beträgt die effektive Restlaufzeit (M) 2,5 Jahre. Ausgenommen sind Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte, die eine effektive Restlaufzeit von 6 Monaten erhalten. Die nationale Bankenaufsicht kann alle Banken in ihrem Zuständigkeitsbereich, die den IRB-Basisansatz oder den fortgeschrittenen IRB-Ansatz anwenden, anweisen, M für jedes Geschäft nach der unten genannten Definition zu messen.

319. Wenden Banken den fortgeschrittenen IRB-Ansatz auch nur teilweise an, müssen sie die effektive Restlaufzeit für jedes Geschäft, wie im Weiteren beschrieben, messen. Jedoch können die nationalen Aufsichtsinstanzen Kredite an bestimmte kleinere inländische Unternehmen von der expliziten Restlaufzeitanpassung ausnehmen, wenn die konsolidierten Umsatzerlöse (d.h. der Jahresumsatz) der Unternehmensgruppe, der die Firma angehört, sowie die konsolidierte Bilanzsumme weniger als € 500 Mio. betragen. Der konsolidierte Konzern muss ein inländisches Unternehmen mit Firmensitz in dem Land sein, in dem diese Ausnahme zur Anwendung kommt. Falls die nationalen Aufsichtsinstanzen von diesem Wahlrecht Gebrauch machen, muss die Ausnahmeregelung für alle

Banken gelten, die in diesem Land den fortgeschrittenen IRB-Ansatz anwenden; sie darf nicht auf Einzelfallbasis angewandt werden. Bei Anwendung der Ausnahmeregelung ist bei allen Krediten an die entsprechenden kleineren inländischen Unternehmen wie im IRB-Basisansatz eine durchschnittliche Restlaufzeit von 2,5 Jahren zu unterstellen.

320. Mit Ausnahme der in Absatz 321 genannten Fälle entspricht M der im Folgenden definierten verbleibenden effektiven Restlaufzeit in Jahren, beträgt aber mindestens ein Jahr. In keinem Fall ist M grösser als 5 Jahre.

- Bei einem Instrument mit einem vorher festgesetzten Zins- und Tilgungsplan ist die effektive Restlaufzeit M definiert als:

$$\text{Effektive Restlaufzeit (M)} = \frac{\sum_t t * CF_t}{\sum_t CF_t}$$

wobei  $CF_t$  die vertraglichen Zahlungen (Kapitaltilgung, Zinsen und Gebühren) bezeichnet, die der Kreditnehmer im Zeitraum t zu leisten hat

- Ist eine Bank nicht in der Lage, M entsprechend der obigen Definition zu berechnen, kann sie eine konservativere Messung von M anwenden, z.B. die folgende: Die effektive Restlaufzeit ist die maximale Zeitspanne (in Jahren), die dem Kreditnehmer eingeräumt wird, um seine vertraglichen Verpflichtungen (Kapital, Zinsen und Gebühren) gemäss dem Kreditvertrag vollständig abzulösen. Normalerweise entspricht diese Zeitspanne der nominalen Restlaufzeit des Instruments
- Im Falle von Derivaten unter einer Netting-Rahmenvereinbarung sollte die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der Transaktionen für die explizite Laufzeitanpassung verwendet werden. Darüber hinaus sollte der Nominalbetrag einer jeden Transaktion für die Gewichtung der Restlaufzeit herangezogen werden

321. Die 1-Jahres-Untergrenze gilt nicht für bestimmte kurzfristige Kredite, die von jeder nationalen Aufsichtsinstanz definiert werden. Diese Befreiung ist nur für Kredite mit einer Anfangslaufzeit von weniger als einem Jahr anwendbar. In solchen Fällen berechnet sich die Restlaufzeit aus der effektiven Restlaufzeit (M, entsprechend der obigen Definition), beträgt aber mindestens einen Tag. Diese Regelung zielt auf Geschäfte ab, die nicht Teil der fortlaufenden Finanzierung eines Schuldners sind. Diese Geschäfte umfassen Finanzmarkttransaktionen und einmalige kurzfristige Kredite, die transaktionsorientiert sind.

322. Die Aufsichtsinstanzen sollten auf nationaler Basis die kurzfristigen Kredite präzisieren, die die im vorangegangenen Absatz aufgeführten Anforderungen erfüllen. Mögliche Beispiele sind:

- Wertpapierpensions- und ähnliche Geschäfte sowie kurzfristige Darlehen und Einlagen
- Forderungen aus Wertpapierleihegeschäften
- aus Verkaufserlösen zurückzuzahlende kurzfristige Handelsfinanzierungen. Ein- und Ausfuhrakkreditive und ähnliche Geschäfte könnten mit ihrer tatsächlichen Restlaufzeit ausgewiesen werden
- aus der Abwicklung von Wertpapierkäufen und -verkäufen entstandene Forderungen, die auch Überziehungen aus fehlgeschlagenen Wertpapierabwicklungen umfassen können, sofern diese Überziehungen nicht über eine kurze, fest vereinbarte Anzahl von Geschäftstagen hinaus bestehen
- Forderungen, die aus der Abwicklung des elektronischen Zahlungsverkehrs, einschliesslich Überziehungen aus fehlgeschlagenen Überweisungen, entstehen, sofern diese Überziehungen nicht über eine kurze, festvereinbarte Anzahl von Geschäftstagen hinaus bestehen
- Forderungen gegenüber Banken aus der Abwicklung von Devisengeschäften

323. Im Falle von Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften unter einer Netting-Rahmenvereinbarung sollte die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der Transaktionen für die explizite Laufzeitanpassung verwendet werden. Für den Durchschnitt gilt eine Untergrenze von 5 Tagen. Darüber hinaus sollte der Nominalbetrag einer jeden Transaktion für die Gewichtung der Restlaufzeit herangezogen werden.

324. Falls im IRB-Basisansatz keine explizite Laufzeitanpassung erfolgt, ist die effektive Restlaufzeit (M) für alle Forderungen auf 2,5 Jahre festgesetzt, sofern Absatz 318 nichts anderes bestimmt.

#### *Behandlung von Laufzeitinkongruenzen*

325. Die Behandlung von Laufzeitinkongruenzen im IRB-Ansatz ist gleich wie im Standardansatz – s. Absätze 202 bis 205.

### **D. Regeln für Kredite an Privatkunden (Retail-Kredite)**

326. Abschnitt D stellt die Methode zur Berechnung der UL-Eigenkapitalanforderungen für Retail-Kredite detailliert dar. In Abschnitt D.1 werden drei Risikogewichtsfunktionen dargestellt, eine für Hypothekenkredite für Wohnimmobilien, eine zweite für qualifizierte revolving Retail-Kredite und eine dritte für „Alle anderen Retail-Kredite“. Abschnitt D.2 behandelt die Risikokomponenten, die als Eingabeparameter in die Risikogewichtsfunktionen einfließen. Die Methode für die Berechnung der erwarteten Verluste und für die Ermittlung der Differenz zwischen dieser Messgrösse und den Wertberichtigungen wird in Abschnitt III.G beschrieben.

#### **1. Risikogewichtung der Aktiva bei Retail-Krediten**

327. Für Forderungen gegenüber Privatkunden gibt es drei verschiedene Risikogewichtsfunktionen, die in den Absätzen 328 bis 330 definiert sind. Die Risikogewichte für Retail-Kredite basieren auf voneinander unabhängigen Schätzungen der PD und der LGD als Eingabeparameter der Risikogewichtsfunktionen. Keine der drei Risikogewichtsfunktionen enthält eine explizite Restlaufzeitanpassung. In diesem Abschnitt werden PD und LGD als Dezimalzahl und EAD als Währungseinheit (z.B. Euro) gemessen.

##### *i) Hypothekenkredite für Wohnimmobilien*

328. Den in Absatz 231 definierten, nicht ausgefallenen und vollständig oder teilweise durch Grundpfandrechte besicherten<sup>72</sup> Krediten sind Risikogewichte auf Grundlage der folgenden Formel zugewiesen:

$$\begin{aligned} \text{Korrelation (R)} &= 0,15 \\ \text{Eigenkapitalanforderung (K)} &= \text{LGD} \times \text{N}[(1 - \text{R})^{-0,5} \times \text{G}(\text{PD}) + (\text{R}/(1 - \text{R}))^{0,5} \times \text{G}(0,999)] \\ &\quad - \text{PD} \times \text{LGD} \\ \text{Gewichtete Risikoaktiva} &= \text{K} \times 12,5 \times \text{EAD} \end{aligned}$$

Die Eigenkapitalanforderung (K) für ausgefallene Forderungen entspricht der Differenz zwischen LGD (wie in Absatz 468 beschrieben) und der bestmöglichen Schätzung der Bank für den erwarteten Verlust (wie in Absatz 471 beschrieben), ist aber mindestens 0. Die Höhe der gewichteten Risikoaktiva für ausgefallene Forderungen ist das Produkt aus K, 12,5 und EAD.

##### *ii) Qualifizierte revolving Retail-Kredite*

329. Für nicht ausgefallene qualifizierte revolving Retail-Kredite, definiert in Absatz 234, sind Risikogewichte anhand der folgenden Formel zugewiesen:

$$\begin{aligned} \text{Korrelation (R)} &= 0,04 \\ \text{Eigenkapitalanforderung (K)} &= \text{LGD} \times \text{N}[(1 - \text{R})^{-0,5} \times \text{G}(\text{PD}) + (\text{R}/(1 - \text{R}))^{0,5} \times \text{G}(0,999)] \\ &\quad - \text{PD} \times \text{LGD} \\ \text{Gewichtete Risikoaktiva} &= \text{K} \times 12,5 \times \text{EAD} \end{aligned}$$

---

<sup>72</sup> Dies bedeutet, dass die Risikogewichte für Hypothekenkredite für Wohnimmobilien auch auf die unbesicherten Teile eines solchen Kredits angewandt werden.

Die Eigenkapitalanforderung (K) für ausgefallene Forderungen entspricht der Differenz zwischen LGD (wie in Absatz 468 beschrieben) und der bestmöglichen Schätzung der Bank für den erwarteten Verlust (wie in Absatz 471 beschrieben), ist aber mindestens 0. Die Höhe der gewichteten Risikoaktiva für ausgefallene Forderungen ist das Produkt aus K, 12,5 und EAD.

iii) *Alle anderen Retail-Kredite*

330. Allen übrigen nicht ausgefallenen Retail-Krediten sind die Risikogewichte auf Grundlage der folgenden Funktion zugewiesen, bei der die Korrelation von der PD abhängt:

$$\begin{aligned} \text{Korrelation (R)} &= 0,03 \times (1 - \text{EXP}(-35 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-35)) + \\ & 0,16 \times [1 - (1 - \text{EXP}(-35 \times \text{PD})) / (1 - \text{EXP}(-35))] \\ \text{Eigenkapitalanforderung (K)} &= \text{LGD} \times \text{N}[(1 - \text{R})^{-0,5} \times \text{G}(\text{PD}) + (\text{R} / (1 - \text{R}))^{0,5} \times \text{G}(0,999)] \\ & - \text{PD} \times \text{LGD} \\ \text{Gewichtete Risikoaktiva} &= \text{K} \times 12,5 \times \text{EAD} \end{aligned}$$

Die Eigenkapitalanforderung (K) für ausgefallene Forderungen entspricht der Differenz zwischen LGD (wie in Absatz 468 beschrieben) und der bestmöglichen Schätzung der Bank für den erwarteten Verlust (wie in Absatz 471 beschrieben), ist aber mindestens 0. Die Höhe der gewichteten Risikoaktiva für ausgefallene Forderungen ist das Produkt aus K, 12,5 und EAD.

Beispielhafte Risikogewichte sind in Anhang 3 dargestellt.

## 2. **Risikokomponenten**

i) *Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und Verlustausfallquote (LGD)*

331. Die Kreditinstitute sollten für jeden festgelegten Pool von Retail-Forderungen entsprechend den Mindestanforderungen gemäss Abschnitt III.H eine Schätzung für die PD und die LGD vornehmen. Darüber hinaus ist die PD für Retail-Forderungen die 1-Jahres-PD der internen Risikoklasse, der der Forderungspool zugeordnet ist, mindestens aber 0,03%.

ii) *Anerkennung von Garantien und Kreditderivaten*

332. Kreditinstitute können die risikomindernde Wirkung von Garantien und Kreditderivaten für eine einzelne Forderung oder für einen Forderungspool durch eine Anpassung der PD- oder LGD-Schätzung berücksichtigen, solange sie die in den Absätzen 480 bis 489 aufgeführten Mindestanforderungen erfüllen. Die Anpassung über die PD oder die LGD hat für jede Art von Garantien oder Kreditderivaten einheitlich zu erfolgen.

333. Entsprechend den obenbeschriebenen Anforderungen für Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken dürfen die Banken bei der Anpassung ihrer Schätzungen die Auswirkungen eines Doppelausfalls nicht berücksichtigen. Das angepasste Risikogewicht darf nicht geringer sein als das einer vergleichbaren direkten Forderung an den Sicherungsgeber. Kreditinstitute können – wie im Standardansatz – Kreditabsicherungen unberücksichtigt lassen, wenn die Eigenkapitalanforderungen hierdurch zunehmen würden.

iii) *Ausstehende Forderungen bei Ausfall (EAD)*

334. Die Höhe sowohl von bilanzwirksamen als auch von ausserbilanziellen Retail-Forderungen wird vor Abzug von Einzelwertberichtigungen oder Teilwertabschreibungen bestimmt. Die EAD von ausstehenden Beträgen dürfen nicht kleiner sein als die Summe aus i) der Verminderung des aufsichtlichen Eigenkapitals bei vollständiger Abschreibung der Forderung und ii) allen Einzelwertberichtigungen und Teilwertabschreibungen auf die Forderung. Wenn die Differenz zwischen EAD und der Summe aus i) und ii) positiv ist, wird dieser Betrag als Nachlass bezeichnet. Die Berechnung der gewichteten Risikoaktiva ist unabhängig von Nachlässen. Unter bestimmten Umständen, die in Absatz 380 beschrieben werden, können Nachlässe in die Berechnung der gesamten anerkennungsfähigen Wertberichtigungen bei der Ermittlung der Wertberichtigungen für den erwarteten Verlust (EL), wie in Abschnitt III.G beschrieben, einbezogen werden.

335. Die Aufrechnung von bilanzwirksamen Krediten an und Einlagen von Privatkunden ist zulässig, wobei die gleichen Bedingungen wie im Standardansatz gemäss Absatz 188 gelten. Für ausserbilanzielle Retail-Geschäfte müssen die Kreditinstitute ihre eigenen Schätzungen für die Kredit-

umrechnungsfaktoren (CCF) verwenden, sofern die Mindestanforderungen der Absätze 474 bis 477 und 479 erfüllt sind.

336. Bei Engagements gegenüber Privatkunden mit unbestimmter zukünftiger Inanspruchnahme wie z.B. Kreditkarten müssen die Banken bei der Gesamtkalibrierung von Verlustschätzungen die historischen und/oder die erwarteten zusätzlichen Inanspruchnahmen vor Ausfall einbeziehen. Insbesondere dann, wenn eine Bank in ihren EAD-Schätzungen keine CCF für nicht in Anspruch genommene Kreditlinien berücksichtigt, hat sie in ihren LGD-Schätzungen die Wahrscheinlichkeit zusätzlicher Inanspruchnahmen vor einem Ausfall zu berücksichtigen. Falls eine Bank umgekehrt in ihren LGD-Schätzungen die Möglichkeit zusätzlicher Inanspruchnahmen nicht einbezieht, muss sie dies in ihren EAD-Schätzungen tun.

337. Wenn ausschliesslich der gezogene Betrag von Retail-Fazilitäten verbrieft wird, müssen die Kreditinstitute sicherstellen, dass sie weiterhin die Eigenkapitalanforderung des IRB-Ansatzes für ihren Anteil (Verkäuferansprüche) des nicht gezogenen Teils der verbrieften Forderungen einhalten. Daraus folgt für die Kreditinstitute, dass bei derartigen Fazilitäten die Auswirkungen von CCF in die EAD-Schätzungen und nicht in die LGD-Schätzungen einfließen müssen. Für die Ermittlung der EAD der Verkäuferansprüche an offenen Kreditlinien werden die offenen Linien der verbrieften Forderungen entsprechend den Verkäufer- und Investoranteilen der verbrieften Inanspruchnahmen anteilig auf die Verkäufer- und Investoranteile aufgeteilt. Der Anteil des Investors an offenen Kreditlinien der verbrieften Forderungen unterliegt der Behandlung gemäss Absatz 643.

338. Soweit sich in dem IRB-Retail-Portfolio einer Bank Verpflichtungen aus Zins- und Währungsgeschäften befinden, darf die Bank nicht ihre eigenen Schätzungen der Kreditäquivalenzbeträge verwenden. Stattdessen gelten weiterhin die Regeln des Standardansatzes.

## **E. Regeln für Beteiligungspositionen**

339. Abschnitt E behandelt die Berechnungsmethodik der Eigenkapitalanforderungen für den unerwarteten Verlust (UL) bei Beteiligungspositionen. Abschnitt E.1 erläutert a) den Marktansatz (der unterteilt wird in eine einfache Risikogewichtsmethode und eine auf bankinternen Marktrisikomodellen basierende Methode) und b) den PD/LGD-Ansatz. Die Risikokomponenten werden in Abschnitt E.2 behandelt. Die Methode für die Berechnung der erwarteten Verluste und für die Ermittlung der Differenz zwischen dieser Messgrösse und den Wertberichtigungen wird in Abschnitt III.G beschrieben.

### **1. Gewichtete Risikoaktiva für Beteiligungspositionen**

340. Gewichtete Risikoaktiva für Beteiligungspositionen im Handelsbuch werden entsprechend den Eigenkapitalregeln für Marktrisiken behandelt.

341. Es gibt zwei Ansätze zur Berechnung der gewichteten Risikoaktiva für Beteiligungspositionen, die nicht im Handelsbuch gehalten werden: einen Marktansatz und einen PD/LGD-Ansatz. Die nationale Bankenaufsicht wird entscheiden, welchen Ansatz bzw. welche Ansätze die Banken unter welchen Umständen verwenden müssen. Bestimmte Beteiligungen können – wie in den Absätzen 356 bis 358 definiert – ausgenommen werden und unterliegen damit den Eigenkapitalanforderungen nach dem Standardansatz.

342. In den Fällen, in denen die nationale Aufsicht beide Methoden zulässt, muss die Entscheidung der Bank konsequent sein; insbesondere darf sie nicht von Kapitalarbitrageüberlegungen getrieben sein.

#### *i) Marktansatz*

343. Im Marktansatz dürfen Institute die Mindesteigenkapitalanforderungen für ihre Anlagebuchbeteiligungen mithilfe einer oder beider der folgenden unterschiedlichen Methoden berechnen: einer einfachen Risikogewichtsmethode und einer auf bankinternen Marktrisikomodellen basierenden Methode. Die gewählte Methode sollte dem Umfang und der Komplexität des Beteiligungsportfolios der Bank sowie der Grösse und dem Know-how der Bank entsprechen. Die nationale Aufsicht kann die Verwendung einer bestimmten Methode entsprechend den individuellen Verhältnissen der Bank vorschreiben.

### *Einfache Risikogewichtsmethode*

344. Im einfachen Risikogewichtsansatz erhalten frei handelbare Beteiligungspositionen („Publikumsgesellschaften“) ein Risikogewicht von 300%, alle anderen ein Risikogewicht von 400%. Frei handelbare Beteiligungen sind definiert als Beteiligungstitel, die an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden.

345. Kassa-Short-Positionen und derivative Instrumente, die im Anlagebuch gehalten werden, dürfen mit Long-Positionen in der gleichen Aktie verrechnet werden, vorausgesetzt, dass diese Instrumente ausdrücklich zur Absicherung bestimmter Beteiligungspositionen benutzt werden und dass sie eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr haben. Andere Short-Positionen müssen wie Long-Positionen mit dem entsprechenden Risikogewicht bezogen auf den absoluten Wert jeder Position behandelt werden. Die Methode zur Behandlung von laufzeitinkongruenten Positionen entspricht der Methode für Unternehmenskredite.

### *Auf bankinternen Marktrisikomodellen basierende Methode*

346. IRB-Banken können – oder müssen nach Ermessen der nationalen Aufsicht – bankinterne Marktrisikomodelle zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen heranziehen. Bei Anwendung dieser Methode entspricht die Eigenkapitalanforderung dem potenziellen Verlust aus Beteiligungspositionen, der mittels eines internen Value-at-Risk-Modells bezogen auf die Differenz zwischen den vierteljährlichen Gewinnen und einem angemessenen risikolosen Zins bei einem einseitigen 99%-Konfidenzniveau auf der Basis einer langfristigen Zeitreihe berechnet wird. Die Eigenkapitalanforderungen werden durch die Berechnung von risikogewichteten Kreditäquivalenten in die risiko-basierte Eigenkapitalquote integriert.

347. Das Risikogewicht zur Umrechnung der Beteiligungen in die Kreditäquivalente wird durch Multiplikation der abgeleiteten Eigenkapitalanforderung mit dem Faktor 12,5 (d.h. dem Kehrwert der 8%-Mindestkapitalanforderung) berechnet. Die mittels interner Modelle ermittelten Eigenkapitalanforderungen dürfen nicht geringer ausfallen als die Eigenkapitalanforderungen nach der einfachen Risikogewichtsmethode unter Anwendung eines 200%-Risikogewichts für frei handelbare Beteiligungen und eines 300%-Risikogewichts für alle anderen Beteiligungen. Diese Mindesteigenkapitalanforderungen werden gesondert nach der einfachen Risikogewichtsmethode ermittelt. Ausserdem sind diese Mindestrisikogewichte auf der Ebene der einzelnen Position und nicht auf Portfolioebene anzuwenden.

348. Mit Genehmigung der Bankenaufsicht kann eine Bank nach sorgfältiger Abwägung verschiedene Marktansätze für unterschiedliche Portfolios heranziehen, wenn sie diese auch für interne Zwecke nutzt.

349. Kreditinstitute dürfen Garantien, nicht aber erhaltene (finanzielle) Sicherheiten für Beteiligungspositionen anrechnen, wobei sich die Eigenkapitalanforderungen nach dem Marktansatz bestimmen.

### *ii) PD/LGD-Ansatz*

350. Die Mindestanforderungen und die Methodik für den PD/LGD-Ansatz bei Positionen in Unternehmensanteilen (einschl. Anteilen an Unternehmen, die dem Retail-Portfolio zugeordnet sind) entsprechen denen des IRB-Basisansatzes für Unternehmenskredite, mit folgenden Ergänzungen:<sup>73</sup>

- Die Anforderungen an die PD-Schätzung der Banken für Unternehmensanteile entsprechen denen für Unternehmenskredite.<sup>74</sup> Besteht zu dem Unternehmen, von dem die Bank eine Beteiligung hält, keine Kreditbeziehung und besitzt die Bank keine ausreichenden Informationen über das Unternehmen, um festzustellen, ob die Merkmale der Ausfalldefinition gegeben sind, die sonstigen relevanten Standards jedoch erfüllt werden, so ist – bei gegebener PD-Schätzung der Bank – ein Skalierungsfaktor von 1,5 auf das aus der Risikogewichts-

---

<sup>73</sup> Aufgrund der Annahme einer LGD von 90% gibt es keinen fortgeschrittenen Ansatz für Beteiligungsengagements.

<sup>74</sup> Besteht gegenüber einem Kontrahenten sowohl ein Beteiligungsengagement als auch eine IRB-Kreditforderung, so gilt in der Praxis das Beteiligungsengagement im Rahmen der Eigenkapitalberechnung als ausgefallen, wenn das Kreditengagement ausfällt.

funktion für Forderungen an Unternehmen abgeleitete Risikogewicht anzuwenden. Ist der Beteiligungsbesitz der Bank jedoch wesentlich und darf sie den PD/LGD-Ansatz für regulatorische Zwecke nutzen, kann aber die relevanten Standards noch nicht erfüllen, muss sie die einfache Risikogewichtsmethode im Rahmen der Marktansätze anwenden

- Eine LGD von 90% wird für die Ableitung der Risikogewichte von Beteiligungspositionen angenommen
- Zu diesem Zweck unterliegt das Risikogewicht einer Laufzeitanpassung von fünf Jahren, unabhängig davon, ob die Bank für andere Teile ihres IRB-Portfolios explizite Laufzeitanpassungsmethoden anwendet

351. Für den PD/LGD-Ansatz gelten die Mindestrisikogewichte, die in den Absätzen 352 und 353 definiert sind. Wenn die Summe aus unerwarteten Verlusten (UL) und erwarteten Verlusten (EL) für die Beteiligungsposition zu einer geringeren Eigenkapitalanforderung als bei Anwendung der Mindestrisikogewichte führt, dann müssen die Mindestrisikogewichte verwendet werden. Mit anderen Worten: Die Mindestrisikogewichte müssen angewandt werden, wenn die nach Absatz 350 berechneten Risikogewichte zuzüglich des EL für die Beteiligungsposition bei Multiplikation mit 12,5 kleiner sind als die anzusetzenden Mindestrisikogewichte.

352. Für folgende Beteiligungspositionen beträgt das Mindestrisikogewicht 100%, solange das Portfolio wie unten angegeben behandelt wird:

- Frei handelbare Beteiligungen, die im Rahmen einer langjährigen Kundenbeziehung eingegangen werden, bei denen keine kurzfristige Gewinnerzielungsabsicht besteht und auf lange Sicht keine überdurchschnittlichen Kursgewinne antizipiert werden. In den meisten Fällen dürfte das Institut Kredit- und/oder allgemeine Kundenbeziehungen zu dem Portfoliounternehmen unterhalten, sodass die geschätzte Ausfallwahrscheinlichkeit ohne Weiteres verfügbar ist. Angesichts der langfristigen Natur solcher Beteiligungen verdient die Bestimmung einer angemessenen Halteperiode sorgfältige Betrachtung. Im Allgemeinen wird erwartet, dass die Bank die Beteiligung über einen langen Zeitraum hält (mindestens fünf Jahre)
- Nicht frei handelbare Beteiligungen („Private Equity“), bei denen die Anlageerträge auf in regelmässigen Abständen erfolgenden Mittelflüssen und nicht auf Kursgewinnen basieren und bei denen keine zukünftigen überdurchschnittlichen Kursgewinne oder Realisierungen bestehender Kursgewinne erwartet werden

353. Für alle anderen Beteiligungspositionen, einschliesslich Netto-Short-Positionen (wie in Absatz 345 definiert), dürfen die Eigenkapitalanforderungen nach dem PD/LGD-Ansatz nicht geringer ausfallen als die Eigenkapitalanforderungen nach der einfachen Risikogewichtsmethode (unter Anwendung eines 200%-Risikogewichts für frei handelbare und eines 300%-Risikogewichts für alle anderen Beteiligungen).

354. Im PD/LGD-Ansatz beträgt das maximale Risikogewicht für Beteiligungen 1 250%. Das maximale Risikogewicht kann angewandt werden, wenn die nach Absatz 350 bestimmten Risikogewichte zuzüglich des EL für die Beteiligung bei Multiplikation mit 12,5 das Risikogewicht von 1 250% übersteigen. Alternativ kann die Bank von einem EL in Höhe der gesamten Beteiligung ausgehen und diesen Betrag zu 50% vom Kernkapital und zu 50% vom Ergänzungskapital abziehen.

355. Für das Absichern von PD/LGD-Beteiligungspositionen ist – wie bei Absicherungen von Unternehmenskrediten – eine LGD von 90% für das Engagement gegenüber dem Sicherungsgeber vorgegeben. Für diese Zwecke wird für Beteiligungspositionen eine Laufzeit von fünf Jahren unterstellt.

### *iii) Ausnahmen vom Marktansatz und PD/LGD-Ansatz*

356. Nach Ermessen der nationalen Aufsicht können Beteiligungen an Unternehmen, deren Schuldverschreibungen im Standardansatz für das Kreditrisiko mit einem Risikogewicht von Null angesetzt werden (einschl. staatlich unterstützter Gesellschaften, auf die ein Risikogewicht von Null angewandt werden kann), von den IRB-Ansätzen für Beteiligungen ausgenommen werden. Falls eine nationale Aufsichtsinstanz eine solche Ausnahme zulässt, gilt sie für alle Kreditinstitute.

357. Um bestimmte Wirtschaftssektoren zu fördern, können die Aufsichtsinstanzen Beteiligungen von den IRB-Eigenkapitalanforderungen ausschliessen, die im Rahmen staatlicher Förderprogramme eingegangen wurden, die sich dadurch auszeichnen, dass die Banken bedeutende Subventionen für

den Erwerb der Beteiligungen erhalten und dass die Beteiligungen einer staatlichen Überwachung und Beschränkungen unterliegen. Beispiele für solche Beschränkungen sind Begrenzungen der Grösse und der Art der Unternehmen, in die die Bank investieren darf, der zulässige Umfang an Beteiligungen, die geografische Lage und sonstige einschlägige Faktoren, die die Investitionsrisiken begrenzen. Die Möglichkeit, Beteiligungen im Rahmen von Förderprogrammen vom IRB-Ansatz auszunehmen, kann nur bis zu einer Gesamtsumme in Höhe von 10% des Kern- und des Ergänzungskapitals wahrgenommen werden.

358. Die Aufsichtsinstanzen können Beteiligungspositionen einer Bank auch auf Grundlage des Wesentlichkeitsprinzips von der IRB-Behandlung ausschliessen. Die Beteiligungen einer Bank gelten als wesentlich, wenn der Gesamtwert der Beteiligungen – unter Ausschluss von Beteiligungen im Rahmen von staatlichen Förderprogrammen im Sinne des Absatzes 357 – im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres 10% der Summe aus Kern- und Ergänzungskapital der Bank überschreitet. Diese Wesentlichkeitsgrenzen sinken auf 5%, wenn das Beteiligungsportfolio aus Anteilen an weniger als zehn verschiedenen Unternehmen besteht. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können niedrigere Wesentlichkeitsgrenzen einführen.

## **2. Risikokomponenten**

359. Grundsätzlich ist die Messgrösse einer Beteiligungsposition, auf deren Grundlage die Eigenkapitalanforderung für sie ermittelt wird, der im Jahresabschluss angegebene Wert, der je nach Rechnungslegungs- und Aufsichtspraktiken nicht realisierte Bewertungsgewinne umfassen kann. Demnach sehen die Messgrössen für Beteiligungspositionen beispielsweise wie folgt aus:

- Für zum Zeitwert bilanzierte Beteiligungen, bei denen Wertänderungen unmittelbar erfolgswirksam werden und sich auf das regulatorische Eigenkapital auswirken, entspricht der ausstehende Betrag dem in der Bilanz ausgewiesenen Zeitwert
- Für zum Zeitwert bilanzierte Beteiligungen, bei denen Wertänderungen nicht unmittelbar erfolgswirksam werden, sondern in einen steuerbereinigten Eigenkapitalbestandteil einfließen, entspricht der ausstehende Betrag dem in der Bilanz ausgewiesenen Zeitwert
- Für nach Anschaffungskosten oder dem Niederstwertprinzip bilanzierte Beteiligungen entspricht der ausstehende Betrag dem in der Bilanz ausgewiesenen Anschaffungs- oder Marktwert<sup>75</sup>

360. Kapitalanlagen in Fonds, die sowohl Beteiligungspapiere als auch andere Anlagen enthalten, können konsequent entweder – basierend auf dem Anlageschwerpunkt des Fonds – als eine einzelne Beteiligung oder, sofern möglich, mithilfe der Transparenzmethode als verschiedene, voneinander getrennte Anlagen in die einzelnen Fondskomponenten behandelt werden.

361. Falls nur das Anlagemandat des Fonds bekannt ist, kann der Fonds immer noch als einzelne Beteiligung behandelt werden. In diesem Fall wird angenommen, dass der Fonds zuerst in Forderungsklassen investiert, die die höchste Kapitalunterlegung erfordern, und zwar im höchsten nach dem Mandat erlaubten Ausmass, und dann in andere Investments in absteigender Reihenfolge, bis der maximale gesamte Betrag erreicht ist. Der gleiche Ansatz kann auch für die Transparenzmethode verwendet werden, aber nur dann, wenn die Bank ein Rating aller potenziellen Komponenten eines solchen Fonds vorgenommen hat.

## **F. Regeln für angekaufte Forderungen**

362. Abschnitt F beschäftigt sich mit der Berechnungsmethode der UL-Eigenkapitalanforderungen für angekaufte Forderungen. Für diese Aktiva bestehen IRB-Eigenkapitalanforderungen sowohl für das Ausfallrisiko als auch für das Verwässerungsrisiko („dilution risk“). Abschnitt III.F.1 erläutert die Berechnung der gewichteten Risikoaktiva für Ausfallrisiken, Abschnitt III.F.2 die Berechnung der gewichteten Risikoaktiva für Verwässerungsrisiken. Die Methode

---

<sup>75</sup> Davon unberührt bleibt die bestehende Erlaubnis nach der Eigenkapitalvereinbarung von 1988, 45% der unrealisierten Bewertungsgewinne als Ergänzungskapital anzurechnen.

für die Berechnung der erwarteten Verluste und für die Bestimmung der Differenz zwischen dieser Messgrösse und den Wertberichtigungen wird in Abschnitt III.G beschrieben.

## 1. Gewichtete Risikoaktiva für Ausfallrisiken

363. Bei angekauften Forderungen, die eindeutig einer Forderungsklasse zugeordnet werden können, basiert das IRB-Risikogewicht für das Ausfallrisiko auf der Risikogewichtsfunktion für diese spezifische Forderungsklasse, solange die Bank die Zulassungskriterien für diese Risikogewichtsfunktion erfüllt. Kann eine Bank z.B. die Kriterien für qualifizierte revolving Retail-Kredite (in Absatz 234 definiert) nicht einhalten, sollte sie die Risikogewichtsfunktion für „Andere Retail-Kredite“ verwenden. Für gemischte Pools, die von dem erwerbenden Institut nicht nach Klassen separiert werden können, wird die Risikogewichtsfunktion, die die höchste Eigenkapitalanforderung für diese Kreditarten generiert, herangezogen.

### i) Angekaufte Forderungen im Retail-Geschäft

364. Bei angekauften Retail-Forderungen müssen die Banken die Risikomessregeln für Retail-Forderungen einhalten, können aber externe und interne Referenzdaten zur Schätzung der PD und LGD verwenden. Die Schätzungen für PD und LGD (oder EL) müssen für die blossen Forderungen, d.h. unabhängig von eventuellen eigenen Regressansprüchen oder Garantien des Forderungsverkäufers oder von Dritten berechnet werden.

### ii) Angekaufte Forderungen im Unternehmenskreditgeschäft

365. Für angekaufte Unternehmensforderungen wird von der Bank erwartet, dass sie die geltenden IRB-Risikomessregeln für die Bottom-Up-Methode anwendet. Dennoch kann die Bank – mit Zustimmung der Bankenaufsicht – bei geeigneten angekauften Unternehmensforderungen den folgenden Top-Down-Ansatz wählen, um die Risikogewichte für Ausfallrisiken zu berechnen:

- Die ankaufende Bank schätzt den erwarteten Verlust (EL) auf 1-Jahres-Basis für das Ausfallrisiko des Forderungspools, ausgedrückt in Prozent des Forderungsbetrags (d.h. des gesamten EAD-Betrags aller Schuldner des Forderungspools). Der geschätzte EL muss für die blossen Forderungen, d.h. unabhängig von eventuellen eigenen Regressansprüchen oder Garantien des Forderungsverkäufers oder von Dritten berechnet werden. Die Behandlung von Regressansprüchen oder Garantien, die das Ausfallrisiko (und/oder das Verwässerungsrisiko) decken, wird weiter unten erörtert
- Bei gegebener EL-Schätzung für das Ausfallrisiko des Forderungspools ist für das Risikogewicht die Risikogewichtsfunktion für Unternehmenskredite massgebend.<sup>76</sup> Wie unten beschrieben, hängt die genaue Berechnung der Risikogewichte für das Ausfallrisiko von der Fähigkeit der Bank ab, den EL verlässlich in seine Komponenten PD und LGD zu zerlegen. Banken können externe und interne Daten zur Schätzung der PD und LGD verwenden. Allerdings steht der fortgeschrittene Ansatz denjenigen Banken nicht zur Verfügung, die für Unternehmenskredite den IRB-Basisansatz benutzen

### Behandlung im IRB-Basisansatz

366. Ist die ankaufende Bank nicht in der Lage, den EL verlässlich in seine Komponenten PD und LGD zu zerlegen, bestimmt sich das Risikogewicht anhand der Risikogewichtsfunktion für Unternehmen mit folgenden Ergänzungen: Wenn die Bank nachweisen kann, dass die Forderungen ausschliesslich vorrangige Forderungen gegenüber Unternehmen sind, kann eine LGD von 45% verwendet werden. Die PD wird berechnet durch Dividieren des EL unter Verwendung dieser LGD. Die EAD werden bestimmt als ausstehenden Betrag abzüglich der Kapitalanforderung für Verwässerung vor Kreditrisikominderungstechniken ( $K_{Dilution}$ ). Ansonsten entspricht die PD der bankeigenen Schätzung des EL; die LGD beträgt 100%. Die EAD sind der ausstehende Betrag minus  $K_{Dilution}$ . Die EAD für revolving Ankaufsfazilitäten berechnen sich aus der Summe des aktuellen Betrags der

---

<sup>76</sup> Die Unternehmensgrössenanpassung für KMU, wie in Absatz 273 definiert, errechnet sich aus dem gewichteten Durchschnitt der einzelnen Forderungen des Pools. Hat die Bank keine Daten, um die durchschnittliche Grösse des Pools zu berechnen, erfolgt keine Unternehmensgrössenanpassung.

angekauften Forderungen plus 75% der offenen Ankaufszusagen minus  $K_{Dilution}$ . Wenn die ankaufende Bank in der Lage ist, die PD verlässlich zu schätzen, wird das Risikogewicht bestimmt durch die Risikogewichtsfunktion für Forderungen an Unternehmen gemäss den Anforderungen für LGD, M und die Behandlung von Garantien im IRB-Basisansatz nach den Absätzen 287 bis 296, 299, 300 bis 305 und 318.

#### *Behandlung im fortgeschrittenen IRB-Ansatz*

367. Ist die ankaufende Bank in der Lage, entweder die ausfallgewichteten durchschnittlichen Verlustausfallquoten (vgl. Absatz 468) oder die durchschnittliche PD für den Pool verlässlich zu schätzen, dann kann die Bank den anderen Parameter basierend auf einer Schätzung für die erwartete langfristige Verlustquote schätzen. Die Bank kann i) eine geeignete PD-Schätzung verwenden, um zu der langfristigen, ausfallgewichteten durchschnittlichen Verlustausfallquote zu gelangen oder ii) eine langfristige, ausfallgewichtete durchschnittliche Verlustausfallquote verwenden, um eine geeignete PD abzuleiten. In jedem Fall ist es entscheidend, dass die LGD, die für die IRB-Kapitalanforderung für angekaufte Forderungen verwendet wird, nicht geringer ist als die langfristige ausfallgewichtete durchschnittliche Verlustausfallquote und dass eine Kohärenz mit den Konzepten, die in Absatz 468 dargestellt werden, besteht. Das Risikogewicht für angekaufte Forderungen wird bestimmt durch die von der Bank geschätzte PD und die LGD als Eingabeparameter für die Risikogewichtsfunktion für Unternehmen. Ähnlich wie im IRB-Basisansatz entsprechen die EAD dem ausstehenden Betrag minus  $K_{Dilution}$ . Bei revolvingenden Ankaufsfazilitäten sind die EAD die Summe des aktuellen Betrags der angekauften Forderungen plus 75% der nicht beanspruchten Ankaufszusagen minus  $K_{Dilution}$  (somit ist es Banken, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz anwenden, nicht erlaubt, ihre internen EAD-Schätzungen für nicht beanspruchte Ankaufszusagen zu verwenden).

368. Für ausstehende Beträge ist die Laufzeit (M) gleich der effektiven forderungsgewichteten Durchschnittslaufzeit des Pools (Definition s. Absätze 320 bis 324). Der gleiche Wert von M wird auch für nicht genutzte Beträge im Rahmen einer Ankaufszusage verwendet, sofern die Fazilität wirksame Auflagen, Auslöser für eine vorzeitige Tilgung oder andere Merkmale enthält, die die ankaufende Bank gegen wesentliche Qualitätsverschlechterungen zukünftiger Forderungen über die gesamte Fazilitätslaufzeit absichern. Fehlen solche wirksamen Absicherungen, errechnet sich M für die ungenutzten Beträge aus der Summe aus a) der langfristigen möglichen Forderung, die unter die Ankaufvereinbarung fällt, und b) der Restlaufzeit der Fazilität.

## **2. Gewichtete Risikoaktiva für Verwässerungsrisiken**

369. Mit Verwässerung ist die Möglichkeit gemeint, dass sich der Forderungsbetrag durch Bar- oder andere Kredite an den Forderungsschuldner reduziert.<sup>77</sup> Sofern die Bank der Aufsichtsinstanz nicht beweisen kann, dass das Verwässerungsrisiko unwesentlich ist, muss das Verwässerungsrisiko für Unternehmens- und Retail-Forderungen folgendermassen berechnet werden: Die Bank muss den 1-Jahres-EL für das Verwässerungsrisiko, ausgedrückt in Prozent des Forderungsbetrags, schätzen. Dies geschieht entweder auf Basis des gesamten Pools (Top-Down-Ansatz) oder auf Ebene der einzelnen Forderungen (Bottom-Up-Ansatz). Die Banken können externe oder interne Daten für die EL-Schätzung verwenden. Wie bei der Behandlung des Ausfallrisikos muss diese Schätzung für blosse Forderungen vorgenommen werden, d.h. ohne Berücksichtigung möglicher eigener Regressansprüche, sonstiger Unterstützungen durch den Forderungsverkäufer oder Garantien Dritter. Bei der Berechnung des Risikogewichts für das Verwässerungsrisiko wird die Risikogewichtsfunktion für Unternehmenskredite zugrundegelegt, mit folgenden Eingangsparametern: Die PD entspricht dem geschätzten EL, die LGD beträgt 100%. Bei der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für das Verwässerungsrisiko ist die Restlaufzeit angemessen zu berücksichtigen. Wenn eine Bank nachweisen kann, dass das Verwässerungsrisiko adäquat überwacht wird und entsprechende Massnahmen innerhalb eines Jahres erfolgen, so kann die Aufsicht der Bank erlauben, eine Restlaufzeit von einem Jahr anzuwenden.

---

<sup>77</sup> Beispiele: Aufrechnungen/Zugeständnisse hinsichtlich zurückgegebener Waren, Streitigkeiten wegen der Produktqualität, mögliche Schulden des Kreditnehmers bei einem Forderungsschuldner sowie jegliche Zahlungen oder Nachlässe, die vom Kreditnehmer angeboten werden (z.B. Skonto für Barzahlung innerhalb von 30 Tagen).

370. Diese Methodik gilt sowohl für Unternehmens- als auch für Retail-Forderungen und unabhängig davon, ob die Risikogewichte für das Ausfallrisiko mittels der Standard-IRB-Vorgehensweise ermittelt wurden oder ob für Unternehmensforderungen der obenbeschriebene Top-Down-Ansatz angewandt wurde.

### **3. Behandlung von Kaufpreisnachlässen für angekaufte Forderungen**

371. In vielen Fällen beinhaltet der Kaufpreis von angekauften Forderungen einen Kaufpreisnachlass (nicht zu verwechseln mit dem Nachlassbegriff in den Absätzen 308 und 334), der eine First-Loss-Absicherung gegen Ausfallrisiken, Verwässerungsrisiken oder beides bietet (vgl. Absatz 629). Soweit ein Teil eines Kaufpreisnachlasses dem Verkäufer zurückerstattet wird, kann der erstattbare Betrag als First-Loss-Absicherung im Rahmen der Verbriefungsregelungen im IRB-Ansatz behandelt werden. Nicht erstattbare Kaufpreisnachlässe für angekaufte Forderungen wirken sich nicht auf die Ermittlung der EL-Wertberichtigungen in Abschnitt III.G oder die Berechnung der gewichteten Risikoaktiva aus.

372. Falls Sicherheiten oder partielle Garantien für angekaufte Forderungen vorhanden sind, die eine First-Loss-Absicherung bieten (zusammenfassend in diesem Absatz als Kreditrisikominderungen bezeichnet), und falls diese Kreditrisikominderungen Ausfallrisiken, Verwässerungsrisiken oder beides abdecken, können diese auch als First-Loss-Absicherung im Rahmen der Verbriefungsregelungen im IRB-Ansatz behandelt werden (s. Absatz 629). Falls eine Kreditrisikominderung sowohl das Ausfallrisiko als auch das Verwässerungsrisiko abdeckt, müssen Banken, die die aufsichtliche Formel anwenden und in der Lage sind, eine forderungsgewichtete LGD zu bestimmen, diese wie in Absatz 634 dargelegt verwenden.

### **4. Anerkennung von Kreditrisikominderungen**

373. Kreditrisikominderungen werden im Allgemeinen nach den gleichen Regeln anerkannt, wie sie in den Absätzen 300 bis 307 dargelegt sind.<sup>78</sup> Insbesondere wird eine Garantie des Verkäufers oder eines Dritten nach den bestehenden IRB-Regeln für Garantien behandelt, unabhängig davon, ob die Garantie das Ausfallrisiko, das Verwässerungsrisiko oder beides abdeckt.

- Falls die Garantie sowohl das Ausfall- als auch das Verwässerungsrisiko des Pools abdeckt, muss die Bank das gesamte Risikogewicht des Pools (für Ausfall- und Verwässerungsrisiken) durch das des Garantiegebers ersetzen.
- Falls die Garantie nur das Ausfall- oder nur das Verwässerungsrisiko abdeckt, nicht jedoch beide, muss die Bank das Risikogewicht der entsprechenden Risikokomponente des Pools (Ausfall oder Verwässerung) durch das Risikogewicht des Garantiegebers ersetzen. Die Eigenkapitalanforderung für die andere Risikokomponente wird dann hinzugerechnet.
- Falls die Garantie nur einen Teil des Ausfall- und/oder Verwässerungsrisikos abdeckt, wird der nicht abgedeckte Teil nach den Regeln für Kreditrisikominderung bei anteilmässiger/tranchierter Deckung behandelt (d.h. die Risikogewichte für die nicht abgesicherten Risikokomponenten werden zu den Risikogewichten des abgesicherten Teils addiert).

### **G. Behandlung von erwarteten Verlusten und Anerkennung von Wertberichtigungen**

374. In Abschnitt III.G wird die Methode erörtert, mit deren Hilfe die Differenz zwischen Wertberichtigungen (z.B. Einzelwertberichtigungen oder portfoliospezifischen Wertberichtigungen wie etwa Wertberichtigungen für Länderrisiken oder Pauschalwertberichtigungen) und erwarteten Verlusten auf das regulatorische Kapital angerechnet werden kann bzw. vom regulatorischen Kapital abgezogen werden muss (s. Absatz 43).

---

<sup>78</sup> Es liegt im Ermessen der nationalen Bankenaufsicht, ob Kreditinstitute im IRB-Basisansatz Garantien von Garantiegebern mit internem Rating und mit einem PD-Äquivalent von weniger als A- bei der Bestimmung der Eigenkapitalanforderungen für das Verwässerungsrisiko anrechnen können.

## 1. Ermittlung erwarteter Verluste

375. Banken müssen die einzelnen EL-Beträge (definiert als EL multipliziert mit EAD) ihrer Forderungen aufsummieren (ohne den EL-Betrag für Beteiligungspositionen nach dem PD/LGD-Ansatz und für Verbriefungen), um den gesamten EL-Betrag zu bestimmen. Da der EL-Betrag für Beteiligungspositionen nach dem PD/LGD-Ansatz vom gesamten EL-Betrag ausgenommen wird, gelten für solche Positionen die Absätze 376 und 386. Die Behandlung des EL bei Verbriefungen wird in Absatz 563 beschrieben.

i) *Erwarteter Verlust für Forderungen mit Ausnahme von Spezialfinanzierungen, die unter den auf aufsichtlichen Zuordnungskriterien basierenden Ansatz fallen*

376. Die Banken müssen den EL für nicht ausgefallene Forderungen an Unternehmen, Staaten, Banken und Privatkunden (Retail) als  $PD \times LGD$  berechnen. Für ausgefallene Forderungen an Unternehmen, Staaten, Banken und Privatkunden müssen Banken die bestmöglichen Schätzungen für den erwarteten Verlust, wie in Absatz 471 definiert, verwenden. Banken, die den Basisansatz anwenden, müssen die aufsichtlichen Schätzwerte für die LGD verwenden. Für Spezialfinanzierungen, die unter den auf aufsichtlichen Zuordnungskriterien basierenden Ansatz fallen, wird der EL entsprechend den Absätzen 377 und 378 berechnet. Für Beteiligungspositionen im Rahmen des PD/LGD-Ansatzes wird der EL als  $PD \times LGD$  berechnet, sofern nicht die Bestimmungen in den Absätzen 351 bis 354 zur Anwendung kommen. Verbriefte Forderungen tragen, wie in Absatz 563 ausgeführt, nicht zum EL-Betrag bei. Für alle anderen Forderungen ist der EL Null.

ii) *Erwarteter Verlust für Spezialfinanzierungen, die unter den auf aufsichtlichen Zuordnungskriterien basierenden Ansatz fallen*

377. Für Spezialfinanzierungen, die unter den auf aufsichtlichen Zuordnungskriterien basierenden Ansatz fallen, wird der EL-Betrag durch Multiplikation der gewichteten Risikoaktiva auf Basis der passenden Risikogewichte, wie unten dargestellt, mit 8% und mit den EAD ermittelt.

### *Aufsichtliche Kategorien und EL-Risikogewichte für andere Spezialfinanzierungen*

378. Die Risikogewichte für Spezialfinanzierungen, mit Ausnahme von HVCRE, sind:

Sehr gut	Gut	Mittel	Schwach	Ausgefallen
5%	10%	35%	100%	625%

Wenn die Bankenaufsicht eines Landes den Banken die Zuordnung von Vorzugsrisikogewichten für andere Spezialfinanzierungen der aufsichtlichen Kategorien „sehr gut“ und „gut“ (vgl. Absatz 277) freistellt, dann ist das zugehörige Risikogewicht für den erwarteten Verlust (EL) 0% für „sehr gute“ und 5% für „gute“ Forderungen.

### *Aufsichtliche Kategorien und EL-Risikogewichte für HVCRE*

379. Die Risikogewichte für HVCRE sind:

Sehr gut	Gut	Mittel	Schwach	Ausgefallen
5%	5%	35%	100%	625%

Auch wenn die Bankenaufsicht eines Landes den Banken die Zuordnung von Vorzugsrisikogewichten für HVCRE-Forderungen der aufsichtlichen Kategorien „sehr gut“ und „gut“ (vgl. Absatz 282) freistellt, ist das Risikogewicht für den EL sowohl für „sehr gute“ als auch für „gute“ Forderungen 5%.

## **2. Ermittlung von Wertberichtigungen**

### *i) Forderungen im Rahmen des IRB-Ansatzes*

380. Die gesamten anererkennungsfähigen Wertberichtigungen sind definiert als die Summe aller Wertberichtigungen (z.B. Einzelwertberichtigungen, Teilwertabschreibungen, portfoliospezifische Wertberichtigungen wie etwa Wertberichtigungen für Länderrisiken oder Pauschalwertberichtigungen), die den Forderungen zugeordnet sind, die im Rahmen des IRB-Ansatzes behandelt werden. Darüber hinaus können die gesamten anererkennungsfähigen Wertberichtigungen Nachlässe auf ausgefallene Forderungen enthalten. Einzelwertberichtigungen auf Beteiligungen und verbrieft Forderungen dürfen den gesamten anererkennungsfähigen Wertberichtigungen nicht zugerechnet werden.

### *ii) Anteilige Forderungen im Rahmen des Standardansatzes für das Kreditrisiko*

381. Banken, die für Teile ihrer kreditrisikobehafteten Forderungen den Standardansatz anwenden, entweder auf Basis der Übergangsregelungen (wie in den Absätzen 257 und 258 definiert) oder dauerhaft, wenn die betreffenden Forderungen im Sinne von Absatz 259 unwesentlich sind, müssen den Anteil von Pauschalwertberichtigungen, der auf die Forderungen entfällt, die im Rahmen des Standard- bzw. des IRB-Ansatzes behandelt werden (s. Absatz 42), anhand der Verfahren bestimmen, die in den Absätzen 382 und 383 dargestellt sind.

382. Banken sollten grundsätzlich die gesamten Pauschalwertberichtigungen anteilig anhand der gewichteten Risikoaktiva des Standard- bzw. des IRB-Ansatzes für Kreditrisiken zuordnen. Wird innerhalb einer rechtlichen Einheit ausschliesslich ein Ansatz zur Ermittlung der gewichteten Risikoaktiva für Kreditrisiken (d.h. Standardansatz oder IRB-Ansatz) verwendet, dann können Pauschalwertberichtigungen innerhalb der Einheit, die ausschliesslich den Standardansatz anwendet, der Behandlung im Rahmen des Standardansatzes zugeordnet werden. Ähnlich können Pauschalwertberichtigungen, die in Einheiten verbucht werden, die den IRB-Ansatz anwenden, den gesamten anererkennungsfähigen Wertberichtigungen, wie in Absatz 380 definiert, zugeordnet werden.

383. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz können Banken, die sowohl den Standardansatz als auch den IRB-Ansatz anwenden, ihre internen Zuordnungsmethoden für Pauschalwertberichtigungen zur Berücksichtigung bei der Eigenkapitalberechnung im Rahmen des Standardansatzes oder des IRB-Ansatzes verwenden, und zwar unter den folgenden Bedingungen: Ist die Verwendung interner Zuordnungsmethoden zulässig, dann muss die nationale Bankenaufsicht Standards hierfür festlegen. Vor Anwendung interner Zuordnungsmethoden für diesen Zweck müssen Banken hierfür eine Genehmigung der zuständigen Bankenaufsicht erhalten.

## **3. Behandlung von EL und Wertberichtigungen**

384. Wie in Absatz 43 dargelegt, müssen Banken, die den IRB-Ansatz anwenden, die Höhe der gesamten anererkennungsfähigen Wertberichtigungen (wie in Absatz 380 definiert) mit dem gesamten, im Rahmen des IRB-Ansatzes berechneten EL-Betrag (wie in Absatz 375 definiert) vergleichen. Zusätzlich ist in Absatz 42 die Behandlung des Anteils einer Bank dargestellt, der dem Standardansatz für Kreditrisiken unterliegt, wenn die Bank sowohl Standardansatz als auch IRB-Ansatz anwendet.

385. Ist der errechnete EL-Betrag kleiner als die Wertberichtigungen der Bank, dann muss die zuständige Bankenaufsicht beurteilen, ob der EL den Verhältnissen des Marktes, an dem die Bank tätig ist, vollständig entspricht, bevor sie die Einbeziehung der Differenz in das Ergänzungskapital erlaubt. Auch wenn Einzelwertberichtigungen den EL-Betrag von ausgefallenen Vermögenswerten übersteigen, muss diese Beurteilung vor Anrechnung der Differenz auf den EL-Betrag nicht ausgefallener Vermögenswerte erfolgen.

386. Der EL-Betrag für Beteiligungspositionen, die im Rahmen des PD/LGD-Ansatzes behandelt werden, wird zu 50% vom Kern- und zu 50% vom Ergänzungskapital abgezogen. Wertberichtigungen oder Abschreibungen für Beteiligungen, die im Rahmen des PD/LGD-Ansatzes behandelt werden, werden innerhalb der Wertberichtigungen für erwartete Verluste nicht berücksichtigt. Die Behandlung von erwarteten Verlusten und Wertberichtigungen im Zusammenhang mit Verbriefungen ist in Absatz 563 dargestellt.

## **H. Mindestanforderungen für den IRB-Ansatz**

387. Abschnitt III.H enthält die Mindestanforderungen für den Einstieg in den IRB-Ansatz und für dessen laufende Verwendung. Die Mindestanforderungen werden in zwölf eigenen Abschnitten mit folgenden Inhalten behandelt: 1) Aufbau der Mindestanforderungen, 2) Erfüllung der Mindestanforderungen, 3) Ausgestaltung des Rating-Systems, 4) Einsatz des Rating-Systems, 5) Führungsverantwortung und Überwachung, 6) Verwendung der internen Ratings, 7) Risikomessung, 8) Validierung der internen Schätzungen, 9) aufsichtliche Schätzungen von LGD und EAD, 10) Anforderungen für die Anerkennung von Leasing 11) Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Beteiligungspositionen und 12) Offenlegungsanforderungen. Zu beachten ist, dass die Mindestanforderungen für alle Forderungsklassen gelten. Aus diesem Grund können im Zusammenhang mit einer bestimmten Mindestanforderung auch mehrere Forderungsklassen angesprochen werden.

### **1. Aufbau der Mindestanforderungen**

388. Um den IRB-Ansatz anwenden zu dürfen, muss eine Bank ihrer Aufsichtsinstanz darlegen, dass sie bestimmte Mindestanforderungen sowohl zu Beginn als auch fortlaufend erfüllt. Viele dieser Anforderungen werden als Ziele formuliert, die das Rating-System einer qualifizierten Bank erfüllen muss. Der Schwerpunkt liegt auf den Fähigkeiten einer Bank, die Risiken in einer kohärenten, verlässlichen und angemessenen Weise zu klassifizieren und zu messen.

389. Übergeordnetes Prinzip dieser Mindestanforderungen ist, dass das Rating- und Risikomessverfahren sowie die entsprechenden Prozesse eine aussagekräftige Bewertung der Kreditnehmer und der Geschäfte, eine klare Differenzierung zwischen den Risiken sowie eine hinreichend genaue und in sich schlüssige, quantitative Risikoschätzung ermöglichen. Darüber hinaus müssen die Systeme und Verfahren mit der internen Verwendung der Schätzungen übereinstimmen. Der Ausschuss ist sich bewusst, dass Unterschiede der Märkte, der Rating-Methoden, der Bankprodukte und der praktischen Umsetzung von den Banken und ihren Aufsichtsinstanzen verlangen, ihre Verfahren an die jeweiligen Verhältnisse anzupassen. Es ist nicht die Absicht des Ausschusses, bis ins Detail gehende verbindliche Vorgaben zu der Art und Weise der Risikopolitik und ihrer praktischen Umsetzung zu machen. Jede Aufsichtsinstanz wird detaillierte Überprüfungsverfahren entwickeln, um sicherzustellen, dass die bankinternen Systeme und Überwachungsverfahren eine angemessene Grundlage für den IRB-Ansatz darstellen.

390. Die hier dargelegten Mindestanforderungen sind, wenn nichts anderes vermerkt, auf alle Forderungsklassen anzuwenden. Die Vorgaben, die sich auf die Zuordnung von Krediten zu einzelnen Schuldner- oder Geschäftsklassen (und die damit zusammenhängenden Überwachungen, Validierungen usw.) beziehen, gelten in gleicher Weise für die Zuordnung von Retail-Forderungen zu einheitlichen Forderungspools, wenn nichts anderes vermerkt ist.

391. Die in diesem Abschnitt enthaltenen Mindestanforderungen gelten, wenn nichts anderes vermerkt ist, sowohl für den Basis- als auch für den fortgeschrittenen Ansatz. Grundsätzlich müssen alle IRB-Banken die PD selbst schätzen<sup>79</sup> und müssen sämtliche Anforderungen an die Ausgestaltung eines Rating-Systems, die Verfahren, Kontrollen und Überwachungen durch die Geschäftsleitung ebenso erfüllen wie die vorgegebenen Anforderungen an die Verfahren zur Schätzung und Validierung der PD-Messgrößen. Banken, die ihre eigenen Schätzungen der LGD und der EAD verwenden möchten, müssen darüber hinaus die zusätzlichen Mindestanforderungen für diese Risikofaktoren erfüllen, die in den Absätzen 468 bis 489 enthalten sind.

### **2. Erfüllung der Mindestanforderungen**

392. Um einen IRB-Ansatz anwenden zu können, muss eine Bank der zuständigen Aufsichtsinstanz darlegen, dass sie die hier dargelegten Mindestanforderungen sowohl zu Beginn als auch fortlaufend erfüllt. Die das gesamte Kreditgeschäft umfassenden Risikomanagement-Verfahren einer Bank müssen ausserdem mit den Richtlinien für eine solide Praxis übereinstimmen, die vom Ausschuss und den nationalen Aufsichtsinstanzen von Zeit zu Zeit veröffentlicht werden.

---

<sup>79</sup> Die Banken müssen für bestimmte Beteiligungspositionen und bestimmte Forderungen innerhalb der Unterklasse der Spezialfinanzierungen keine eigenen PD-Schätzungen durchführen.

393. Unter Umständen kann eine Bank nicht allen Mindestanforderungen vollständig entsprechen. In diesen Fällen muss die Bank einen Zeitplan für die Erfüllung erstellen und diesen von der Bankenaufsicht genehmigen lassen, oder sie muss darlegen, dass die Auswirkungen der Nichterfüllung in Anbetracht der Risikosituation unwesentlich sind. Wenn kein akzeptabler Zeitplan aufgestellt wird oder der Plan nicht angemessen umgesetzt wird oder wenn die Unwesentlichkeit nicht nachgewiesen wird, wird die Bankenaufsicht die Zulassung für den IRB-Ansatz erneut überprüfen müssen. Darüber hinaus wird die Bankenaufsicht zu entscheiden haben, ob für die Dauer der Nichterfüllung nach Massgabe der Säule 2 mehr Eigenkapital vorzuhalten ist oder andere angemessene aufsichtliche Schritte eingeleitet werden müssen.

### **3. Ausgestaltung des Rating-Systems**

394. Der Begriff „Rating-System“ umfasst alle Methoden, Prozesse, Kontrollen, Datenerhebungen und IT-Systeme, die zur Bestimmung von Kreditrisiken, zur Zuweisung interner Ratings und zur Quantifizierung von Ausfall- und Verlustschätzungen dienen.

395. Innerhalb jeder einzelnen Forderungsklasse kann eine Bank verschiedene Rating-Methoden/-Systeme verwenden. So kann eine Bank beispielsweise Rating-Systeme für bestimmte Branchen oder Marktsegmente (z.B. mittleres Segment oder grosse Unternehmen) entwickeln. Wenn sich eine Bank dafür entschieden hat, unterschiedliche Systeme zu verwenden, müssen die Gründe für die Zuordnung eines Kreditnehmers zu einem bestimmten Rating-System dokumentiert sein und die Zuordnungskriterien in einer Weise angewandt werden, die das jeweilige Risikoprofil eines Kreditnehmers am besten widerspiegeln. Die Banken dürfen ihre Kreditnehmer nicht in unangemessener Weise ihren verschiedenen Rating-Systemen zuordnen, um die aufsichtlichen Eigenkapitalanforderungen zu vermindern (d.h. kein „Rosinenpicken“ durch die Wahl des Rating-Systems). Die Banken müssen darlegen, dass jedes für IRB-Zwecke eingesetzte Rating-System die Mindestanforderungen von Beginn an und im weiteren Zeitablauf erfüllt.

#### *i) Rating-Komponenten*

##### *Standards für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken*

396. Ein anererkennungsfähiges IRB-Rating-System muss zwei eigenständige und voneinander getrennte Komponenten aufweisen: i) das Ausfallrisiko des Schuldners und ii) transaktionsspezifische Merkmale.

397. Die erste Komponente muss auf das Ausfallrisiko des Schuldners ausgerichtet sein. Verschiedene Forderungen gegenüber demselben Schuldner müssen derselben Risikoklasse zugeordnet werden, unabhängig von etwaigen Unterschieden der einzelnen Geschäfte. Hiervon gibt es zwei Ausnahmen. Die erste betrifft den Fall des Transferrisikos, in dem eine Bank einem Kreditnehmer verschiedene Einstufungen zuordnen kann, die davon abhängen, ob ein Kredit auf die Heimwährung des Schuldners oder eine ausländische Währung lautet. Der zweite Fall betrifft die Berücksichtigung einer Garantie in Form einer Anpassung des Schuldner-Ratings. In beiden Fällen können die jeweiligen Kredite eines Kreditnehmers unterschiedlichen Klassen zugewiesen werden. Eine Bank muss in ihren Kreditrichtlinien das Verhältnis zwischen den kreditnehmerbezogenen Risikoklassen in Form abgestufter Risikogehalte jeder Klasse darlegen. Das angenommene und gemessene Risiko muss von einer Risikoklasse zur nächsten in dem gleichen Masse ansteigen, wie die Kreditqualität abnimmt. Die Richtlinien müssen das Risiko jeder Risikoklasse deutlich machen, und zwar sowohl in Form einer Darstellung der Ausfallwahrscheinlichkeit, die allen einer Risikoklasse zugeordneten Kreditnehmern gemeinsam ist, als auch einer Darstellung der Kriterien, die für die Abstufung der Risikoklassen herangezogen werden.

398. Die zweite Komponente muss die transaktionsspezifischen Merkmale, wie Sicherheiten, Rang der Forderung, Produktart usw. berücksichtigen. Von Banken, die den IRB-Basisansatz anwenden, kann diese Anforderung durch das Vorhandensein einer Geschäftskomponente erfüllt werden, die sowohl die kreditnehmerspezifischen als auch die transaktionsspezifischen Merkmale berücksichtigt. Zum Beispiel kann eine Rating-Komponente, die den erwarteten Verlust (EL) widerspiegelt, indem die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditnehmers (PD) und die Verlustausfallquote (LGD) berücksichtigt werden, diesen Anforderungen genügen. Ebenso kann ein Rating-System, das ausschliesslich die mögliche Verlustausfallquote widerspiegelt, den Anforderungen entsprechen. Wenn eine Rating-Komponente zwar den erwarteten Verlust (EL), aber nicht gesondert davon die

Verlustrisikoquote (LGD) ausweist, sind die von der Bankenaufsicht vorgegebenen LGD-Schätzungen zu verwenden.

399. Banken, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz verwenden, müssen im Rahmen der Ratings ausschliesslich die LGD ausweisen. Diese Ratings können einzelne oder alle Faktoren berücksichtigen, die die LGD beeinflussen können, u.a. die Art der Sicherheiten, Produkte, Branchen oder Verwendungszwecke. Besondere Merkmale des Kreditnehmers können als LGD-Rating-Kriterien nur insoweit verwendet werden, wie sie für die Schätzung der LGD aussagekräftig sind. Die Banken können die Faktoren, die den Risikogehalt eines Geschäfts beeinflussen, für jedes Portfoliosegment anders auswählen, solange sie die zuständige Aufsichtsinstanz davon überzeugen können, dass dadurch die Aussagekraft und die Genauigkeit ihrer Schätzungen verbessert werden.

400. Für Kreditinstitute, die die aufsichtlichen Zuordnungskriterien für die Unterklasse der Spezialfinanzierungen nutzen, gilt für diese Kreditarten die 2-Komponenten-Anforderung nicht. In Anbetracht der Wechselbeziehungen zwischen den Kreditnehmer- und Transaktionsmerkmalen bei Spezialfinanzierungen können die Banken die hier genannten Anforderungen auch durch eine einzige Rating-Komponente erfüllen, die den EL wiedergibt, indem die Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditnehmers (PD) und die Verlustrisikoquote (LGD) berücksichtigt werden. Diese Ausnahme ist nicht auf Banken anwendbar, die entweder den allgemeinen IRB-Basisansatz für Unternehmenskredite oder den fortgeschrittenen Ansatz für die Unterklasse der Spezialfinanzierungen anwenden.

#### *Standards für Kredite an Privatkunden (Retail-Kredite)*

401. Rating-Systeme für Retail-Kredite müssen sowohl auf die Kreditnehmer- als auch auf die geschäftsspezifischen Risiken ausgerichtet sein und alle relevanten Kreditnehmer- und Transaktionsmerkmale umfassen. Die Banken müssen jeden Kredit, der unter die Definition von Retail-Krediten fällt, für die Zwecke des IRB-Ansatzes einem bestimmten Forderungspool zuordnen. Die Banken müssen darlegen, dass dieses Verfahren eine aussagekräftige Differenzierung der Risiken ermöglicht, zu einer Gruppierung hinreichend gleichartiger Forderungen führt und eine genaue, kohärente Schätzung der Verlustmerkmale der zu einem Pool zusammengefassten Kredite gestattet.

402. Für jeden Forderungspool müssen die Banken PD, LGD und EAD schätzen. Mehrere Forderungspools können dabei dieselben PD-, LGD- oder EAD-Schätzungen erhalten. Bei der Zuordnung von Forderungen zu einem Forderungspool sollten die Banken mindestens die folgenden Risikotreiber berücksichtigen:

- Risikomerkmale der Schuldner (z.B. Art des Kreditnehmers, demografische Aspekte wie Alter/Beruf)
- Risikomerkmale des Geschäfts, einschliesslich Produkt- und/oder Sicherheitenarten (z.B. Verhältnis zwischen Kredithöhe und Sicherheitenwert, Langzeitstruktur, Garantien und Rang, d.h. erstrangiges oder zweitrangiges Pfandrecht). Die Banken müssen insbesondere die Effekte aus der Bereitstellung von Sicherheiten für mehrere Einzelkredite berücksichtigen, sofern derartige Vereinbarungen bestehen
- Verzugsstatus von Krediten: Von den Banken wird erwartet, dass sie Forderungen, die in Verzug sind und solche, die nicht in Verzug sind, getrennt ausweisen

#### *ii) Rating-Struktur*

#### *Standards für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken*

403. Eine Bank muss eine sinnvolle Verteilung der Kredite auf die Risikoklassen erreichen, ohne übermässige Konzentrationen, und zwar sowohl bezüglich der Kreditnehmer-Ratings als auch der Ratings der Geschäfte.

404. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen mindestens sieben kreditnehmerbezogene Risikoklassen für nicht ausgefallene und eine Klasse für ausgefallene Kreditnehmer gebildet werden. Banken, deren Kreditgeschäft auf bestimmte Marktsegmente ausgerichtet ist, können dieser Anforderung mit der Mindestzahl an Risikoklassen entsprechen. Die Aufsichtsinstanzen können jedoch von Banken, die Kredite an Kunden mit sehr unterschiedlichen Bonitäten vergeben, verlangen, dass sie eine grössere Anzahl an Risikoklassen bilden.

405. Eine Risikoklasse ist definiert als eine Einstufung des Schuldnerrisikos auf der Grundlage mehrerer unterschiedlicher Rating-Kriterien, aus denen die Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit

(PD) abgeleitet werden kann. Die Definition einer Risikoklasse muss sowohl eine Beschreibung der Höhe des Ausfallrisikos für die Kreditnehmer umfassen, die der betreffenden Risikoklasse zugeordnet werden, als auch die Kriterien, die zur Ableitung der Risikoeinstufung herangezogen werden. „+“ oder „-“ als Abstufungen zu den alphabetisch oder nummerisch unterteilten Risikoklassen werden nur dann als eigenständige Risikoklasse anerkannt, wenn die Bank hierfür eine vollständige Rating-Beschreibung und Zuordnungskriterien entwickelt sowie eigene PD-Schätzungen für diese Abstufungen durchgeführt hat.

406. Kreditinstitute, deren Kreditgeschäft auf ein bestimmtes Marktsegment und eine bestimmte Bandbreite des Ausfallrisikos konzentriert ist, müssen innerhalb dieser Bandbreite eine ausreichende Anzahl an Risikoklassen bilden, um eine übermässige Konzentration von Kreditnehmern in bestimmten Klassen zu vermeiden. Bei erheblichen Konzentrationen in einer oder mehreren Risikoklassen muss überzeugend empirisch nachgewiesen werden, dass diese Klasse oder Klassen ein hinreichend enges PD-Band umfassen und das Ausfallrisiko aller Kreditnehmer einer Klasse innerhalb dieses Bandes liegt.

407. Bei Verwendung des fortgeschrittenen Ansatzes zur Messung der LGD wird keine Mindestanzahl für geschäftsspezifische Klassen vorgegeben. Eine Bank muss jedoch eine ausreichende Zahl an Geschäftsklassen bilden, um zu vermeiden, dass Geschäfte mit weitstreuenden LGD einer einzelnen Klasse zugeordnet werden. Die Kriterien, die zur Abgrenzung der Geschäftsklassen herangezogen werden, müssen auf empirischen Untersuchungen basieren.

408. Banken, die die aufsichtlichen Zuordnungskriterien für die Forderungsklassen der Spezialfinanzierungen nutzen, müssen mindestens vier Klassen für nicht ausgefallene und eine Klasse für ausgefallene Kreditnehmer bilden. Für Spezialfinanzierungen, die in den Basis- oder den fortgeschrittenen Ansatz für Unternehmenskredite einbezogen werden, gelten dieselben Anforderungen wie für Unternehmenskredite allgemein.

#### *Standards für Retail-Kredite*

409. Die Bank muss in der Lage sein, für jeden gebildeten Forderungspool ein quantitativ bestimmbares Mass für die Verlustmerkmale (PD, LGD, und EAD) zu ermitteln. Für IRB-Zwecke muss der Grad der Differenzierung sicherstellen, dass die Anzahl der in einem Pool zusammengefassten Forderungen ausreichend gross ist, um auf Pool-Ebene eine aussagekräftige Quantifizierung und Validierung der Verlustmerkmale zu ermöglichen. Ausserdem muss es eine aussagekräftige Verteilung der Kreditnehmer und Kreditarten unter den Forderungspools geben. Ein einzelner Forderungspool darf keinen unangemessen hohen Anteil des Gesamt-Retail-Portfolios der Bank enthalten.

#### *iii) Rating-Kriterien*

410. Eine Bank muss über genau umschriebene Rating-Definitionen, Prozesse und Kriterien für die Zuordnung von Krediten zu den Risikoklassen eines Rating-Systems verfügen. Die Rating-Definitionen und die Kriterien müssen sowohl plausibel als auch unmittelbar einleuchtend sein und zu einer aussagekräftigen Differenzierung der Risiken führen.

- Die Beschreibung der Risikoklassen und der Kriterien muss ausreichend detailliert sein, damit die für die Zuordnung der Ratings zuständigen Stellen den Kreditnehmern oder Geschäften mit vergleichbaren Risiken auch konsequent dieselben Ratings zuweisen können. Diese Konsistenz sollte für alle Produktlinien, Abteilungen und Regionen erreicht werden. Falls die Rating-Kriterien und die Verfahren für verschiedene Kreditnehmer oder Geschäfte unterschiedlich sind, muss die Bank sie auf mögliche Inkonsistenz überwachen und die Rating-Kriterien gegebenenfalls überarbeiten, um einen höheren Grad an Konsistenz zu erreichen.
- Schriftlich niedergelegte Rating-Definitionen müssen klar und detailliert genug sein, um Dritten – wie internen Revisoren oder ähnlichen unabhängigen Funktionsträgern sowie der Bankenaufsicht – zu ermöglichen, die Rating-Zuordnung nachzuvollziehen und die Angemessenheit der Zuordnung der Kredite zu den Risikoklassen/Forderungspools zu beurteilen.
- Die Kriterien müssen ausserdem den bankinternen Kreditvergaberichtlinien und den internen Verfahren über den Umgang mit problembehafteten Kreditnehmern oder Geschäften entsprechen.

411. Damit gewährleistet ist, dass die Banken alle verfügbaren Informationen konsequent berücksichtigen, müssen die Banken bei der Zuordnung von Ratings zu Kreditnehmern oder Geschäften alle wesentlichen und massgeblichen Informationen verwenden. Die Informationen müssen aktuell sein. Je weniger Informationen eine Bank hat, umso konservativer muss sie bei der Zuordnung der Kredite zu den Kreditnehmer- bzw. Geschäftsklassen oder Forderungspools vorgehen. Ein externes Rating kann den wichtigsten Faktor für die Zuordnung zu einer internen Risikoklasse sein. Gleichwohl muss eine Bank sicherstellen, dass sie auch andere relevante Informationen berücksichtigt.

#### *Spezialfinanzierungsprodukte im Unternehmensportfolio*

412. Banken, die die aufsichtlichen Zuordnungskriterien für Spezialfinanzierungskredite nutzen, müssen die Zuordnung dieser Kredite zu ihren internen Risikoklassen auf der Grundlage ihrer eigenen Kriterien, Systeme und Prozesse vornehmen, sofern sie den vorgegebenen Mindestanforderungen entsprechen. Die Banken müssen diese internen Rating-Einstufungen dann den fünf aufsichtlich vorgegebenen Rating-Kategorien zuordnen. Die Tabellen 1–4 im Anhang 4 enthalten – für jede Unterklasse der Spezialfinanzierungen – die grundlegenden Bewertungsfaktoren und die Eigenschaften der Kredite, die unter die einzelnen aufsichtlich vorgegebenen Kategorien fallen. Für jede Kreditart wird eine eigene Tabelle bereitgestellt, die die Bewertungsfaktoren und Krediteigenschaften umschreibt.

413. Der Ausschuss ist sich bewusst, dass die von den Banken für die Zuordnung der Kredite zu internen Risikoklassen genutzten Kriterien nicht vollständig den Kriterien entsprechen werden, die zur Abgrenzung der aufsichtlich vorgegebenen Kategorien herangezogen werden. Gleichwohl müssen die Banken in der Lage sein darzulegen, dass ihr Zuordnungsverfahren zu Rating-Einstufungen führt, die überwiegend den Merkmalen der jeweiligen aufsichtlichen Rating-Kategorie entsprechen. Die Banken sollten besonders darauf achten, dass Abweichungen von ihren internen Rating-Kriterien nicht dazu führen, dass der Zuordnungsprozess wirkungslos wird.

#### *iv) Zeithorizont der Rating-Zuordnung*

414. Obwohl der Zeithorizont für die PD-Schätzungen ein Jahr beträgt (wie in Absatz 447 beschrieben), wird erwartet, dass die Banken bei der Zuordnung der Ratings einen längeren Zeithorizont zugrunde legen.

415. Ein Kreditnehmer-Rating muss das Urteil der Bank über die Fähigkeit und die Bereitschaft eines Kreditnehmers widerspiegeln, seinen vertraglichen Verpflichtungen auch unter widrigen wirtschaftlichen Bedingungen oder im Falle unerwarteter Ereignisse nachzukommen. Eine Bank kann z.B. die Rating-Zuordnungen auf spezifische und angemessene Stress-Szenarien basieren. Alternativ kann eine Bank diese Anforderungen erfüllen, indem sie in angemessener Weise Hinweise auf die Anfälligkeit eines Schuldners für widrige wirtschaftliche Entwicklungen oder unerwartete Ereignisse berücksichtigt, ohne hierfür ein besonderes Stress-Szenario vorzusehen. Die Spannweite der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Beurteilung berücksichtigt werden, muss mit den gegenwärtigen Verhältnissen und denen, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit im Laufe eines Konjunkturzyklus mit Blick auf eine bestimmte Branche oder Region entstehen können, übereinstimmen.

416. Aufgrund der Schwierigkeiten, künftige Ereignisse und ihren Einfluss auf die finanzielle Lage eines Kreditnehmers vorherzusagen, muss eine Bank die zukunftsbezogenen Informationen konservativ bewerten. Wenn nur wenige Daten verfügbar sind, muss eine Bank ihren Analysen ebenfalls eine konservative Ausrichtung zugrunde legen.

#### *v) Verwendung von Modellen*

417. Die Anforderungen in diesem Abschnitt beziehen sich auf statistische Modelle und andere mechanische Verfahren, die verwendet werden, um ein Kreditnehmer- oder ein Geschäftsrating abzuleiten oder die PD, LGD oder EAD zu schätzen. Kredit-Scoring-Modelle und andere mechanische Rating-Verfahren nutzen grundsätzlich nur einen Teil der verfügbaren Informationen. Obwohl mechanische Rating-Verfahren unter Umständen die idiosynkratischen Fehler derjenigen Rating-Verfahren vermeiden können, in denen menschliches Urteilsvermögen eine grosse Rolle spielt, ist das mechanische Verarbeiten begrenzter Informationen ebenfalls eine Quelle von Rating-Fehlern. Kredit-Scoring-Modelle und andere mechanische Verfahren sind daher als anfängliche oder teilweise Grundlage für die Zuordnung von Ratings anerkenungsfähig und können bei der Schätzung von Verlustmerkmalen eine Rolle spielen. Hinreichendes menschliches Urteilsvermögen und menschliche Überwachung sind erforderlich, um sicherzustellen, dass alle wesentlichen und massgeblichen

Informationen, einschliesslich derjenigen ausserhalb des Erfassungsbereichs des Modells, berücksichtigt werden und das Modell in angemessener Weise eingesetzt wird.

- Es ist Aufgabe der Bank, ihre Aufsichtsinstanz davon zu überzeugen, dass ein Modell oder ein Verfahren eine gute Vorhersagekraft besitzt und dass die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen durch die Verwendung dieser Ergebnisse nicht verzerrt werden. Die Variablen, die in das Modell eingehen, müssen eine angemessene Anzahl von Schätzern darstellen. Das Modell muss für alle Kreditnehmer oder Geschäfte, die die Bank einem Risiko aussetzen, im Durchschnitt genau rechnen und darf keine bekannten wesentlichen Verzerrungen beinhalten.
- Die Bank muss über einen Prozess verfügen, um die in statistische Ausfall- oder Verlustverteilungsmodelle eingehenden Daten zu überprüfen. Dies schliesst die Bewertung der Genauigkeit, Vollständigkeit und Angemessenheit der Daten ein, die für die Zuordnung zu einem genehmigten Rating massgebend sind.
- Die Bank muss darlegen, dass die Daten, die für die Entwicklung des Modells herangezogen werden, für die aktuelle Schuldner- oder Geschäftsstruktur repräsentativ sind.
- Sofern die Modellergebnisse mit menschlichem Urteilsvermögen verbunden werden, muss Letzteres alle wesentlichen und massgeblichen Informationen berücksichtigen, die das Modell nicht erfasst. Die Bank muss in schriftlichen Leitlinien darlegen, wie menschliches Urteilsvermögen und Modellergebnisse miteinander kombiniert werden sollen.
- Die Bank muss Verfahren vorgeben, wie die modellbasierten Rating-Zuordnungen durch die Mitarbeiter überprüft werden sollen. Derartige Verfahren sollen sich darauf konzentrieren, Fehler aufzudecken und zu begrenzen, die aus bekannten Modellschwächen resultieren, und darüber hinaus laufende und ernsthafte Bemühungen umfassen, die Leistungsfähigkeit des Modells zu verbessern.
- Die Bank muss über einen regelmässigen Turnus zur Modellvalidierung verfügen, der die Vorhersagegenauigkeit und Stabilität des Modells, die Überprüfung der Modellbeziehungen und die Gegenüberstellung von Modellergebnissen und tatsächlichen Ergebnissen umfasst.

vi) *Dokumentation der Ausgestaltung des Rating-Systems*

418. Die Ausgestaltung des Rating-Systems und die Details über dessen Verwendung müssen schriftlich dokumentiert werden. Aus der Dokumentation muss hervorgehen, dass die Bank die Mindeststandards erfüllt. Sie muss Regelungen zu folgenden Bereichen enthalten: Portfolioabgrenzung; Rating-Kriterien; Verantwortlichkeiten der Stellen, die die Kreditnehmer und Geschäfte beurteilen; Definitionen der Sachverhalte, die Ausnahmen vom Rating zulassen; die Stellen, die ermächtigt sind, Ausnahmen zu genehmigen; Intervalle für die Rating-Überprüfung sowie die Überwachung des Rating-Prozesses durch die Geschäftsleitung. Eine Bank muss die Gründe für die Wahl ihrer internen Rating-Kriterien dokumentieren und muss in der Lage sein, durch Analysen zu belegen, dass die Rating-Kriterien und -Verfahren zu einer aussagekräftigen Risikodifferenzierung führen. Die Rating-Kriterien und -Verfahren müssen turnusmässig überprüft werden, um festzustellen, ob sie auf das aktuelle Portfolio und die externen Bedingungen weiterhin vollumfänglich anwendbar sind. Ergänzend muss eine Bank die vorgenommenen wesentlichen Änderungen des Rating-Prozesses dokumentieren. Aus dieser Dokumentation müssen die Änderungen im Rating-Prozess deutlich hervorgehen, die seit der letzten bankenaufsichtlichen Überprüfung vorgenommen wurden. Ausserdem muss das Verfahren der Rating-Zuordnung einschliesslich der internen Überwachungsstrukturen dokumentiert werden.

419. Die Banken müssen die intern verwendeten spezifischen Definitionen für Ausfälle und Verluste dokumentieren und darlegen, dass diese mit den in den Absätzen 452 bis 460 enthaltenen Referenzdefinitionen übereinstimmen.

420. Falls eine Bank statistische Modelle im Rahmen des Rating-Prozesses einsetzt, muss sie die dabei angewandten Methoden dokumentieren. Diese Dokumente müssen:

- eine detaillierte Beschreibung der Theorie, der Annahmen und/oder der mathematischen und empirischen Basis für die Zuordnung von Ausfallschätzungen zu den Risikoklassen, den einzelnen Schuldnern, Krediten oder Pools sowie der für die Schätzung des Modells herangezogenen Datenquelle(n) umfassen

- einen strengen statistischen Prozess, einschliesslich Leistungsfähigkeitstest ausserhalb des Beobachtungszeitraums (Out-of-Time) und ausserhalb der Stichprobe (Out-of-Sample), für die Validierung des Modells vorsehen
- auf alle Umstände hinweisen, unter denen das Modell nicht effizient arbeitet

421. Der Einsatz eines gekauften Modells, das auf vom Verkäufer entwickelten Ansätzen aufbaut, ist kein Grund für einen Verzicht auf die Dokumentation oder auf das Erfüllen anderer Anforderungen an interne Rating-Systeme. Es ist Aufgabe des Systemanbieters und der Bank, die Anforderungen zur Zufriedenheit der Bankenaufsicht zu erfüllen.

#### **4. Einsatz des Rating-Systems**

##### *i) Anwendungsbereich der Ratings*

422. Innerhalb der Unternehmens-, Staats- und Bankportfolios muss jedem Schuldner und allen anerkannten Garantiegebern ein Rating zugewiesen werden. Ausserdem muss jeder Kredit im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses ein geschäftsspezifisches Rating erhalten. Das gilt in gleicher Weise für das Retail-Geschäft, bei dem jeder Kredit im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses einem bestimmten Forderungspool zuzuordnen ist.

423. Jede einzelne Rechtsperson, an die ein Kredit vergeben wird, muss ein eigenes Rating erhalten. Die Bank muss aufsichtlich anerkennungsfähige Regelungen treffen, wie einzelne einer Kreditnehmereinheit angehörende Schuldner zu beurteilen sind und unter welchen Bedingungen dasselbe Rating auf einige oder alle Schuldner der Kreditnehmereinheit bezogen werden darf oder nicht.

##### *ii) Integrität des Rating-Prozesses*

###### *Standards für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken*

424. Die Zuordnung von Ratings und die turnusmässigen Überprüfungen der Rating-Zuordnungen müssen von einer Stelle vorgenommen oder genehmigt werden, die kein unmittelbares Interesse an der Kreditgewährung hat. Die Unabhängigkeit der Rating-Zuordnung kann durch verschiedene Verfahren erreicht werden, die von den Aufsichtsinstanzen sorgfältig zu überprüfen sind. Die operativen Prozesse sind in dem bankinternen Regelwerk zu definieren und in die tatsächlichen Arbeitsabläufe zu integrieren. Die Kreditvergaberichtlinien und das Genehmigungsverfahren müssen dazu beitragen, die Unabhängigkeit des Rating-Prozesses zu stärken und zu fördern.

425. Die Kreditnehmer-Ratings und die geschäftsspezifischen Ratings sind mindestens einmal jährlich zu aktualisieren. Bestimmte Kredite, insbesondere an Schuldner mit höherem Risiko oder problembehaftete Forderungen, sind in kürzeren Abständen zu überprüfen. Darüber hinaus muss das Rating aktualisiert werden, wenn wesentliche neue Informationen über den Kreditnehmer oder das finanzierte Geschäft bekannt werden.

426. Die Bank muss über wirksame Verfahren verfügen, um die wesentlichen und massgeblichen Informationen über die finanzielle Lage eines Schuldners oder über die Merkmale eines Geschäfts zu erhalten und zu aktualisieren, die Einfluss auf die Verlustausfallquote (LGD) und die ausstehenden Forderungen bei Ausfall (EAD) haben (z.B. Informationen in Bezug auf die Sicherheiten). Es muss sichergestellt sein, dass das Kreditnehmer-Rating nach Erhalt der Informationen zeitnah erneuert wird.

###### *Standards für Retail-Kredite*

427. Die Bank muss die Verlustmerkmale und den Verzugsstatus für jeden gebildeten Pool von Krediten mindestens einmal jährlich überprüfen. Sie muss darüber hinaus einzelne Kreditnehmer innerhalb eines Pools überprüfen, um sicherzustellen, dass entsprechende Forderungen weiterhin dem richtigen Pool zugeordnet sind. Diese Anforderung kann durch die Überprüfung einer repräsentativen Stichprobe der Kredite eines Pools erfüllt werden.

##### *iii) Manuelle Änderung von Rating-Ergebnissen*

428. Wenn Rating-Einstufungen auf Expertenbeurteilungen beruhen, müssen die Banken die Fälle, in denen Bankmitarbeiter die Ergebnisse des Rating-Prozesses abändern dürfen, genau umschreiben. Das schliesst Vorgaben darüber ein, unter welchen Umständen, durch wen und in

welchem Umfang Änderungen vorgenommen werden dürfen. Beim Einsatz von modellbasierten Ratings müssen Richtlinien existieren und Prozesse implementiert werden, um die Fälle zu überwachen, in denen menschliches Urteilsvermögen das Modellergebnis abändert, Modellvariable unberücksichtigt bleiben oder Eingaben verändert werden. In diesen Richtlinien müssen die Mitarbeiter benannt werden, die für die Genehmigung dieser Änderungen zuständig sind. Die Banken müssen die Abweichungen von den Rating-Ergebnissen aufzeichnen und ihre Prognosegüte separat bewerten.

*iv) Datenverwaltung*

429. Eine Bank muss Daten über die wesentlichen Merkmale der Kreditnehmer und der Geschäfte erheben und archivieren, die zur Unterstützung ihres internen Kreditrisikomess- und -steuerungsprozesses, zur Erfüllung der anderen in diesem Dokument dargelegten Anforderungen und als Basis für Meldungen an die Bankenaufsicht dienen. Diese Daten sollten ausreichend detailliert sein, um eine rückwirkende Neuordnung von Kreditnehmern und Geschäften zu ermöglichen, wenn z.B. aufgrund einer Weiterentwicklung des Rating-Systems eine feinere Einteilung der Portfolios möglich wird. Darüber hinaus müssen die Banken Daten über Aspekte ihrer internen Ratings erheben und aufbewahren, so wie es im Rahmen der Säule 3 dieser Rahmenvereinbarung erforderlich ist.

*Für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken*

430. Die Kreditinstitute müssen die Rating-Geschichte ihrer Schuldner und der anerkannten Garantiegeber, einschliesslich der Ratings seit der ersten Zuordnung eines Kreditnehmers/Garantiegebers zu einer Risikoklasse, die Zeitpunkte, zu denen die Ratings vergeben wurden, die Verfahren und Kerndaten, die zur Ableitung der Ratings herangezogen wurden sowie die Namen der beteiligten Mitarbeiter/Modelle archivieren. Die Schuldner und Geschäfte, die ausgefallen sind, sowie der Zeitpunkt und die Umstände des Ausfalls sind ebenfalls aufzuzeichnen. Die Banken müssen ausserdem Daten über die PD und die tatsächlichen Ausfallraten in Verbindung mit den Risikoklassen sowie über die Wanderungsbewegungen zwischen den Risikoklassen aufbewahren, um die Prognosefähigkeit des Schuldner-Rating-Systems zu verfolgen.

431. Banken, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz verwenden, müssen zusätzlich die vollständige Geschichte der mit den Geschäften verbundenen LGD- und EAD-Schätzungen und der zur Ableitung der Schätzungen verwendeten Kerndaten sowie der Namen der beteiligten Mitarbeiter/Modelle erheben und archivieren. Zusätzlich müssen die Banken Daten über die geschätzten und tatsächlich realisierten LGD und EAD für jedes einzelne ausgefallene Engagement aufzeichnen. Banken, die die Kreditrisikominderung von Garantien bzw. von Kreditderivaten in der LGD berücksichtigen, müssen die LGD-Schätzungen vor und nach der Bewertung des Effekts von Garantien bzw. Kreditderivaten archivieren. Informationen über die Verlustkomponenten bzw. die Eintreibung für jedes ausgefallene Engagement, wie Höhe der Eintreibung, Quelle der Geldzuflüsse (z.B. Sicherheitenverwertung, Insolvenzerlöse, Inanspruchnahme von Garantien), Zeitaufwand für die Eintreibung sowie deren Kosten müssen ebenfalls aufgezeichnet werden.

432. Banken, die im IRB-Basisansatz die aufsichtlich vorgegebenen Schätzer verwenden, sind aufgefordert, die relevanten Daten ebenfalls aufzubewahren (z.B. Daten über Verlust und Eintreibung im Falle von Unternehmensforderungen im Basisansatz, Daten über tatsächliche Verluste bei Verwendung der aufsichtlichen Zuordnungskriterien für Spezialfinanzierungen).

*Für Retail-Kredite*

433. Die Banken müssen die Daten aufzeichnen, die sie für die Zuordnung der Kredite zu Forderungspools verwenden, einschliesslich der Daten über die schuldner- und geschäftsspezifischen Risikomerkmale, die entweder unmittelbar oder mittels eines Modells genutzt werden. Das gilt gleichermaßen für Daten zum Zahlungsverzug. Die Banken müssen ausserdem Daten über die geschätzten PD, LGD und EAD für die einzelnen Forderungspools aufbewahren. Im Falle von ausgefallenen Forderungen müssen die Banken auch die Daten über die Forderungspools, denen die Forderungen während eines Jahres vor dem Ausfall zugeordnet waren, sowie die Daten über die tatsächlichen Werte der LGD und der EAD archivieren.

*v) Stresstests zur Beurteilung der Eigenkapitalausstattung*

434. Eine IRB-Bank muss zur Beurteilung der Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung über fundierte Stresstest-Verfahren verfügen. Dabei sind mögliche Ereignisse oder zukünftige Veränderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einzubeziehen, die negativen Einfluss auf die

Kreditforderungen haben. Ferner sollten die Stresstests eine Beurteilung der Fähigkeit der Bank beinhalten, derartigen Veränderungen standzuhalten. Beispielsweise können folgende Szenarien verwendet werden: i) gesamtwirtschaftliche oder branchenbezogene Abschwungphasen; ii) erhebliche Marktpreisveränderungen und iii) Liquiditätsengpässe.

435. Ergänzend zu den obenbeschriebenen grundsätzlichen Tests haben die Banken Kreditrisiko-Stresstests durchzuführen, um den Einfluss bestimmter Bedingungen auf die Eigenkapitalanforderungen im IRB-Ansatz abzuschätzen. Der durchzuführende Test kann von den Banken selbst entwickelt werden und wird von der Bankenaufsicht überprüft. Er muss aussagekräftig und angemessen konservativ ausgestaltet sein. Die einzelnen Banken können nach ihren individuellen Gegebenheiten unterschiedliche Ansätze zur Erfüllung der Stresstest-Anforderungen entwickeln. Ziel ist hier nicht, den Banken auf den schlimmsten Fall bezogene Szenarien vorzuschreiben. Allerdings sollte der Kreditrisiko-Stresstest einer Bank zumindest die Auswirkungen von leichten Rezessionsszenarien berücksichtigen. Für diesen Zweck könnten sie beispielsweise ein Nullwachstum in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen unterstellen, um – auf konservativer Basis und unter Berücksichtigung der internationalen Streuung der Geschäfte – die Auswirkungen auf die PD, LGD und EAD abzuschätzen.

436. Unabhängig davon, welche Methode angewandt wird, muss die Bank folgende Informationsquellen berücksichtigen: Erstens sollten die eigenen Daten der Bank eine Schätzung der Wanderungsbewegungen zwischen den Risikoklassen zumindest für einen Teil der Kredite ermöglichen. Zweitens sollten die Banken Informationen über den Einfluss kleinerer Verschlechterungen im Kreditumfeld auf die Ratings berücksichtigen. Hieraus können dann Rückschlüsse auf die möglichen Auswirkungen grösserer negativer (Stress-)Einflüsse abgeleitet werden. Drittens sollten die Banken die Erfahrungswerte von Rating-Agenturen über Wanderungsbewegungen zwischen den Risikoklassen berücksichtigen. Dies setzt jedoch voraus, dass sich die Risikoklassen der Bank im Grossen und Ganzen mit den Rating-Klassen der Rating-Agenturen decken.

437. Es bleibt den nationalen Aufsichtsinstanzen überlassen, unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen Leitlinien zu entwickeln, wie die für diese Zwecke genutzten Tests ausgestaltet sein sollten. Die Ergebnisse der Stresstests weisen möglicherweise keine Abweichungen zu den Eigenkapitalanforderungen auf, die sich nach dem in diesem Abschnitt beschriebenen IRB-Ansatz ergeben, wenn die Bank für ihre internen Ratings bereits einen solchen Ansatz verwendet. Wenn eine Bank in verschiedenen Märkten aktiv ist, muss sie nicht für alle diese Märkte einen solchen Test durchführen; wohl aber sollten Stresstests für diejenigen Portfolios durchgeführt werden, die die überwiegende Mehrheit des gesamten Kreditvolumens der Bank umfassen.

## **5. Führungsverantwortung und Überwachung**

### *i) Führungsverantwortung*

438. Alle wesentlichen Aspekte der Rating- und Schätzverfahren müssen vom obersten Verwaltungsorgan der Bank oder von einem von diesem bestellten Ausschuss sowie der Geschäftsleitung gebilligt werden.<sup>80</sup> Diese Gremien müssen das bankinterne Rating-System in seinen Grundzügen kennen und detaillierten Einblick in die damit verbundenen Managementberichte haben. Die Geschäftsleitung muss das oberste Verwaltungsorgan oder gegebenenfalls dessen Ausschuss über wesentliche Veränderungen oder Abweichungen von den internen Richtlinien informieren, die einen erheblichen Einfluss auf die Arbeitsweise des bankinternen Rating-Systems haben.

439. Die Geschäftsleitung muss ausserdem über umfassende Kenntnis des Aufbaus des Rating-Systems und dessen Einsatz verfügen. Sie muss überdies wesentliche Abweichungen von den

---

<sup>80</sup> Dieser Abschnitt der Rahmenvereinbarung bezieht sich auf eine Führungsstruktur, die aus einem obersten Verwaltungsorgan und der Geschäftsleitung besteht. Der Ausschuss ist sich bewusst, dass die rechtlichen und sonstigen Rahmenbedingungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sind, was die Funktion des obersten Verwaltungsorgans und der Geschäftsleitung betrifft. In manchen Ländern besteht die Hauptaufgabe, wenn nicht sogar die einzige Aufgabe des obersten Verwaltungsorgans darin, das geschäftsführende Organ (Geschäftsleitung, Generaldirektion, Vorstand) zu beaufsichtigen, um sicherzustellen, dass dieses seine Aufgaben erfüllt. Aus diesem Grund wird das oberste Verwaltungsorgan in einigen Ländern auch als „Aufsichtsrat“ bezeichnet, d.h. es übt keine ausführenden Funktionen aus. In anderen Ländern dagegen sind die Aufgaben des „Verwaltungsrats“ breiter gefächert, d.h. er legt die allgemeine Geschäftspolitik der Bank fest. Angesichts dieser Unterschiede werden in diesem Abschnitt mit „oberstem Verwaltungsorgan“ und „Geschäftsleitung“ nicht rechtliche Konstrukte bezeichnet, sondern zwei entscheidungstragende Funktionen innerhalb der Bank.

internen Richtlinien und der geltenden Praxis genehmigen. Das Management muss zudem dafür sorgen, dass das Rating-System stets ordnungsgemäss arbeitet. Das Management und Mitarbeiter aus dem Kreditüberwachungsbereich müssen sich regelmässig treffen, um über die Leistungsfähigkeit des Rating-Prozesses, die verbesserungsbedürftigen Bereiche und den Stand der Arbeiten zur Beseitigung zuvor festgestellter Mängel zu diskutieren.

440. Interne Ratings müssen ein wesentlicher Bestandteil des Berichtswesens an diese Beteiligten sein. Die Berichte müssen die Risikoprofile je Risikoklasse, die Wanderungsbewegungen zwischen den Klassen, die Schätzungen der einschlägigen Parameter jeder Klasse und einen Vergleich der tatsächlichen Ausfallraten (sowie LGD und EAD bei Verwendung des fortgeschrittenen Ansatzes) mit den geschätzten Werten beinhalten. Die Berichtsintervalle können in Abhängigkeit von Bedeutung und Art der Information sowie der Hierarchiestufe der Empfänger unterschiedlich ausfallen.

#### *ii) Kreditrisikoüberwachung*

441. Die Banken müssen über unabhängige Einheiten zur Überwachung des Kreditrisikos verfügen, die für die Ausgestaltung bzw. die Auswahl, Implementierung und Aussagekraft des internen Rating-Systems der Bank verantwortlich sind. Die Einheit(en) muss/müssen funktionell unabhängig von den Personal- und Managementfunktionen des Kreditvergabebereichs sein. Die Verantwortlichkeiten müssen umfassen:

- Untersuchung und Überwachung der internen Risikoklassen
- Erstellen und Analysieren der mit dem internen Rating-System verbundenen Risikoberichte mit den inhaltlichen Schwerpunkten: historische Ausfalldaten, gegliedert nach den Ratings zum Zeitpunkt des Ausfalls und ein Jahr zuvor, Wanderungsanalyse und Entwicklung von Trends hinsichtlich der wichtigsten Rating-Kriterien
- Implementierung von Verfahren zur Sicherstellung einer einheitlichen Anwendung der Rating-Definitionen innerhalb der ganzen Bank und ihren Niederlassungen
- Überwachung und Dokumentation aller Änderungen im Rating-Prozess unter Angabe der Gründe für die Änderungen
- Überwachung der Rating-Kriterien im Hinblick darauf, ob sie weiterhin für die Risikoeinschätzung aussagekräftig sind. Änderungen des Rating-Prozesses, der Kriterien oder der individuellen Rating-Parameter müssen dokumentiert und für Zwecke der aufsichtlichen Überprüfung aufbewahrt werden

442. Die Kreditüberwachungseinheit muss sich aktiv an der Entwicklung, Auswahl, Implementierung und Validierung der Rating-Modelle beteiligen. Sie muss die Verantwortung für die Überwachung und Aufsicht für jedes im Rating-Prozess eingesetzte Modell übernehmen und für die fortlaufende Überprüfung des Rating-Modells und dessen Änderungen in letzter Instanz verantwortlich sein.

#### *iii) Interne und externe Revision*

443. Die interne Revision oder ebenso unabhängige andere Funktionsträger müssen das bankinterne Rating-System und dessen Einsatz mindestens jährlich prüfen. Dies schliesst die Tätigkeiten der Kreditabteilung und die Schätzung der PD, LGD und EAD ein. Die zu prüfenden Bereiche umfassen alle zu erfüllenden Mindestanforderungen. Die interne Revision muss ihre Prüfungsfeststellungen dokumentieren. Die nationalen Aufsichtsinstanzen können auch die Überprüfung der Zuordnungsverfahren von internen Ratings und der Verlustschätzungen durch eine externe Revisionsstelle verlangen.

### **6. Verwendung der internen Ratings**

444. In Banken, die den IRB-Ansatz anwenden, muss den internen Ratings sowie den Ausfall- und Verlustschätzungen ein wesentlicher Stellenwert im Kreditgenehmigungsprozess, beim Risikomanagement, bei der internen Eigenkapitalallokation und bei der Unternehmensführung eingeräumt werden. Rating-Systeme und Risikoschätzungen, die ausschliesslich dazu eingesetzt werden, sich für den IRB-Ansatz zu qualifizieren, und deren Ergebnisse allein zur Ermittlung von IRB-Eingabeparametern verwendet werden, sind nicht zulässig. Es wird allerdings anerkannt, dass Kreditinstitute nicht unbedingt genau dieselben Schätzungen für IRB-Zwecke wie auch für alle internen Zwecke nutzen. Beispielsweise dürften Preisfindungsmodelle auf die Lebensdauer der Aktiva abgestimmte PD

und LGD verwenden. Wenn derartige Abweichungen vorliegen, muss eine Bank diese dokumentieren und der Bankenaufsicht ihre Vertretbarkeit nachweisen.

445. Eine Bank muss über eine ausreichend lange Erfahrung im Umgang mit Informationen aus internen Ratings verfügen. Sie muss daher darlegen, dass sie mindestens in den letzten drei Jahren vor der Zulassung zum IRB-Ansatz ein internes Rating-System eingesetzt hat, das weitgehend mit den hier dargelegten Mindestanforderungen übereinstimmt. Eine Bank, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz verwenden möchte, muss darlegen, dass sie die LGD und EAD mindestens in den letzten drei Jahren vor der Zulassung in einer Weise geschätzt und genutzt hat, die weitgehend mit den Mindestanforderungen für die Anerkennung von eigenen LGD- und EAD-Schätzungen übereinstimmt. Verbesserungen des internen Rating-Systems werden nicht als Verstoss gegen die 3-Jahres-Anforderung gewertet.

## **7. Messung der Risiken**

### *i) Allgemeine Anforderungen an die Schätzverfahren*

#### *Struktur und Grundüberlegungen*

446. In diesem Abschnitt werden die Anforderungen an die eigene Schätzung von PD, LGD und EAD durch die Banken behandelt. Grundsätzlich müssen alle Banken, die den IRB-Ansatz verwenden, die PD<sup>81</sup> für jede einzelne interne Risikoklasse bei Forderungen an Unternehmen, Banken und Staaten bzw. für jeden Forderungspool im Falle von Retail-Forderungen schätzen.

447. Die PD-Schätzungen müssen – abgesehen von den Retail-Krediten (s. unten) – einen langfristigen Durchschnittswert der auf ein Kalenderjahr bezogenen Ausfallrate der Kreditnehmer in einer Risikoklasse darstellen. Die speziell auf die Schätzung der PD ausgerichteten Anforderungen sind in den Absätzen 461 bis 467 enthalten. Banken, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz anwenden, müssen für jede Kreditart (bzw. jeden Retail-Pool) eine angemessene LGD schätzen (wie in den Absätzen 468 bis 473 näher erläutert). Banken, die den fortgeschrittenen Ansatz anwenden, müssen ausserdem für jede der in den Absätzen 474 und 475 beschriebenen Kreditarten angemessene, langfristige, ausfallgewichtete Durchschnitts-EAD schätzen. Die speziell auf die EAD-Schätzungen bezogenen Anforderungen sind in den Absätzen 474 bis 479 enthalten. Banken, die für ihre Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken die Anforderungen für die eigene Schätzung der EAD oder LGD nicht erfüllen können (s. oben), müssen die aufsichtlich vorgegebenen Schätzwerte für diese Parameter verwenden. Die Regeln für die Verwendung dieser Schätzwerte sind in den Absätzen 506 bis 524 enthalten.

448. Die bankinternen Schätzungen der PD, LGD und EAD müssen alle verfügbaren wesentlichen und massgeblichen Daten, Informationen und Methoden berücksichtigen. Dazu können interne Daten und Daten aus externen Quellen genutzt werden (einschl. gepoolter Daten). Wenn interne oder externe Daten genutzt werden, muss die Bank darlegen, dass ihre Schätzungen langfristige Erfahrungswerte widerspiegeln.

449. Die Schätzungen müssen auf historischen Erfahrungen und empirischen Ergebnissen basieren. Sie dürfen nicht allein auf subjektiven oder wertenden Annahmen beruhen. Alle Veränderungen in der Kreditvergabepaxis oder im Eintreibungsverfahren innerhalb der Beobachtungsperiode müssen berücksichtigt werden. Die Schätzungen der Bank müssen unverzüglich die Auswirkungen von technischen Fortschritten, neuen Daten und sonstigen Informationen berücksichtigen, sobald solche verfügbar sind. Die Banken müssen ihre Schätzungen jährlich oder in kürzeren Abständen überprüfen.

450. Die den Schätzungen zugrundeliegenden Kreditportfoliodaten und die Kreditvergaberichtlinien, die zu der Zeit galten, als die Daten erhoben wurden, sowie andere relevante Merkmale sollten weitgehend mit der aktuellen Kreditstruktur und den Richtlinien übereinstimmen oder zumindest mit diesen vergleichbar sein. Die Bank muss ausserdem nachweisen, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und das Marktumfeld aus der Zeit, auf die sich die Daten beziehen, ebenso für die gegenwärtigen und absehbaren Verhältnisse wichtig sind. Für die Schätzungen der LGD bzw.

---

<sup>81</sup> Die Banken müssen für bestimmte Beteiligungspositionen und bestimmte Forderungen innerhalb der Unterklassen der Spezialfinanzierungen keine eigenen PD-Schätzungen durchführen.

EAD müssen die Banken die Anforderungen der Absätze 468 bis 479 berücksichtigen. Die Anzahl der Kredite in der Stichprobe und der angewandte Erhebungszeitraum müssen ausreichend bemessen sein, damit die Bank von einer genauen und soliden Schätzung ausgehen kann. Die Schätzmethoden müssen auch in Out-of-Sample-Tests gut abschneiden.

451. Schätzungen der PD, LGD und EAD sind im Allgemeinen mit einigen unvorhersehbaren Fehlern verbunden. Um allzu optimistische Schätzungen zu vermeiden, muss die Bank bei ihren Schätzungen einen Sicherheitszuschlag berücksichtigen, der in Beziehung zur möglichen Fehlerspannbreite steht. Je weniger ausgereift die Methoden oder je unzuverlässiger die Datenbasis und je grösser damit die mögliche Fehlerspannbreite, umso höher müssen die Zuschläge sein. Die Bankenaufsicht kann die Anwendung der erforderlichen Standards in Grenzen flexibel handhaben, soweit Daten betroffen sind, die vor dem Zeitpunkt der Einführung dieser Rahmenvereinbarung gesammelt wurden. Allerdings müssen die Institute ihrer Aufsichtsinstanz in diesen Fällen nachweisen, dass angemessene Anpassungen vorgenommen wurden, um eine weitgehende Gleichwertigkeit mit den Daten zu erhalten, die ohne eine derartige Flexibilität erhoben worden wären. Die Datenerhebung nach dem Stichtag der Einführung muss den Mindestanforderungen entsprechen, wenn nichts anderes bestimmt wird.

ii) *Definition des Kreditausfalls*

452. Der Kreditausfall im Hinblick auf einen spezifischen Schuldner gilt als gegeben, wenn eines oder beide der folgenden Ereignisse eingetreten sind:

- Die Bank geht davon aus, dass der Schuldner seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bankengruppe mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht in voller Höhe nachkommen wird, ohne dass die Bank auf Massnahmen wie beispielsweise die Verwertung von Sicherheiten (soweit vorhanden) zurückgreift
- Eine wesentliche Verbindlichkeit des Schuldners gegenüber der Bankengruppe ist mehr als 90 Tage überfällig.<sup>82</sup> Überziehungen werden als überfällig betrachtet, wenn der Kreditnehmer ein zugesagtes Limit überschritten hat oder ihm ein geringeres Limit als die aktuelle Inanspruchnahme mitgeteilt wurde

453. Als Anhaltspunkte für eine drohende Zahlungsunfähigkeit gelten folgende Situationen:

- Die Bank verzichtet auf die laufende Belastung von Zinsen
- Die Bank bucht eine Einzelwertberichtigung oder Abschreibung aufgrund einer deutlich wahrgenommenen Verschlechterung der Kreditqualität seit der Hereinnahme des Kredits<sup>83</sup>
- Die Bank verkauft die Kreditverpflichtung mit einem bedeutenden, bonitätsbedingten wirtschaftlichen Verlust
- Die Bank stimmt einer unausweichlichen Umschuldung des Kredits zu, die voraussichtlich zu einer Reduzierung der Schuld durch einen bedeutenden Forderungsverzicht oder eine Stundung bezogen auf den Kapitalbetrag, die Zinsen oder gegebenenfalls auf Gebühren führt<sup>84</sup>
- Die Bank hat Antrag auf Insolvenz des Schuldners gestellt oder eine vergleichbare Massnahme in Bezug auf die Kreditverpflichtungen des Schuldners gegenüber der Bankengruppe ergriffen
- Der Kreditnehmer hat Insolvenz beantragt oder er wurde unter Gläubiger- oder einen vergleichbaren Schutz gestellt, sodass Rückzahlungen der Kreditverpflichtung gegenüber der Bankengruppe ausgesetzt werden oder verzögert erfolgen

---

<sup>82</sup> Bei Retail- und PSE-Forderungen kann die Aufsicht die 90-Tage-Frist für verschiedene Produkte bis auf 180 Tage erhöhen, falls dies den lokalen Gepflogenheiten entspricht. In einem Mitgliedsland legen lokale Gepflogenheiten eine Frist von bis zu 180 Tagen auch für Kredite an Unternehmen nahe; diese gilt für eine Übergangsfrist von 5 Jahren.

<sup>83</sup> In einigen Rechtsordnungen gibt es Einzelwertberichtigungen auf Beteiligungspositionen, die Preisrisiken abdecken, jedoch keinen Ausfall signalisieren.

<sup>84</sup> Dies betrifft bei Beteiligungspositionen, die nach dem PD/LGD-Ansatz beurteilt werden, die Zwangsumschuldung der Beteiligung selbst.

454. Die nationale Aufsicht wird geeignete Anweisungen erlassen, wie diese Anhaltspunkte umzusetzen und zu beobachten sind.

455. Für Retail-Kredite kann die Ausfalldefinition auf der Ebene eines bestimmten Geschäfts statt auf der Ebene eines Kreditnehmers angewandt werden. Wenn entsprechend vorgegangen wird, bedeutet der Ausfall einer Forderung an einen Kreditnehmer nicht, dass alle anderen Forderungen der Bankengruppe an diesen Kunden ebenfalls als ausgefallen zu behandeln sind.

456. Eine Bank muss die tatsächlichen Ausfälle je Forderungsklasse im IRB-Ansatz auf der Grundlage dieser Referenzdefinition aufzeichnen. Sie muss diese Referenzdefinition zudem ihren PD-Schätzungen und (soweit relevant) den LGD- und EAD-Schätzungen zugrunde legen. Um zu diesen Schätzungen zu kommen, darf eine Bank unter den in Absatz 462 genannten Voraussetzungen auch externe Daten verwenden, die selbst nicht mit dieser Definition voll übereinstimmen. Allerdings müssen die Banken in diesen Fällen gegenüber ihren Aufsichtsinstanzen darlegen, dass angemessene Anpassungen vorgenommen wurden, um eine weitgehende Übereinstimmung dieser Daten mit der Referenz-Ausfalldefinition zu erreichen. Dieselben Bedingungen gelten für interne Daten, die bis zur Umsetzung dieser Rahmenvereinbarung verwendet werden. Nach dem Inkrafttreten dieser Rahmenvereinbarung müssen für diese Schätzungen genutzte interne Daten (einschl. der von Banken gepoolten Daten) mit der Referenzdefinition übereinstimmen.

457. Wenn die Bank zu dem Ergebnis gelangt, dass die Referenzdefinition auf einen als „ausgefallen“ eingestuften Kredit nicht mehr länger zutrifft, muss die Bank den Kreditnehmer in der gleichen Weise beurteilen und die LGD schätzen, wie sie es bei einem nicht ausgefallenen Kredit tun würde. Sollte die Referenzdefinition später wieder zutreffen, ist ein erneuter Ausfall anzunehmen.

*iii) Zurücksetzen*

458. Die Verfahren zur Berechnung der Verzugstage müssen klar definiert und dokumentiert sein, insbesondere in Bezug auf das Zurücksetzen der Kredite sowie auf Prolongationen, Stundungen, Novationen und Umbuchungen auf bestehende Konten. Die Verfahren zum Zurücksetzen von Krediten müssen mindestens Vorgaben enthalten über: a) genehmigende Stellen und Berichtspflichten; b) Mindestalter eines Kredits, damit ein Zurücksetzen möglich ist; c) Verzugsstatus von Krediten, die für das Zurücksetzen in Betracht kommen, d) Höchstzahl von Zurücksetzungen pro Geschäft; und e) die erneute Kreditwürdigkeitsprüfung des Kreditnehmers. Diese Verfahren müssen über eine längere Zeit gültig sein und tatsächlich angewandt werden (d.h. wenn eine Bank eine zurückgesetzte Forderung in gleicher Weise behandelt wie andere Kredite, die überfällig sind und die in der Ausfalldefinition genannte Frist überschritten haben, muss diese Forderung für Zwecke des IRB-Ansatzes als ausgefallene Forderung gewertet werden). Es bleibt den Aufsichtsinstanzen überlassen, detailliertere Anforderungen für das Zurücksetzen von Krediten zu erlassen.

*iv) Behandlung von Überziehungen*

459. Zulässige Überziehungen müssen sich innerhalb eines von der Bank gesetzten und dem Kunden mitgeteilten Limits bewegen. Jedes Überschreiten dieses Limits muss beobachtet werden. Wenn die Inanspruchnahme nicht innerhalb von 90 bis 180 Tagen – je nach der anzuwendenden Frist – wieder in das Limit zurückgeführt wurde, ist der Kredit als ausgefallen zu klassifizieren. Nicht genehmigte Überziehungen werden für IRB-Zwecke mit einem Nulllimit gleichgesetzt. Das heisst, der Verzug beginnt, sobald ein nicht zugesagter Kredit in Anspruch genommen wird. Wenn ein solcher Kredit nicht innerhalb von 90 bis 180 Tagen zurückgezahlt wird, gilt er als ausgefallen. Die Banken müssen strenge interne Richtlinien für die Beurteilung der Kreditwürdigkeit derjenigen Kunden implementieren, denen Überziehungsmöglichkeiten eingeräumt werden.

*v) Definition von „Verlust“ für alle Forderungsklassen*

460. Der für Zwecke der LGD-Schätzung verwendete Verlustbegriff entspricht dem ökonomischen Verlust. Bei der Messung des ökonomischen Verlusts müssen alle relevanten Faktoren berücksichtigt werden. Dies beinhaltet wesentliche Diskontierungseffekte sowie wesentliche direkte und indirekte Inkassokosten. Die Banken dürfen nicht ausschliesslich auf die gebuchten Verlustbeträge abstellen, obwohl sie in der Lage sein müssen, die Buchverluste mit den ökonomischen Verlusten zu vergleichen. Die Fachkompetenz der Bank bezüglich Krisenmanagement und Inkasso beeinflussen die Wiedergewinnungsquoten nachhaltig und müssen bei den LGD-Schätzungen berücksichtigt werden. Allerdings müssen die Anpassungen der Schätzungen aufgrund dieser Fachkompetenz

konservativ erfolgen, solange die Bank noch nicht über ausreichende interne empirische Nachweise über den Einfluss ihrer Fachkompetenz verfügt.

vi) *Besondere Anforderungen an die PD-Schätzung*

*Forderungen an Unternehmen, Staaten und Banken*

461. Die Banken müssen Informationen und Techniken nutzen, die in angemessener Weise die langfristigen Erfahrungen bei der Schätzung der durchschnittlichen PD je Risikoklasse berücksichtigen. Die Banken können z.B. eine oder mehrere der drei nachstehend näher beschriebenen Techniken verwenden: interne Ausfalldaten, Vergleich mit externen Daten und statistische Ausfallmodelle.

462. Die Banken können sich primär auf ein Verfahren konzentrieren und die anderen Techniken für Vergleichszwecke und möglicherweise erforderliche Anpassungen heranziehen. Den Aufsichtsinstanzen darf eine rein mechanische Anwendung eines Verfahrens ohne tieferegehende Analysen nicht genügen. Die Banken müssen die Bedeutung von wertenden Annahmen (menschliches Urteilsvermögen) bei der Zusammenführung der Ergebnisse der verschiedenen Verfahren und bei Anpassungen im Hinblick auf die technischen oder datenbezogenen Grenzen berücksichtigen.

- Eine Bank kann den PD-Schätzungen interne Ausfalldaten zugrunde legen. In ihren Analysen muss die Bank darlegen, dass die Schätzungen die Kreditvergaberegeln und die Unterschiede berücksichtigen, die zwischen dem Rating-System, das die Daten liefert, und dem gegenwärtig verwendeten Rating-System bestehen. Wenn Daten nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen oder sich die Kreditvergaberegeln oder die Rating-Systeme geändert haben, muss die Bank die Ausfallgeschätzungen mit einem grösseren Sicherheitszuschlag versehen. Die Verwendung von gepoolten Daten mehrerer Institute kann ebenfalls anerkannt werden. Eine Bank muss dann darlegen können, dass die internen Rating-Verfahren und -Kriterien der Banken, die Daten in den Pool liefern, mit den eigenen vergleichbar sind.
- Die Banken können ihre internen Risikoklassen mit den Rating-Klassen von Rating-Agenturen oder vergleichbaren Organisationen verbinden oder darauf abbilden und anschliessend die für die externen Rating-Klassen beobachteten Ausfallraten den internen Risikoklassen zuordnen. Die Zuordnung muss auf einem Vergleich der bankinternen Rating-Kriterien mit denen der Rating-Agentur und einem Vergleich der internen und externen Ratings für jeden gemeinsam beurteilten Kreditnehmer beruhen. Verzerrungen oder Inkonsistenzen im Zuordnungsverfahren oder bezüglich der zugrundeliegenden Daten müssen vermieden werden. Die Kriterien der Rating-Agentur, die den für Zwecke der Risikoeinstufung herangezogenen Daten zugrunde liegen, müssen sich am Risiko des Kreditnehmers und nicht an den Eigenschaften des Kredits ausrichten. Die Analyse der Bank muss einen Vergleich der verwendeten Ausfalldefinitionen nach Massgabe der Absätze 452 bis 457 umfassen. Die Bank muss die Grundlagen für die Zuordnung dokumentieren.
- Es ist zulässig, einen einfachen Durchschnitt der geschätzten Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelner Kreditnehmer in einer bestimmten Risikoklasse zu verwenden, wenn derartige Schätzungen mit einem statistischen Ausfallmodell geschätzt werden. Bei Verwendung von Modellen zur Schätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit sind die Anforderungen in Absatz 417 zu beachten.

463. Unabhängig davon, ob eine Bank externe, interne oder gepoolte Datenquellen bzw. eine Kombination dieser drei für ihre PD-Schätzungen verwendet, muss bei mindestens einer Datenquelle die Länge der zugrundeliegenden Beobachtungsperiode mindestens fünf Jahre betragen. Wenn die Beobachtungsperiode einer Datenquelle eine längere Zeitspanne umfasst und diese Daten wesentlich und massgeblich sind, ist auf diese längere Zeitspanne abzustellen.

*Retail-Forderungen*

464. Da die Zuordnung von Krediten zu Forderungspools auf bankspezifischer Basis erfolgt, müssen die Banken ihre internen Daten als primäre Informationsquelle für die Schätzung der Verlustmerkmale betrachten. Es ist den Banken jedoch gestattet, externe Daten oder statistische Modelle für die Quantifizierung zu verwenden. Voraussetzung ist allerdings, dass eine grosse Gemeinsamkeit

a) zwischen den internen Verfahren zur Zuordnung von Krediten zu einem Pool und den von der externen Datenquelle angewandten Verfahren sowie b) zwischen dem bankinternen Risikoprofil und der Zusammensetzung der externen Daten besteht. In allen Fällen müssen die Banken alle massgeblichen und wesentlichen Datenquellen für Vergleichszwecke nutzen.

465. Eine Methode zur Ableitung von Schätzungen der langfristigen Durchschnitts-PD und der ausfallgewichteten durchschnittlichen Verlustausfallquote (wie in Absatz 468 definiert) für Retail-Kredite könnte auf einer Schätzung der erwarteten langfristigen Verlustquote basieren. Eine Bank kann i) eine geeignete PD-Schätzung zur Ableitung der langfristigen ausfallgewichteten durchschnittlichen Verlustausfallquote oder ii) eine langfristige ausfallgewichtete durchschnittliche Verlustausfallquote zur Ableitung einer geeigneten PD nutzen. Auf alle Fälle muss die Bank sich bewusst sein, dass die für die IRB-Eigenkapitalberechnung verwendete LGD nicht geringer als die langfristige ausfallgewichtete durchschnittliche Verlustausfallquote sein kann und mit den in Absatz 468 definierten Konzepten übereinstimmen muss.

466. Unabhängig davon, ob eine Bank externe, interne, gepoolte Daten oder eine Kombination dieser drei Datenquellen für die Schätzung der Verlustmerkmale nutzt, muss die Länge der zugrundegelegten Beobachtungsperiode mindestens fünf Jahre betragen. Wenn die zur Verfügung stehende Beobachtungsperiode einer Datenquelle länger ist und diese Daten massgeblich sind, muss dieser längere Zeitraum verwendet werden. Eine Bank muss historische Daten nicht gleich gewichten, wenn sie die zuständige Bankenaufsicht davon überzeugen kann, dass die aktuelleren Daten eine bessere Prognosekraft in Bezug auf die Verlustraten besitzen.

467. Der Ausschuss erkennt an, dass die Laufzeit für einige langfristige Retail-Forderungen von erheblicher Bedeutung sein kann, wobei die Laufzeiteffekte einige Jahre nach Herauslegung die grösste Bedeutung bekommen. Die Banken sollten die Auswirkungen eines raschen Forderungswachstums berücksichtigen und Schritte einleiten, um sicherzustellen, dass ihre Schätzverfahren genau und dass ihre gegenwärtige Eigenkapitalausstattung sowie ihre Erträge und Refinanzierungsaussichten angemessen sind, um die künftigen Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen. Um durch kurzfristige PD-Zeithorizonte verursachte Schwankungen der Eigenkapitalanforderungen zu vermeiden, werden die Banken aufgefordert, PD-Schätzungen nach oben zu korrigieren, um diese Laufzeiteffekte zu antizipieren. Voraussetzung ist jedoch, dass solche Korrekturen im Zeitablauf konsequent vorgenommen werden. In einigen Rechtsordnungen steht es im Ermessen der jeweiligen Aufsichtsinstanz, derartige Korrekturen verbindlich vorzuschreiben.

vii) *Besondere Anforderungen an die eigene Schätzung von LGD*

#### *Anforderungen für alle Forderungsklassen*

468. Eine Bank muss für jeden Kredit eine LGD schätzen, die einen etwaigen wirtschaftlichen Abschwung und die damit verbundenen wesentlichen Risiken widerspiegeln soll. Diese LGD kann nicht geringer als die langfristige ausfallgewichtete durchschnittliche Verlustausfallquote sein, die auf dem durchschnittlichen ökonomischen Verlust aller beobachteten Ausfälle innerhalb der der entsprechenden Kreditart zugrundeliegenden Datenmenge beruht. Darüber hinaus muss eine Bank berücksichtigen, dass die LGD des Kredits in einer Periode mit überdurchschnittlich hohen Kreditverlusten höher sein kann als der ausfallgewichtete Durchschnitt. Bei bestimmten Forderungen weist die Verlusthöhe vielleicht keine solche zyklische Variabilität auf, und die LGD-Schätzungen weichen möglicherweise nicht wesentlich (oder vielleicht sogar überhaupt nicht) vom langfristigen ausfallgewichteten Durchschnitt ab. Für andere Forderungen kann die zyklische Variabilität in der Verlusthöhe dagegen bedeutend sein, und die Banken müssen sie in ihre LGD-Schätzungen einbeziehen. Für die Schätzungen können die Banken die durchschnittlichen Verluste, die sie während Zeiten hoher Kreditausfälle beobachtet haben, nutzen, auf Prognosen abstellen, die auf angemessen konservativen Annahmen beruhen, oder andere ähnliche Methoden verwenden. Angemessene LGD-Schätzungen während Zeiten hoher Kreditausfälle können mit internen und/oder externen Daten ermittelt werden. Die Bankenaufsicht wird die Entwicklung von angemessenen Modellen zu dieser Thematik weiter überwachen und fördern.

469. Bei ihrer Analyse muss die Bank den Umfang etwaiger Abhängigkeiten zwischen dem Kreditnehmerrisiko und dem Risiko der Sicherheit bzw. des Sicherungsgebers berücksichtigen. Sollte eine signifikante Abhängigkeit bestehen, muss sie in konservativer Weise erfasst werden. Währungsinkongruenzen zwischen dem zugrundeliegenden Kredit und der Sicherheit müssen ebenfalls berücksichtigt und bei der Schätzung der LGD konservativ behandelt werden.

470. Die LGD-Schätzungen müssen auf historischen Eintreibungsquoten beruhen und dürfen – sofern relevant – nicht allein auf dem geschätzten Marktwert der Sicherheiten beruhen. Diese Anforderung berücksichtigt, dass die Banken möglicherweise nicht in der Lage sind, sowohl auf die Sicherheiten zuzugreifen als auch sie schnell zu verwerten. In dem Umfang, in dem die LGD-Schätzungen das Vorhandensein von Sicherheiten berücksichtigen, müssen die Banken interne Richtlinien an das Sicherheitenmanagement, die operativen Verfahren, die Rechtssicherheit und den Risikomanagement-Prozess entwickeln, die grundsätzlich mit den Anforderungen für den Standardansatz übereinstimmen.

471. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eingetretene Verluste zuweilen das erwartete Verlustniveau systematisch übersteigen können, sollte die LGD für ausgefallene Kredite zusätzliche unerwartete Verluste widerspiegeln, die die Bank während der Eintreibungsphase eventuell verbuchen muss. Für jeden ausgefallenen Kredit muss die Bank ausserdem ihre bestmögliche Schätzung des erwarteten Verlusts für diese Forderung, basierend auf der aktuellen wirtschaftlichen Lage und dem Verzugsstatus des Geschäfts, bilden. Der etwaige Betrag, um den die LGD der ausgefallenen Forderung die bestmögliche Schätzung des erwarteten Verlusts übersteigt, ist die Eigenkapitalanforderung für diese Forderung; sie sollte von der Bank auf einer risikosensitiven Grundlage in Übereinstimmung mit den Absätzen 272 und 328 bis 330 bestimmt werden. Die Fälle, bei denen die bestmögliche Schätzung des erwarteten Verlusts eines ausgefallenen Kredits geringer als die Summe der Einzelwertberichtigungen und der Teilwertabschreibungen für diesen Kredit ist, werden von der Bankenaufsicht genau beobachtet und müssen von der Bank begründet werden.

#### *Ergänzende Anforderungen für Unternehmens-, Staats- und Bankforderungen*

472. Die den LGD-Schätzungen zugrundegelegten Daten müssen sich auf eine Mindestbeobachtungsperiode beziehen, die im Idealfall wenigstens einen ganzen Konjunkturzyklus umfasst. Sie darf jedoch für mindestens eine Datenquelle auf keinen Fall kürzer als sieben Jahre sein. Falls die verfügbare Beobachtungsperiode für eine Datenquelle eine längere Zeitspanne als sieben Jahre umfasst und die Daten massgeblich sind, ist auf diese längere Zeitspanne abzustellen.

#### *Ergänzende Anforderungen für Retail-Forderungen*

473. Die Mindestbeobachtungsperiode für LGD-Schätzungen von Retail-Krediten beträgt fünf Jahre. Je weniger Daten der Bank zur Verfügung stehen, umso konservativer müssen ihre Schätzungen sein. Eine Bank muss historische Daten nicht gleich gewichten, wenn sie der Bankenaufsicht darlegen kann, dass die aktuelleren Daten eine bessere Prognosekraft in Bezug auf die Verlustraten besitzen.

#### *viii) Besondere Anforderungen an die eigene Schätzung von EAD*

##### *Anforderungen für alle Forderungsklassen*

474. Für bilanzwirksame und ausserbilanzielle Aktiva sind die EAD definiert als das erwartete Bruttokreditvolumen zum Zeitpunkt des Ausfalls des Kreditnehmers. Für bilanzwirksame Forderungen gilt, dass die EAD-Schätzungen nicht geringer sein dürfen als der aktuell in Anspruch genommene Kreditbetrag, wobei die Effekte des Netting von Bilanzpositionen – wie im IRB-Basisansatz beschrieben – berücksichtigt werden dürfen. Die Mindestanforderungen für die Berücksichtigung von Netting-Vereinbarungen sind gleich wie im Basisansatz. Die ergänzenden Anforderungen an die bankinterne Schätzung des EAD im fortgeschrittenen Ansatz konzentrieren sich daher auf die Schätzung der EAD für ausserbilanzielle Geschäfte (ohne Derivate). Banken, die den fortgeschrittenen Ansatz anwenden, müssen über bewährte Prozesse zur Schätzung der EAD für ausserbilanzielle Geschäfte verfügen. Diese müssen die für jede Kreditart anzuwendende EAD-Schätzung definieren. Die von den Banken vorgenommenen EAD-Schätzungen sollten die Wahrscheinlichkeit weiterer Kreditinanspruchnahmen bis zum und nach dem Ausfallzeitpunkt des Schuldners berücksichtigen. In den Fällen, in denen die EAD-Schätzungen nach Kreditarten differenziert werden, muss die Beschreibung dieser Kreditarten klar und eindeutig sein.

475. Banken, die den fortgeschrittenen Ansatz verwenden, müssen jeder Fazilität eine EAD-Schätzung zuweisen. Dabei muss es sich um einen langfristigen, ausfallgewichteten Durchschnitts-EAD-Wert für gleichartige Fazilitäten und Schuldner über einen ausreichend langen Zeithorizont handeln, der einen angemessenen Sicherheitszuschlag für die wahrscheinliche Fehlerbandbreite bei den Schätzungen beinhaltet. Wenn realistischere Weise mit einer positiven Korrelation zwischen der Ausfallhäufigkeit und der Höhe der EAD zu rechnen ist, muss die EAD-Schätzung mit einem grösseren

Sicherheitszuschlag versehen werden. Wenn die Höhe der Kredite, für die die EAD geschätzt werden, im Konjunkturverlauf stark schwankt, muss die Bank darüber hinaus EAD-Schätzungen verwenden, die auch für einen konjunkturellen Abschwung angemessen sind, sofern diese Werte konservativer sind als der langfristige Durchschnitt. Kreditinstitute mit selbstentwickelten EAD-Modellen können dies durch die Berücksichtigung etwaiger zyklischer Eigenschaften der Bestimmungsfaktoren der Modelle umsetzen. Anderen Instituten liegt vielleicht eine ausreichende interne Datenmenge vor, um die Auswirkungen von früheren Rezessionen zu untersuchen. Einige Institute dürften allerdings nur die Möglichkeit haben, externe Daten in konservativer Weise zu nutzen.

476. Die Kriterien, aus denen die EAD-Schätzungen abgeleitet werden, müssen plausibel und unmittelbar einleuchtend sein. Ausserdem müssen sie die Einschätzung der Bank darüber widerspiegeln, was ihres Erachtens die wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die EAD sind. Die Auswahl muss durch überzeugende interne Analysen der Bank untermauert werden. Die Bank muss in der Lage sein, ihre EAD-Erfahrungswerte den Faktoren zuzuordnen, die sie als die Bestimmungsfaktoren für die EAD ansieht. Sie muss alle wesentlichen und massgeblichen Informationen für die Ableitung der EAD-Schätzungen verwenden. Für alle Kreditarten gilt, dass eine Bank ihre EAD-Schätzungen überprüfen muss, wenn wesentliche neue Informationen bekannt werden, mindestens jedoch einmal jährlich.

477. Angemessene Aufmerksamkeit muss eine Bank ihren jeweiligen Verfahren und Strategien widmen, die sie zur Überwachung der Kontenführung und des Zahlungsverkehrs anwendet. Die Bank muss ferner beachten, ob sie fähig und bereit ist, in Umständen, die an einen Ausfall grenzen, weitere Kreditinanspruchnahmen zu verhindern, wie z.B. bei Verstössen gegen vertragliche Auflagen oder anderen technischen Ausfallereignissen. Die Banken müssen ausserdem adäquate Systeme und Verfahren anwenden, um den Umfang der Fazilitäten, den tatsächlich in Anspruch genommenen Betrag zugesagter Kreditlinien sowie Veränderungen der Kreditinanspruchnahmen je Schuldner und Risikoklasse zu überwachen. Die Bank muss in der Lage sein, die Kreditinanspruchnahmen auf täglicher Basis zu überwachen.

#### *Ergänzende Anforderungen für Unternehmens-, Staats- und Bankforderungen*

478. Die EAD-Schätzungen müssen auf einen Zeitraum gestützt werden, der im Idealfall einen ganzen Konjunkturzyklus umfasst, aber keinesfalls kürzer als sieben Jahre sein darf. Wenn die verfügbare Beobachtungsperiode einer Datenquelle einen längeren Zeitraum umfasst und die Daten massgeblich sind, muss dieser längere Zeitraum zugrundegelegt werden. Die EAD-Schätzungen müssen unter Verwendung eines ausfallgewichteten Durchschnitts und nicht eines zeitgewichteten Durchschnitts berechnet werden.

#### *Ergänzende Anforderungen für Retail-Forderungen*

479. Die Mindestbeobachtungsperiode für die der EAD-Schätzung zugrundegelegten Daten beträgt für Retail-Kredite fünf Jahre. Je weniger Daten der Bank zur Verfügung stehen, umso konservativer müssen ihre Schätzungen sein. Eine Bank muss historische Daten nicht gleich gewichten, wenn sie der Bankenaufsicht darlegen kann, dass die aktuelleren Daten eine bessere Prognosekraft für die Kreditinanspruchnahmen besitzen.

#### *ix) Mindestanforderungen für die Messung der Effekte von Garantien und Kreditderivaten*

*Anforderungen für Unternehmens-, Staats- und Bankforderungen, für die eigene LGD-Schätzungen verwendet werden, sowie für Retail-Forderungen*

#### *Garantien*

480. Sofern eine Bank ihre eigenen LGD-Schätzungen verwendet, kann sie die risikomindernden Effekte von Garantien durch Anpassung der PD- oder der LGD-Schätzungen berücksichtigen. Das Wahlrecht, die LGD anzupassen, wird nur den Banken eingeräumt, denen die Genehmigung zur Verwendung ihrer internen LGD-Schätzungen erteilt wurde. Für Retail-Kredite, für die entweder für einzelne Kredite oder Pools von Krediten Garantien bestehen, kann eine Bank die risikomindernden Effekte entweder bei ihrer PD- oder bei der LGD-Schätzung berücksichtigen, vorausgesetzt, dass sie dies konsequent tut. Wenn sich eine Bank für das eine oder das andere Verfahren entscheidet, muss sie einen konsequenten Ansatz sowohl für alle Arten von Garantien als auch im Zeitverlauf anwenden.

481. In allen Fällen muss dem Schuldner und allen anerkannten Garantiegebern sowohl zu Beginn als auch fortlaufend ein Rating zugewiesen werden. Eine Bank muss alle Mindestanforderungen für die Zuordnung von Schuldner-Ratings erfüllen, die in diesem Dokument enthalten sind, einschliesslich der regelmässigen Beobachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Fähigkeit und Bereitschaft des Garantiegebers, seine Verpflichtungen zu erfüllen. In Übereinstimmung mit den Anforderungen in den Absätzen 430 und 431 muss eine Bank alle wesentlichen Informationen über einen Schuldner unabhängig von der Garantie und dem Garantiegeber einholen. In den Fällen, in denen für Retail-Forderungen Garantien vorliegen, gelten diese Anforderungen auch für die Zuordnung einer Forderung zu einem Pool und die Schätzung der PD.

482. In keinem Fall darf die Bank dem garantierten Kredit eine angepasste PD oder LGD zuordnen, die dazu führt, dass das angepasste Risikogewicht niedriger ist als für einen vergleichbaren, direkt an den Garantiegeber vergebenen Kredit. Weder die Kriterien noch das Rating-Verfahren dürfen bei der Ermittlung des regulatorischen Eigenkapitals mögliche vorteilhafte Effekte aus erwarteten nicht perfekten Korrelationen zwischen dem Ausfall des Kreditnehmers und dem des Garantiegebers berücksichtigen. Daher darf das angepasste Risikogewicht keine Risikominderung durch Doppelausfalleffekt widerspiegeln.

#### *Anerkennungsfähige Garantiegeber und Garantien*

483. Die anererkennungsfähigen Garantiegeber unterliegen keinerlei Beschränkungen. Die Bank muss allerdings über klar definierte Kriterien verfügen, welche Arten von Garantiegebern sie bei der Ermittlung des regulatorischen Eigenkapitals berücksichtigen will.

484. Die Garantie muss in Schriftform vorliegen, unwiderruflich seitens des Garantiegebers sein, so lange gelten, bis der Kredit vollständig zurückgezahlt ist (entsprechend dem Betrag und der Gültigkeitsdauer der Garantieerklärung) und gegenüber dem Garantiegeber in der Rechtsordnung rechtlich durchsetzbar sein, in der dieser über Vermögenswerte verfügt, die durch ein vollstreckbares Urteil gepfändet werden können. Im Gegensatz zum Basisansatz für Unternehmens-, Staats- und Bankforderungen können jedoch auch Garantien, deren Inanspruchnahme an Bedingungen geknüpft ist (bedingte Garantien), unter bestimmten Voraussetzungen anerkannt werden. In diesen Fällen obliegt es der Bank nachzuweisen, dass die Zuordnungskriterien mögliche Verschlechterungen der Risikominderungseigenschaften angemessen berücksichtigen.

#### *Anpassungskriterien*

485. Eine Bank muss über klar definierte Kriterien für die Anpassung der Schuldner-Ratings oder der LGD-Schätzungen verfügen (bzw. im Fall von Retail-Krediten und angekauften Forderungen über einen Prozess für die Zuordnung der Kredite zu Pools), um den Einfluss der Garantien auf die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen darstellen zu können. Diese Kriterien müssen ebenso detailliert sein wie die Kriterien für die Zuordnung von Krediten zu Risikoklassen gemäss den Absätzen 410 und 411. Sie müssen ausserdem allen in diesem Dokument dargelegten Mindestanforderungen für die Zuordnung von Kreditnehmer- oder Geschäftsratings entsprechen.

486. Die Kriterien müssen plausibel und unmittelbar einleuchtend sein. Sie müssen zudem die Fähigkeit und die Bereitschaft des Garantiegebers berücksichtigen, seinen Verpflichtungen aus der Garantie nachzukommen. Die Kriterien müssen ferner den wahrscheinlichen Zeitpunkt der Zahlungen sowie den Grad berücksichtigen, mit dem die Fähigkeit des Garantiegebers, die Garantieleistung zu erbringen, mit der Zahlungsfähigkeit des Schuldners korreliert ist. Die Kriterien der Bank müssen zusätzlich berücksichtigen, bis zu welchem Ausmass ein Restrisiko in Bezug auf den Kreditnehmer verbleibt, z.B. unterschiedliche Währung der Garantie und der garantierten Forderung.

487. Bei der Anpassung der Schuldner-Ratings oder der LGD-Schätzungen (bzw. im Falle von Retail-Krediten und angekauften Forderungen der Prozess für die Zuordnung der Kredite zu Pools) muss die Bank alle verfügbaren wesentlichen Informationen berücksichtigen.

#### *Kreditderivate*

488. Die Mindestanforderungen für Garantien gelten ebenfalls für auf einzelne Adressen bezogene Kreditderivate. Zusätzliche Anforderungen entstehen, wenn dem Derivat eine andere Forderung als dem abzusichernden Geschäft zugrunde liegt („asset mismatch“). Die Kriterien für die Zuordnung der angepassten Schuldner-Ratings oder LGD-Schätzungen (oder Pools) für Forderungen, die durch Kreditderivate abgesichert sind, müssen gewährleisten, dass die Forderung, auf welche die Absiche-

zung bezogen ist (Referenzaktivum), sich nicht von dem zugrundeliegenden Aktivum unterscheidet, es sei denn, die für den Basisansatz dargelegten Voraussetzungen werden erfüllt.

489. Ergänzend müssen die Kriterien die Zahlungsstruktur des Kreditderivats berücksichtigen und den Einfluss, den sie auf die Höhe und den Zeitpunkt der Eintreibung hat, in konservativer Weise abschätzen. Die Bank muss ausserdem berücksichtigen, in welchem Umfang andere Arten von Restrisiken verbleiben.

#### *Für Banken, die LGD-Schätzungen des Basisansatzes verwenden*

490. Die in den Absätzen 480 bis 489 erläuterten Mindestanforderungen gelten für Banken, die LGD-Schätzungen des Basisansatzes verwenden, mit folgenden Ausnahmen:

- 1) die Bank ist nicht in der Lage, eine LGD-Anpassungsoption zu nutzen
  - 2) der Kreis anererkennungsfähiger Garantien und Garantiegeber ist, wie in Absatz 302 beschrieben, begrenzt
- x) *Besondere Anforderungen für die Schätzung von PD und LGD (oder EL) für qualifizierte angekaufte Forderungen*

491. Die folgenden Mindestanforderungen für die Risikomessung müssen für alle angekauften Forderungen (im Unternehmens- oder Retail-Geschäft) eingehalten werden, indem der Top-Down-Ansatz für das Ausfallrisiko und/oder die IRB-Ansätze für das Verwässerungsrisiko verwendet werden.

492. Die ankaufende Bank hat die Forderungen in ausreichend homogenen Pools zusammenzufassen, sodass genaue und kohärente Schätzungen der PD und LGD (oder des EL) für das Ausfallrisiko und EL-Schätzungen für das Verwässerungsrisiko erfolgen können. Grundsätzlich soll der Segmentierungsprozess die Kreditvergabep Praxis des Verkäufers und die Heterogenität seiner Kundenstruktur widerspiegeln. Ergänzend müssen die Methoden und Daten für die PD-, LGD- und EL-Schätzungen mit den bestehenden Risikomessregeln für Retail-Kredite übereinstimmen. Insbesondere sollen die Einstufungen alle der ankaufenden Bank zugänglichen Informationen bezüglich der Qualität der zugrundeliegenden Forderungen, einschliesslich der Daten über vergleichbare Pools des Verkäufers, des Käufers oder aus externen Quellen berücksichtigen. Die ankaufende Bank muss entscheiden, ob die vom Verkäufer zur Verfügung gestellten Daten den von beiden Seiten getroffenen Vereinbarungen u.a. in Bezug auf Art, Menge und die laufende Qualität der angekauften Forderungen entsprechen. Ist dies nicht der Fall, wird von der ankaufenden Bank erwartet, weitere wesentliche Daten anzufordern, auf die sie ihre Schätzungen stützen kann.

#### *Operationelle Mindestanforderungen*

493. Eine Bank, die Forderungen ankauft, muss belegen, dass die laufenden und künftigen Kreditinanspruchnahmen durch die Liquidation des Pools der angekauften Forderungen (oder durch entsprechendes Inkasso) zurückgezahlt werden können. Um den Top-Down-Ansatz für die Bestimmung des Ausfallrisikos anwenden zu können, ist der Forderungspool und die gesamte Kreditverbindung genau zu beobachten und zu überwachen. Insbesondere hat eine Bank Folgendes darzulegen:

#### *Rechtssicherheit*

494. Die Struktur der Fazilität muss sicherstellen, dass die Bank unter allen vorhersehbaren Umständen tatsächlich Eigentümerin der Forderungen ist und die Zahlungseingänge aus den Forderungen kontrollieren kann, auch wenn der Verkäufer oder Forderungsverwalter in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät oder Konkurs anmeldet. Wenn der Schuldner Zahlungen direkt an den Verkäufer oder den Forderungsverwalter leistet, muss sich die Bank regelmässig davon überzeugen, dass die Zahlungen vollständig und innerhalb der vertraglich vereinbarten Frist an sie weitergeleitet werden. Ebenso sollte das Eigentum an den Forderungen und den Zahlungseingängen gegen Insolvenz oder andere rechtliche Auseinandersetzungen gesichert werden, die zu einer wesentlichen Verzögerung der Fähigkeit des Kreditgebers führen können, die Forderungen einzuziehen bzw. zu zedieren oder die Kontrolle über die Zahlungseingänge zu behalten.

### *Effektivität der Überwachungssysteme*

495. Die Bank muss in der Lage sein, sowohl die Qualität der angekauften Forderungen als auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verkäufers und des Forderungsverwalters überwachen zu können. Insbesondere

- muss die Bank a) die Korrelationen zwischen der Qualität der angekauften Forderungen und den wirtschaftlichen Verhältnissen des Verkäufers und des Forderungsverwalters bewerten sowie b) über interne Richtlinien und Verfahren verfügen, die einen angemessenen Schutz gegen solche Schadenquellen bieten. Dazu zählt auch die Zuordnung interner Ratings zu jedem einzelnen Verkäufer oder Forderungsverwalter
- muss die Bank über eindeutige und wirksame Richtlinien und Verfahren verfügen, um die Eignung der Verkäufer und Forderungsverwalter beurteilen zu können. Die Bank oder ihr Vertreter müssen die Verkäufer und Forderungsverwalter periodisch überprüfen, um sich von der Richtigkeit der Berichte des Verkäufers/Forderungsverwalters zu überzeugen, Betrugsfälle aufzudecken oder operationelle Schwächen offen zu legen. Ausserdem sind die Qualität der Kreditvergabepraktiken des Verkäufers und die Inkassorichtlinien und -verfahren des Forderungsverwalters zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen müssen sorgfältig dokumentiert werden
- muss die Bank in der Lage sein, die Merkmale des Pools der angekauften Forderungen zu beurteilen, einschliesslich a) Überziehungen (over-advances), b) Erfahrungswerten bezüglich Zahlungsrückständen, problembehafteter Forderungen und Zugeständnissen des Verkäufers an problematische Schuldner, c) Zahlungsbedingungen und d) potenzieller Verrechnungskonten (Gegenkonten)
- muss die Bank über wirksame Richtlinien und Verfahren verfügen, um Schuldnerkonzentrationen innerhalb eines Forderungspools und über verschiedene Forderungspools hinweg auf aggregierter Basis beobachten zu können
- muss die Bank zeitnah und ausreichend detaillierte Berichte über die Laufzeitenstruktur (Alterung) und Verwässerung der Forderungen erhalten, um a) sicherzustellen, dass sie mit ihren Auswahlkriterien und Vorschussrichtlinien für angekaufte Forderungen übereinstimmen und um b) ein wirksames Instrument zu haben, mit dem die vom Verkäufer gewährten Konditionen (z.B. Überschreiten der Zahlungsfrist) sowie die Verwässerung beobachtet und beurteilt werden können

### *Wirksamkeit der Krisensysteme*

496. Ein wirksames Verfahren erfordert Systeme und Prozesse nicht allein, um Verschlechterungen der finanziellen Situation des Verkäufers und der Qualität der Forderungen bereits zu einem frühen Zeitpunkt festzustellen, sondern auch um den Problemen bereits frühzeitig proaktiv entgegenwirken zu können. Insbesondere

- sollte die Bank über klare und wirksame Richtlinien, Verfahren und Informationssysteme verfügen, um die Übereinstimmung mit a) allen vertraglichen Vereinbarungen (einschl. der Auflagen, Bedingungen für Vorschüsse, Konzentrationslimits, Schwellenwerte für vorzeitige Tilgungen usw.) und b) den bankinternen Vorgaben hinsichtlich der Behandlung von Vorschüssen und der Eignung der Forderungen zu überwachen. Die Systeme der Bank sollten Vertragsverletzungen und Verzichtserklärungen sowie Abweichungen und Ausnahmen von den geltenden Richtlinien und Verfahren aufzeichnen
- sollte die Bank, um unangemessene Ziehungen zu begrenzen, über wirksame Richtlinien und Verfahren verfügen, damit Überziehungen festgestellt, genehmigt, beobachtet und korrigiert werden können
- sollte die Bank über wirksame Richtlinien und Verfahren verfügen, wie im Falle von finanziell geschwächten Verkäufern oder Forderungsverwaltern und/oder nachlassender Qualität des Forderungspools vorzugehen ist. Dies umfasst u.a. Schwellenwerte für eine vorzeitige Beendigung von revolvingierenden Strukturen und andere vertragliche Schutzklauseln, einen strukturierten und disziplinierten Ansatz, wie im Falle von Vertragsverletzungen vorzugehen ist, sowie klare und wirksame Richtlinien und Verfahren für die Einleitung rechtlicher Schritte und den Umgang mit problembehafteten angekauften Forderungen

### *Wirksamkeit der Systeme für die Überwachung der Sicherheiten, der Kreditverfügbarkeit und der Zahlungen*

497. Die Bank muss über klare und wirksame Richtlinien und Verfahren verfügen, die die Überwachung der Forderungen, der Kreditgewährung und der Zahlungen regeln. Insbesondere

- müssen schriftlich niedergelegte interne Richtlinien alle wesentlichen Elemente des Forderungsankaufsprogramms spezifizieren, einschliesslich Kreditzinssätze, geeigneten Sicherheiten, erforderlichen Dokumentationen, Konzentrationslimits und der Behandlung von Zahlungseingängen. Diese Elemente sollten alle wesentlichen und massgeblichen Faktoren, einschliesslich der finanziellen Verhältnisse des Verkäufers/Forderungsverwalters, Risikokonzentrationen und Trendentwicklungen bei der Qualität der Forderungen sowie beim Kundenstamm des Verkäufers angemessen berücksichtigen
- müssen interne Systeme sicherstellen, dass Vorschüsse nur gegen genau bezeichnete Sicherheiten und eine genau bezeichnete Dokumentation (wie z.B. Bestätigungen des Forderungsverwalters, Rechnungen, Frachtdokumente usw.) erfolgen

### *Einhaltung der bankinternen Richtlinien und Verfahren*

498. Um sich auf die Kontroll- und Überwachungssysteme zur Begrenzung der Kreditrisiken verlassen zu können, sollte die Bank über wirksame interne Verfahren verfügen, um die Einhaltung aller entscheidenden Richtlinien und Verfahren beurteilen zu können, einschliesslich

- regelmässiger interner und/oder externer Prüfungen aller kritischen Phasen eines Forderungsankaufsprogramms
- der Überprüfung der Funktionstrennung zwischen i) der Beurteilung des Verkäufers/Forderungsverwalters und der Beurteilung des Schuldners und ii) zwischen der Beurteilung des Verkäufers/Forderungsverwalters und der externen Prüfung des Verkäufers/Forderungsverwalters

499. Ein wirksamer bankinterner Prozess zur Beurteilung der Einhaltung aller entscheidenden Richtlinien und Verfahren sollte ausserdem eine Bewertung des Back-Office-Betriebs mit besonderem Augenmerk auf Qualifikation, Erfahrung und Anzahl der eingesetzten Mitarbeiter sowie auf die unterstützenden Systeme umfassen.

## **8. Validierung der internen Schätzungen**

500. Die Banken müssen über ein stabiles Verfahren zur Validierung der Genauigkeit und Konsistenz der Rating-Systeme und -Verfahren sowie der Schätzung aller relevanten Risikokomponenten verfügen. Eine Bank muss ihrer Aufsichtsinstanz nachweisen, dass die Leistungsfähigkeit des internen Rating-Verfahrens und der Risikoschätzsysteme durch die interne Validierung kohärent und aussagekräftig beurteilt werden kann.

501. Die Banken müssen regelmässig für jede Risikoklasse die realisierten Ausfallraten mit den geschätzten PD vergleichen. Sie müssen nachweisen können, dass die realisierten Ausfallraten innerhalb der erwarteten Bandbreite für die jeweilige Klasse liegen. Banken, die den fortgeschrittenen IRB-Ansatz verwenden, müssen diese Vergleiche mit ihren LGD- und EAD-Schätzungen vervollständigen. Die Vergleiche sollten auf historischen Zeitreihen basieren, die möglichst weit zurückreichen. Die dabei verwendeten Methoden und Daten müssen klar dokumentiert werden. Diese Vergleiche und Dokumentationen müssen mindestens jährlich aktualisiert werden.

502. Die Banken müssen auch andere quantitative Validierungstechniken und Vergleiche mit relevanten externen Datenquellen einsetzen. Die Analysen sollten auf Daten basieren, die für das entsprechende Portfolio anwendbar sind, regelmässig aktualisiert werden und einen entsprechend massgeblichen Beobachtungszeitraum abdecken. Die bankinterne Beurteilung der Leistungsfähigkeit des eigenen Rating-Systems muss auf langfristigen Datenreihen basieren, eine bestimmte Bandbreite wirtschaftlicher Rahmenbedingungen abdecken und sollte idealerweise einen oder mehrere ganze Konjunkturzyklen umfassen.

503. Die Banken müssen nachweisen, dass die quantitativen Testmethoden und andere Validierungsmethoden sich nicht systematisch mit dem Konjunkturverlauf verändern. Änderungen der Methoden und Daten (sowohl der Datenquellen als auch der berücksichtigten Zeithorizonte) müssen klar und sorgfältig dokumentiert werden.

504. Die Bank muss über klar formulierte interne Standards für Situationen verfügen, in denen die Abweichungen der realisierten PD, LGD und EAD von den erwarteten Werten so signifikant sind, dass die Validität der Schätzungen infrage gestellt wird. Diese Standards müssen Konjunkturzyklen und ähnliche systematisch erfolgende Abweichungen in den Ausfallwerten berücksichtigen. Wenn die realisierten Werte kontinuierlich höher sind als die erwarteten Werte, müssen die Banken ihre Schätzungen entsprechend heraufsetzen, um den Erfahrungen mit Ausfall- und Verlustwerten Rechnung zu tragen.

505. Wenn Banken sich mehr auf aufsichtliche als auf interne Schätzungen der Risikoparameter stützen, werden sie dazu angehalten, die realisierten LGD und EAD mit den aufsichtlich vorgegebenen Werten zu vergleichen. Die Informationen über realisierte LGD und EAD sollten Bestandteil der bankeigenen Einschätzung des ökonomischen Kapitals sein.

## **9. Aufsichtliche Schätzungen von LGD und EAD**

506. Banken, die den IRB-Basisansatz anwenden, aber die oben aufgeführten Kriterien für eigene LGD- und EAD-Schätzungen nicht erfüllen, müssen den Mindestanforderungen des Standardansatzes entsprechen, um die anererkennungsfähigen finanziellen Sicherheiten berücksichtigen zu können (s. Abschnitt II.D: Der Standardansatz – Kreditrisikominderung). Sie müssen die folgenden zusätzlichen Mindestanforderungen erfüllen, um die Anerkennung für weitere Sicherheitenarten zu erhalten.

i) *Definition anererkennungsfähiger Sicherheiten in Form von gewerblichen Immobilien („commercial real estate“, CRE) und Wohnimmobilien („residential real estate“, RRE)*

507. Anerkennungsfähige CRE und RRE als Sicherheiten für Kredite an Unternehmen, Staaten und Banken sind definiert als:

- Sicherheiten, bei denen das Kreditnehmerrisiko nicht wesentlich von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Immobilie bzw. der projektierten Immobilie abhängig ist, sondern vielmehr von der Fähigkeit des Kreditnehmers zur Rückzahlung der Schulden aus anderen Quellen. Somit ist die Rückzahlung der Fazilität nicht hauptsächlich von den Zahlungsströmen abhängig, die aus der zugrundeliegenden, als Sicherheit dienenden CRE/RRE generiert werden<sup>85</sup>
- der Wert der verpfändeten Sicherheit sollte zusätzlich nicht wesentlich von der Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers abhängig sein. Diese Anforderung zielt nicht darauf ab, Situationen auszuschliessen, in denen rein makroökonomische Faktoren sowohl den Wert der Sicherheit als auch die Leistungsfähigkeit des Kreditnehmers beeinflussen

508. Angesichts der obigen Beschreibung und der Definition von Unternehmenskrediten sind Mietimmobilien, die unter die Forderungskategorie der Spezialfinanzierungen fallen, ausdrücklich von der Anerkennung als Sicherheiten für Unternehmenskredite ausgeschlossen.<sup>86</sup>

ii) *Operationelle Anforderungen für anererkennungsfähige CRE und RRE*

509. Auch wenn sie der obigen Definition entsprechen, werden CRE und RRE nur dann als Sicherheiten für Unternehmenskredite anerkannt, wenn alle folgenden operationellen Anforderungen erfüllt werden.

---

<sup>85</sup> Der Ausschuss erkennt an, dass in einigen Ländern, in denen Mehrfamilienhäuser ein wichtiger Bestandteil des Immobilienmarktes sind und in denen dieser Bereich öffentlich gefördert wird, einschl. spezieller öffentlicher Unternehmen als Hauptanbieter, die Risikomerkmale der durch Hypotheken/Grundpfandrechte auf solche Wohnimmobilien besicherten Kredite sehr ähnlich sein können wie bei traditionellen Unternehmenskrediten. Unter diesen Umständen kann die nationale Aufsicht Hypotheken/Grundpfandrechte auf Mehrfamilienhäuser als anererkennungsfähige Sicherheit für Unternehmenskredite zulassen.

<sup>86</sup> Wie in Fussnote 69 beschrieben, können in Ausnahmefällen bei hochentwickelten und seit Langem bestehenden Märkten Hypotheken/Grundpfandrechte auf Büroimmobilien, Mehrzweckgeschäftsräume und/oder an mehrere Parteien vermietete Geschäftsräume als Sicherheit für das Unternehmensportfolio anerkannt werden. Zur Aufzählung der Anerkennungskriterien s. Fussnote 25 zu Absatz 74.

- *Rechtliche Durchsetzbarkeit:* Jeder Anspruch auf eine hereingenommene Sicherheit muss in allen betreffenden Gerichtsständen durchsetzbar sein, und jeder Anspruch auf die Sicherheit muss ordnungsgemäss und rechtzeitig geltend gemacht werden. Ansprüche aus der Sicherheit sollten ein unanfechtbares Pfandrecht darstellen (d.h. alle rechtlichen Anforderungen zum Nachweis des Anspruchs sind erfüllt). Darüber hinaus sollten die Sicherheitenvereinbarung und das zugrundeliegende rechtliche Verfahren so ausgestaltet sein, dass sie der Bank eine Verwertung der Sicherheit in einem angemessenen Zeitrahmen ermöglichen.
- *Objektiver Marktwert der Sicherheit:* Die Sicherheit darf höchstens mit dem aktuellen Zeitwert bewertet werden, zu dem die Immobilie am Tag der Bewertung auf dem privaten Markt von einem verkaufsbereiten Veräusserer an einen aussenstehenden Käufer verkauft werden könnte.
- *Regelmässige Neubewertung:* Es wird von der Bank erwartet, dass sie den Wert der Sicherheit(en) regelmässig überwacht, mindestens aber einmal pro Jahr. Eine häufigere Überwachung wird empfohlen, wenn der Markt starken Schwankungen ausgesetzt ist. Statistische Bewertungsverfahren (z.B. Betrachtung von Immobilienpreisindizes, Stichprobenverfahren) können herangezogen werden, um Schätzungen zu aktualisieren oder um Wertverluste von Sicherheiten und die Notwendigkeit ihrer Neubewertung festzustellen. Die Immobilie muss von einem qualifizierten Fachmann bewertet werden, wenn Informationen darüber vorliegen, dass der Wert der Sicherheit im Vergleich zu allgemeinen Marktpreisen wesentlich gesunken ist oder ein Kreditereignis, wie z.B. ein Kreditausfall, eingetreten ist.
- *Nachrangigkeit des Pfandrechts:* In einigen Mitgliedstaaten sind anerkennungsfähige Sicherheiten auf vorrangige Grundschulden/Pfandrechte beschränkt.<sup>87</sup> Nachrangige Pfandrechte können einbezogen werden, wenn es keinen Zweifel an der rechtlichen Durchsetzbarkeit gibt und eine Kreditrisikominderung effektiv gegeben ist. Werden nachrangige Rechte anerkannt, müssen diese nach den C\*/C\*\*-Grenzwerten bewertet werden, die auch für vorrangige Rechte benutzt werden. In diesen Fällen werden C\* und C\*\* unter Berücksichtigung der Summe der nachrangigen und aller vorrangigen Grundpfandrechte berechnet.

510. Beim Sicherheitenmanagement müssen folgende weitere Anforderungen erfüllt werden:

- Die Arten der von der Bank akzeptierten CRE und RRE sowie die Kreditvergabegrundsätze bei Hereinnahme solcher Sicherheiten (Kreditzinssätze) müssen eindeutig dokumentiert werden
- Die Bank muss sicherstellen, dass die Immobilie, die als Sicherheit dient, angemessen gegen Schäden oder Zerstörung versichert ist
- Die Bank muss das Ausmass zulässiger vorrangiger Ansprüche (z.B. Steuern) bezüglich der Immobilie permanent überwachen
- Die Bank hat das Risiko einer hinsichtlich der Sicherheit entstehenden Haftung aus Umweltverschmutzung angemessen zu überwachen, wie z.B. das Vorhandensein von giftigem Material auf einem Grundstück

iii) *Anforderungen an die Anerkennung verpfändeter finanzieller Forderungen*

*Definition der anerkennungsfähigen Forderungsabtretungen*

511. Anerkennungsfähige finanzielle Forderungsabtretungen sind Forderungen mit einer Anfangslaufzeit von weniger oder gleich einem Jahr, bei denen die Rückzahlung durch umsatzgebundene oder finanzielle Zahlungen aus dem zugrundeliegenden Aktivum des Kreditnehmers erfolgt. Dies schliesst sowohl Forderungen aus Lieferungen oder Leistung im Verbund mit einer gewerblichen Transaktion als auch allgemeine Beträge ein, die von Käufern, Lieferanten, Mietern, nationalen und lokalen staatlichen Stellen oder sonstigen nicht verbundenen Parteien ohne Beziehung zum Verkauf von Waren und Dienstleistungen im Verbund mit einer gewerblichen Transaktion

---

<sup>87</sup> In einigen Rechtsordnungen sind die vorrangigen Grundpfandrechte bevorrechtigten Gläubigern vorbehalten, wie z.B. im Falle von ausstehenden Steuerzahlungen und Lohnforderungen der Arbeitnehmer.

geschuldet werden. Die anererkennungsfähigen Forderungsabtretungen schliessen weder Forderungen im Zusammenhang mit Verbriefungen oder Unterbeteiligungen noch Kreditderivate ein.

### *Operationelle Anforderungen*

#### *Rechtssicherheit*

512. Die rechtlichen Vereinbarungen für die Bereitstellung von Sicherheiten müssen durchsetzbar sein und sicherstellen, dass der Kreditgeber eindeutige Rechte an den Erlösen aus der Sicherheit hat.

513. Die Banken müssen alle notwendigen Schritte unternehmen, um die ortsüblichen Anforderungen an die Durchsetzbarkeit der Sicherungsrechte zu erfüllen, z.B. indem ein Sicherungsrecht in ein Register eingetragen wird. Die Rahmenbedingungen sollten dem potenziellen Kreditgeber einen unanfechtbaren erstrangigen Anspruch auf die Sicherheit geben.

514. Die Dokumentation für besicherte Geschäfte muss für alle Parteien verpflichtend und in allen betroffenen Rechtsordnungen rechtlich durchsetzbar sein. Die Banken müssen dies durch eine ausreichende rechtliche Prüfung und eine wohlbegründete Rechtsgrundlage sicherstellen. Soweit nötig, ist die laufende Durchsetzbarkeit durch weitere Prüfungen sicherzustellen.

515. Die Sicherheitenvereinbarungen müssen ordnungsgemäss dokumentiert werden und ein klares, solides Verfahren für die zeitnahe Verwertung der Sicherheit beinhalten. Die Vorgehensweise der Banken sollte sicherstellen, dass alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, um die Zahlungsunfähigkeit des Kunden festzustellen und die Sicherheit rechtzeitig zu verwerten. Bei Zahlungsschwierigkeiten oder einem Ausfall des Schuldners sollte die Bank das Recht haben, die verpfändeten Forderungen ohne Zustimmung des Forderungsschuldners zu verkaufen oder an andere Parteien abzutreten.

#### *Risikomanagement*

516. Die Bank muss über solide Prozesse zur Bestimmung des Kreditrisikos der verpfändeten Forderungen verfügen. Ein solcher Prozess sollte u.a. Analysen des Unternehmens und der Branche des Kreditnehmers (z.B. Auswirkungen von Konjunkturzyklen) sowie seines Kundenkreises beinhalten. In den Fällen, in denen sich die Bank auf die Angaben des Kreditnehmers verlässt, um das Kreditrisiko von dessen Kunden zu bestimmen, muss sie die Kreditpolitik des Kreditnehmers überprüfen, um deren Solidität und Zuverlässigkeit zu bestimmen.

517. Die Differenz zwischen der Höhe der eigenen Forderung und dem anzurechnenden Wert der verpfändeten Forderungen muss alle relevanten Faktoren berücksichtigen, einschliesslich der Inkassokosten, Konzentrationen innerhalb der einzelnen verpfändeten Forderungspools und möglicher Konzentrationsrisiken im Gesamtkreditbestand der Bank.

518. Die Bank muss für einen fortlaufenden Überwachungsprozess sorgen, der den spezifischen Positionen (direkte Positionen oder Eventualpositionen) die risikomindernden Sicherheiten zuordnet. Dieser Prozess kann – falls angemessen und relevant – Restantenlisten, eine Kontrolle der Geschäftsdokumente, kreditbezogene Zertifikate, die regelmässige Prüfung der Sicherheiten, Buchungsbestätigungen, Kontrollen der Rechnungseingänge, eine Untersuchung der Verwässerungseffekte (Kreditvergabe des Kreditnehmers an die Forderungsschuldner) und regelmässige Bonitätsbeurteilungen des Kreditnehmers und der Forderungsschuldner beinhalten, insbesondere, wenn wenige grosse Forderungen als Sicherheit hereingenommen werden. Die Einhaltung der Gesamtkonzentrationslimits der Bank sollte überwacht werden. Zusätzlich sollte die Einhaltung von Klauseln in den Kreditverträgen, Umweltauflagen und anderen rechtlichen Anforderungen regelmässig überprüft werden.

519. Die vom Kreditnehmer verpfändeten Forderungen sollten diversifiziert und nicht übermässig mit dem Kreditnehmer korreliert sein. Wenn eine hohe Korrelation besteht, z.B. wenn die Überlebensfähigkeit einiger Forderungsschuldner vom Kreditnehmer abhängt oder der Kreditnehmer und die Forderungsschuldner zur gleichen Branche gehören, sollten die damit verbundenen Risiken bei der Festlegung von Sicherheitsabschlägen für den Forderungspool als Ganzes berücksichtigt werden. Forderungen von mit dem Kreditnehmer verbundenen Adressen (einschl. Tochtergesellschaften und Angestellte) werden nicht als risikomindernd anerkannt.

520. Die Bank sollte über einen dokumentierten Prozess für das Forderungsinkasso bei Zahlungsschwierigkeiten verfügen. Die hierfür erforderlichen Verfahren und Einrichtungen sollten vorhanden sein, auch wenn normalerweise der Kreditnehmer für das Inkasso zuständig ist.

### *Anforderungen an die Anerkennung sonstiger Sicherheiten*

521. Die Bankenaufsicht kann bestimmte weitere physische Sicherheiten als Risikominderung anerkennen. Jede Aufsichtsinstanz wird festlegen, ob überhaupt und wenn ja, welche Sicherheitenarten in ihrer Rechtsordnung die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Vorhandensein liquider Märkte für eine schnelle und ökonomisch effiziente Verwertung der Sicherheiten
- Vorhandensein von allgemein anerkannten und öffentlich verfügbaren Marktpreisen für die Sicherheiten. Die Aufsicht wird darauf achten, dass der realisierte Erlös aus den Sicherheiten nicht signifikant von den Marktpreisen abweicht

522. Um die Anerkennung für zusätzliche physische Sicherheiten zu erhalten, muss die Bank alle Grundsätze der Absätze 509 und 510 unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen einhalten.

- Vorrangigkeit: Mit der einzigen Ausnahme für zulässige vorrangige Ansprüche gemäss Fussnote 87 werden nur vorrangige Pfandrechte bzw. Ansprüche auf Sicherheiten zugelassen. Daher muss die Bank bei den realisierten Erlösen aus der Sicherheit Vorrang vor allen anderen Gläubigern haben
- Der Kreditvertrag muss detaillierte Beschreibungen der Sicherheiten sowie der Art und Häufigkeit der Neubewertung enthalten
- Die von der Bank akzeptierten Arten von physischen Sicherheiten und die Grundsätze und Verfahrensweisen bei der Bestimmung der für jede Art von Sicherheit angemessenen Höhe im Verhältnis zum Kreditbetrag müssen in internen Kreditgrundsätzen und -prozessen klar dokumentiert sein und für eine Überprüfung und/oder Revision zur Verfügung stehen
- Die Kreditgrundsätze der Bank hinsichtlich der Transaktionsstruktur müssen angemessene Anforderungen an die Sicherheiten im Verhältnis zum Kreditbetrag, die Möglichkeit zur raschen Verwertung der Sicherheit, die Fähigkeit, einen objektiven Preis oder Marktwert beziffern zu können, die Häufigkeit, mit der der Preis bestimmt werden kann (einschl. einer Schätzung oder Bewertung durch einen Experten) und die Volatilität des Sicherheitenwerts ansprechen. Im periodischen Bewertungsprozess ist Sicherheiten, die Trendscheinungen unterliegen, besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um sicherzustellen, dass die Bewertung um Trend und Modelljahr bereinigt und aufgrund von Alterung, Verschleiss oder Wertverfall reduziert wird
- Bei Vorräten (z.B. Rohstoffe, halbfertige Güter, fertige Erzeugnisse, Lagerbestand an Automobilen bei Händlern) und Ausrüstungen muss der periodische Neubewertungsprozess die physische Überprüfung der Sicherheiten beinhalten

### **10. Anforderungen für die Anerkennung von Leasing**

523. Ein Leasing, das die Bank keinem Restwertrisiko aussetzt (s. Absatz 524), wird genauso behandelt wie Forderungen, die durch die gleiche Art von Sicherheiten besichert werden. Die Mindestanforderungen für diese Sicherheitenart (gewerbliche Immobilien, Wohnimmobilien oder andere Sicherheiten) müssen erfüllt werden. Zusätzlich müssen folgende Anforderungen erfüllt werden:

- solides Risikomanagement beim Leasinggeber hinsichtlich des Standorts des Leasinggegenstandes, seiner Nutzung, seines Alters und der geplanten Nutzungsdauer
- robuste rechtliche Rahmenbedingungen, die das rechtliche Eigentum des Leasinggebers an den Gegenständen und die Fähigkeit, die Eigentumsrechte auch zeitnah auszuüben, sicherstellen
- Die Differenz zwischen der Abschreibungsquote des geleasteten Gegenstands und der Amortisationsrate der Leasingzahlungen darf nicht so gross sein, dass der mit dem Leasinggegenstand verbundene risikomindernde Effekt überzeichnet wird

524. Ein Leasing, das die Bank einem Restwertrisiko aussetzt, wird wie folgt behandelt. Das Restwertrisiko ist der mögliche Verlust der Bank, der entsteht, wenn der Zeitwert des Gegenstands unter den Restwert sinkt, der bei Leasingbeginn geschätzt wurde.

- Die abgezinsten Leasingzahlungsströme erhalten ein Risikogewicht entsprechend der Finanzkraft des Leasingnehmers (PD) und eine – je nach verwendetem IRB-Ansatz – aufsichtliche oder selbst geschätzte LGD.
- Der Restwert erhält ein Risikogewicht von 100%.

## **11. Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Beteiligungspositionen**

### *i) Der auf bankinternen Marktrisikomodellen basierende Ansatz*

525. Um den auf bankinternen Marktrisikomodellen beruhenden Marktansatz anwenden zu dürfen, hat eine Bank ihrer Aufsichtsinstanz nachzuweisen, dass sie gewisse quantitative und qualitative Mindestanforderungen erfüllt – sowohl zum Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des Ansatzes als auch im weiteren Zeitablauf. Gelingt es einer Bank nicht, eine laufende Einhaltung der Mindestanforderungen nachzuweisen, so hat sie einen Plan zu entwickeln, der eine rasche Wiedereinhaltung sicherstellt, die Zustimmung der Bankenaufsicht zu diesem Plan einzuholen und den Plan zeitnah umzusetzen. In der Zwischenzeit hat sie den einfachen Risikogewichtsansatz zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen zu verwenden.

526. Der Ausschuss erkennt an, dass angesichts der Unterschiede bei Märkten, Messmethoden, Beteiligungsanlagen und Managementpraktiken die Banken und Aufsichtsinstanzen ihre Arbeitsabläufe an die jeweiligen Gegebenheiten anpassen müssen. Der Ausschuss beabsichtigt nicht, den Banken die Form oder operative Einzelheiten ihrer Risikosteuerungspolitik und Messmethoden für Beteiligungspositionen im Anlagebuch vorzuschreiben. Einige Mindestanforderungen sind jedoch genauer ausgestaltet. Jede Aufsichtsinstanz wird detaillierte Prüfverfahren entwickeln, die sicherstellen, dass die Risikomesssysteme und Managementkontrollen der Banken als Grundlage für den auf internen Marktrisikomodellen basierenden Ansatz angemessen sind.

### *ii) Eigenkapitalanforderungen und Risikomessung*

527. Die folgenden quantitativen Mindestanforderungen gelten für die Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderungen mithilfe des auf internen Marktrisikomodellen basierenden Ansatzes.

- a) Die Eigenkapitalanforderungen entsprechen dem Verlustpotenzial der Beteiligungspositionen der Bank, welches mit einem angenommenen plötzlichen Schock unter Zugrundelegung eines einseitigen 99%-Konfidenzniveaus für die Differenz zwischen den vierteljährlichen Gewinnen und einem angemessenen risikolosen Zins auf der Basis einer langfristigen Zeitreihe ermittelt wird.
- b) Die geschätzten Verluste sollten gegenüber ungünstigen Marktbewegungen, die für das langfristige Risikoprofil der Beteiligungsbestände der Bank relevant sind, stabil sein. Die zur Herleitung der Ertragsverteilungen verwendeten Daten sollten soweit wie möglich in die Vergangenheit zurückreichen und in zutreffender Weise das Risikoprofil dieser Beteiligungsbestände widerspiegeln. Die verwendeten Daten sollten hinreichend konservative, statistisch verlässliche und stabile Verlustschätzungen liefern können, die nicht auf rein subjektiven oder wertenden Überlegungen basieren. Die Banken müssen gegenüber der Bankenaufsicht belegen, dass der unterstellte Schock eine konservative Schätzung für die potenziellen Verluste, die über den relevanten langfristigen Markt- oder Konjunkturzyklus auftreten können, darstellt. Modellen, die bei der Schätzung Daten benutzen, die keinen realistischen Bereich langfristiger Erfahrung umfassen, einschliesslich einer Periode ziemlich schwerwiegender Kursverluste der für die Bank relevanten Beteiligungswerte, wird unterstellt, zu optimistische Ergebnisse zu liefern, es sei denn, es gibt glaubwürdige Belege für angemessene Anpassungen innerhalb des Modells. Ohne solche Anpassungen muss die Bank die empirische Analyse der verfügbaren Daten mit einer Reihe von auf verschiedenen Faktoren basierenden Anpassungen kombinieren, um realistische und konservative Modellergebnisse zu erzielen. Bei der Konstruktion von Value-at-Risk-Modellen (VaR) zur Schätzung von potenziellen Quartalsverlusten können die Banken Quartalsdaten oder Daten mit einem kürzeren Zeithorizont verwenden, die anhand analytisch angemessener und empirisch überprüfter Methoden in Quartalsdaten umgerechnet werden. Solche Anpassungen müssen auf der Basis gut entwickelter und gut dokumentierter Überlegungen und Analysen angewandt werden. Generell müssen diese Anpassungen konservativ und im Zeitablauf konsistent angewandt werden. Ausserdem müssen die Banken dort, wo Daten nur in einem begrenzten

Masse verfügbar sind oder es technische Einschränkungen gibt, sodass die Schätzungen einer einzelnen Methode von unsicherer Qualität sind, angemessene Sicherheitszuschläge anwenden, um allzu optimistische Ergebnisse zu vermeiden.

- c) Es wird kein bestimmter Typ eines VaR-Modells (z.B. Varianz-Kovarianz, historische Simulation oder Monte-Carlo-Simulation) vorgeschrieben. Das verwendete Modell muss jedoch in der Lage sein, alle wesentlichen in den Beteiligungserträgen enthaltenen Risiken adäquat abzubilden, einschliesslich des allgemeinen Marktrisikos und des besonderen Kursrisikos des Beteiligungsportfolios der Bank. Interne Modelle müssen in angemessener Weise die historischen Preisschwankungen erklären, sowohl den Umfang als auch die Veränderungen in der Zusammensetzung von potenziellen Konzentrationen erfassen und stabil gegenüber widrigen Marktumständen sein. Die Zusammensetzung der zur Schätzung verwendeten Daten muss so weit wie möglich an die Beteiligungspositionen der Bank angepasst oder zumindest damit vergleichbar sein.
- d) Banken können auch Modelltechniken wie z.B. die historische Szenarioanalyse verwenden, um die Mindestkapitalanforderungen für die Beteiligungspositionen des Anlagebuchs zu bestimmen. Die Verwendung solcher Modelle steht unter dem Vorbehalt, dass die Bank der Bankenaufsicht darlegen kann, dass die Methodik und die Ergebnisse in Form von Verlust-Perzentilen, wie in a) spezifiziert, quantifiziert werden können.
- e) Die Banken müssen ein internes Modell verwenden, das dem Risikoprofil und der Komplexität ihres Beteiligungsportfolios angemessen ist. Banken mit wesentlichen Beständen, deren Wertentwicklung von Natur aus in hohem Masse nicht linear ist (z.B. Aktien-derivate, Wandelanleihen), müssen ein internes Modell anwenden, das dafür ausgelegt ist, die mit solchen Instrumenten verbundenen Risiken angemessen abzubilden.
- f) Vorbehaltlich einer aufsichtlichen Prüfung können Korrelationen im Beteiligungsportfolio in die bankinternen Risikomessungen einbezogen werden. Die Verwendung expliziter Korrelationen (z.B. die Verwendung eines Varianz-Kovarianz-VaR-Modells) muss vollständig dokumentiert und durch die Verwendung empirischer Analysen gestützt sein. Die Angemessenheit impliziter Korrelationsannahmen wird durch die Bankenaufsicht im Zuge der Prüfung der Modelldokumentation und der Schätztechniken bewertet.
- g) Die Zuordnung einzelner Positionen zu Näherungswerten, Marktindizes, und Risikofaktoren sollte plausibel, unmittelbar einleuchtend und konzeptionell solide sein. Die Zuordnungstechniken und -prozesse sollten vollständig dokumentiert sein, und ihre Angemessenheit für die Beteiligungsbestände der Bank sollte theoretisch und empirisch belegt werden. Dort, wo Expertenurteile mit quantitativen Techniken bei der Schätzung der Renditenvolatilität einer Beteiligungsposition kombiniert werden, muss das Expertenurteil wesentliche und massgebliche Informationen einbeziehen, die nicht von den anderen verwendeten Techniken berücksichtigt wurden.
- h) Dort, wo Faktormodelle verwendet werden, sind entweder Ein- oder Mehrfaktormodelle zulässig, abhängig von der Art der Beteiligungsbestände einer Bank. Von den Banken wird erwartet, dass sie sicherstellen, dass die Faktoren ausreichend sind, um die im Beteiligungsportfolio enthaltenen Risiken zu erfassen. Die Risikofaktoren sollten den jeweiligen Aktienmarktsegmenten entsprechen, in denen die Bank bedeutende Positionen hält (z.B. frei handelbar, nicht frei handelbar, Marktkapitalisierung, Industriesektoren und -untersektoren, Segmente mit bestimmten Betriebsmerkmalen). Während die Banken die Faktoren nach eigenem Ermessen wählen können, müssen sie durch empirische Analysen die Angemessenheit dieser Faktoren darlegen, einschliesslich deren Fähigkeit, sowohl das allgemeine Marktrisiko als auch das besondere Kursrisiko abzudecken.
- i) Schätzungen der Renditenvolatilität von Beteiligungsinvestitionen müssen die verfügbaren wesentlichen und massgeblichen Daten, Informationen und Methoden einschliessen. Eine Bank kann von unabhängiger Stelle überprüfte interne Daten oder Daten aus externen Quellen (einschl. gepoolter Daten) verwenden. Die Anzahl der Risikopositionen in der Stichprobe und die Periode für die Quantifizierung müssen ausreichend gross sein, damit sich die Bank auf die Genauigkeit und die Solidität ihrer Schätzungen verlassen kann. Die Banken sollten angemessene Massnahmen ergreifen, um bei der Schätzung der Renditenvolatilitäten die Möglichkeit eines „sampling bias“ (Verzerrung durch die Auswahl der Stichprobe) und/oder „survivorship bias“ (Verzerrung durch die einseitige Auswahl von fortbestehenden Unternehmen) zu begrenzen.

- j) Es muss ein strenges und umfassendes Stresstest-Programm eingesetzt werden. Die Banken müssen dabei ihre internen Modelle und Schätzverfahren, einschliesslich der Volatilitätsberechnungen, entweder hypothetischen oder historischen Szenarien aussetzen, die die Worst-Case-Verluste bezüglich der Positionen in frei handelbaren und nicht frei handelbaren Beteiligungen widerspiegeln. Zumindest sollten Stresstests angewandt werden, um Informationen über die Auswirkungen von Ereignissen an den Rändern der Verteilung zu liefern, die über das im auf internen Marktrisikomodellen basierenden Ansatz angenommene Konfidenzniveau hinausgehen.

iii) *Risikomanagement: Prozess und Kontrollen*

528. Die gesamten Risikomanagement-Methoden der Banken, mit denen die Beteiligungspositionen im Anlagebuch gesteuert werden, müssen mit den sich stetig weiterentwickelten Praxisempfehlungen des Ausschusses und der nationalen Bankenaufsichtsinstanzen in Einklang stehen. Mit Blick auf die Entwicklung und den Einsatz interner Modelle für Eigenkapitalzwecke müssen die Banken erprobte Verfahrensweisen, Prozesse und Kontrollen vorweisen, die die Stabilität des zur Ableitung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendeten Modells und seiner Entwicklung sicherstellen. Diese Verfahren, Prozesse und Kontrollen sollten Folgendes beinhalten:

- a) volle Einbindung des internen Modells in die allgemeinen Managementinformationssysteme der Bank und in die Verwaltung des Beteiligungsportfolios im Anlagebuch. Die internen Modelle sollten vollständig in die Risikomanagement-Infrastruktur des Instituts eingebunden werden, einschliesslich der Verwendung im Rahmen der: i) Setzung von Mindestrenditen („hurdle rates“) für Anlagen und Beurteilung von Anlagealternativen; ii) Messung und Beurteilung der Rendite des Beteiligungsportfolios (einschl. der risikoangepassten Rendite); und iii) Allokation des ökonomischen Kapitals zu den Beteiligungspositionen und Beurteilung der Angemessenheit der Gesamteigenkapitalausstattung, wie in Säule 2 verlangt. Die Bank sollte – z.B. durch Protokolle eines Anlageausschusses – belegen können, dass die Ergebnisse des internen Modells eine wichtige Rolle im Anlagemanagement spielen
- b) erprobte Managementsysteme, -verfahren und -kontrollfunktionen, die eine periodische und unabhängige Bestandsaufnahme aller Elemente des internen Modellentwicklungsprozesses sicherstellen, einschliesslich der Genehmigung von Modellrevisionen, der sachkundigen Beurteilung der Modelleingaben und der Überprüfung der Modellergebnisse (z.B. direkte Nachprüfung der Risikoberechnungen). Der Verwendung von Näherungswerten und Zuordnungstechniken sowie anderen wesentlichen Modellkomponenten sollte spezielle Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Rahmen dieser Überprüfungen sollten die Genauigkeit, die Vollständigkeit und die Angemessenheit der Modelleingaben und -ergebnisse eingeschätzt werden. Dabei sollte der Schwerpunkt auf die Erkennung und Begrenzung möglicher Fehler, die mit bekannten Modellschwächen einhergehen, sowie auf die Erkennung bisher unbekannter Schwächen des Modells gelegt werden. Derartige Überprüfungen können im Rahmen der internen Revision oder im Rahmen externer Prüfungen durchgeführt werden, durch eine unabhängige Risikokontrolleinheit oder durch eine externe Drittpartei
- c) angemessene Systeme und Prozesse zur Überwachung von Anlagelimits und Risikoengagements bei Beteiligungsanlagen
- d) Die Organisationseinheiten, die für die Entwicklung und Anwendung des Modells verantwortlich sind, müssen funktionell von den Einheiten unabhängig sein, die für das Management der einzelnen Anlagen verantwortlich sind
- e) Die für die Aspekte der Modellentwicklung Verantwortlichen müssen angemessen qualifiziert sein. Die Geschäftsleitung muss der Modellentwicklungseinheit hinreichend ausgebildete und kompetente Ressourcen zuordnen

iv) *Validierung und Dokumentation*

529. Von Banken, die für die Eigenkapitalermittlung interne Modelle verwenden, wird erwartet, dass sie über ein robustes System zur Validierung der Genauigkeit und Kohärenz des Modells und seiner Eingaben verfügen. Sie müssen auch alle wesentlichen Elemente ihres internen Modells und ihres Modellentwicklungsprozesses vollständig dokumentieren. Der Modellentwicklungsprozess selbst, aber auch die Systeme zur Validierung der internen Modelle einschliesslich der kompletten unterstützenden Dokumentation, der Ergebnisse der Validierung und der Erkenntnisse der internen und

externen Überprüfungen unterliegen der Beaufsichtigung und Überprüfung durch die zuständige Bankenaufsicht.

#### *Validierung*

530. Die Banken müssen über ein robustes System verfügen, das die Genauigkeit und Kohärenz ihres internen Modells und ihres Modellentwicklungsprozesses beurteilt. Eine Bank muss ihrer Aufsicht darlegen, dass der interne Validierungsprozess sie in die Lage versetzt, die Leistungsfähigkeit ihrer internen Modelle und Prozesse in kohärenter und aussagefähiger Weise zu beurteilen.

531. Die Banken müssen regelmässig die jeweils aktuelle Renditeentwicklung (ermittelt unter Verwendung realisierter und unrealisierter Gewinne und Verluste) mit den Modellschätzungen vergleichen und in der Lage sein, nachzuweisen, dass sich diese Renditen im Rahmen der erwarteten Bandbreite für das Portfolio und die einzelnen Anlagen bewegen. Derartige Vergleiche müssen historische Daten verwenden, die sich über einen möglichst langen Zeitraum erstrecken. Die Methoden und Daten, die für derartige Vergleiche herangezogen werden, müssen durch die Bank klar dokumentiert werden. Diese Analyse und die Dokumentation sind mindestens jährlich zu aktualisieren.

532. Banken sollten andere quantitative Validierungsinstrumente sowie Vergleiche mit externen Datenquellen verwenden. Die Analyse muss auf Daten basieren, die für das Portfolio angemessen sind, regelmässig aktualisiert werden und eine massgebliche Beobachtungsperiode abdecken. Die interne Einschätzung der Banken zur Leistungsfähigkeit ihres eigenen Modells muss auf langfristigen Datenreihen basieren, die die gesamte Bandbreite wirtschaftlicher Rahmenbedingungen berücksichtigen und idealerweise einen oder mehrere Konjunkturzyklen vollständig abdecken.

533. Die Banken müssen darlegen, dass die Methoden und Daten der quantitativen Validierung im Zeitablauf kohärent gehandhabt werden. Änderungen der Schätzmethode und -daten (sowohl Datenquellen als auch erfasste Zeiträume) müssen klar und sorgfältig dokumentiert werden.

534. Da der Vergleich der tatsächlichen Wertentwicklung mit der erwarteten Entwicklung im Zeitverlauf den Banken die Grundlage dafür bietet, ihre internen Modelle kontinuierlich zu verfeinern und anzupassen, wird erwartet, dass die Banken, die interne Modelle verwenden, über genau beschriebene Modellüberprüfungsstandards verfügen. Diese Standards sind vor allem dann wichtig, wenn die tatsächlichen Ergebnisse signifikant von den Erwartungen abweichen und die Fundiertheit des internen Modells infrage gestellt wird. Diese Standards müssen Konjunkturzyklen und vergleichbare systematische Schwankungen der Renditen von Beteiligungspositionen berücksichtigen. Alle Anpassungen, die als Ergebnis der Modellüberprüfungen an den internen Modellen vorgenommen wurden, müssen genau dokumentiert werden und im Einklang mit den Modellüberprüfungsstandards der Bank stehen.

535. Um die Modellvalidierung durch Rückvergleiche („Backtesting“) auf kontinuierlicher Basis zu erleichtern, müssen Banken, die den auf internen Marktrisikomodellen basierenden Ansatz anwenden, angemessene Datenbanken über die tatsächlichen Quartalsrenditen ihrer Beteiligungsanlagen und über die Schätzungen ihrer internen Modelle aufbauen und pflegen. Die Banken sollten auch die verwendeten Volatilitätsschätzungen rückvergleichen und die Angemessenheit der Näherungswerte, die im Rahmen der internen Modelle verwendet werden, überprüfen. Die Bankenaufsicht kann die Banken bitten, ihre vierteljährlichen Prognosen auf einen unterschiedlichen, insbesondere kürzeren, Zeithorizont zu skalieren, die Daten zur Wertentwicklung in dieser Halteperiode aufzubewahren und die Rückvergleiche auf dieser Grundlage durchzuführen.

#### *Dokumentation*

536. Es obliegt der Bank, die Bankenaufsicht zu überzeugen, dass ein Modell gute Prognoseeigenschaften aufweist und dass die aufsichtlichen Eigenkapitalanforderungen durch seinen Gebrauch nicht verzerrt werden. Entsprechend müssen alle wesentlichen Elemente des internen Modells und des Modellentwicklungsprozesses umfassend und angemessen dokumentiert werden. Im Rahmen der Dokumentation müssen die Banken die Ausgestaltung und die operativen Einzelheiten ihres internen Modells schriftlich darlegen. Die Dokumentation muss die Erfüllung der quantitativen und qualitativen Mindestanforderungen belegen und sollte Aspekte wie die Anwendung des Modells auf verschiedene Segmente des Portfolios, die Schätzmethode, die Verantwortlichkeiten der an der Modellentwicklung Beteiligten sowie die Modellabnahme- und Modellüberprüfungsprozesse behandeln. Insbesondere sollte die Dokumentation folgende Punkte enthalten:

- a) Die Bank hat die Grundprinzipien zu dokumentieren, die bei ihrer Auswahl der internen Modellmethoden den Ausschlag gegeben haben, und sie muss anhand von Analysen nachweisen können, dass das Modell und die Modellentwicklungsprozesse wahrscheinlich zu Schätzungen führen, die in aussagefähiger Weise die Risiken der Beteiligungspositionen der Bank identifizieren. Interne Modelle und Prozesse sind regelmässig darauf zu überprüfen, ob sie nach wie vor in jeder Hinsicht auf das gegenwärtige Portfolio und die äusseren Rahmenbedingungen anwendbar sind. Ausserdem hat die Bank eine Aufzeichnung der grösseren Veränderungen an dem Modell im Zeitverlauf sowie die seit der letzten bankaufsichtlichen Überprüfung vorgenommenen Veränderungen am Modellentwicklungsprozess zu dokumentieren. Wenn Veränderungen aufgrund der internen Überprüfungsstandards vorgenommen wurden, muss die Bank dokumentieren, dass die Veränderungen im Einklang mit den internen Modellüberprüfungsstandards stehen
- b) Bei der Dokumentation ihrer internen Modelle sollten die Banken:
- einen ausführlichen Überblick über die Theorie, die Annahmen und/oder die mathematische und empirische Basis der Parameter, Variablen und Datenquelle(n) geben, die für die Schätzung des Modells verwendet werden
  - einen strengen statistischen Prozess, einschliesslich Leistungsfähigkeitstests ausserhalb des Beobachtungszeitraums (Out-of-Time) und ausserhalb der Stichprobe (Out-of-Sample), zur Validierung der Auswahl der Erklärungsvariablen einführen
  - die Bedingungen aufzeigen, unter denen das Modell keine aussagekräftigen Ergebnisse liefert
- c) Wenn Näherungswerte verwendet und Zuordnungen von Positionen vorgenommen werden, müssen die Banken eine strenge Analyse dahingehend durchgeführt und dokumentiert haben, dass alle ausgewählten Näherungswerte und Zuordnungsverfahren für das Risiko der entsprechenden Beteiligungen hinreichend repräsentativ sind. Die Dokumentation sollte z.B. die wesentlichen und massgeblichen Faktoren aufzeigen (u.a. Geschäftsbereiche, Bilanzmerkmale, geografische Lage, Unternehmensalter, Industriesektoren und -untersektoren, Betriebsmerkmale), die bei der Zuordnung einzelner Anlagen zu Näherungswerten herangezogen wurden. Alles in allem müssen die Banken zeigen, dass die verwendeten Näherungswerte und Zuordnungen:
- in angemessener Weise mit der zugrundeliegenden Anlage oder dem Portfolio vergleichbar sind
  - unter Heranziehung der historischen Wirtschafts- und Marktbedingungen abgeleitet wurden, die für die zugrundeliegenden Anlagen wesentlich und massgeblich sind, oder – wenn dies nicht der Fall ist – dass eine angemessene Anpassung vorgenommen wurde
  - robuste Schätzungen des potenziellen Risikos der zugrundeliegenden Anlage sind

## **12. Offenlegungsanforderungen**

537. Damit eine Bank für die Anwendung des IRB-Ansatzes infrage kommt, muss sie die Offenlegungsanforderungen der Säule 3 erfüllen. Diese sind Mindestanforderungen: Nichterfüllung macht Banken für eine Anwendung des jeweiligen IRB-Ansatzes untauglich.

## IV. Kreditrisiko – Regelwerk zur Behandlung von Verbriefungen

### A. Abgrenzung und Definition der Transaktionen, die unter das Regelwerk für Verbriefungen fallen

538. Banken müssen die Regeln für Verbriefungen zur Bestimmung der aufsichtlichen Eigenkapitalanforderungen auf alle Positionen anwenden, die aus traditionellen oder synthetischen Verbriefungen oder vergleichbaren Konstruktionen mit für Verbriefungen typischen Elementen entstehen. Da Verbriefungen auf vielerlei Art strukturiert sein können, muss die Eigenkapitalanforderung für eine Verbriefungsposition eher auf der Basis der ökonomischen Substanz als anhand der rechtlichen Form bestimmt werden. Ebenso wird die Bankenaufsicht anhand der ökonomischen Substanz einer Transaktion beurteilen, ob sie für Eigenkapitalzwecke unter dieses Regelwerk für Verbriefungen fällt. Den Banken wird empfohlen, mit ihrer Aufsichtsinstanz Kontakt aufzunehmen, wenn sie sich nicht sicher sind, ob eine bestimmte Transaktion als Verbriefungstransaktion anzusehen ist. Beispielsweise kann eine Transaktion, die laufende Zahlungen aus einer Immobilie (z.B. Mieteinnahmen) beinhaltet, unter Umständen als Spezialfinanzierung angesehen werden.

539. Um eine *traditionelle Verbriefung* handelt es sich, wenn die Zahlungen aus einem zugrundeliegenden Pool von Krediten genutzt werden, um mindestens zwei untereinander abgestufte Risikopositionen oder Tranchen zu bedienen, die unterschiedlich hohe Kreditrisiken aufweisen. Die Zahlungen an die Investoren sind – im Gegensatz zu einer Schuldverschreibung, die eine Verbindlichkeit des Emittenten begründet – von der Entwicklung der jeweiligen zugrundeliegenden Forderungen abhängig. Die abgestuften/tranchierten Strukturen, die das Merkmal einer Verbriefung sind, unterscheiden sich von vor- und nachrangigen Schuldverschreibungen dadurch, dass die nachgeordneten Tranchen („junior tranches“) Verluste in einer Weise auffangen, die eine ununterbrochene Fortsetzung der vertraglich vereinbarten Zahlungen an die höherrangigen Tranchen ermöglicht. Innerhalb einer vor- und nachrangig strukturierten Schuldverschreibung dagegen ist die Nachrangigkeit massgebend für die Rangfolge der Ansprüche im Falle einer Liquidation.

540. Eine *synthetische Verbriefung* ist eine Struktur mit mindestens zwei untereinander abgestuften Risikopositionen oder Tranchen, die unterschiedlich hohe Kreditrisiken aufweisen, wobei die Kreditrisiken aus den zugrundeliegenden Forderungen durch Kreditderivate mit sofortiger Kapitalübertragung (z.B. Credit-Linked Notes) oder ohne (z.B. Credit Default Swaps) oder durch Garantien ganz oder teilweise übertragen werden, um das Kreditrisiko dieses Portfolios abzusichern. Dementsprechend ist das Risiko des Investors von der Entwicklung der zugrundeliegenden Forderungen abhängig.

541. Die Position einer Bank in einer Verbriefungstransaktion wird im Folgenden als „Verviebungsposition“ bezeichnet. Verviebungspositionen können u.a. Folgendes umfassen: Asset-Backed Securities (verbriefte Rechte an Forderungen), Mortgage-Backed Securities (verbriefte Rechte an Hypothekarkrediten), Credit Enhancements (Massnahmen zur Verbesserung der Kreditqualität), Liquiditätsfazilitäten, Zins- oder Devisenswaps, Kreditderivate und teilweise Absicherungen (s. Absatz 199). Reservekonten wie z.B. Barsicherheitenkonten, die von der ursprünglich kreditgebenden Bank als Aktivum ausgewiesen werden, müssen ebenfalls als Verviebungsposition behandelt werden.

542. Die einer Verbriefungstransaktion zugrundeliegenden Instrumente können u.a. folgende sein: Darlehen, Kreditzusagen, Asset-Backed und Mortgage-Backed Securities, Unternehmensanleihen, Aktien und nicht frei handelbare Beteiligungen. Der Transaktion können eine oder mehrere Forderungen zugrundeliegen.

### B. Definitionen und allgemeine Terminologie

#### 1. Ursprünglich kreditgebende Bank (Originator)

543. Für die Berechnung der risikogerechten Eigenkapitalunterlegung gilt eine Bank bezüglich einer bestimmten Verbriefung als Originator, wenn sie eines der folgenden Kriterien erfüllt:

- a) Die Bank ist direkt oder indirekt der ursprüngliche Inhaber von zugrundeliegenden Forderungen, die in die Verbriefung einbezogen werden

- b) Die Bank agiert als Sponsor eines Asset-Backed-Commercial-Paper-Programms (ABCP-Programms) oder eines ähnlichen Programms, das Positionen von Dritten ankauft. Im Zusammenhang mit diesen Programmen gilt eine Bank grundsätzlich als Sponsor und damit als Originator, wenn sie tatsächlich oder wirtschaftlich gesehen das Programm leitet oder verwaltet, Wertpapiere am Markt platziert oder Liquidität und/oder Credit Enhancements (Kreditverbesserungen) bereitstellt

## **2. Asset-Backed-Commercial-Paper-Programme (ABCP-Programme)**

544. Ein Programm für forderungsgedekte Geldmarktpapiere (Asset-Backed-Commercial-Paper- oder ABCP-Programm) emittiert vorwiegend Geldmarktpapiere (Commercial Paper) mit einer Anfangslaufzeit von höchstens einem Jahr; diese sind durch Vermögenswerte oder andere Positionen besichert, die von einer insolvenzfernen Zweckgesellschaft gehalten werden.

## **3. Clean-Up-Call**

545. Ein Clean-Up-Call (eine Rückkaufoption) ist eine Option, die es erlaubt, die Verbriefungspositionen (z.B. Asset-Backed Securities) zu kündigen, bevor alle ausstehenden Forderungen oder Verbriefungsforderungen getilgt worden sind. Bei traditionellen Verbriefungen erfolgt dies im Allgemeinen durch Rückkauf der verbleibenden Verbriefungspositionen, sobald der Restbetrag des Forderungspools oder der noch ausstehenden Wertpapiere unter einen festgelegten Grenzwert fällt. Bei synthetischen Verbriefungen kann der Clean-Up-Call aus einer Klausel bestehen, die die Kreditbesicherung aufhebt.

## **4. Credit Enhancement (Massnahmen zur Verbesserung der Kreditqualität)**

546. Ein Credit Enhancement ist eine vertragliche Vereinbarung, bei der die Bank eine Verbriefungsposition zurückbehält oder übernimmt und dadurch im Ergebnis anderen Beteiligten an der Transaktion einen gewissen zusätzlichen Schutz vor Verlusten bietet.

## **5. Die Kreditqualität verbessernde Interest-Only-Strips**

547. Ein die Kreditqualität verbessernder Interest-Only-Strip (I/O; isoliert gehandelter Zins) ist eine Bilanzposition, die i) eine Bewertung der Zahlungsströme, die aus dem zukünftigen Margeneinkommen resultieren, darstellt und ii) nachrangig ist.

## **6. Vorzeitige Rückzahlung**

548. Klauseln über eine vorzeitige Rückzahlung sehen die Auszahlung der emittierten Wertpapiere an die Investoren vor Ablauf der ursprünglich festgelegten Laufzeit vor, sobald ein bestimmter Auslöser eintritt. Für eine risikogerechte Eigenkapitalberechnung wird zwischen kontrollierten und „unkontrollierten“ Rückzahlungsoptionen unterschieden. Eine kontrollierte Rückzahlungsoption muss alle folgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Die Bank muss über einen angemessenen Kapital-/Liquiditätsplan verfügen, um sicherzustellen, dass sie im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung über ausreichend Kapital und Liquidität verfügt
- b) Während der gesamten Laufzeit der Transaktion, einschliesslich des Tilgungszeitraums, erfolgt dieselbe anteilige Aufteilung der Zinsen, Tilgungen, Kosten, Verluste und Verwertungserlöse basierend auf den jeweiligen Anteilen der Bank und der Investoren an den zu Beginn eines jeden Monats ausstehenden Forderungen
- c) Die Bank muss für die Tilgung einen Zeitraum festsetzen, der lang genug ist, damit wenigstens 90% der zu Beginn dieses Zeitraums ausstehenden Forderungen schon zurückgezahlt oder als ausgefallen anzusehen sind
- d) Die Rückzahlung sollte nicht rascher erfolgen, als bei einer linearen Rückzahlung über den Zeitraum gemäss c) möglich wäre

549. Eine Klausel über vorzeitige Rückzahlung, die die Bedingungen für eine kontrollierte Rückzahlungsoption nicht erfüllt, wird wie eine unkontrollierte Rückzahlungsoption behandelt.

## **7. Excess Spread (Reservekonto)**

550. Excess Spread wird im Allgemeinen definiert als die Bruttozinseinnahmen sowie andere Erträge, die vom Treuhänder (Trust) oder der Zweckgesellschaft (definiert in Absatz 552) vereinnahmt werden, abzüglich der zu zahlenden Zinsen, Verwaltungsgebühren, Abschreibungen und anderer vorrangig zu bedienender Kosten des Treuhänders oder der Zweckgesellschaft.

## **8. Ausservertragliche Unterstützung („implicit support“)**

551. Eine ausservertragliche Unterstützung liegt vor, wenn eine Bank einer Verbriefung Unterstützung gewährt, die über die vorher festgelegten vertraglichen Verpflichtungen hinausgeht.

## **9. Zweckgesellschaft**

552. Eine Zweckgesellschaft ist ein Unternehmen, Treuhänder oder eine andere Einheit, die für einen bestimmten Zweck errichtet wurde, deren Aktivitäten allein auf die Erfüllung dieses Zwecks begrenzt sind und deren Struktur darauf abzielt, sie vom Ausfallrisiko des Originators oder des Verkäufers der Positionen zu trennen. Zweckgesellschaften werden in der Regel als Finanzierungsvehikel benutzt, indem Forderungen an ein Treuhandvermögen oder eine ähnliche Einheit verkauft und bar oder durch Übertragung anderer Vermögenswerte bezahlt werden, die durch von dem Treuhandvermögen emittierte Schuldverschreibungen finanziert werden.

## **C. Operationelle Anforderungen für eine Anerkennung des Risikotransfers**

553. Die folgenden operationellen Anforderungen gelten sowohl für den Standardansatz als auch für die IRB-Ansätze innerhalb des Regelwerks für Verbriefungen.

### **1. Operationelle Anforderungen für traditionelle Verbriefungen**

554. Die ursprünglich kreditgebende Bank (Originator) darf verbrieft Forderungen nur dann von der Eigenkapitalunterlegung ausnehmen, wenn alle folgenden Bedingungen erfüllt werden. Banken, die diese Bedingungen erfüllen, müssen jedoch für zurückbehaltene Verbriefungspositionen weiterhin regulatorisches Kapital vorhalten.

- a) Ein erheblicher Teil des mit den verbrieften Forderungen verbundenen Kreditrisikos ist auf Dritte übertragen worden.
- b) Die übertragende Bank behält keine tatsächliche oder indirekte Kontrolle über die übertragenen Forderungen. Die Forderungen werden rechtlich isoliert (z.B. durch Verkauf der Forderungen oder durch Unterbeteiligung), sodass von der übertragenden Bank und ihren Gläubigern selbst bei Insolvenz oder Zwangsverwaltung auf die Forderungen nicht zurückgegriffen werden kann. Dass dies der Fall ist, muss durch ein Rechtsgutachten eines qualifizierten Rechtsberaters bestätigt werden.  
  
Die übertragende Bank wird so behandelt, als ob sie die tatsächliche Kontrolle über die übertragenen Kreditrisikopositionen behalten habe, wenn sie: i) in der Lage ist, die vorher übertragenen Positionen von der übernehmenden Partei zurückzukaufen, um den Gewinn zu realisieren oder ii) verpflichtet ist, das Risiko der übertragenen Positionen zu behalten. Verbleibt die Forderungsverwaltung bei der übertragenden Bank, stellt dies nicht zwingend eine indirekte Kontrolle über die Positionen dar.
- c) Die emittierten Wertpapiere begründen keine Verbindlichkeiten der übertragenden Bank. Daher haben die Investoren, die die Wertpapiere kaufen, lediglich Anspruch auf den zugrundeliegenden Forderungspool.
- d) Die übernehmende Partei ist eine Zweckgesellschaft, und die Inhaber der wirtschaftlichen Rechte an dieser Zweckgesellschaft können diese ohne Einschränkung verpfänden oder veräussern.
- e) Clean-Up-Calls müssen die in Absatz 557 definierten Anforderungen erfüllen.
- f) Die Verbriefung enthält keine Klauseln, die i) den Originator verpflichten, die zugrundeliegenden Forderungen systematisch auszutauschen, sodass sich der gewichtete Durchschnitt

der Kreditqualität des Referenzpools verbessert – es sei denn, dies erfolgt durch den Verkauf der Forderungen an unabhängige und nicht gesellschaftsrechtlich verbundene Dritte zu Marktpreisen –, die ii) eine Erhöhung der zurückbehaltenen First-Loss-Position oder des durch den Originator bereitgestellten Credit Enhancements nach Beginn der Transaktion ermöglichen, oder die iii) die Erträge anderer Parteien als des Originators, wie Investoren und Bereitsteller von Credit Enhancements, bei einer Verschlechterung der Kreditqualität des Referenzpools erhöhen.

## **2. Operationelle Anforderungen für synthetische Verbriefungen**

555. Bei synthetischen Verbriefungen können Kreditrisikominderungstechniken (d.h. Sicherheiten, Garantien und Kreditderivate) zur Absicherung des zugrundeliegenden Forderungspools für eine risikogerechte Eigenkapitalberechnung anerkannt werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt werden:

- a) Die Kreditrisikominderungen müssen den Anforderungen des Abschnitts II.D dieser Rahmenvereinbarung entsprechen
- b) Die anerkennungsfähigen Sicherheiten sind auf die in den Absätzen 145 und 146 genannten beschränkt. Anerkennungsfähige Sicherheiten, die von Zweckgesellschaften verpfändet werden, können anerkannt werden
- c) Anerkennungsfähige Garantiegeber sind in Absatz 195 definiert. Die Banken können keine Zweckgesellschaften als Garantiegeber für Verbriefungen berücksichtigen
- d) Banken müssen das Kreditrisiko aus dem zugrundeliegenden Forderungspool in erheblichem Umfang auf Dritte übertragen
- e) Die Instrumente, mit denen das Kreditrisiko übertragen wird, dürfen keine Klauseln oder Bedingungen enthalten, die den Umfang des übertragenen Risikos einschränken. Hierzu zählen:
  - Klauseln, die die Kreditabsicherung oder den Kreditrisikotransfer wesentlich einschränken (z.B. bedeutende Wesentlichkeitsgrenzen, unterhalb derer keine Kreditabsicherung ausgelöst wird, auch wenn ein Kreditereignis eintritt, oder solche, die eine Beendigung der Absicherung aufgrund einer Verschlechterung der Kreditqualität der zugrundeliegenden Forderungen zulassen)
  - Klauseln, die vom Originator verlangen, die zugrundeliegenden Forderungen auszu-tauschen, um den gewichteten Durchschnitt der Kreditqualität des Referenzpools zu verbessern
  - Klauseln, die die Kosten der Bank für die Kreditabsicherung aufgrund einer Verschlechterung der Poolqualität erhöhen
  - Klauseln, die die Erträge anderer Parteien als des Originators, wie Investoren und Bereitsteller von Credit Enhancements, bei einer Verschlechterung der Kreditqualität des Referenzpools erhöhen
  - Klauseln, die eine Erhöhung der zurückbehaltenen First-Loss-Position oder des durch den Originator bereitgestellten Credit Enhancements nach Beginn der Transaktion ermöglichen
- f) Die Durchsetzbarkeit der Verträge in allen relevanten Rechtsordnungen muss durch ein Rechtsgutachten eines qualifizierten Rechtsberaters bestätigt werden
- g) Clean-Up-Calls müssen die in Absatz 557 definierten Anforderungen erfüllen

556. Bei synthetischen Verbriefungen sind die Auswirkungen der Anwendung von Kreditrisikominderungstechniken zur Absicherung der zugrundeliegenden Forderungen entsprechend den Absätzen 109 bis 210 zu berücksichtigen. Im Falle einer Laufzeitinkongruenz werden die Eigenkapitalanforderungen gemäss den Absätzen 202 bis 205 ermittelt. Sollten die zugrundeliegenden Forderungen im Referenzpool unterschiedliche Laufzeiten aufweisen, ist die längste Laufzeit als die Laufzeit des Pools anzusetzen. Laufzeitinkongruenzen bei synthetischen Verbriefungen können z.B. auftreten, wenn eine Bank Kreditderivate einsetzt, um das Kreditrisiko eines bestimmten Referenzpools ganz oder teilweise an Dritte zu übertragen. Wenn die Kreditderivate auslaufen, wird die Transaktion beendet. Das bedeutet, dass die tatsächliche Laufzeit der Tranchen einer synthetischen

Verbriefung von derjenigen der zugrundeliegenden Forderungen abweichen kann. Banken, die Originatoren synthetischer Verbriefungen sind, müssen solche Laufzeitinkongruenzen wie folgt behandeln: Wenn die Bank den Standardansatz für Verbriefungspositionen anwendet, muss sie sämtliche zurückbehaltenen Positionen, die kein Rating oder ein Rating unterhalb „investment grade“ aufweisen, abziehen. Eine Bank, die den IRB-Ansatz anwendet, muss zurückbehaltene Positionen ohne Rating abziehen, wenn die in den Absätzen 609 bis 643 vorgegebene Behandlung den Abzug vorschreibt. Daher wird eine Laufzeitinkongruenz nicht berücksichtigt, wenn der Abzug einer Position verlangt wird. Für alle anderen Positionen muss die Bank die in den Absätzen 202 bis 205 beschriebenen Regelungen zu Laufzeitinkongruenzen anwenden.

### **3. Operationelle Anforderungen für und Behandlung von Clean-Up-Calls (Rückkaufoptionen)**

557. Für Verbriefungstransaktionen, die einen Clean-Up-Call enthalten, ist eine Eigenkapitalunterlegung aufgrund dieses Clean-Up-Calls nicht erforderlich, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind: i) die Ausübung des Clean-Up-Calls darf weder formell noch materiell verbindlich sein, sondern muss allein im Ermessen des Originators stehen; ii) der Clean-Up-Call darf nicht so strukturiert sein, dass damit die Zuweisung von Verlusten zu Credit Enhancements oder von Investoren gehaltenen Positionen vermieden werden kann, und er darf nicht in anderer Weise so strukturiert sein, dass er praktisch ein Credit Enhancement darstellt; und iii) der Clean-Up-Call darf frühestens ausübbar sein, wenn nur noch 10% oder weniger des ursprünglich zugrundeliegenden Forderungspools bzw. der ausgegebenen Wertpapiere oder – bei synthetischen Verbriefungen – wenn nur noch 10% oder weniger des Wertes des ursprünglichen Referenzportfolios verblieben sind.

558. Verbriefungstransaktionen, die einen Clean-Up-Call enthalten, der nicht sämtliche Voraussetzungen gemäss Absatz 557 erfüllt, haben eine Eigenkapitalanforderung für deren Originator zur Folge. Bei traditionellen Verbriefungen müssen die zugrundeliegenden Forderungen so behandelt werden, als ob sie nicht verbrieft worden wären. Zusätzlich dürfen Banken die Erträge aus dem Verkauf von Forderungen („gain-on-sale“, s. Definition in Absatz 562) nicht als regulatorisches Kapital anrechnen. Bei synthetischen Verbriefungen muss die Bank, die Sicherungsnehmer ist, für den Gesamtbetrag der verbrieften Forderungen Kapital halten, als ob sie nicht von der Kreditabsicherung profitiert hätte. Enthält eine synthetische Verbriefung eine andere Kündigungsmöglichkeit als einen Clean-Up-Call, die die Transaktion und die gekaufte Kreditabsicherung an einem bestimmten Datum effektiv beendet, muss die Bank die Transaktion in Übereinstimmung mit Absatz 556 und den Absätzen 202 bis 205 behandeln.

559. Zeigt sich, dass ein Clean-up-Call, sofern er ausgeübt wird, als Credit Enhancement dient, muss die Ausübung des Clean-Up-Calls als von der Bank gewährte ausservertragliche Unterstützung angesehen und in Übereinstimmung mit den aufsichtlichen Leitlinien zu den Verbriefungstransaktionen behandelt werden.

## **D. Behandlung von Verbriefungspositionen**

### **1. Berechnung der Eigenkapitalanforderungen**

560. Banken sind verpflichtet, für alle ihre Verbriefungspositionen entsprechend den nachstehenden Abschnitten regulatorisches Eigenkapital vorzuhalten, einschliesslich der Positionen, die aus der Bereitstellung von Kreditrisikominderung für eine Verbriefungstransaktion, aus Investitionen in Asset-Backed Securities, aus der Zurückbehaltung einer nachrangigen Tranche und aus der Bereitstellung einer Liquiditätsfazilität oder eines Credit Enhancements entstehen. Zurückgekaufte Verbriefungspositionen müssen wie zurückbehaltene Verbriefungspositionen behandelt werden.

#### *i) Abzug*

561. Ist eine Bank verpflichtet, eine Verbriefungsposition vom regulatorischen Kapital abzuziehen, muss der Abzug – mit der in Absatz 562 genannten Ausnahme – zu 50% vom Kernkapital und zu 50% vom Ergänzungskapital vorgenommen werden. Die Kreditqualität verbessernde I/O (abzüglich des Betrags, der nach Absatz 562 vom Kernkapital abzuziehen ist) werden zu 50% vom Kernkapital und zu 50% vom Ergänzungskapital abgezogen. Abzüge vom Eigenkapital können bereinigt um etwaige Einzelwertberichtigungen für die betreffenden Verbriefungspositionen berechnet werden.

562. Banken müssen jeglichen Zuwachs an Aktienkapital aus einer Verbriefungstransaktion vom Kernkapital abziehen, so z.B. einen Zuwachs aus erwartetem zukünftigem Margeneinkommen (FMI), der einen Ertrag aus dem Verkauf der Forderungen („gain-on-sale“) zur Folge hat, der als regulatorisches Kapital anzurechnen ist. Solche Kapitalzuwächse werden im Rahmen der Verbriefungsregeln als „gain-on-sale“ bezeichnet.

563. Im Rahmen der in Abschnitt III.G beschriebenen Berechnung der EL-Wertberichtigungen tragen Verbriefungspositionen nicht zum EL-Betrag bei. Dementsprechend dürfen Einzelwertberichtigungen auf Verbriefungspositionen nicht in die Berechnung der anrechenbaren Wertberichtigungen einbezogen werden.

ii) *Ausservertragliche Unterstützung („implicit support“)*

564. Falls eine Bank für eine Verbriefung ausservertragliche Unterstützung gewährt, muss sie zumindest für alle mit dieser Verbriefungstransaktion verbundenen Forderungen Kapital in einer Weise vorhalten, als wenn sie nicht verbrieft worden wären. Zudem wird ihr nicht gestattet, etwaige „gains-on-sale“, wie in Absatz 562 definiert, als regulatorisches Kapital anzurechnen. Ausserdem muss die Bank offen legen, dass sie a) nicht vertraglich vereinbarte Unterstützung gewährt hat und b) welche Kapitalauswirkungen sich hieraus ergeben.

## **2. Operationelle Anforderungen für die Nutzung externer Ratings**

565. Die folgenden operationellen Anforderungen für externe Ratings beziehen sich sowohl auf den Standard- als auch auf die IRB-Ansätze des Regelwerks für Verbriefungen:

- a) Um für Risikogewichtungszwecke anerkannt zu werden, muss das externe Rating das gesamte Kreditrisiko der Bank in Bezug auf alle ihr geschuldeten Zahlungen einbeziehen und widerspiegeln. Ein Beispiel: Wenn einer Bank sowohl der Kapitalbetrag eines Kredits als auch Zinsen geschuldet werden, muss das Rating das Kreditrisiko sowohl für die fristgerechte Kapitalrückzahlung als auch für die fristgerechten Zinszahlungen einbeziehen
- b) Das externe Rating muss – abgesehen von der folgenden Ausnahme – von einer durch die nationale Bankenaufsicht anerkannten Rating-Agentur vorgenommen werden (Zulassung gemäss den Absätzen 90 bis 108), mit folgender Ausnahme: Im Gegensatz zum dritten Gliederungspunkt in Absatz 91 muss ein anerkanntes Rating öffentlich sein. Mit anderen Worten, ein Rating-Ergebnis muss in einer allgemein zugänglichen Form veröffentlicht werden und in die Übergangsmatrix der Rating-Agentur integriert sein. Daher genügen Ratings, die nur den Parteien einer Transaktion zugänglich gemacht werden, dieser Anforderung nicht
- c) Anerkannte Rating-Agenturen verfügen über ausgewiesenes Fachwissen für die Beurteilung von Verbriefungen, wofür z.B. eine starke Marktakzeptanz spricht
- d) Eine Bank muss externe Ratings von anerkannten Rating-Agenturen für bestimmte Verbriefungsarten jeweils einheitlich verwenden. Ferner darf sie nicht die von einer Agentur veröffentlichten Ratings für eine oder mehrere Tranchen und die einer anderen Agentur für andere Tranchen innerhalb derselben Verbriefungsstruktur verwenden. Es ist dabei unerheblich, ob diese anderen Tranchen durch die erste Rating-Agentur geratet wurden oder nicht oder ob es sich um angekaufte oder zurückbehaltene Tranchen handelt. Wenn unterschiedliche Ratings von zwei oder mehr anerkannten Rating-Agenturen für dieselbe Verbriefungsposition vorliegen, ist gemäss den Absätzen 96 bis 98 zu verfahren
- e) Wenn einer Zweckgesellschaft eine Kreditrisikominderung von einem anerkannten Garantiegeber (gemäss Definition in Absatz 195) unmittelbar zur Verfügung gestellt wird und dies im externen Rating einer Verbriefungsposition zum Ausdruck kommt, kann das dieser externen Krediteinschätzung zugehörige Risikogewicht angesetzt werden. Um eine doppelte Anrechnung zu vermeiden, ist keine weitergehende kapitalmässige Anerkennung gestattet. Falls der Bereitsteller der Kreditrisikominderung nicht als anerkannter Garantiegeber in Absatz 195 aufgeführt ist, ist die entsprechend gesicherte Verbriefungsposition als Position ohne Rating einzustufen
- f) In den Fällen, in denen die Kreditrisikominderung nicht der Zweckgesellschaft, sondern innerhalb einer bestehenden Struktur einer ganz bestimmten Verbriefungsposition gegeben wird (z.B. einer ABS-Tranche), muss die Bank die Position wie eine Position ohne Rating

behandeln und die in Abschnitt II.D oder im IRB-Basisansatz nach Abschnitt III niedergelegten Verfahren anwenden, um die Besicherungswirkung zu berücksichtigen

### 3. Standardansatz für Verbriefungen

#### i) Anwendungsbereich

566. Banken, die für das Kreditrisiko der zugrundeliegenden verbrieften Forderungsart den Standardansatz wählen, müssen auch für Verbriefungen den Standardansatz anwenden.

#### ii) Risikogewichte

567. Der Betrag der gewichteten Risikoaktiva einer Verbriefungsposition wird berechnet durch Multiplikation des Positionsbetrags mit dem Risikogewicht entsprechend den folgenden Tabellen. Für ausserbilanzielle Geschäfte müssen die Banken einen Kreditumrechnungsfaktor (CCF) anwenden und den resultierenden Kreditäquivalenzbetrag risikogewichten. Besteht für eine solche Position ein Rating, muss ein CCF von 100% angewandt werden. Für Positionen mit langfristigen Ratings von B+ und niedriger sowie mit anderen kurzfristigen Ratings als A-1/P-1, A-2/P-2, A-3/P-3 muss – wie in Absatz 561 definiert – ein Kapitalabzug vorgenommen werden. Für Positionen ohne Rating ist mit Ausnahme der in den Absätzen 571 bis 575 beschriebenen Umstände generell ein Kapitalabzug vorzunehmen.

Langfristige Rating-Klassen <sup>88</sup>					
Externes Rating	AAA bis AA-	A+ bis A-	BBB+ bis BBB-	BB+ bis BB-	B+ und niedriger oder kein Rating
Risikogewicht	20%	50%	100%	350%	Kapitalabzug

Kurzfristige Rating-Klassen				
Externes Rating	A-1/P-1	A-2/P-2	A-3/P-3	Alle anderen Ratings oder kein Rating
Risikogewicht	20%	50%	100%	Kapitalabzug

568. Die Eigenkapitalanforderungen für Positionen, die vom Originator zurückbehalten werden, für Liquiditätsfazilitäten, Kreditrisikominderungen sowie für Verbriefungen von revolvingenden Forderungen sind separat geregelt. Clean-Up-Calls werden in den Absätzen 557 bis 559 behandelt.

*Investoren dürfen auf Ratings unterhalb „investment grade“ abstellen*

569. Nur unverbundene Investoren dürfen, im Gegensatz zu Originatoren, den Stufen BB+ bis BB- entsprechende externe Ratings für die Risikogewichtung von Verbriefungspositionen berücksichtigen.

<sup>88</sup> Die Rating-Bezeichnungen in den folgenden Tabellen dienen nur als Beispiele und drücken somit keine Präferenz oder Anerkennung eines bestimmten externen Rating-Systems aus.

*Originatoren müssen Positionen unterhalb „investment grade“ abziehen*

570. Ursprünglich kreditgebende Banken, d.h. Originatoren gemäss Absatz 543, müssen alle zurückbehaltenen Verbriefungspositionen mit einem Rating unterhalb „investment grade“ (d.h. BBB–) vom Kapital abziehen.

*iii) Ausnahmen von der grundsätzlichen Behandlung von Verbriefungspositionen ohne Rating*

571. Wie in den obenstehenden Tabellen gezeigt, müssen Verbriefungspositionen ohne Rating vom Kapital abgezogen werden, mit den folgenden Ausnahmen: i) höchstrangige Position innerhalb einer Verbriefung, ii) Second-Loss- oder besser gestellte Positionen in ABCP-Programmen, die die Anforderungen gemäss Absatz 574 erfüllen, und iii) anerkannte Liquiditätsfazilitäten.

*Behandlung von höchstrangigen Verbriefungspositionen ohne Rating*

572. Falls die höchstrangige Position einer traditionellen oder synthetischen Verbriefung kein Rating erhalten hat, kann eine Bank, die diese Position hält oder für diese garantiert, durch die Anwendung der Transparenzmethode („look-through treatment“) deren Risikogewicht bestimmen. Voraussetzung ist, dass die Zusammensetzung des Forderungspools jederzeit bekannt ist. Die Banken sind nicht verpflichtet, Zins- oder Devisenswaps zu berücksichtigen, wenn sie entscheiden, ob eine Position für Zwecke der Anwendung der Transparenzmethode die höchstrangige innerhalb einer Verbriefung ist.

573. Bei der Transparenzmethode erhält die höchstrangige Position ohne Rating das durchschnittliche Risikogewicht der im zugrundeliegenden Pool enthaltenen Forderungen, vorbehaltlich einer aufsichtlichen Überprüfung. Ist die Bank nicht in der Lage, die Risikogewichte der im Pool enthaltenen Forderungen zu bestimmen, muss die Position ohne Rating vom Kapital abgezogen werden.

*Behandlung von Second-Loss- oder besser gestellten Positionen in ABCP-Programmen*

574. Ein Kapitalabzug ist nicht erforderlich für Verbriefungspositionen ohne Rating, die den ABCP-Programmen von Sponsoren zur Verfügung gestellt werden und die folgenden Bedingungen erfüllen:

- a) Die Position ist wirtschaftlich gesehen in einer Second-Loss- oder besseren Position, und die First-Loss-Position stellt eine bedeutende Kreditabsicherung für die Second-Loss-Position dar
- b) Das zugehörige Kreditrisiko entspricht einer Einstufung als „investment grade“ oder höher
- c) Die Bank, die die Position ohne Rating hält, darf die First-Loss-Position nicht zurückbehalten oder übernehmen

575. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, ist das Risikogewicht gleich dem höchsten Risikogewicht unter den zugrundeliegenden einzelnen Forderungen, auf die sich die Fazilität bezieht, mindestens aber 100%.

*Risikogewichte für anerkannte Liquiditätsfazilitäten*

576. Für Liquiditätsfazilitäten, die den Kriterien des Absatzes 578 entsprechen und bei denen die Bedingungen für die Verwendung externer Ratings nach Absatz 565 nicht erfüllt sind, ist das Risikogewicht des Kreditäquivalenzbetrags gleich dem höchsten Risikogewicht unter den zugrundeliegenden einzelnen Forderungen, auf die sich die Fazilität bezieht.

*iv) Kreditumrechnungsfaktoren für ausserbilanzielle Geschäfte*

577. Für die Eigenkapitalberechnung müssen die Banken entscheiden, ob – entsprechend den unten genannten Kriterien – ein ausserbilanzielles Geschäft als „anerkannte Liquiditätsfazilität“ oder als „anerkannter Barvorschuss des Forderungsverwalters“ eingestuft werden kann. Alle anderen ausserbilanziellen Verbriefungspositionen erhalten einen Kreditumrechnungsfaktor von 100%.

*Anerkannte Liquiditätsfazilitäten*

578. Banken dürfen ausserbilanzielle Verbriefungspositionen wie anerkannte Liquiditätsfazilitäten behandeln, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind:

- a) In der Dokumentation müssen die Umstände, unter denen die Fazilität in Anspruch genommen werden kann, klar festgelegt und abgegrenzt werden. Inanspruchnahmen der Fazilität müssen auf einen Betrag beschränkt sein, der aus der Liquidation der zugrundeliegenden Forderungen sowie aus vom Forderungsverkäufer bereitgestellten Kreditverbesserungen vollständig zurückgezahlt werden dürfte. Ausserdem darf die Fazilität keine Verluste abdecken, die im zugrundeliegenden Forderungspool vor der Inanspruchnahme aufgetreten sind. Sie darf auch nicht so strukturiert sein, dass die Inanspruchnahme gewiss ist (worauf regelmässige oder fortlaufende Ziehungen hindeuten)
- b) Die Fazilität muss eine Qualitätsprüfung der Forderungen vorsehen, mit der eine Inanspruchnahme zur Deckung von im Sinne der Absätze 452 bis 459 als ausgefallen geltenden Krediten ausgeschlossen wird. Sollten ausserdem die Forderungen, die die Liquiditätsfazilität refinanzieren muss, extern bewertete Schuldverschreibungen sein, so darf die Fazilität nur zur Refinanzierung von Schuldverschreibungen genutzt werden, die zum Zeitpunkt der Refinanzierung ein „investment grade“-Rating aufweisen
- c) Die Fazilität kann nicht mehr in Anspruch genommen werden, wenn alle verfügbaren (z.B. transaktionsspezifischen und programmweiten) Credit Enhancements, die der Liquidität zugute gekommen wären, aufgebraucht sind
- d) Rückzahlungen von Inanspruchnahmen der Fazilität (d.h. nach Massgabe einer Kaufvereinbarung erworbene Aktiva oder Herauslegungen unter einer Kreditvereinbarung) dürfen weder nachrangig gegenüber irgendwelchen Ansprüchen von Anleihegläubigern des Programms (z.B. ABCP-Programm) noch Gegenstand einer Aufschub- oder Verzichtvereinbarung sein

579. Wenn diese Bedingungen erfüllt sind, darf die Bank einen Umrechnungsfaktor von 20% auf den Betrag der anerkannten Liquiditätsfazilität anwenden, sofern die Anfangslaufzeit ein Jahr oder kürzer ist. Hat die Fazilität eine Anfangslaufzeit von mehr als einem Jahr, ist der Umrechnungsfaktor 50%. Wird jedoch ein externes Rating der Fazilität selbst zur Risikogewichtung der Fazilität genutzt, ist ein Kreditumrechnungsfaktor von 100% anzusetzen.

#### *Anerkannte Liquiditätsfazilitäten für Marktstörungen*

580. Banken dürfen einen Umrechnungsfaktor von 0% für anerkannte Liquiditätsfazilitäten verwenden, die ausschliesslich für den Fall allgemeiner Marktstörungen bereitgestellt werden (d.h. wenn für verschiedene Transaktionen zuständige Zweckgesellschaften nicht in der Lage sind, fällig werdendes Commercial Paper neu aufzulegen, und dies nicht auf eine Verschlechterung der Bonität dieser Zweckgesellschaften oder der zugrundeliegenden Forderungen zurückzuführen ist). Hierzu müssen die Bedingungen gemäss Absatz 578 erfüllt sein. Zusätzlich müssen die von der Bank bei einer allgemeinen Marktstörung für die Auszahlung der Inhaber der Kapitalmarktinstrumente (z.B. Commercial Paper) vorgeschossenen Mittel durch die zugrundeliegenden Forderungen abgesichert werden, und sie müssen in Bezug auf Ansprüche der Inhaber der Kapitalmarktpapiere mindestens gleichrangig sein.

#### *Behandlung sich überlappender Positionen*

581. Eine Bank kann verschiedene Arten von Fazilitäten, die unter verschiedenen Umständen in Anspruch genommen werden können, zur Verfügung stellen. Ein und dieselbe Bank kann zwei oder mehr dieser Fazilitäten bereitstellen. Wegen der verschiedenen Auslöser für die Inanspruchnahme solcher Fazilitäten gewährt eine Bank bisweilen eine doppelte Besicherung für zugrundeliegende Positionen. Mit anderen Worten: Die Fazilitäten, die eine Bank zur Verfügung stellt, können sich überlappen, da die Inanspruchnahme der einen Fazilität die Inanspruchnahme der anderen Fazilität (teilweise) ausschliessen kann. Im Falle sich überlappender Fazilitäten derselben Bank braucht diese kein zusätzliches Kapital für den überlappenden Teil zu halten. Vielmehr muss sie für die Position, die von den sich überlappenden Fazilitäten (Liquiditätsfazilitäten oder Credit Enhancements) abgedeckt wird, nur einmal Kapital vorhalten. Sollten für sich überlappende Positionen unterschiedliche Kreditumrechnungsfaktoren anzuwenden sein, muss die Bank den überlappenden Teil auf die Fazilität mit dem höchsten Umrechnungsfaktor anrechnen. Werden jedoch die sich überlappenden Fazilitäten von verschiedenen Banken zur Verfügung gestellt, muss jede Bank für den Höchstbetrag der Fazilität Eigenkapital halten.

#### *Anerkannte Barvorschüsse des Forderungsverwalters*

582. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz und wenn vertraglich vereinbart darf der Forderungsverwalter Mittel vorschüssen, um ununterbrochene Zahlungsströme an die Investoren sicherzustellen. Dies gilt, solange der Forderungsverwalter eine volle Erstattung erhält und dieses Recht gegenüber anderen Ansprüchen an Zahlungen aus dem zugrundeliegenden Forderungspool Vorrang hat. Nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz können solche nicht in Anspruch genommenen Vorschüsse des Forderungsverwalters oder Fazilitäten, die ohne vorherige Ankündigung vorbehaltlos gekündigt werden können, mit einem Umrechnungsfaktor von 0% angerechnet werden.

#### *v) Behandlung von Kreditrisikominderungen für Verbriefungspositionen*

583. Die folgenden Regelungen gelten für Banken, die eine Kreditrisikominderung für eine Verbriefungsposition erworben haben. Kreditrisikominderungen umfassen Garantien, Kreditderivate, Sicherheiten und Netting von Bilanzpositionen. Unter Sicherheiten werden in diesem Zusammenhang solche verstanden, die das Kreditrisiko einer Verbriefungsposition absichern und nicht die einer Verbriefungstransaktion zugrunde liegenden Forderungen.

584. Wenn eine andere als die ursprünglich kreditgebende Bank (Originator) Kreditabsicherungen bereitstellt, muss sie Kapital für die besicherte Position vorhalten, als ob sie ein Investor in diese Verbriefung wäre. Falls eine Bank für ein Credit Enhancement, das kein Rating aufweist, eine Absicherung übernimmt, muss sie die gewährte Kreditabsicherung behandeln, als wenn sie das nicht geratete Credit Enhancement direkt übernommen hätte.

#### *Sicherheiten*

585. Anerkannte Sicherheiten sind auf die im Standardansatz für Kreditrisikominderung zugelassenen Sicherheiten begrenzt (Absätze 145 und 146). Von Zweckgesellschaften verpfändete Sicherheiten können anerkannt werden.

#### *Garantien und Kreditderivate*

586. Kreditabsicherungen, die durch die in Absatz 195 genannten Sicherungsgeber bereitgestellt werden, dürfen anerkannt werden. Zweckgesellschaften können nicht als Garantiegeber anerkannt werden.

587. Wenn Garantien oder Kreditderivate die operationellen Anforderungen der Absätze 189 bis 194 erfüllen, können Banken diese Kreditabsicherungen bei der Eigenkapitalberechnung für Verbriefungspositionen berücksichtigen.

588. Eigenkapitalanforderungen für den garantierten/abgesicherten Teil werden entsprechend den Kreditrisikominderungstechniken im Standardansatz (Absätze 196 bis 201) berechnet.

#### *Laufzeitinkongruenzen*

589. Zur Festsetzung von regulatorischem Kapital für eine Laufzeitinkongruenz wird die Eigenkapitalanforderung gemäss den Absätzen 202 bis 205 berechnet. Wenn die abgesicherten Forderungen unterschiedliche Laufzeiten haben, ist die längste dieser Laufzeiten zu verwenden.

#### *vi) Eigenkapitalanforderungen für Klauseln über eine vorzeitige Rückzahlung*

#### *Anwendungsbereich*

590. Wie unten näher ausgeführt, ist ein Originator verpflichtet, Eigenkapital für alle oder einen Teil der Investorenansprüche aus einer Verbriefung vorzuhalten (d.h. sowohl gegen die gezogenen als auch die nicht gezogenen Beträge, die sich auf die verbrieften Forderungen beziehen), wenn:

- a) er Forderungen in eine Struktur verkauft, die eine Klausel über vorzeitige Rückzahlung enthält
- b) es sich um revolvingierende Forderungen handelt. Diese umfassen Forderungen, die es dem Schuldner gestatten, den in Anspruch genommenen Betrag und die Rückzahlungen innerhalb eines vereinbarten Limits frei zu variieren (z.B. Kreditkartenforderungen und Kreditlinien für Unternehmen)

591. Die Eigenkapitalanforderung sollte die Art der Bedingungen berücksichtigen, die eine vorzeitige Rückzahlung auslösen.

592. Bei Verbriefungsstrukturen, bei denen der zugrundeliegende Forderungspool aus revolvingenden und befristeten Forderungen besteht, muss die Bank die relevante Behandlung einer vorzeitigen Rückzahlung (s. Absätze 594 bis 605) auf den Teil des zugrundeliegenden Pools anwenden, der die revolvingenden Forderungen enthält.

593. Die Banken sind in den folgenden Fällen nicht verpflichtet, Kapital für vorzeitige Rückzahlungen vorzuhalten:

- a) Auffüllungsstrukturen („replenishment structures“), bei denen die zugrundeliegenden Forderungen nicht revolvingend sind und bei denen die vorzeitige Beendigung der Struktur dazu führt, dass die Bank keine neuen Forderungen nachfüllen kann
- b) Transaktionen mit revolvingenden Forderungen, die Klauseln über eine vorzeitige Rückzahlung enthalten, um die Struktur einer befristeten Transaktion abzubilden (d.h. wenn das Risiko der zugrundeliegenden Fazität nicht an den Originator zurückgeht)
- c) Strukturen, bei denen eine Bank eine oder mehrere Kreditlinien verbrieft und bei denen die Investoren auch nach Eintritt eines vorzeitigen Rückzahlungsereignisses den zukünftigen Inanspruchnahmen der Kreditnehmer voll ausgesetzt sind
- d) wenn die vorzeitige Rückzahlung ausschliesslich durch Ereignisse ausgelöst wird, die nicht mit der Entwicklung der verbrieften Forderungen oder der sie verkaufenden Bank zusammenhängen, z.B. wesentliche Änderungen von Steuergesetzen oder -verordnungen

#### *Maximale Kapitalanforderung*

594. Für eine Bank, die die Behandlung für Klauseln über eine vorzeitige Rückzahlung anwenden muss, ist die Gesamtkapitalanforderung für alle ihre Positionen nach oben hin begrenzt. Diese Obergrenze entspricht dem grösseren der beiden folgenden Beträge: i) der Kapitalanforderung für zurückbehaltene Verbriefungspositionen oder ii) der Kapitalanforderung, die berechnet würde, wenn die Forderungen nicht verbrieft worden wären. Zusätzlich müssen Banken jegliche „gains-on-sale“ sowie die Kreditqualität verbessernde I/O, die aus der Verbriefungstransaktion herrühren, gemäss den Absätzen 561 bis 563 abziehen.

#### *Technische Einzelheiten*

595. Das vom Originator auf die Investorenansprüche vorzuhaltende Eigenkapital ist das Produkt von a) den Investorenansprüchen, b) dem angemessenen Kreditumrechnungsfaktor (wie unten beschrieben) und c) dem Risikogewicht für die zugrundeliegende Forderungsart, das verwendet würde, wenn die Forderungen nicht verbrieft worden wären. Wie weiter unten erläutert, hängt der Kreditumrechnungsfaktor davon ab, ob die vorzeitige Rückzahlung an die Investoren kontrolliert oder unkontrolliert erfolgt. Er wird auch dadurch bestimmt, ob es sich bei den verbrieften Forderungen um jederzeit kündbare Retail-Kreditlinien (z.B. Kreditkartenforderungen) oder um andere Kreditlinien (z.B. Kontokorrentkredite für Unternehmen) handelt. Eine Kreditlinie wird als „jederzeit kündbar“ angesehen, wenn sie vorbehaltlos ohne Ankündigung kündbar ist.

#### *vii) Bestimmung der Kreditumrechnungsfaktoren bei kontrollierten Rückzahlungsoptionen*

596. Eine mögliche vorzeitige Rückzahlung wird als kontrolliert bezeichnet, wenn sie der Definition in Absatz 548 entspricht.

#### *Jederzeit kündbare Retail-Kredite*

597. Bei jederzeit kündbaren Retail-Kreditlinien (z.B. Kreditkartenforderungen) in Verbriefungen mit kontrollierter Rückzahlungsoption müssen Banken den 3-Monats-Durchschnitt des Excess Spreads – wie in Absatz 550 definiert – mit dem Punkt vergleichen, an dem die Bank den Excess Spread in der Verbriefungstransaktion belassen muss, da die Struktur dies wirtschaftlich erfordert (dem sogenannten Trapping Point für den Excess Spread).

598. Wenn die Verbriefung keinen Rückbehalt des Excess Spreads vorsieht, wird ein Referenzniveau (Trapping Point) von 4,5 Prozentpunkten angenommen.

599. Die Bank muss die Höhe des Excess Spreads durch den Trapping Point des Excess Spreads der Transaktion dividieren, um die Segmente zu bestimmen, und die entsprechenden, in der folgenden Tabelle aufgeführten Kreditumrechnungsfaktoren anwenden.

<b>Kontrollierte vorzeitige Rückzahlung</b>		
	<b>Jederzeit kündbar</b>	<b>Nicht jederzeit kündbar</b>
<b>Retail-Kreditlinien</b>	<p><b>3-Monats-Durchschnitt des Excess Spreads Kreditumrechnungsfaktor (CCF)</b></p> <p>133,33% des Trapping Points oder mehr 0% CCF</p> <p>weniger als 133,33% bis 100% des Trapping Points 1% CCF</p> <p>weniger als 100% bis 75% des Trapping Points 2% CCF</p> <p>weniger als 75% bis 50% des Trapping Points 10% CCF</p> <p>weniger als 50% bis 25% des Trapping Points 20% CCF</p> <p>weniger als 25% des Trapping Points 40% CCF</p>	90% CCF
<b>Andere Kreditlinien</b>	90% CCF	90% CCF

600. Die Banken müssen die vorstehend genannten Umrechnungsfaktoren für kontrollierte Rückzahlungsmechanismen auf die Investorenansprüche gemäss Absatz 595 anwenden.

#### *Andere Kredite*

601. Bei allen anderen verbrieften revolvingierenden Forderungen (d.h. allen verbindlich zugesagten Krediten und allen Nicht-Retail-Forderungen) mit kontrollierter Rückzahlungsoption werden die verbrieften Forderungen mit einem Kreditumrechnungsfaktor von 90% gegenüber den ausserbilanziellen Forderungen angerechnet.

#### *viii) Bestimmung der Kreditumrechnungsfaktoren bei unkontrollierten Rückzahlungsoptionen*

602. Klauseln über eine vorzeitige Rückzahlung, die nicht die Bedingungen für kontrollierte Rückzahlungsmechanismen nach Massgabe des Absatzes 548 erfüllen, werden als unkontrolliert betrachtet und damit wie folgt behandelt.

#### *Jederzeit kündbare Retail-Kredite*

603. Bei jederzeit kündbaren Retail-Kreditlinien (z.B. Kreditkartenforderungen) in Verbriefungstransaktionen mit unkontrollierter Rückzahlungsoption müssen Banken den in den Absätzen 597 und 598 beschriebenen Vergleich durchführen.

604. Die Bank muss die Höhe des Excess Spreads durch den Trapping Point des Excess Spreads der Transaktion dividieren, um die Segmente zu bestimmen, und die entsprechenden, in der folgenden Tabelle aufgeführten Kreditumrechnungsfaktoren anwenden.

<b>Unkontrollierte vorzeitige Rückzahlung</b>		
	<b>Jederzeit kündbar</b>	<b>Nicht jederzeit kündbar</b>
<b>Retail-Kreditlinien</b>	<b>3-Monats-Durchschnitt des Excess Spreads Kreditumrechnungsfaktor (CCF)</b> 133,33% des Trapping Points oder mehr 0% CCF weniger als 133,33% bis 100% des Trapping Points 5% CCF weniger als 100% bis 75% des Trapping Points 15% CCF weniger als 75% bis 50% des Trapping Points 50% CCF weniger als 50% des Trapping Points 100% CCF	100% CCF
<b>Andere Kreditlinien</b>	100% CCF	100% CCF

#### *Andere Kredite*

605. Bei allen anderen verbrieften revolvingierenden Forderungen (d.h. allen verbindlich zugesagten und allen Nicht-Retail-Forderungen) mit unkontrollierter Rückzahlungsoption werden die verbrieften Forderungen mit einem Kreditumrechnungsfaktor von 100% gegenüber den ausserbilanziellen Forderungen angerechnet.

#### **4. IRB-Ansatz für Verbriefungspositionen**

##### *i) Anwendungsbereich*

606. Banken, die die Genehmigung zur Anwendung des IRB-Ansatzes für die der Verbriefungstransaktion zugrundeliegende Forderungsart erhalten haben (z.B. für ihr Unternehmens- oder Retail-Portfolio), müssen den IRB-Ansatz für Verbriefungen verwenden. Umgekehrt dürfen Banken den IRB-Ansatz für Verbriefungspositionen nur verwenden, wenn sie von ihrer nationalen Aufsicht die Genehmigung erhalten haben, den IRB-Ansatz für die zugrundeliegenden Forderungen zu verwenden.

607. Wenn eine Bank für einige Positionen des zugrundeliegenden Forderungspools den IRB-Ansatz und für andere den Standardansatz anwendet, sollte sie im Allgemeinen den Ansatz anwenden, den sie für den überwiegenden Anteil der Forderungen im Pool anwendet. Die Bank sollte mit der Bankenaufsicht ihres Landes absprechen, welcher Ansatz für Verbriefungspositionen angewandt werden soll. Unter bestimmten Umständen kann die Aufsicht eine von dieser allgemeinen Regelung abweichende Behandlung fordern, um eine angemessene Eigenkapitaldecke sicherzustellen.

608. Wenn für die zugrundeliegenden Forderungsart keine spezifische IRB-Behandlung existiert, müssen Originatoren, die eine Zulassung für den IRB-Ansatz erhalten haben, die Eigenkapitalanforderungen für ihre Verbriefungspositionen nach Massgabe des Standardansatzes für Verbriefungspositionen berechnen. Investierende Banken, die für den IRB-Ansatz zugelassen sind, müssen den Rating-basierten Ansatz anwenden.

##### *ii) Rangordnung der Ansätze*

609. Der Rating-basierte Ansatz (Ratings-Based Approach, RBA) muss für Verbriefungspositionen angewandt werden, für die ein Rating vorliegt oder für die, wie in Absatz 617 beschrieben, ein Rating abgeleitet werden kann. In den Fällen, wo kein externes oder abgeleitetes Rating vorliegt, müssen entweder die aufsichtliche Formel (Supervisory Formula, SF) oder der interne Bemessungsansatz (Internal Assessment Approach, IAA) angewandt werden. Der IAA steht nur für Positionen zur

Verfügung, die Banken (einschl. Drittbanken) für ABCP-Programme bereitgestellt haben (z.B. Liquiditätsfazilitäten und Credit Enhancements). Solche Positionen müssen die Anforderungen der Absätze 619 und 620 erfüllen. Für Liquiditätsfazilitäten, auf die keiner dieser Ansätze angewandt werden kann, können Banken das in Absatz 639 beschriebene Verfahren anwenden. Eine Sonderbehandlung von anerkannten Barvorschüssen des Forderungsverwalters wird in Absatz 641 erläutert. Verbriefungspositionen, auf die keiner dieser Ansätze angewandt werden kann, müssen abgezogen werden.

*iii) Maximale Kapitalanforderung*

610. Für eine Bank, die den IRB-Ansatz für Verbriefungen anwendet, entspricht die maximale Kapitalanforderung für die Verbriefungspositionen, die sie hält, der IRB-Eigenkapitalanforderung, die für die zugrundeliegenden Positionen ermittelt worden wäre, wenn sie nicht verbrieft worden und (stattdessen) nach den entsprechenden Abschnitten des IRB-Regelwerks einschliesslich des Abschnitts III.G behandelt worden wären. Zusätzlich müssen Banken jegliche „gains-on-sale“ sowie die Kreditqualität verbessernde I/O, die aus der Verbriefungstransaktion herrühren, gemäss den Absätzen 561 bis 563 abziehen.

*iv) Rating-basierter Ansatz (RBA)*

611. Im RBA werden die gewichteten Risikoaktiva durch Multiplikation des Forderungsbetrags mit dem angemessenen Risikogewicht gemäss der nachstehenden Tabellen berechnet.

612. Die Risikogewichte hängen ab: i) vom externen oder abgeleiteten Rating, ii) davon, ob es sich um ein kurzfristiges oder langfristiges Rating-Urteil (extern oder abgeleitet) handelt, iii) von der Granularität des zugrundeliegenden Pools und iv) vom Rang der betreffenden Position.

613. Für die Zwecke des RBA wird eine Verbriefungsposition als vorrangig angesehen, wenn sie faktisch durch einen vorrangigen Anspruch auf den Gesamtbetrag der Aktiva im zugrundeliegenden verbrieften Pool gedeckt oder besichert ist. Obwohl dies im Allgemeinen nur die höchstrangige Position innerhalb einer Verbriefungstransaktion umfasst, kann es andere Ansprüche geben, die in einem technischen Sinne vorrangig innerhalb der Kaskade der Transaktion sind (z.B. Ansprüche aus einem Swap). Diese Positionen können jedoch bei der Bestimmung, welche Positionen gemäss der Spalte „vorrangige Tranchen“ zu behandeln sind, vernachlässigt werden.

Beispiele:

- a) Bei einer typischen synthetischen Verbriefung wird die „Super-Senior-Tranche“ wie eine vorrangige Position behandelt, vorausgesetzt dass alle Bedingungen für die Ableitung eines Ratings von einer nachrangigen Tranche erfüllt sind
- b) Bei einer traditionellen Verbriefung, in der alle gegenüber der First-Loss-Tranche vorrangigen Tranchen ein Rating aufweisen, wird die Tranche mit dem höchsten Rating wie eine vorrangige Position behandelt. Haben jedoch mehrere Tranchen das gleiche Rating erhalten, wird nur die in der Kaskade der Verbriefungstransaktion am höchsten stehende wie eine vorrangige Position behandelt
- c) Gewöhnlich wird eine Liquiditätsfazilität, die ein ABCP-Programm stützt, nicht die höchstrangige Position innerhalb des Programms sein. Das Commercial Paper, das von der Unterstützung profitiert, ist typischerweise die höchstrangige Position. Wenn jedoch die Liquiditätsfazilität so angelegt ist, dass sie das gesamte ausstehende Commercial Paper abdeckt, kann sie als Deckung für alle Verluste des zugrundeliegenden Forderungspools, die den Betrag der Übersicherung/der Rücklagen, die vom Forderungsverkäufer zur Verfügung gestellt wurden, übersteigen, und damit als höchstrangige Position angesehen werden. Daher können für solche Positionen die RBA-Risikogewichte der linken Spalte der Risikogewichte verwendet werden. Sollte andererseits eine Liquiditäts- oder Credit-Enhancement-Fazilität in ihrer ökonomischen Substanz eher eine mezzanine Position als eine vorrangige Position innerhalb des zugrundeliegenden Pools darstellen, so ist die dritte Spalte „Basisrisikogewichte“ anzuwenden

614. Die Risikogewichte der ersten nachstehenden Tabelle sind sowohl bei einem langfristigen externen Rating als auch bei einem hiervon abgeleiteten Rating anzuwenden.

615. Banken dürfen die Risikogewichte für vorrangige Positionen verwenden, wenn die effektive Zahl der zugrundeliegenden Forderungen (N, definiert in Absatz 633) grösser oder gleich 6 ist und die

Position vorrangig gemäss obenstehender Definition ist. Sollte N kleiner als 6 sein, müssen die Risikogewichte in der vierten Spalte der ersten untenstehenden Tabelle angewandt werden. In allen anderen Fällen werden die Risikogewichte in der dritten Spalte der ersten untenstehenden Tabelle genutzt.

#### RBA-Risikogewichte bei langfristigen externen und/oder daraus abgeleiteten Ratings

Externes Rating (Beispiel)	Risikogewicht für vorrangige Tranchen und anerkannte vorrangige IAA-Positionen	Basisrisikogewichte	Risikogewichte für durch nicht granulare Pools gedeckte Tranchen
AAA	7%	12%	20%
AA	8%	15%	25%
A+	10%	18%	35%
A	12%	20%	
A-	20%	35%	
BBB+	35%	50%	
BBB	60%	75%	
BBB-	100%		
BB+	250%		
BB	425%		
BB-	650%		
Unterhalb BB- und ohne Rating	Kapitalabzug		

616. Die Risikogewichte in der nachfolgenden Tabelle sind sowohl bei einem kurzfristigen externen Rating als auch bei einem daraus abgeleiteten Rating anzuwenden. Die Entscheidungsregel in Absatz 615 gilt auch für kurzfristige Rating-Urteile.

#### RBA-Risikogewichte bei kurzfristigen externen und/oder daraus abgeleiteten Ratings

Externes Rating (Beispiel)	Risikogewichte für vorrangige Tranchen und anerkannte vorrangige IAA-Positionen	Basisrisikogewichte	Risikogewichte für durch nicht granulare Pools gedeckte Tranchen
A-1/P-1	7%	12%	20%
A-2/P-2	12%	20%	35%
A-3/P-3	60%	75%	75%
Alle anderen Ratings/ohne Rating	Kapitalabzug	Kapitalabzug	Kapitalabzug

#### Verwendung von abgeleiteten Ratings

617. Wenn die folgenden operationellen Anforderungen eingehalten werden, muss eine Bank auf eine Position ohne Rating ein abgeleitetes Rating anwenden. Diese Anforderungen sollen sicherstellen, dass die Position, für die kein Rating vorliegt, in allen Aspekten vorrangig gegenüber einer Verbriefungsposition mit einem externen Rating ist, die als „Referenz-Verbriefungsposition“ bezeichnet wird.

### Operationelle Anforderungen für abgeleitete Ratings

618. Die folgenden operationellen Anforderungen müssen erfüllt sein, damit abgeleitete Ratings anerkannt werden können:

- a) Die Referenz-Verbriefungsposition (z.B. ABS) muss in allen Aspekten nachrangig gegenüber der Verbriefungsposition ohne Rating sein. Credit Enhancements, wenn vorhanden, müssen bei der Bestimmung der relativen Unterordnung der Position ohne Rating und der Referenz-Verbriefungsposition einbezogen werden. Ein Beispiel: Wenn die Referenz-Verbriefungsposition von Garantien Dritter oder anderen Credit Enhancements profitiert, die für die Position ohne Rating nicht gestellt werden, dann darf für Letztere kein Rating abgeleitet werden, das auf dieser Referenz-Verbriefungsposition beruht
- b) Die Laufzeit der Referenz-Verbriefungsposition muss länger oder gleich derjenigen der Position ohne Rating sein
- c) Jedes abgeleitete Rating muss kontinuierlich aktualisiert werden, um jegliche Änderungen des externen Ratings der Referenz-Verbriefungsposition widerzuspiegeln
- d) Das externe Rating der Referenz-Verbriefungsposition muss den allgemeinen Anforderungen für die Anerkennung externer Ratings gemäss Absatz 565 entsprechen
- v) *Interner Bemessungsansatz (IAA)*

619. Eine Bank kann für Verbriefungspositionen, die sie mit ABCP-Programmen eingeht (z.B. Liquiditätsfazilitäten und Credit Enhancements), interne Verfahren zur Bemessung der Kreditqualität dieser Positionen einsetzen, sofern diese internen Bemessungsverfahren der Bank die unten genannten operationellen Voraussetzungen erfüllen. Interne Bemessungen von Positionen, die ABCP-Programmen zur Verfügung gestellt werden, müssen den entsprechenden externen Ratings einer ECAI nachgebildet werden. Diese Rating-Äquivalente werden zur Bestimmung der anzuwendenden Risikogewichte im RBA verwendet, um diesen die Nominalbeträge der Positionen zuzuordnen.

620. Das interne Bemessungsverfahren einer Bank muss die folgenden operationellen Voraussetzungen erfüllen, damit für die Bestimmung von IRB-Kapitalanforderungen für Liquiditätsfazilitäten, Credit Enhancements oder andere Positionen, die an ABCP-Programme ausgereicht werden, interne Bemessungen verwendet werden können:

- a) Damit auf die Positionen ohne Rating der IAA angewandt werden kann, muss das Asset-Backed Commercial Paper ein externes Rating aufweisen. Das Asset-Backed Commercial Paper selbst ist gemäss dem RBA zu behandeln
- b) Die interne Bemessung der Kreditqualität einer Verbriefungsposition in einem ABCP-Programm muss auf den Bewertungskriterien einer ECAI für die jeweils gekaufte Art von Forderungen basieren und muss zumindest einem „investment grade“-Rating entsprechen, wenn sie der Position erstmalig zugeordnet wird. Zusätzlich muss die interne Bemessung im internen Risikomanagement der Bank einschliesslich des Managementinformationssystems und des Verfahrens zur Berechnung des ökonomischen Kapitals eingesetzt werden und grundsätzlich alle einschlägigen Voraussetzungen des IRB-Ansatzes erfüllen
- c) Damit eine Bank den IAA einsetzen kann, muss die Bankenaufsicht ihres Landes sich davon überzeugt haben, i) dass die ECAI die Voraussetzungen für die Anerkennung als ECAI gemäss den Absätzen 90 bis 108 erfüllt und ii) dass die Beurteilungsmethoden der ECAI zufriedenstellend sind. Zusätzlich sind die Banken dafür verantwortlich, ihrer Aufsicht zu deren Zufriedenheit nachzuweisen, dass die internen Bemessungsverfahren mit den Standards der jeweiligen ECAI übereinstimmen

Zum Beispiel kann die Aufsichtsinstanz nötigenfalls bei der Berechnung des Grades der Kreditverbesserung im Zusammenhang mit dem IAA jegliche vom Forderungsverkäufer zur Verfügung gestellte Rückgriffgarantien oder Reservekonten (Excess Spreads) oder etwaige sonstige First-Loss-Credit-Enhancements, die der Bank als eine begrenzte Besicherung zur Verfügung stehen, ganz oder teilweise nicht anerkennen

- d) Die internen Bemessungsverfahren der Bank müssen Risikoabstufungen identifizieren können. Die internen Bemessungen müssen den externen Ratings von ECAI entsprechen, damit die Aufsichtsinstanzen feststellen können, welche interne Bemessung welcher externen Rating-Klasse der ECAI entspricht

- e) Das interne Bemessungsverfahren der Bank und insbesondere die Stressfaktoren zur Bestimmung des notwendigen Credit Enhancements müssen zumindest so konservativ sein wie die öffentlich verfügbaren Rating-Kriterien der grossen ECAI, die das Commercial Paper des ABCP-Programms für die jeweilige Art von Forderungen, die von dem Programm angekauft werden, extern bewerten. Die Banken sollten jedoch bei der Entwicklung ihrer internen Bemessungsverfahren in gewissem Umfang sämtliche öffentlich bekannten Beurteilungsmethoden der ECAI berücksichtigen
- Sofern i) Commercial Paper, das von einem ABCP-Programm emittiert worden ist, ein externes Rating von zwei oder mehr ECAI erhalten hat und ii) die verschiedenen Benchmark-Stressfaktoren der ECAI ein Credit Enhancement unterschiedlichen Umfangs erfordern, um das gleiche externe Rating zu erreichen, muss die Bank den ECAI-Stressfaktor anwenden, der den konservativsten oder höchsten Umfang an Kreditbesicherung erfordert. Sollte z.B. eine ECAI für ein A-Rating das 2½- bis 3½-fache der historischen Verluste als Kreditverbesserung für eine bestimmte Art von Aktiva verlangen und eine andere das 2- bis 3-fache, muss die Bank die höhere Stressfaktorspanne verwenden, um die angemessene Höhe der vom Forderungsverkäufer gestellten Credit Enhancements zu bestimmen
  - Wenn eine Bank ECAI für das Rating von Asset-Backed Commercial Paper auswählt, darf sie nicht nur diejenigen ECAI wählen, die im Allgemeinen weniger strenge Rating-Verfahren verwenden. Sollten darüber hinaus Änderungen im Rating-Verfahren, einschliesslich der Stressfaktoren, einer der ausgewählten ECAI vorgenommen werden, die sich negativ auf das externe Rating des Commercial Paper des Programms auswirken, ist das geänderte Rating-Verfahren in die Überlegungen einzubeziehen, ob allenfalls auch die den Positionen gegenüber dem ABCP-Programm zugewiesenen internen Bemessungen revidiert werden müssen
  - Eine Bank kann das Rating-Verfahren einer ECAI, deren Rating-Prozess oder Rating-Kriterien nicht öffentlich verfügbar sind, nicht verwenden, um daraus ein internes Bemessungsverfahren abzuleiten. Dennoch sollten Banken die nicht öffentlich verfügbaren Rating-Verfahren – soweit sie Zugriff auf entsprechende Informationen haben – bei der Entwicklung ihrer internen Bemessungsverfahren berücksichtigen, insbesondere wenn diese konservativer als die öffentlich verfügbaren Kriterien sind
  - Wenn die Rating-Verfahren der ECAI für einen Vermögenswert oder eine Position nicht öffentlich verfügbar sind, darf der IAA im Allgemeinen nicht verwendet werden. Unter bestimmten Umständen, z.B. bei neu- oder einzigartig strukturierten Transaktionen, die zum betreffenden Zeitpunkt nicht in den Rating-Kriterien der ECAI, die das Commercial Paper des Programms bewertet, berücksichtigt werden, kann die Bank mit ihrer Aufsichtsinstanz diese spezielle Transaktion besprechen, um zu bestimmen, ob auf die entsprechenden Positionen der IAA angewandt werden darf
- f) Interne oder externe Revisoren, eine ECAI oder die interne Kreditüberwachung bzw. das Risikomanagement der Bank müssen regelmässige Prüfungen des internen Bemessungsverfahrens durchführen und die Validität der internen Bemessungen beurteilen. Sofern die interne Revision, die Kreditüberwachung oder das Risikomanagement der Bank die Prüfung des internen Bemessungsverfahrens durchführen, müssen diese Stellen sowohl vom Geschäftsbereich für ABCP-Programme als auch von den zugrundeliegenden Kundenbeziehungen unabhängig sein
- g) Die Bank muss die Ergebnisse ihrer internen Bemessungen im Zeitablauf überwachen, um die Qualität der zugewiesenen internen Bemessungen zu bewerten. Soweit erforderlich müssen Anpassungen vorgenommen werden, wenn die Entwicklung der Positionen regelmässig von den ihnen zugewiesenen internen Bemessungen abweicht
- h) Das ABCP-Programm muss über Kredit- und Anlagerichtlinien, also Standards für die Übernahme von Forderungen für das Programm, verfügen. Im Rahmen der Erwägungen über einen Ankauf von Forderungen sollte das ABCP-Programm (d.h. der Verwalter des Programms) eine Darstellung der Struktur der Kauftransaktion entwickeln. Hierbei angesprochene Punkte sollten die Art der zu kaufenden Forderungen, die Art und den Geldwert von Positionen, die aus der Stellung von Liquiditätsfazilitäten und Credit Enhancements entstehen, die Verlustkaskade sowie die rechtliche und wirtschaftliche Isolierung der übertragenen Forderungen vom Verkäufer einschliessen

- i) Eine Kreditanalyse des Risikoprofils des Forderungsverkäufers muss durchgeführt werden und sollte z.B. die vergangene und die erwartete finanzielle Entwicklung, die gegenwärtige Marktstellung, die erwartete zukünftige Wettbewerbsfähigkeit, das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital, den Cashflow, den Zinsdeckungsgrad sowie das Schuldner-Rating berücksichtigen. Zusätzlich sollte eine Prüfung seiner Standards zur Geschäftsabwicklung, seiner Leistungsfähigkeit als Forderungsverwalter sowie des Inkassoverfahrens durchgeführt werden
- j) Die Standards zur Übernahme von Forderungen im Rahmen des ABCP-Programms müssen Mindestanforderungen für die Eignung dieser Forderungen enthalten, die u.a.
  - den Ankauf von Forderungen, die deutlich im Verzug oder ausgefallen sind, ausschliessen
  - eine übermässige Konzentration auf einen einzigen Schuldner oder auf eine Region begrenzen und
  - die Laufzeit der zu kaufenden Forderungen begrenzen
- k) Das ABCP-Programm sollte über Inkassoverfahren verfügen, die die operationelle Leistungsfähigkeit und die Bonität des Forderungsverwalters berücksichtigen. Das Programm sollte soweit möglich Verkäufer-/Forderungsverwalterrisiken durch verschiedene Massnahmen mindern, so z.B. durch auf der aktuellen Bonität basierten Auslösern, die eine Vermischung von Geldmitteln ausschliessen und „Lockbox“-Vereinbarungen festlegen, die helfen, kontinuierliche Zahlungen an das ABCP-Programm sicherzustellen
- l) Die aggregierte Schätzung der Verluste in einem Forderungspool, den das ABCP-Programm zu kaufen erwägt, muss alle möglichen Risikoquellen berücksichtigen, u.a. das Kredit- und Verwässerungsrisiko. Wenn die vom Verkäufer gestellten Credit Enhancements nur auf Verluste aus Kreditrisiken ausgelegt sind, sollten separate Rücklagen für das Verwässerungsrisiko eingerichtet werden, sofern das Verwässerungsrisiko für den speziellen Pool von Bedeutung ist. Zusätzlich sollte die Bank bei der Veranschlagung des Enhancement-Umfangs die historischen Daten mehrerer Jahre, einschliesslich der Verluste, Zahlungsrückstände, Verwässerungen und der Umschlagshäufigkeit der Forderungen prüfen. Ausserdem sollte sie die Merkmale des zugrundeliegenden Forderungspools, wie z.B. die gewichtete Durchschnittskrediteinschätzung (Credit-Score) bewerten, etwaige Konzentrationen auf einen einzelnen Schuldner oder auf eine Region identifizieren und die Granularität des Pools beurteilen
- m) Das ABCP-Programm muss beim Forderungsankauf strukturelle Merkmale einschliessen, um mögliche Bonitätsverschlechterungen im zugrundeliegenden Portfolio zu mindern. Solche Merkmale können für einen Pool von Positionen spezifische Auslöser für dessen Auflösung einschliessen

621. Der Nominalwert der Verbriefungsposition gegenüber dem ABCP-Programm muss dem Risikogewicht innerhalb des RBA zugewiesen werden, welches dem Rating-Äquivalent entspricht, das der Position der Bank zugewiesen wurde.

622. Wenn das interne Bemessungsverfahren einer Bank nicht mehr als angemessen angesehen wird, kann die Aufsichtsinstanz der Bank die Anwendung des internen Bemessungsansatzes zur Bestimmung der angemessenen Kapitalunterlegung für ihre ABCP-Positionen (sowohl bestehende als auch neu begründete) untersagen, bis die Bank die Mängel beseitigt hat. In diesem Fall muss die Bank auf die aufsichtliche Formel oder, sofern diese nicht zur Verfügung steht, auf das in Absatz 639 beschriebene Verfahren zurückgreifen.

vi) *Aufsichtliche Formel (SF)*

623. Die gewichteten Risikoaktiva bei Anwendung der SF werden – wie im IRB-Ansatz – durch Multiplikation der Eigenkapitalanforderung mit dem Faktor 12,5 errechnet. Bei Anwendung der SF hängt die Kapitalanforderung für Verbriefungstranchen von fünf bankseitig bereitzustellenden Input-Faktoren ab: der IRB-Kapitalanforderung, wenn die zugrundeliegenden Forderungen nicht verbrieft wären ( $K_{IRB}$ ), dem Credit-Enhancement-Level (L) und dem Volumen (T) der Tranche, der effektiven Zahl der Forderungen (N) und der forderungsgewichteten durchschnittlichen Verlustausfallquote des Pools (LGD). Die Inputs  $K_{IRB}$ , L, T und N werden nachstehend definiert. Die Eigenkapitalanforderungen werden wie folgt berechnet:

- 1) *IRB-Kapitalanforderung für die Tranche* = der Betrag der Forderungen, die verbrieft wurden, multipliziert mit dem grösseren der beiden folgenden Werte: a)  $0,0056 \cdot T$  oder b)  $(S [L+T] - S [L])$ ,

wobei die Funktion  $S[.]$  (als „aufsichtliche Formel“ bezeichnet) im folgenden Absatz definiert wird. Hält die Bank nur einen prozentualen Anteil an der Tranche, ist die Kapitalanforderung für diese Position gleich dem prozentualen Anteil der Kapitalanforderung für die gesamte Tranche.

624. Die aufsichtliche Formel wird definiert als:

$$2) \quad S[L] = \begin{cases} L & \text{wenn } L \leq K_{IRB} \\ K_{IRB} + K[L] - K[K_{IRB}] + (d \cdot K_{IRB} / \omega)(1 - e^{\omega(K_{IRB} - L) / K_{IRB}}) & \text{wenn } K_{IRB} < L \end{cases}$$

wobei

$$h = (1 - K_{IRB} / LGD)^N$$

$$c = K_{IRB} / (1 - h)$$

$$v = \frac{(LGD - K_{IRB}) K_{IRB} + 0,25 (1 - LGD) K_{IRB}}{N}$$

$$f = \left( \frac{v + K_{IRB}^2}{1 - h} - c^2 \right) + \frac{(1 - K_{IRB}) K_{IRB} - v}{(1 - h) \tau}$$

$$g = \frac{(1 - c)c}{f} - 1$$

$$a = g \cdot c$$

$$b = g \cdot (1 - c)$$

$$d = 1 - (1 - h) \cdot (1 - \text{Beta} [K_{IRB}; a, b])$$

$$K[L] = (1 - h) \cdot ((1 - \text{Beta} [L; a, b]) L + \text{Beta} [L; a + 1, b] c).$$

625. In diesem Ausdruck bezeichnet  $\text{Beta} [L; a, b]$  die kumulative Beta-Verteilung mit den Parametern  $a$  und  $b$ , ausgewertet an der Stelle  $L$ .<sup>89</sup>

626. Die aufsichtlich vorgegebenen Parameter in den obigen Ausdrücken sind:

$$\tau = 1\,000 \text{ und } \omega = 20.$$

#### Definition von $K_{IRB}$

627.  $K_{IRB}$  ist das Verhältnis von a) den IRB-Eigenkapitalanforderungen einschliesslich EL-Anteil für die dem Pool zugrundeliegenden Forderungen und b) dem Betrag der Forderungen des Pools (z.B. die Summe der in Anspruch genommenen Kreditzusagen, die sich auf verbrieft Forderungen beziehen, zuzüglich der zugehörigen EAD der nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen, die mit den verbrieften Forderungen im Zusammenhang stehen). Die Grösse a) muss in Übereinstimmung mit den anwendbaren Mindest-IRB-Standards (wie in Abschnitt III dieses Dokuments erläutert) so berechnet werden, als ob die Forderungen im Pool direkt von der Bank gehalten würden. Diese Berechnung sollte die Effekte von Kreditrisikominderungen berücksichtigen, die für die zugrundeliegenden Forderungen (entweder für einzelne Forderungen oder für den ganzen Pool) bestehen und die damit den gesamten Verbriefungspositionen zugute kommen.  $K_{IRB}$  wird als Dezimalzahl ausgedrückt (z.B. würde eine Kapitalbelastung von 15% für den Pool als 0,15 ausgedrückt). Für Strukturen, die eine Zweckgesellschaft einschliessen, sind alle Aktiva der Zweckgesellschaft, die mit den Verbriefungen in Beziehung stehen, als Forderungen im Pool zu behandeln. Dies gilt auch für die Aktiva, in denen die Zweckgesellschaft das Reservekonto angelegt hat, z.B. ein Barsicherheitenkonto.

628. Sollte die SF ein Risikogewicht von 1250% ergeben, müssen die Banken die diesem Risikogewicht unterworfenen Position entsprechend den Absätzen 561 bis 563 abziehen.

<sup>89</sup> Die kumulative Beta-Verteilung ist z.B. in Excel als BETADIST-Funktion (bzw. BETAVERT in der deutschen Excel-Version) verfügbar.

629. In den Fällen, in denen eine Bank eine Einzelwertberichtigung gebildet hat oder die im Pool enthaltenen Positionen mit einem nicht erstattungsfähigen Kaufpreinsnachlass erworben hat, müssen die obengenannten Grössen a) und b) auf der Basis der Bruttogrösse, d.h. ohne Abzug der Einzelwertberichtigung und/oder des nicht erstattungsfähigen Kaufpreinsnachlasses berechnet werden. In diesem Fall kann die Einzelwertberichtigung bzw. der nicht erstattungsfähige Kaufpreinsnachlass auf eine ausgefallene Forderung zur Verringerung des Kapitalabzugs für die Verbriefungsposition verwendet werden.

#### *Credit-Enhancement-Level (L)*

630. L wird berechnet (in Form einer Dezimalzahl) als das Verhältnis von a) dem Wert aller verbrieften Forderungen, die nachrangig zu der betreffenden Tranche sind, und b) dem Wert der Forderungen im Pool. Die Banken müssen L bestimmen, ohne die Effekte aus etwaigen tranche-spezifischen Kreditverbesserungen wie Garantien Dritter zu betrachten, von denen nur eine einzige Tranche profitiert. Etwaige „gains-on-sale“ und/oder die Kreditqualität verbessernde I/O, die mit der Verbriefung in Verbindung stehen, dürfen nicht in die Berechnung von L einbezogen werden. Der Umfang von Zins- oder Devisenswaps, die der betreffenden Tranche nachgeordnet sind, kann bei der Berechnung des Besicherungsniveaus zum aktuellen Wert bewertet werden (ohne potenziellen künftigen Wert). Wenn der aktuelle Wert des Instruments nicht ermittelt werden kann, sollte dieses Instrument bei der Berechnung von L unberücksichtigt bleiben.

631. Falls ein Reservekonto besteht, das aus den kumulierten Zahlungen der zugrundeliegenden Forderungen gebildet wird, und dieses Reservekonto der betreffenden Tranche nachgeordnet ist, kann es in die Berechnung von L einbezogen werden. Ungedeckte Reservekonten dürfen nicht einbezogen werden, wenn sie erst aus künftigen Einnahmen aus den zugrundeliegenden Forderungen alimentiert werden.

#### *Volumen („Dicke“) der Tranche (T)*

632. T ist das Verhältnis von a) dem Nominalwert der betreffenden Tranche und b) dem Nominalwert der Forderungen im Pool. Sofern eine Forderung aus einem Zins- oder Devisenswap resultiert, muss die Bank auf den potenziellen zukünftigen Wert abstellen. Wenn der aktuelle Wert des Instruments nicht negativ ist, entspricht das Volumen der Forderung dem aktuellen Wert zuzüglich eines Zuschlags, der nach Massgabe der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 zu berechnen ist. Falls der aktuelle Wert negativ ist, besteht das Volumen der Forderung allein aus dem Faktor für den potenziellen zukünftigen Wert.

#### *Effektive Zahl der Forderungen (N)*

633. Die effektive Zahl der Forderungen wird wie folgt berechnet:

$$3) \quad N = \frac{(\sum_i EAD_i)^2}{\sum_i EAD_i^2}$$

wobei  $EAD_i$  die ausstehenden Forderungen bei Ausfall sind, bezogen auf das i-te Instrument im Pool. Mehrere auf einen Schuldner bezogene Forderungen sind zu konsolidieren (d.h. wie ein einziges Instrument zu behandeln). Im Falle einer „re-securitisation“ (der erneuten Verbriefung von Verbriefungspositionen) ist in der Formel auf die Anzahl der Verbriefungspositionen im Pool und nicht auf die Anzahl der zugrundeliegenden Forderungen in den ursprünglichen Pools abzustellen. Ist der auf die grösste Forderung entfallende Teil des Portfolios –  $C_1$  – bekannt, kann die Bank N als  $1/C_1$  berechnen.

#### *Forderungsgewichtete durchschnittliche LGD*

634. Die forderungsgewichtete durchschnittliche LGD wird wie folgt berechnet:

$$4) \quad LGD = \frac{\sum_i LGD_i \cdot EAD_i}{\sum_i EAD_i}$$

wobei  $LGD_i$  die durchschnittliche LGD ist, bezogen auf alle Forderungen gegen den i-ten Schuldner. Im Falle einer „re-securitisation“ ist eine LGD in Höhe von 100% für die zugrundeliegenden verbrieften Forderungen anzuwenden. Sollten das Ausfall- und das Verwässerungsrisiko der gekauften Forde-

rungen innerhalb einer Verbriefungstransaktion zusammengefasst behandelt werden (z.B. eine einzige Rücklage oder Übersicherung steht zur Deckung von Verlusten aus beiden Risikoquellen zur Verfügung), muss der LGD-Parameter als der gewichtete Durchschnitt aus der LGD für das Ausfallrisiko und der 100%-LGD für das Verwässerungsrisiko ermittelt werden. Die Gewichte ergeben sich jeweils aus den unabhängigen IRB-Kapitalanforderungen für das Ausfall- und das Verwässerungsrisiko.

#### *Vereinfachte Berechnungsmethode für N und LGD*

635. Für Verbriefungen von Retail-Krediten darf, unter Vorbehalt aufsichtlicher Überprüfung, die SF mit folgender Vereinfachung angewandt werden:  $h = 0$  und  $v = 0$ .

636. Unter den folgenden Bedingungen dürfen Banken eine vereinfachte Berechnungsmethode für die effektive Zahl der Forderungen und die forderungsgewichtete durchschnittliche LGD anwenden.  $C_m$  bezeichnet bei der vereinfachten Berechnung denjenigen Poolanteil, der der Summe der m grössten Forderungen entspricht (z.B. entspricht ein 15%-Anteil einem Wert von 0,15). Jede Bank muss die Höhe von m selbst bestimmen.

- Beträgt der Poolanteil der grössten Forderung,  $C_1$ , nicht mehr als 0,03 (oder 3% des zugrundeliegenden Pools), dann kann die Bank für die SF  $LGD = 0,50$  und  $N$  gleich dem folgenden Wert setzen:

$$5) \quad N = \left( C_1 C_m + \left( \frac{C_m - C_1}{m - 1} \right) \max\{1 - m C_1, 0\} \right)^{-1}$$

- Alternativ, falls nur  $C_1$  bekannt ist und dieser Wert nicht mehr als 0,03 beträgt, kann die Bank  $LGD = 0,50$  und  $N = 1 / C_1$  setzen.

#### *vii) Liquiditätsfazilitäten*

637. Liquiditätsfazilitäten sind wie andere Verbriefungspositionen zu behandeln und erhalten einen Kreditumrechnungsfaktor (CCF) von 100%, sofern die Absätze 638 bis 641 keine anderen Vorschriften enthalten. Wenn die Fazilität ein externes Rating aufweist, kann die Bank dieses für den Rating-basierten Ansatz (RBA) berücksichtigen. Wenn die Fazilität kein Rating aufweist und kein abgeleitetes Rating zur Verfügung steht, muss die Bank die SF verwenden, es sei denn, der IAA kann angewandt werden.

638. Eine anerkannte Liquiditätsfazilität, die nur bei allgemeinen Marktstörungen wie in Absatz 580 beschrieben in Anspruch genommen werden kann, erhält im Zusammenhang mit der SF einen CCF von 20%. Das heisst, eine IRB-Bank hat 20% der Kapitalanforderung zu berücksichtigen, die mittels der SF für die Fazilität errechnet wurde. Falls die anerkannte Fazilität ein externes Rating erhalten hat, kann die Bank dieses für den RBA heranziehen; dabei muss sie allerdings für die Fazilität einen CCF von 100% statt von 20% verwenden.

639. Wenn für eine Bank weder die Anwendung des Bottom-Up- noch die des Top-Down-Ansatzes zur Berechnung von  $K_{IRB}$  praktikabel ist, darf sie, sofern die Bankenaufsicht zustimmt, ausnahmsweise und vorübergehend folgende Methode anwenden: Wenn die Liquiditätsfazilität der Definition von Absatz 578 oder 580 entspricht, kann auf die Liquiditätsfazilität das höchste Risikogewicht angewandt werden, das nach Massgabe des Standardansatzes einer einzelnen der zugrundeliegenden Forderungen, die durch die Liquiditätsfazilität gedeckt sind, zuzurechnen ist. Falls die Liquiditätsfazilität der Definition von Absatz 578 entspricht, muss der CCF für eine Fazilität mit einer Anfangslaufzeit von einem Jahr oder weniger 50% und für eine Fazilität mit einer Anfangslaufzeit von mehr als einem Jahr 100% betragen. Wenn die Liquiditätsfazilität der Definition von Absatz 580 entspricht, muss der CCF 20% betragen. In allen anderen Fällen ist der Nominalbetrag der Liquiditätsfazilität vom Eigenkapital abzuziehen.

#### *viii) Behandlung sich überlappender Positionen*

640. Sich überlappende Positionen sind wie in Absatz 581 beschrieben zu behandeln.

#### *ix) Anerkannte Barvorschüsse des Forderungsverwalters*

641. Anerkannte Barvorschüsse des Forderungsverwalters sind wie in Absatz 582 beschrieben zu behandeln.

x) *Anerkennung von Kreditrisikominderungen*

642. Wie schon beim RBA sind die Banken auch bei der Anwendung der SF verpflichtet, die CRM-Verfahren wie im IRB-Basisansatz gemäss Abschnitt III zu berücksichtigen. Die Bank darf die Kapitalanforderungen proportional herabsetzen, wenn die Kreditrisikominderung die „ersten Verluste“ („first losses“) oder Verluste auf anteiliger Basis übernimmt. In allen anderen Fällen muss die Bank unterstellen, dass die Kreditrisikominderung den höchstrangigen Teil der Verbriefungsposition besichert (d.h. dass der letztrangige Teil der Verbriefungsposition unbesichert ist). Beispiele für die Anerkennung von Sicherheiten und Garantien im Rahmen der SF enthält Anhang 5.

xi) *Kapitalanforderungen für Klauseln über eine vorzeitige Rückzahlung*

643. Der Originator muss die Methoden und Verfahren der Absätze 590 bis 605 anwenden, um zu bestimmen, ob Kapital für die Investorenansprüche vorzuhalten ist. Für Banken, die den IRB-Ansatz für Verbriefungspositionen verwenden, sind die Ansprüche der Investoren definiert als die den Investoren zugewiesenen, in Anspruch genommenen Beträge, die sich auf Verbriefungspositionen beziehen, und die EAD aus den Investoren zugewiesenen, nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen im Zusammenhang mit den verbrieften Forderungen. Zur Bestimmung der EAD werden die nicht gezogenen Beträge der verbrieften Forderungen entsprechend den Anteilen des Verkäufers und des Investors an den gezogenen Beträgen auf die Ansprüche des Verkäufers und die des Investors aufgeteilt. Für IRB-Zwecke wird der auf die Investorenansprüche entfallende Kapitalanteil durch das Produkt von a) den Investorenansprüchen, b) dem anzuwendenden CCF und c)  $K_{IRB}$  bestimmt.

## V. **Operationelles Risiko**

### A. **Definition des operationellen Risikos**

644. Operationelles Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge einer Unzulänglichkeit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schliesst Rechtsrisiken ein<sup>90</sup>, nicht jedoch strategische Risiken oder Reputationsrisiken.

### B. **Die Messmethodik**

645. Das nachfolgend beschriebene Regelwerk umfasst drei Methoden zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken, die sich durch zunehmende Komplexität und Risikosensitivität auszeichnen: i) den Basisindikatoransatz (BIA), ii) den Standardansatz (STA) und iii) die fortgeschrittenen Messansätze (AMA).

646. Die Banken werden dazu angehalten, entlang dieses Spektrums von verfügbaren Ansätzen voranzuschreiten, indem sie immer anspruchsvollere Systeme und Verfahren zur Messung des operationellen Risikos entwickeln. Mindestvoraussetzungen für die Anwendung des STA und der AMA werden nachstehend dargelegt.

647. Von international tätigen Banken und von Banken, die erheblichen operationellen Risiken ausgesetzt sind (z.B. auf Transaktionsverarbeitung spezialisierte Banken), wird erwartet, dass sie ein anspruchsvolleres Verfahren als den BIA anwenden, das ihrem individuellen Risikoprofil angemessen ist.<sup>91</sup> Eine Bank wird den BIA oder den STA für einzelne Geschäfte und einen der AMA für andere verwenden dürfen, sofern gewisse Mindestanforderungen erfüllt werden (s. Absätze 680 bis 683).

---

<sup>90</sup> Rechtsrisiken beinhalten u.a. die potenzielle Verpflichtung zu Geldstrafen, Konventionalstrafen oder Schadenersatzzahlungen mit Strafcharakter aufgrund aufsichtlicher Massnahmen oder aussergerichtlicher Vergleiche.

<sup>91</sup> Die Bankenaufsicht wird die Eigenkapitalanforderungen, die eine Bank mit dem von ihr verwendeten Ansatz für das operationelle Risiko (BIA, STA oder AMA) errechnet hat, auf ihre Plausibilität überprüfen, insbesondere im Verhältnis zu der jeweiligen Vergleichsgruppe der Bank. Sollte die Plausibilität nicht gegeben sein, sind angemessene aufsichtliche Massnahmen im Rahmen der Säule 2 in Erwägung zu ziehen.

648. Einer Bank wird nicht gestattet, ohne die Zustimmung der Aufsichtsinstanz zu einer einfacheren Methode zurückzukehren, wenn sie sich für einen anspruchsvolleren Ansatz qualifiziert hat. Wenn die Anforderungen für die Verwendung eines fortgeschritteneren Ansatzes nicht mehr erfüllt sind, gilt jedoch, dass die Bankenaufsicht diese Bank auffordern kann, so lange einen einfacheren Ansatz für einige oder alle Geschäfte zu verwenden, bis die von der Aufsichtsinstanz festgelegten Voraussetzungen für die Rückkehr zu einem anspruchsvolleren Ansatz erfüllt sind.

### 1. Der Basisindikatoransatz (BIA)

649. Im BIA ist für operationelle Risiken ein Betrag an Eigenkapital vorzuhalten, der dem 3-Jahres-Durchschnitt eines festgelegten Prozentsatzes (Alpha genannt) des positiven jährlichen Bruttoertrags entspricht. Beträge von Jahren, in denen der jährliche Bruttoertrag negativ oder Null ist, sollen bei der Berechnung des Durchschnitts weder im Zähler noch im Nenner berücksichtigt werden.<sup>92</sup> Die Eigenkapitalanforderung kann wie folgt ausgedrückt werden:

$$K_{\text{BIA}} = [\sum(GI_{1...n} \times \alpha)]/n$$

mit

$K_{\text{BIA}}$  = Eigenkapitalanforderung im BIA

GI = jährlicher (positiver) Bruttoertrag der letzten drei Jahre

n = Anzahl der letzten drei Jahre mit positivem Bruttoertrag

$\alpha$  = 15%; wird durch den Ausschuss festgesetzt, wobei das branchenweit zu verlangende Eigenkapital zur branchenweiten Höhe des Bruttoertrags ins Verhältnis gesetzt wird

650. Der Bruttoertrag wird definiert als Nettozinsenertrag zuzüglich des zinsunabhängigen Ertrags.<sup>93</sup> Es ist beabsichtigt, dass der Bruttoertrag i) vor jeglichen Wertberichtigungen (z.B. für nicht gezahlte Zinsen) ermittelt wird; ii) hierbei betriebliche Aufwendungen, einschliesslich Zahlungen an die Anbieter ausgelagerter Dienstleistungen, nicht berücksichtigt werden;<sup>94</sup> iii) keine realisierten Gewinne/Verluste aus Wertpapiergeschäften im Anlagebuch enthält,<sup>95</sup> und iv) weder ausserordentliche oder sporadische Erträge noch Einkünfte aus Versicherungsgeschäften beinhaltet.

651. Da der BIA das Einstiegsverfahren zur Berechnung der notwendigen Eigenkapitalunterlegung ist, gibt es in dieser Rahmenvereinbarung keine speziellen Mindestanforderungen für seine Verwendung. Gleichwohl sind die Banken, die diesen Ansatz anwenden, aufgefordert, den in dem Dokument „*Sound Practices for the Management and Supervision of Operational Risk*“ (veröffentlicht im Februar 2003) vom Ausschuss niedergelegten Leitlinien zu folgen.

---

<sup>92</sup> Falls ein negativer Bruttoertrag die Eigenkapitalanforderung einer Bank nach Säule 1 verzerrt, wird die Aufsicht geeignete Massnahmen im Rahmen der Säule 2 in Betracht ziehen.

<sup>93</sup> Definiert durch die nationale Bankenaufsicht und/oder die nationalen Rechnungslegungsstandards.

<sup>94</sup> Im Gegensatz zu den Zahlungen, die eine Bank für ausgelagerte Dienstleistungen leistet, sind die Zahlungen, die eine Bank für das Erbringen ausgelagerter Dienstleistungen einnimmt, in die Definition des Bruttoertrags einzubeziehen.

<sup>95</sup> Realisierte Gewinne/Verluste aus Wertpapieren, die als „Halten bis zur Fälligkeit“ und „zum Verkauf vorgehalten“ klassifiziert sind – und typische Posten im Anlagebuch darstellen (z.B. nach bestimmten Rechnungslegungsstandards) –, werden ebenfalls von der Definition des Bruttoertrags ausgenommen.

## 2. **Der Standardansatz (STA)**<sup>96, 97</sup>

652. Im STA werden die Tätigkeiten der Bank in acht Geschäftsfelder aufgeteilt: Unternehmensfinanzierung/-beratung (Corporate Finance), Handel (Trading & Sales), Retail-Geschäft (Retail Banking), Firmenkundengeschäft (Commercial Banking), Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung (Payment & Settlement), Depot- und Treuhandgeschäfte (Agency Services), Vermögensverwaltung (Asset Management) und Wertpapierprovisionsgeschäft (Retail Brokerage). Die Geschäftsfelder werden im Anhang 6 detaillierter definiert.

653. Innerhalb jedes Geschäftsfeldes dient der Bruttoertrag als allgemeiner Indikator zur Bestimmung des Geschäftsumfangs und damit verbunden der möglichen Gefährdung durch operationelle Risiken innerhalb jedes dieser Geschäftsfelder. Die Eigenkapitalanforderung je Geschäftsfeld wird durch die Multiplikation des Bruttoertrags mit einem diesem Geschäftsfeld zugeordneten Faktor (Beta genannt) berechnet. Beta dient als Näherungswert für das Verhältnis zwischen branchenweiten operationellen Verlusten und den branchenweit aggregierten Bruttoerträgen für das jeweilige Geschäftsfeld. Zu beachten ist, dass im STA der Bruttoertrag für jedes Geschäftsfeld und nicht insgesamt für das Institut bestimmt wird, d.h. im Bereich der Unternehmensfinanzierung/-beratung ist der Indikator der im Geschäftsfeld Unternehmensfinanzierung/-beratung erzielte Bruttoertrag.

654. Die Gesamtkapitalanforderung wird als 3-Jahres-Durchschnitt aus der einfachen Addition der regulatorischen Kapitalanforderungen für die einzelnen Geschäftsfelder in jedem Jahr errechnet. In jedem Jahr kann eine negative Kapitalanforderung in einem Geschäftsfeld, die aus einem negativen Bruttoertrag resultiert, mit positiven Kapitalanforderungen in anderen Geschäftsfeldern zur Gänze

---

<sup>96</sup> Der Basler Ausschuss beabsichtigt, eine Rekalibrierung des BIA und des STA zu erwägen, sobald mehr risikosensitive Daten hierfür zur Verfügung stehen. Eine solche Rekalibrierung sollte jedoch die Gesamtkalibrierung der Komponente Operationelles Risiko als Teil der Eigenkapitalanforderungen gemäss Säule 1 nicht wesentlich beeinflussen.

### <sup>97</sup> **Der alternative Standardansatz (ASA).**

Die nationale Bankenaufsicht kann nach eigenem Ermessen einer Bank gestatten, den ASA anzuwenden, vorausgesetzt die Bank kann ihre Aufsichtsstelle davon überzeugen, dass dieser Ansatz eine bessere Basis ist, um z.B. eine doppelte Anrechnung von Risiken zu vermeiden. Sobald eine Bank die Zulassung für den ASA erhalten hat, darf sie ohne die Erlaubnis der Aufsicht nicht mehr zum STA zurückkehren. Es wird nicht davon ausgegangen, dass grosse diversifizierte Banken in den bedeutenden Märkten den ASA benutzen.

Beim ASA entsprechen die Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken und die Methoden zu ihrer Berechnung den Vorgaben für den STA, mit Ausnahme der beiden Geschäftsfelder „Retail-Geschäft“ und „Firmenkundengeschäft“. Für diese beiden Geschäftsfelder wird der Bruttoertrag als Risikoindikator durch „Darlehen und Kredite“ ersetzt – multipliziert mit dem festen Faktor  $m$  –, und es gelten dieselben Beta-Faktoren wie für den STA. Die ASA-Eigenkapitalanforderung für operationelle Risiken im Retail-Geschäft (wobei dieselbe Grundformel auch für das Firmenkundengeschäft gilt) kann wie folgt ausgedrückt werden:

$$K_{RB} = \beta_{RB} \times m \times LA_{RB}$$

wobei

$K_{RB}$  die Eigenkapitalanforderung für das Retail-Geschäft ist

$\beta_{RB}$  der Beta-Faktor für das Retail-Geschäft ist

$LA_{RB}$  das gesamte jährlich ausstehende Volumen der Retail-Darlehen und -Kredite (ohne Risikogewichtung und ohne Abzug von Wertberichtigungen) im Durchschnitt der letzten drei Jahre ist

$m$  0,035 ist

Für Zwecke des ASA umfassen die Darlehen und Kredite im Retail-Geschäft die Gesamtpositionen aus in Anspruch genommenen Beträgen folgender Kreditportfolios: Privatkundenkredite (Retail-Kredite), KMU, die wie Privatkunden behandelt werden, sowie angekaufte Retail-Forderungen. Für das Firmenkundengeschäft errechnet sich die Summe der Darlehen und Kredite aus in Anspruch genommenen Beträgen folgender Kreditportfolios: Unternehmen, Staaten, Banken, Spezialfinanzierungen, KMU, die wie Unternehmen behandelt werden, sowie angekaufte Forderungen an Unternehmen. Die im Anlagebuch gehaltenen Wertpapiere sollten ebenfalls mit ihren Buchwerten einbezogen werden.

Unter dem ASA können die Banken (auf Wunsch) ihr Retail- und ihr Firmenkundengeschäft zusammenfassen und mit einem Beta-Faktor von 15% multiplizieren. Gleichermassen können die Banken, die nicht in der Lage sind, ihren Bruttoertrag in die anderen sechs Geschäftsfelder aufzuspalten, den Bruttoertrag für diese sechs Geschäftsfelder aggregieren und mit einem Beta-Faktor von 18% multiplizieren. Negativer Bruttoertrag wird gemäss den Ausführungen in Absatz 654 behandelt.

Wie beim STA entspricht die gesamte Eigenkapitalanforderung für den ASA der einfachen Summe der aufsichtlichen Eigenkapitalanforderungen für die acht einzelnen Geschäftsfelder.

verrechnet werden.<sup>98</sup> Ist jedoch die aggregierte Kapitalanforderung über alle Geschäftsfelder für ein Jahr negativ, so ist für dieses Jahr die Eingabe für den Zähler gleich Null zu setzen.<sup>99</sup> Die Gesamtkapitalanforderung kann wie folgt ausgedrückt werden:

$$K_{STA} = \{\sum_{\text{Jahre 1-3}} \max[\sum(GI_{1-8} \times \beta_{1-8}), 0]\} / 3$$

mit

$K_{STA}$  = Eigenkapitalanforderung im STA

$GI_{1-8}$  = jährlicher Bruttoertrag eines Jahres für jedes der acht Geschäftsfelder, definiert wie im BIA

$\beta_{1-8}$  = ein vom Ausschuss festgelegter Prozentsatz, der für jedes der acht Geschäftsfelder den Bruttoertrag zum notwendigen Eigenkapital ins Verhältnis setzt. Die Beta-Werte sind nachstehend aufgeführt.

Geschäftsfeld	Beta-Faktor
Unternehmensfinanzierung/-beratung ( $\beta_1$ )	18%
Handel ( $\beta_2$ )	18%
Retail-Geschäft ( $\beta_3$ )	12%
Firmenkundengeschäft ( $\beta_4$ )	15%
Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung ( $\beta_5$ )	18%
Depot- und Treuhandgeschäfte ( $\beta_6$ )	15%
Vermögensverwaltung ( $\beta_7$ )	12%
Wertpapierprovisionsgeschäft ( $\beta_8$ )	12%

### 3. Fortgeschrittene Messansätze (AMA)

655. Bei den AMA entspricht die Risikokennzahl aus dem bankinternen Messsystem für operationelle Risiken dann der regulatorischen Eigenkapitalanforderung, wenn die nachstehenden quantitativen und qualitativen Mindestanforderungen für die AMA erfüllt werden. Für die Anwendung der AMA ist die Zustimmung der Bankenaufsicht erforderlich.

656. Eine Bank, die die AMA nutzt, kann mit Zustimmung der Aufsicht des Aufnahmelandes und Unterstützung der Aufsicht des Herkunftslandes ein Allokationsverfahren für die Bestimmung der regulatorischen Kapitalanforderung für die international tätigen Banktöchter anwenden, die in Relation zum gesamten Bankkonzern als unbedeutend gelten, die jedoch selbst dieser Rahmenvereinbarung gemäss Teil 1 unterliegen. Die aufsichtliche Genehmigung hängt davon ab, ob die Bank die zuständige Aufsichtsinstanz überzeugen kann, dass das Allokationsverfahren für diese Tochterunternehmen angemessen ist und dass dies durch empirische Daten belegt werden kann. Oberstes Verwaltungsorgan und Geschäftsleitung jeder Tochterbank tragen die Verantwortung für die Durchführung einer eigenen Bewertung der operationellen Risiken und Kontrollverfahren dieser Tochter sowie für die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung hinsichtlich dieser Risiken.

657. Vorbehaltlich der Zustimmung durch die Aufsicht gemäss Absatz 669d können gut begründete Schätzungen von Diversifikationsvorteilen auf Konzernebene oder auf Ebene der Banktochter berücksichtigt werden. Eine Banktochter jedoch, für die die Aufsicht des Aufnahmelandes bestimmt,

<sup>98</sup> Nationale Aufsichtsinstanzen können nach eigenem Ermessen strengere Regelungen zur Behandlung negativer Bruttoerträge erlassen.

<sup>99</sup> Wie im BIA werden die Aufsichtsinstanzen geeignete Massnahmen im Rahmen der Säule 2 in Betracht ziehen, wenn im STA ein negativer Bruttoertrag die Eigenkapitalanforderung einer Bank nach Säule 1 verzerrt.

dass sie ihre Kapitalanforderung für sich als Einzelinstitut berechnen muss (s. Teil 1), darf konzernweite Diversifikationsvorteile bei ihrer AMA-Kalkulation nicht berücksichtigen. (Beispiel: Eine als bedeutend erachtete, international tätige Banktochter kann Diversifikationsvorteile aus ihren eigenen Geschäften – und somit auf unterkonsolidierter Ebene – geltend machen. Sie darf jedoch nicht Diversifikationsvorteile des Mutterkonzerns einbeziehen.)

658. Die Angemessenheit der Allokationsverfahren wird unter Berücksichtigung des Entwicklungsstadiums risikosensitiver Allokationsverfahren und des Ausmasses, in dem es die Höhe des operationellen Risikos in den einzelnen juristischen Personen und dem gesamten Bankkonzern widerspiegelt, überprüft werden. Die Aufsichtsinstanzen erwarten von AMA-Bankkonzernen, dass sie sich bemühen, zunehmend risikosensitivere Allokationsverfahren zu entwickeln, auch wenn ihnen zunächst Verfahren gestattet werden, die auf dem Bruttoertrag oder anderen Hilfsgrössen für operationelle Risiken basieren.

659. Banken, die die AMA anwenden, werden ihre Eigenkapitalanforderungen sowohl mit diesen Ansätzen als auch gemäss der Eigenkapitalvereinbarung von 1988 berechnen müssen, wie in Absatz 46 beschrieben.

## **C. Mindestanforderungen**

### **1. Der Standardansatz (STA)<sup>100</sup>**

660. Damit eine Bank den STA anwenden darf, muss sie ihrer Aufsicht die Erfüllung zumindest der folgenden Anforderungen nachweisen:

- Das oberste Verwaltungsorgan bzw. die Geschäftsleitung ist aktiv in die Überwachung des Risikomanagement-Systems für operationelle Risiken involviert
- Die Bank verfügt über ein Risikomanagement-System für operationelle Risiken, das konzeptionell solide und fest implementiert ist
- Die Bank verfügt über ausreichende Ressourcen zur Umsetzung des Ansatzes sowohl in den wichtigsten Geschäftsfeldern als auch in den Kontroll- und Revisionsbereichen

661. Die Bankenaufsicht ist berechtigt, zunächst eine Beobachtungsphase für den STA einer Bank zu fordern, bevor dieser zur Ermittlung der regulatorischen Kapitalanforderungen verwendet wird.

662. Eine Bank muss Grundsätze entwickeln und über dokumentierte Kriterien verfügen, wie der Bruttoertrag aus ihren aktuellen Geschäftsfeldern und Tätigkeiten in das Regelwerk des STA einzuordnen ist. Diese Kriterien müssen im Hinblick auf neue oder geänderte Geschäftsaktivitäten überprüft und entsprechend angepasst werden. Die Grundsätze für die Einordnung der Geschäftsfelder sind in Anhang 6 angegeben.

663. Da vermutlich einige international tätige Banken den STA anwenden wollen, ist es wichtig, dass diese Banken über ein angemessenes Risikomanagement-System für operationelle Risiken verfügen. Eine international tätige Bank muss daher für die Anwendung des STA folgende zusätzliche Anforderungen erfüllen:<sup>101</sup>

- a) Die Bank muss für die operationellen Risiken über ein Risikomanagement-System verfügen, das einer entsprechenden Risikomanagement-Einheit klare Verantwortungen zuweist. Diese Einheit ist dafür verantwortlich, dass Strategien zur Identifikation, Einschätzung, Überwachung und Begrenzung/Minderung operationeller Risiken entwickelt werden; dass bankweit geltende Grundsätze und Verfahren für Management und Kontrolle der operationellen Risiken niedergelegt werden; dass eine Methodik zur Bewertung der operationellen Risiken

---

<sup>100</sup> Aufsichtsinstanzen, die Banken die Anwendung des ASA bewilligen, müssen über die angemessenen Zulassungskriterien für jenen Ansatz entscheiden, da die in den Absätzen 662 und 663 dargelegten Kriterien eventuell nicht sachgerecht sind.

<sup>101</sup> Anderen Banken wird die Erfüllung dieser Anforderungen empfohlen, wobei es im Ermessen nationaler Aufsichtsinstanzen steht, sie für verbindlich zu erklären.

entwickelt und umgesetzt wird; und dass ein Berichtssystem für operationelle Risiken entwickelt und implementiert wird

- b) Als Teil des bankinternen Systems zur Bewertung der operationellen Risiken muss die Bank systematisch die relevanten Daten zum operationellen Risiko einschliesslich erheblicher Verluste je Geschäftsfeld sammeln. Dieses System muss eng in die Risikomanagement-Prozesse der Bank eingebunden sein. Seine Ergebnisse müssen fester Bestandteil der Überwachungs- und Kontrollprozesse für das operationelle Risikoprofil der Bank sein. Beispielsweise müssen diese Informationen in Risikoberichten, in Managementberichten und in der Risikoanalyse eine wesentliche Rolle spielen. Die Bank muss über Anreizmechanismen zur Verbesserung des Managements operationeller Risiken in der gesamten Bank verfügen
- c) Die für die einzelnen Geschäftsfelder Verantwortlichen, die Geschäftsleitung und das oberste Verwaltungsorgan sind mittels Berichten über bestehende operationelle Risiken, einschliesslich wesentlicher operationeller Verluste, regelmässig zu informieren. Die Bank muss über Verfahren verfügen, um auf Informationen in den Managementberichten angemessen reagieren zu können
- d) Das Risikomanagement-System der Bank für operationelle Risiken muss gut dokumentiert sein. Die Bank muss über Verfahren verfügen, um die Einhaltung der dokumentierten internen Grundsätze, Kontrollen und Verfahren für das Management operationeller Risiken zu gewährleisten; hierzu gehören auch Grundsätze, wie bei Verstössen vorzugehen ist
- e) Die die operationellen Risiken betreffenden Risikomanagement-Verfahren der Bank und das Bewertungssystem müssen validiert und von einer unabhängigen Stelle regelmässig überprüft werden. Diese Überprüfung muss sowohl die Tätigkeit der Geschäftsfelder als auch die der operationellen Risikomanagement-Einheit umfassen
- f) Das Bewertungssystem für die operationellen Risiken (einschl. der internen Validierungsverfahren) muss regelmässig durch externe Prüfer und/oder die Bankenaufsicht überprüft werden

## **2. Fortgeschrittene Messansätze (AMA)**

### *i) Generelle Anforderungen*

664. Damit eine Bank die AMA anwenden darf, muss sie ihrer Aufsicht die Erfüllung zumindest der folgenden Anforderungen nachweisen:

- Das oberste Verwaltungsorgan bzw. die Geschäftsleitung sind aktiv in die Überwachung des Risikomanagement-Systems für operationelle Risiken involviert
- Die Bank verfügt über ein Risikomanagement-System für operationelle Risiken, das konzeptionell solide und fest implementiert ist
- Die Bank verfügt über ausreichende Ressourcen zur Umsetzung des Ansatzes sowohl in den wichtigsten Geschäftsfeldern als auch in den Kontroll- und Revisionsbereichen

665. Auch die AMA einer Bank werden zuerst Gegenstand einer Beobachtungsphase durch die Bankenaufsicht sein, bevor sie für regulatorische Zwecke verwendet werden können. Dieser Zeitraum wird es der Bankenaufsicht ermöglichen, die Plausibilität und die Angemessenheit des Ansatzes zu beurteilen. Wie nachstehend ausgeführt, muss das interne Messsystem einer Bank in der Lage sein, unerwartete Verluste basierend auf einer Kombination von internen und sachdienlichen externen Verlustdaten, Szenarioanalysen und Faktoren, die das bankspezifische Geschäftsumfeld und das interne Kontrollsystem widerspiegeln, vernünftig zu schätzen. Zusätzlich muss das von der Bank benutzte Messverfahren die Allokation von ökonomischem Kapital für operationelle Risiken über alle Geschäftsfelder in einer Weise unterstützen, die Anreize zur Verbesserung des Risikomanagements für operationelle Risiken auf Geschäftsfeldebene bietet.

### *ii) Qualitative Anforderungen*

666. Eine Bank muss die folgenden qualitativen Anforderungen erfüllen, bevor sie für die Anwendung der AMA zur Eigenkapitalermittlung für operationelle Risiken zugelassen werden kann:

- a) Die Bank muss für die operationellen Risiken über eine unabhängige Risikomanagement-Einheit verfügen, die für die Entwicklung und Umsetzung des entsprechenden Risikomanagement-Regelwerks in der Bank verantwortlich ist. Diese Einheit ist verantwortlich für die Kodifizierung der bankweiten Grundsätze und Verfahren für Management und Kontrolle der operationellen Risiken, für die Entwicklung und Umsetzung der bankeigenen Messmethodik für operationelle Risiken, für die Entwicklung und Umsetzung eines Berichtssystems für operationelle Risiken und für die Entwicklung von Strategien zur Identifizierung, Messung, Überwachung und Kontrolle/Minderung operationeller Risiken
- b) Das bankinterne Messsystem für operationelle Risiken ist eng in die täglichen Risikomanagement-Prozesse der Bank einzubinden. Seine Ergebnisse müssen fester Bestandteil der Überwachungs- und Kontrollprozesse für das Risikoprofil der Bank sein. Beispielsweise müssen diese Informationen eine wichtige Rolle in Risikoberichten, in Managementberichten, bei der internen Kapitalallokation und bei der Risikoanalyse spielen. Die Bank muss über Methoden zur Allokation von operationellem Risikokapital auf die bedeutenden Geschäftsfelder und zur Schaffung von Anreizen zur Verbesserung des Managements operationeller Risiken in der gesamten Bank verfügen
- c) Die für die einzelnen Geschäftsfelder Verantwortlichen, die Geschäftsleitung und das oberste Verwaltungsorgan sind mittels Berichten über die Gefährdung durch operationelle Risiken sowie über erlittene operationelle Verluste regelmässig zu informieren. Die Bank muss über Verfahren verfügen, um aufgrund der Informationen in den Managementberichten angemessen reagieren zu können
- d) Das Risikomanagement-System der Bank für operationelle Risiken muss gut dokumentiert sein. Die Bank muss über Verfahren verfügen, um die Einhaltung der dokumentierten internen Grundsätze, Kontrollen und Verfahren für das Management operationeller Risiken zu gewährleisten; hierzu gehören auch Grundsätze, wie bei Verstössen vorzugehen ist
- e) Interne und/oder externe Revisoren müssen regelmässige Prüfungen der Risikomanagement-Prozesse und Messsysteme für operationelle Risiken durchführen. Diese Überprüfung muss sowohl die Tätigkeit der Geschäftsfelder als auch der unabhängigen operationellen Risikomanagement-Einheit umfassen
- f) Die Validierung des Risikomesssystems für operationelle Risiken durch externe Revisoren und/oder die Bankenaufsicht muss Folgendes beinhalten:
  - Prüfung, dass die internen Validierungsprozesse zufriedenstellend funktionieren
  - Sicherstellung, dass die Datenflüsse und Prozesse des Risikomesssystems transparent und zugänglich sind. Insbesondere ist es wichtig, dass Revision und Bankenaufsicht, wann immer sie es für nötig halten, mittels geeigneter Verfahren einfachen Zugriff auf die Spezifikationen und Parameter des Systems haben

*iii) Quantitative Anforderungen*

*AMA-Soliditätskriterium*

667. In Anbetracht der fortlaufenden Weiterentwicklung von analytischen Ansätzen für operationelle Risiken spezifiziert der Ausschuss weder Verfahren noch Verteilungsannahmen für die Generierung einer für die Berechnung des regulatorischen Eigenkapitals geeigneten Messgrösse für operationelle Risiken. Eine Bank muss jedoch nachweisen können, dass ihr Ansatz auch die potenziell schwerwiegenden Verlustereignisse an den Rändern der angenommenen Verteilung erfasst. Unabhängig vom gewählten Ansatz muss die Bank zeigen, dass ihr Verfahren zur Messung operationeller Risiken bezüglich der Solidität vergleichbar mit dem auf internen Ratings basierenden Ansatz für das Kreditrisiko ist (d.h. vergleichbar mit einer einjährigen Halteperiode und einem 99,9%-Konfidenzniveau).

668. Dem Ausschuss ist bewusst, dass das AMA-Soliditätskriterium den Banken erhebliche Flexibilität bei der Entwicklung von Mess- und Managementsystemen für operationelle Risiken einräumt. Jedoch müssen die Banken bei der Entwicklung dieser Systeme und darüber hinaus über strenge Verfahren zur Modellentwicklung und zur unabhängigen Modellvalidierung verfügen. Vor der Implementierung wird der Ausschuss die sich entwickelnden Bankpraktiken hinsichtlich verlässlicher und konsistenter Schätzungen potenzieller operationeller Verluste überprüfen. Zusätzlich wird er die

gesammelten Daten und die durch AMA-Verfahren ermittelte Höhe der Kapitalanforderungen überprüfen und dann gegebenenfalls seine Vorschläge feiner ausarbeiten.

#### *Detaillierte Anforderungen*

669. Die folgenden quantitativen Anforderungen gelten für eine Bank, die ihre internen Messergebnisse in Bezug auf das operationelle Risiko für die Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen einsetzt.

- a) Jedes bankinterne System zur Messung der operationellen Risiken muss mit der Definition der operationellen Risiken, wie sie vom Ausschuss in Absatz 644 niedergelegt ist, und den in Anhang 7 definierten Verlustereignissen vereinbar sein.
- b) Die Bankenaufsicht erwartet von einer Bank die Berechnung der Eigenkapitalanforderung als Summe der erwarteten (EL) und unerwarteten Verluste (UL), ausser die Bank kann nachweisen, dass sie den erwarteten Verlust angemessen in ihren internen Geschäftspraktiken berücksichtigt. Um also die Mindestkapitalanforderungen allein auf den unerwarteten Verlust beziehen zu können, muss die Bank die Aufsicht zufriedenstellend davon überzeugen, dass sie das Ausmass des erwarteten Verlusts gemessen und entsprechend berücksichtigt hat.
- c) Das von der Bank verwendete Risikomesssystem muss hinreichend detailliert und „granular“ sein, um die Haupttreiber für operationelle Risiken, die die Ränder der Verlustverteilungen beeinflussen, zu erfassen.
- d) Risikomessgrössen für die verschiedenen geschätzten operationellen Risiken müssen bei der Berechnung der aufsichtlichen Mindestkapitalanforderung addiert werden. Gleichwohl kann der Bank gestattet werden, intern abgeleitete Korrelationen der operationellen Verluste zwischen individuell geschätzten operationellen Risiken zu berücksichtigen, wenn sie zur Zufriedenheit ihrer Aufsichtsstelle nachweist, dass ihre Systeme zur Bestimmung der Korrelationen solide sind, fest implementiert wurden und die Unsicherheit bei der Schätzung von Korrelationen (insbesondere in Stressphasen) berücksichtigen. Die Bank muss ihre Korrelationsannahmen validieren, wobei angemessene quantitative und qualitative Techniken zu verwenden sind.
- e) Jedes Messsystem für operationelle Risiken muss über bestimmte, in diesem Abschnitt beschriebene Schlüsselmerkmale zur Erfüllung der aufsichtlichen Soliditätsanforderungen verfügen. Diese Elemente beinhalten die Nutzung interner Daten, sachdienlicher externer Daten, Szenarioanalysen und Faktoren, die das Geschäftsumfeld und das interne Kontrollsystem widerspiegeln.
- f) Eine Bank braucht ein zuverlässiges, transparentes, gut dokumentiertes und nachprüfbares Verfahren, um diese grundlegenden Elemente innerhalb des gesamten Messsystems für die operationellen Risiken zu gewichten. Beispielsweise sind unter Umständen Schätzungen des 99,9%-Konfidenzniveaus, die im Wesentlichen auf internen und externen Verlustdaten basieren, in Geschäftsfeldern mit Verlustverteilungen, die einen ausgeprägten Randbereich („heavy tail“) aufweisen, und einer kleinen Anzahl beobachteter Verluste ungeeignet. In solchen Fällen können Szenarioanalysen sowie Faktoren zu Geschäftsumfeld und internem Kontrollsystem eine grössere Rolle im Risikomesssystem spielen. Umgekehrt können operationelle Verlustdaten eine dominantere Rolle in Risikomesssystemen von Geschäftsfeldern spielen, in denen die im Wesentlichen auf diesen Daten basierenden Schätzungen des 99,9%-Konfidenzniveaus als verlässlich erachtet werden. In jedem Fall sollte der zur Gewichtung der vier grundlegenden Elemente gewählte Ansatz bankintern kohärent sein und eine Doppelzählung von qualitativen Bewertungen oder Risikominderungen, die schon in einem anderen Element des Regelwerks berücksichtigt werden, vermeiden.

#### *Interne Daten*

670. Banken müssen interne Verlustdaten entsprechend den in diesem Abschnitt enthaltenen Kriterien erheben. Interne Verlustdaten sind eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung und das Funktionieren eines zuverlässigen Messsystems für operationelle Risiken. Sie sind entscheidend für die Verknüpfung bankeigener Risikoschätzungen mit den tatsächlichen Verlusterfahrungen der Bank. Dies kann durch eine Reihe von Verfahren erreicht werden, u.a. durch die Verwendung interner Verlustdaten als Grundlage für empirische Risikoschätzungen, als Mittel zur Validierung der Input- und

Outputdaten eines bankeigenen Risikomesssystems oder als Verknüpfung von Verlusterfahrungen mit Risikomanagement und Kontrollentscheidungen.

671. Interne Verlustdaten sind besonders dann relevant, wenn sie direkt mit der aktuellen Geschäftstätigkeit der Bank wie auch den angewandten technischen Prozessen und Risikomanagement-Verfahren in Verbindung stehen. Deshalb muss eine Bank über dokumentierte Verfahren verfügen, um die anhaltende Relevanz historischer Verlustdaten zu beurteilen; hierzu gehören auch jene Situationen, in denen abweichende Entscheidungen, Skalierungen oder sonstige Anpassungen erfolgen können, in welchem Ausmass sie erfolgen können und wer befugt ist, sie zu beschliessen.

672. Interne Messergebnisse in Bezug auf das operationelle Risiko, die für die regulatorische Eigenkapitalberechnung eingesetzt werden, müssen auf einer mindestens fünf Jahre umfassenden Beobachtungsperiode von internen Verlustdaten aufbauen, unabhängig davon, ob die internen Verlustdaten direkt als Grundlage für das Verlustmass oder für die Validierung verwendet werden. Wenn die Bank erstmals AMA verwendet, ist ein 3-jähriges historisches Datenfenster zulässig (dies schliesst die Parallelberechnungen gemäss Absatz 46 ein).

673. Für eine bankenaufsichtliche Anerkennung müssen die Verfahren zur Erhebung interner Verlustdaten die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Zur Unterstützung der aufsichtlichen Validierung muss eine Bank ihre historischen internen Verlustdaten den in den Anhängen 6 und 7 definierten aufsichtlich standardisierten Kategorien auf Ebene 1 zuordnen und die Daten der Bankenaufsicht auf Verlangen zur Verfügung stellen können. Die Bank muss über dokumentierte und objektive Kriterien verfügen, nach denen die Verluste den entsprechenden Geschäftsfeldern und Ereigniskategorien zugeordnet werden. Es bleibt jedoch der Bank überlassen, in welchem Ausmass sie diese Kategorien auch in ihrem internen Messsystem für operationelle Risiken verwendet
- Die internen Verlustdaten einer Bank müssen so umfassend sein, dass sie alle wesentlichen Tätigkeiten und Engagements aller betreffenden Subsysteme und Standorte umfassen. Die Bank muss nachweisen können, dass nicht erfasste Tätigkeiten und Engagements, sowohl einzeln als auch kombiniert betrachtet, keinen wesentlichen Einfluss auf die Gesamtrisikoschätzung haben. Eine Bank muss eine angemessene Bagatellgrenze für ihre interne Verlustdatenerhebung setzen, z.B. € 10 000 für operationelle Bruttoverluste. Die angemessene Grenze kann sowohl zwischen Banken als auch zwischen den Geschäftsfeldern und/oder Ereigniskategorien einer Bank bis zu einem gewissen Grad variieren. Allerdings sollten bestimmte Grenzen weitgehend mit denen vergleichbarer Banken übereinstimmen
- Über die Informationen zu Bruttoverlustbeträgen hinaus sollte eine Bank Informationen zum Zeitpunkt des Verlustereignisses, zu etwaigen eingetriebenen Beträgen von Bruttoverlusten sowie Beschreibungen der Auslöser oder Ursachen des Verlustereignisses erheben. Der Detaillierungsgrad solcher erläuternder Informationen sollte sich dabei an der Grösse des Bruttoverlusts orientieren
- Eine Bank muss festgelegte Kriterien entwickeln für die Erfassung von Verlustdaten aus Ereignissen in zentralen Bereichen der Bank (z.B. der IT-Abteilung) oder aus Tätigkeiten, die mehr als ein Geschäftsfeld betreffen, sowie aus Ereignissen, die zwar zeitlich aufeinander folgen, aber miteinander verbunden sind
- Verluste aufgrund von operationellen Risiken, die im Zusammenhang mit Kreditrisiken stehen und in der Vergangenheit in die Kreditrisiko-Datenbank eingeflossen sind (z.B. Fehler bei der Sicherheitenverwaltung), werden für die Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderung nach dieser Rahmenvereinbarung weiterhin als Kreditrisiken behandelt. Aus diesem Grund unterliegen derartige Verluste keiner Eigenkapitalanforderung für operationelle Risiken.<sup>102</sup> Gleichwohl müssen die Banken für das interne Management operationeller Risiken alle wesentlichen operationellen Verluste in Übereinstimmung mit der Definition in Absatz 644 und den Verlustereignissen gemäss Anhang 7 identifizieren,

---

<sup>102</sup> Dies gilt für alle Banken, einschl. derjenigen, die erst jetzt damit beginnen, ihre Datenbanken zu Kreditrisiko und operationellen Risiken aufzubauen.

einschliesslich derer, die mit Kreditrisiken zusammenhängen. Solche wesentlichen und im Zusammenhang mit operationellen Risiken stehenden Verluste aus Kreditrisiken sollten von der Bank in ihrer Datenbank für operationelle Risiken separat gekennzeichnet werden. Die Wesentlichkeit dieser Verluste kann sowohl zwischen Banken als auch zwischen den Geschäftsfeldern und/oder Ereigniskategorien einer Bank variieren. Die Wesentlichkeitsgrenzen sollten weitgehend mit denen vergleichbarer Banken übereinstimmen

- Operationelle Verluste, die mit Marktrisiken zusammenhängen, werden für die Berechnung der Mindesteigenkapitalanforderung nach dieser Rahmenvereinbarung wie operationelle Risiken behandelt und daher der Kapitalanforderung für operationelle Risiken unterworfen

#### *Externe Daten*

674. Das Messsystem für operationelle Risiken einer Bank muss sachdienliche externe Daten (entweder öffentliche Daten und/oder gepoolte Interbank-Daten) nutzen, insbesondere wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Bank seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Verlusten ausgesetzt ist. Diese externen Daten sollten Informationen über die tatsächliche Verlusthöhe, über die Grösse des Geschäftsbereichs, in dem das Ereignis stattgefunden hat, über die Gründe und Umstände der Verlustereignisse oder andere Informationen enthalten, die bei der Beurteilung der Bedeutung dieses Verlustereignisses für andere Banken hilfreich sind. Eine Bank muss in einem systematischen Prozess die Situationen bestimmen, in denen externe Daten genutzt werden müssen, sowie die Methoden der Verarbeitung dieser Daten festsetzen (z.B. mittels Skalierung, qualitativer Anpassungen oder Einbezug in die Verbesserung der Szenarioanalysen). Die Bedingungen und Verfahren für die Nutzung externer Daten müssen regelmässig überprüft, dokumentiert und periodisch von einer unabhängigen Stelle überprüft werden.

#### *Szenarioanalyse*

675. Eine Bank muss auf der Grundlage von Experteneinschätzungen in Verbindung mit externen Daten Szenarioanalysen einsetzen, um ihre Gefährdung durch sehr schwerwiegende Risikoereignisse zu beurteilen. Dieser Ansatz nutzt das Wissen erfahrener Manager und Risikomanagement-Experten, um durchdachte Einschätzungen zu möglichen schweren Verlusten zu erhalten. Beispielsweise können solche Einschätzungen von Experten als Parameter einer angenommenen statistischen Verlustverteilung ausgedrückt werden. Zusätzlich sollten Szenarioanalysen dazu genutzt werden, die Auswirkungen von Abweichungen der Korrelationsannahmen im Messsystem der Bank für operationelle Risiken zu bewerten, und insbesondere dazu, mögliche Verluste aus mehreren gleichzeitig eintretenden operationellen Verlustereignissen abzuschätzen. Im Laufe der Zeit müssen diese Bewertungen validiert und durch Vergleiche mit den tatsächlichen Verlustereignissen angepasst werden, um ihre Aussagekraft sicherzustellen.

#### *Faktoren, die das Geschäftsumfeld und das interne Kontrollsystem widerspiegeln*

676. Zusätzlich zur Nutzung von Verlustdaten – ob tatsächliche oder in Szenarioanalysen ermittelte Verluste – muss das firmenweite Risikobewertungssystem der Bank die entscheidenden Faktoren des Geschäftsumfelds und des internen Kontrollsystems einbeziehen, welche das operationelle Risikoprofil beeinflussen. Durch diese Faktoren wird die Risikoeinschätzung einer Bank zukunftsorientierter, die Qualität der Kontrollen und des unmittelbaren Geschäftsumfelds wird besser abgebildet, die Kapitalanforderungen und die Risikomanagement-Ziele lassen sich leichter aufeinander abstimmen und sowohl Verbesserungen als auch Verschlechterungen des operationellen Risikoprofils können schneller erkannt werden. Für eine bankenaufsichtliche Anerkennung muss die Verwendung dieser Faktoren im Risikomesssystem der Bank die folgenden Anforderungen erfüllen:

- Jeder Faktor muss nachweislich – auf der Grundlage von Erfahrungen und unter Einbezug der Sachkunde des betroffenen Geschäftsbereichs – ein bedeutender Risikotreiber sein. Falls möglich, sind die Faktoren in quantitative Grössen umzuwandeln, die verifizierbar sind
- Die Sensitivität der Risikoschätzungen einer Bank bezüglich Veränderungen dieser Faktoren und deren relative Gewichtung müssen umfassend begründet werden. Zusätzlich zur Erfassung von Risikoveränderungen aufgrund verbesserter Risikokontrollen muss das System auch einen möglichen Risikoanstieg erfassen, der wegen wachsender Komplexität von Geschäften oder aufgrund eines vergrösserten Geschäftsvolumens entsteht

- Das System und jeder Anwendungsfall, inklusive der Begründung jeglicher Änderung der empirischen Schätzungen, müssen dokumentiert und durch eine unabhängige Stelle innerhalb der Bank sowie durch die Bankenaufsicht geprüft werden
- Im Laufe der Zeit müssen sowohl die Prozesse als auch deren Ergebnisse durch Vergleich mit den tatsächlichen internen Verlusterfahrungen, den sachdienlichen externen Daten und den durchgeführten Anpassungen validiert werden

iv) *Risikominderung*<sup>103</sup>

677. Im Rahmen der fortgeschrittenen Messansätze (AMA) wird einer Bank erlaubt, die risikomindernde Wirkung von Versicherungen bei ihren Messungen des operationellen Risikos für die Ermittlung des regulatorischen Eigenkapitals zu berücksichtigen. Die Anerkennung von Versicherungsschutz wird auf 20% der gesamten Eigenkapitalanforderung für operationelle Risiken – berechnet mittels der AMA – begrenzt.

678. Ob eine Bank solche Risikominderungen nutzen darf, hängt von der Erfüllung der nachstehenden Zulassungskriterien ab:

- Das Rating des Versicherungsgebers für die Zahlungsfähigkeit bei Versicherungsansprüchen beträgt mindestens A (oder ein vergleichbares Rating)
- Der Versicherungsvertrag muss eine Mindestlaufzeit von einem Jahr haben; bei Versicherungspolice mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr muss die Bank angemessene Sicherheitsabschläge vornehmen, um die sinkende Restlaufzeit der Police zu berücksichtigen, und zwar bis hin zu einem 100%-Abschlag für Polices mit einer Restlaufzeit von 90 Tagen oder weniger
- Die Kündigungsfrist für die Versicherungspolice beträgt mindestens 90 Tage
- Die Versicherungspolice beinhaltet keine Ausschlussklauseln oder Begrenzungen, die bei Massnahmen der Bankenaufsicht ausgelöst werden oder die im Falle einer insolventen Bank die Bank, den Insolvenzverwalter oder den Liquidator daran hindern, den von der Bank erlittenen Schaden oder ihr entstandene Kosten einzutreiben. Hiervon ausgenommen sind Ereignisse, die nach der Eröffnung des Insolvenzverwaltungs- oder Liquidationsverfahrens eintreten, sofern die Versicherungspolice etwaige Geldstrafen, Konventionalstrafen und Schadenersatzzahlungen mit Strafcharakter, die aus aufsichtlichen Massnahmen resultieren, ausschliessen kann
- Die Berechnung der Risikominderung muss die Deckungssumme der Versicherung in einer Art widerspiegeln, die transparent und kohärent in Bezug auf das Verhältnis zwischen Versicherungsdeckung und den Faktoren Verlustwahrscheinlichkeit und -folgen ist, entsprechend der Art und Weise, wie die Bank diese Faktoren für die Gesamtbestimmung ihres operationellen Risikokapitals verwendet
- Die Versicherung wird durch eine Drittpartei gewährt. Falls die Versicherung durch bank-eigene oder verbundene Gesellschaften gewährt wird, muss das versicherte Risiko an eine unabhängige Drittpartei übertragen werden (z.B. durch Rückversicherung), die ihrerseits die Zulassungskriterien erfüllt
- Das Regelwerk für die Anerkennung von Versicherungen ist wohl begründet und dokumentiert
- Die Bank legt offen, wie sie Versicherungen zur Minderung des operationellen Risikos einsetzt

679. Die bankeigene Methodik zur Berücksichtigung von Versicherungen innerhalb der AMA muss mittels angemessenen Nachlässen oder Abschlägen bei der Höhe der Anerkennung von Versicherungen auch die folgenden Elemente berücksichtigen:

---

<sup>103</sup> Der Ausschuss beabsichtigt, mit dem Bankgewerbe über den Einsatz von Risikominderungstechniken für operationelle Risiken ständig im Gespräch zu bleiben; zu gegebener Zeit wird er vielleicht die Kriterien und Grenzen für die Anerkennung der Risikominderungstechniken für operationelle Risiken auf der Basis wachsender Erfahrung überarbeiten.

- Die Restlaufzeit einer Police, soweit kürzer als ein Jahr (s. oben)
- Die Kündigungsmöglichkeiten, soweit kürzer als ein Jahr
- Die Zahlungsunsicherheit sowie Inkongruenzen bezüglich der von den Versicherungspolicen abgedeckten operationellen Risiken

#### **D. Partielle Anwendung**

680. Es ist einer Bank gestattet, die AMA für einzelne Bereiche ihrer Geschäftstätigkeit und den BIA oder den STA für die restlichen Bereiche („Partielle Anwendung“) zu nutzen, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt werden:

- Es werden sämtliche operationelle Risiken aus der weltweiten Tätigkeit der Bank auf konsolidierter Basis erfasst
- Für alle unter den AMA erfassten Aktivitäten werden die für die Anwendung der AMA vorgegebenen qualitativen Kriterien erfüllt; für die anderen Aktivitäten, auf die die einfacheren Ansätze angewandt werden, werden die jeweiligen Zulassungskriterien erfüllt
- Zum Zeitpunkt der Einführung der AMA wird ein wesentlicher Teil der operationellen Risiken einer Bank durch die AMA erfasst
- Die Bank legt ihrer Bankenaufsicht einen Plan vor, aus dem sich der zeitliche Ablauf für die Ausweitung der AMA auf alle Geschäfte mit Ausnahme eines unwesentlichen Rests ergibt. Der Plan sollte von Praktikabilitätsabwägungen und Umsetzungsmöglichkeiten für den Übergang zu den AMA und nicht von anderen Überlegungen getragen sein

681. Vorbehaltlich der Zustimmung durch ihre Bankenaufsicht kann eine Bank, die sich für die partielle Anwendung der AMA entschieden hat, anhand der Geschäftsfelder, rechtlicher Strukturen, geografischer Abgrenzungen oder anderer intern festgelegter Kriterien bestimmen, für welche Geschäfte sie die AMA anwenden möchte.

682. Wenn eine Bank beabsichtigt, auf einer weltweiten, konsolidierten Basis einen anderen Ansatz als die AMA zu implementieren, und wenn sie die dritte und/oder vierte Bedingung des Absatzes 680 nicht erfüllt, kann sie vorbehaltlich der Genehmigung der Aufsicht unter beschränkten Umständen:

- die AMA dauerhaft auf partieller Basis implementieren
- in ihre weltweiten, konsolidierten Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken die Ergebnisse der AMA-Berechnung einer Tochtergesellschaft einbeziehen, wenn die AMA von der zuständigen Aufsicht des Aufnahmelandes genehmigt wurde und von der Aufsicht des Herkunftslandes akzeptiert wird

683. Genehmigungen der in Absatz 682 beschriebenen Art sollten nur in Ausnahmefällen erteilt werden. Solche ausserordentlichen Genehmigungen sollten im Allgemeinen nur dann erteilt werden, wenn eine Bank aufgrund von Implementierungsentscheidungen der Aufsichtsinstanzen in ausländischen Rechtsordnungen, die für die Geschäfte einer Banktochter zuständig sind, diese Bedingungen nicht erfüllen kann.

## VI. Handelsbuch

### A. Definition des Handelsbuchs

684. Die folgende Definition des Handelsbuchs ersetzt die gegenwärtige Definition im Basler Marktrisikopapier (s. Einleitung zum Basler Marktrisikopapier – Abschnitt I, Absatz 2).<sup>104</sup>

685. Das Handelsbuch umfasst Positionen in Finanzinstrumenten und Waren, die entweder zu Handelszwecken oder zur Absicherung anderer Handelsbuchpositionen gehalten werden. Finanzinstrumente können nur dann dem Handelsbuch zugerechnet werden, wenn entweder ihre Handelbarkeit durch keinerlei vertragliche Vereinbarungen eingeschränkt ist oder wenn sie voll abgesichert werden können. Darüber hinaus sind die Positionen häufig und exakt zu bewerten, und das Portfolio ist aktiv zu verwalten.

686. Ein Finanzinstrument ist jeder Vertrag, der bei der einen Partei einen finanziellen Vermögenswert und bei der anderen eine finanzielle Verbindlichkeit oder einen Kapitalanteil begründet. Finanzinstrumente umfassen sowohl primäre Finanzinstrumente (oder Kassa-Instrumente) als auch derivative Finanzinstrumente. Ein finanzieller Vermögenswert ist jedes Aktivum, das Bargeld repräsentiert, einen Anspruch auf eine Barzahlung oder ein anderes Finanzaktivum verbrieft, ein vertragliches Recht beinhaltet, Finanzaktiva zu potenziell günstigen Bedingungen auszutauschen, oder einen Anteilsbesitz darstellt. Eine finanzielle Verbindlichkeit ist eine vertragliche Verpflichtung, eine Barzahlung zu leisten bzw. sonstige Finanzaktiva abzugeben oder finanzielle Verbindlichkeiten auch unter möglicherweise ungünstigen Bedingungen auszutauschen.

687. Positionen, die zu Handelszwecken gehalten werden, sind solche, bei denen ein Wiederverkauf binnen kurzer Frist beabsichtigt ist und/oder die Absicht besteht, aus tatsächlichen oder erwarteten kurzfristigen Preisschwankungen Nutzen zu ziehen oder Arbitragegewinne zu realisieren. Sie können beispielsweise Positionen des Eigenhandels, aus dem Kundengeschäft entstehende Positionen (z.B. Matched Principal Broking) und Marktmacherpositionen umfassen.

688. Positionen, die nach den Vorschriften über das Handelsbuch behandelt werden können, müssen den folgenden Mindestanforderungen entsprechen:

- Eine klar dokumentierte Handelsstrategie für die Position/das Instrument oder das Portfolio, die von der Geschäftsleitung genehmigt ist (und die eine erwartete Halteperiode beinhalten sollte)
- Klar und eindeutig definierte Verhaltensregeln und Verfahrensweisen für die aktive Steuerung der Position, die Folgendes umfassen müssen:
  - Die Positionen werden in einer Handelsabteilung verwaltet
  - Es werden Positionslimits festgelegt, und deren Angemessenheit wird überwacht
  - Händler können im Rahmen der festgelegten Limits und der festgelegten Strategie eigenständig Positionen eingehen/verwalten
  - Positionen werden mindestens täglich zu Marktpreisen bewertet („marking-to-market“). Falls sie auf Basis eines Modellpreises bewertet werden („marking-to-model“), sind die Bewertungsparameter täglich neu zu beurteilen
  - Die Berichterstattung über die Positionen an die Geschäftsleitung stellt einen integralen Bestandteil des Risikomanagement-Verfahrens der Bank dar
  - Positionen werden unter Hinzuziehung von Informationsquellen aus dem Marktumfeld aktiv überwacht (zu beurteilen sind die Marktliquidität, die Möglichkeiten, die Positionen abzusichern, oder das Risikoprofil des Portfolios). Dies beinhaltet eine Beurteilung der Qualität und Verfügbarkeit von Marktinformationen für das Bewertungsverfahren, der Umsatzvolumina am Markt, der Grösse der am Markt gehandelten Positionen usw.

---

<sup>104</sup> Die Regeln und Grundsätze für das Handelsbuch, die in den Absätzen 3 bis 5 der Einleitung zum Basler Marktrisikopapier dargelegt sind, bleiben unverändert.

- Klar und eindeutig definierte Grundsätze und Verfahren zur Überwachung der Positionen auf Übereinstimmung mit der Handelsstrategie, einschliesslich der Überwachung von Umsätzen und Altbeständen im Handelsbuch der Bank

689. Ein Sicherungsgeschäft („hedge“) ist eine Position, durch die einzelne Risikokomponenten einer anderen Handelsbuchposition oder einer Gruppe von Positionen erheblich oder vollständig abgesichert werden.

## **B. Empfehlungen für vorsichtige Bewertung**

690. Dieser Abschnitt enthält Leitlinien für die vorsichtige Bewertung von Positionen im Handelsbuch. Diese Leitlinien sind vor allem für weniger liquide Positionen wichtig, die zwar nicht nur deshalb aus dem Handelsbuch herausgenommen werden, weil sie weniger liquide sind, bei denen die Bankenaufsicht aber um eine vorsichtige Bewertung besorgt ist.

691. Ein Regelwerk für vorsichtige Bewertungspraktiken sollte mindestens die folgenden Elemente beinhalten:

### **1. Systeme und Kontrollen**

692. Die Banken müssen angemessene Systeme und Kontrollen einführen und aufrecht erhalten, damit Geschäftsleitung und Bankenaufsicht davon ausgehen können, dass diese Systeme vorsichtige und zuverlässige Schätzwerte liefern. Diese Systeme müssen auch mit anderen Risikomanagement-Systemen innerhalb der Bank (z.B. der Kreditanalyse) verbunden sein. Solche Systeme müssen beinhalten:

- schriftlich niedergelegte Grundsätze und Verfahren für den Bewertungsprozess. Dazu zählen klar definierte Verantwortlichkeiten für die verschiedenen an der Bewertung beteiligten Bereiche, Quellen für die Marktinformationen und die Überprüfung von deren Eignung, die Häufigkeit der unabhängigen Bewertung, der Zeitpunkt für die Erhebung der Tagesschlusspreise, Verfahren für Bewertungsanpassungen, Monatsend- und fallweise Abstimmungsverfahren
- klare und (von der Handelsabteilung) unabhängige Berichtslinien für die Abteilung, die für die Bewertung verantwortlich ist. Die Berichtslinie sollte letztlich bis zu einem zuständigen Mitglied des obersten Verwaltungsorgans reichen

### **2. Bewertungsmethoden**

#### *i) Bewertung zu Marktpreisen („marking-to-market“)*

693. Die Bewertung zu Marktpreisen ist die mindestens täglich vorzunehmende Positionsbewertung auf der Grundlage einfach feststellbarer Glattstellungspreise, die aus neutralen Quellen bezogen werden. Beispiele hierfür sind Börsenkurse, über elektronische Handelssysteme angezeigte Preise oder Preisnotierungen von verschiedenen unabhängigen, angesehenen Brokern.

694. Die Banken müssen ihre Positionen soweit wie möglich zu Marktpreisen bewerten. Die vorsichtigere Seite der Geld-/Brief-Preise muss verwendet werden, es sei denn, die Bank ist ein bedeutender Marktmacher in einer bestimmten Art von Position und kann zu Mittelkursen glattstellen.

#### *ii) Bewertung zu Modellpreisen („marking-to-model“)*

695. In den Fällen, in denen eine Bewertung zu Marktpreisen nicht möglich ist, können Banken eine Bewertung zu Modellpreisen vornehmen, sofern diese nachweislich vorsichtig ist. Als Bewertung zu Modellpreisen wird jede Bewertung definiert, die aus Marktdaten abgeleitet, extrapoliert oder auf andere Weise errechnet werden muss. Bei der Bewertung zu Modellpreisen ist ein besonderes Mass an Vorsicht geboten. Die Aufsichtsinstanzen werden die folgenden Aspekte berücksichtigen, wenn sie beurteilen, ob eine Modellbewertung vorsichtig ist:

- Die Geschäftsleitung sollte wissen, für welche Elemente des Handelsbuchs eine Modellbewertung vorgenommen wird und sollte die Bedeutung der Unsicherheit kennen, die dadurch in die Berichterstattung über die Risiken/Erfolgsbeiträge des Geschäftsfeldes einfließt

- Marktdaten sollten, soweit möglich, aus denselben Quellen bezogen werden wie die Marktpreise (wie oben erörtert). Die Eignung der Marktdaten für die Bewertung einer speziellen Position sollte regelmässig überprüft werden
- Soweit verfügbar, sollten allgemein anerkannte Bewertungsmethoden für einzelne Produkte verwendet werden
- Wenn das Modell von der Bank selbst entwickelt wurde, sollte es auf geeigneten Annahmen basieren, die von angemessen qualifizierten Dritten, die nicht an der Entwicklung beteiligt waren, beurteilt und kritisch überprüft wurden. Das Modell sollte unabhängig von der Handelsabteilung entwickelt oder abgenommen werden. Es sollte unabhängig geprüft werden. Dazu zählt die Bestätigung der mathematischen Formeln, der Annahmen und der Programmierung
- Es sollte formelle Verfahren für die Kontrolle von Änderungen geben, und eine Sicherheitskopie des Modells sollte aufbewahrt und regelmässig dazu verwendet werden, die Bewertungen nachzuprüfen
- Das Risikomanagement sollte die Schwächen des verwendeten Modells kennen und wissen, wie diese am besten in den Bewertungsergebnissen zu berücksichtigen sind
- Das Modell sollte regelmässig überprüft werden, um die Genauigkeit seiner Ergebnisse zu bestimmen (d.h. Beurteilung, ob die Annahmen weiterhin angemessen sind, Analyse von Gewinnen und Verlusten gegenüber den Risikofaktoren, Vergleich tatsächlicher Glattstellungspreise mit den Modellergebnissen)
- Bewertungsanpassungen sollten vorgenommen werden, wenn dies angemessen ist, z.B. um die Unsicherheit der Bewertungen aufzufangen (s. auch Absätze 698 bis 701 zu Bewertungsanpassungen)

*iii) Unabhängige Preisüberprüfung*

696. Eine unabhängige Preisüberprüfung unterscheidet sich von einer täglichen Marktbewertung. Es handelt sich dabei um den Prozess, mit dem Marktpreise oder Modellparameter regelmässig auf ihre Angemessenheit überprüft werden. Während eine tägliche Marktbewertung durch Händler vorgenommen werden kann, sollte eine Überprüfung der Marktpreise oder der Modellparameter durch eine handelsunabhängige Einheit mindestens monatlich (oder, je nach Art des Handelsgeschäfts, häufiger) durchgeführt werden. Da die objektive – d.h. unabhängige – Bewertung von Positionen Fehleinschätzungen oder systematische Verzerrungen der Preisermittlung aufdecken und damit zur Beseitigung von Ungenauigkeiten bei den täglichen Bewertungen beitragen sollte, muss die Preisüberprüfung nicht so häufig wie eine tägliche Marktbewertung durchgeführt werden.

697. Bei der unabhängigen Preisüberprüfung ist ein höherer Grad an Genauigkeit erforderlich, da die Marktpreise oder Modellparameter verwendet werden, um die Gewinn- und Verlustdaten zu ermitteln, wohingegen tägliche Marktbewertungen in erster Linie für die zwischen Meldeterminen liegende Berichterstattung an die Geschäftsleitung genutzt werden. Bei unabhängigen Preisüberprüfungen, bei denen die Quellen für die Preisermittlung eher subjektiv sind, z.B. weil nur ein Maklerkurs verfügbar ist, sind unter Umständen Vorsichtsmassnahmen wie z.B. Bewertungsanpassungen angezeigt.

**3. Bewertungsanpassungen oder -reserven**

698. Die Banken müssen Regelungen in Bezug auf Bewertungsanpassungen oder -reserven einführen und aufrecht erhalten. Die Bankenaufsicht erwartet von den Banken, die Bewertungen von Dritten verwenden, dass sie erwägen, ob Bewertungsanpassungen notwendig sind. Solche Erwägungen sind auch bei der Bewertung zu Modellpreisen notwendig.

699. Die Aufsichtsinstanzen erwarten, dass mindestens in den folgenden Fällen Bewertungsanpassungen/-reserven formell geprüft werden: noch nicht eingennommene Kreditspreads, Glattstellungskosten, operationelle Risiken, vorzeitige Tilgungen, Geldanlage- und Refinanzierungskosten, zukünftige Verwaltungskosten und gegebenenfalls Modellrisiken.

700. Zusätzlich werden die Aufsichtsinstanzen von den Banken fordern, die Bildung von Reserven für weniger liquide Positionen zu erwägen (und deren Angemessenheit fortlaufend zu überprüfen). Eine geringere Liquidität kann von Marktstörungen herrühren. Zusätzlich sind die Glatt-

stellungspreise für grosse Positionen und/oder Altbestände mit grösserer Wahrscheinlichkeit ungünstig. Bei der Entscheidung, ob eine Bewertungsreserve für weniger liquide Gegenstände notwendig ist, müssen die Banken verschiedene Faktoren beachten, u.a. die Zeit, die notwendig wäre, um die Positionen/Positionsrisiken abzusichern, die durchschnittliche Volatilität der Geld-/Brief-Spannen, die Verfügbarkeit von Marktkursen (Anzahl und Identität der Marktmacher) sowie die durchschnittliche Grösse und die Volatilität des Handelsvolumens.

701. Bewertungsanpassungen müssen sich auf das regulatorische Eigenkapital auswirken.

### **C. Behandlung von Kontrahentenrisiken im Handelsbuch**

702. Die Banken werden die Eigenkapitalanforderungen für die Kontrahentenrisiken aus ausserbörslichen Derivaten, Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften sowie anderen Transaktionen, die dem Handelsbuch zugeordnet sind, getrennt von der Eigenkapitalunterlegung für allgemeine Marktrisiken und besondere Kursrisiken berechnen müssen.<sup>105</sup> Die in dieser Berechnung verwendeten Risikogewichte müssen mit denen übereinstimmen, die für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen des Anlagebuchs verwendet werden. Folglich werden Banken, die für das Anlagebuch den Standardansatz anwenden, die Risikogewichte des Standardansatzes auch für das Handelsbuch verwenden, und Banken, die den IRB-Ansatz auf das Anlagebuch anwenden, verwenden für das Handelsbuch die IRB-Risikogewichte, die dem Stand der IRB-Einführung im Anlagebuch (s. Absätze 256 bis 262) entspricht. Für Kontrahenten, die Portfolios zugeordnet werden, für die der IRB-Ansatz zum Tragen kommt, müssen die IRB-Risikogewichte angewandt werden. Die Obergrenze von 50% des Risikogewichts für ausserbörsliche Derivate ist abgeschafft (vgl. Absatz 82).

703. Für die im Handelsbuch enthaltenen Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäfte können alle dem Handelsbuch zuordnungsfähigen Instrumente als anererkennungsfähige Sicherheiten genutzt werden. Beim Wert jener Instrumente, die im Anlagebuch nicht als Sicherheiten anerkannt werden, ist ein Sicherheitsabschlag (Haircut) vorzunehmen, so wie er auf an anerkannten Börsen notierte, aber nicht in einem Hauptindex enthaltene Papiere anzuwenden ist (s. Absatz 151). Sofern jedoch Banken eigene Schätzungen zur Bestimmung der Haircuts verwenden, sollten sie diese, entsprechend den Absätzen 154 und 155, auch auf das Handelsbuch anwenden. Dementsprechend müssen für Instrumente, die für das Handelsbuch, jedoch nicht für das Anlagebuch als anerkannte Sicherheiten gelten, die Haircuts für jedes einzelne Instrument individuell berechnet werden. Wenn Banken einen VaR-Ansatz zur Bestimmung des Forderungsbetrags bei Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften anwenden, können sie diesen Ansatz auch im Handelsbuch verwenden, gemäss den Absätzen 178 bis 181.

704. Die Berechnung von Eigenkapitalanforderungen für Kontrahentenrisiken aus besicherten ausserbörslichen Derivatgeschäften erfolgt nach den Regeln für entsprechende Geschäfte im Anlagebuch.

705. Die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Kontrahentenrisiken aus Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften ist entsprechend den in den Absätzen 147 bis 181 aufgeführten Regeln für solche Geschäfte im Anlagebuch durchzuführen. Die Grössenanpassungen für KMU gemäss Absatz 273 gelten auch für das Handelsbuch.

#### *Kreditderivate*

706. Wenn eine Bank ein internes Sicherungsgeschäft mittels eines Kreditderivats (d.h. der Absicherung des Kreditrisikos einer Forderung des Anlagebuchs durch ein im Handelsbuch gebuchtes Kreditderivat) tätigt, um eine Eigenkapitalerleichterung für die Forderung im Anlagebuch zu erlangen, muss sie das Kreditrisiko aus dem Handelsbuch auf einen aussenstehenden Dritten übertragen (z.B. einen anerkannten Sicherungsgeber). Die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die abgesicherte Position des Anlagebuchs erfolgt in der für Kreditderivate im Anlagebuch vorgesehenen Weise. Die Eigenkapitalunterlegung für allgemeine Marktrisiken und besondere Kursrisiken für im Handelsbuch gebuchte Kreditderivate basiert grundsätzlich auf dem Basler Marktrisikopapier. Die

---

<sup>105</sup> Die Behandlung von noch nicht abgewickelten Devisen- und Wertpapiergeschäften wird in Absatz 88 erläutert.

Regelungen für die Aufrechnung des besonderen Kursrisikos für im Handelsbuch gebuchte Kreditderivate finden sich in den Absätzen 713 bis 718.

707. Bei der Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für das Kontrahentenrisiko von Kreditderivaten mit Einzeladressen im Handelsbuch werden die folgenden Zuschläge für den potenziellen zukünftigen Wert zugrunde gelegt:

	Sicherungsnehmer	Sicherungsgeber
<b>Total Return Swap</b>		
„qualifizierte“ Referenzverbindlichkeit	5%	5%
„nicht qualifizierte“ Referenzverbindlichkeit	10%	10%
<b>Credit Default Swap</b>		
„qualifizierte“ Referenzverbindlichkeit	5%	5%**
„nicht qualifizierte“ Referenzverbindlichkeit	10%	10%**

Es gibt keine von der Restlaufzeit abhängige Unterscheidung.

Die Definition für „qualifiziert“ ist die gleiche wie für die „qualifizierte“ Kategorie bei der Behandlung des besonderen Kursrisikos unter dem Standardmessverfahren im Basler Marktrisikopapier.

\*\* Für den Sicherungsgeber im Rahmen eines Credit Default Swap ist nur dann ein Zuschlag anzurechnen, wenn der Credit Default Swap im Falle der Insolvenz des Sicherungsnehmers einer Glattstellungsvereinbarung (close-out) unterliegt, auch wenn das zugrundeliegende Aktivum nicht ausgefallen ist. Der Zuschlag wird in diesem Fall auf die Höhe der noch nicht bezahlten Prämien beschränkt.

708. Bei einem „first-to-default“-Kreditderivat wird der Zuschlag durch die schlechteste im Pool befindliche Kreditqualität bestimmt, d.h. sofern es nicht qualifizierte Teile im Pool gibt, muss der Zuschlag für die nicht qualifizierte Referenzverbindlichkeit verwendet werden. Für „second-to-default“- und weiter nachgeordnete Transaktionen sollten die zugrundeliegenden Aktiva weiterhin nach ihrer Kreditqualität zugeordnet werden, d.h. die zweitschlechteste Kreditqualität bestimmt den Zuschlag für eine „second-to-default“-Transaktion usw.

#### **D. Kapitalunterlegung für das besondere Kursrisiko im Handelsbuch nach der Standardmethode**

709. Die folgenden Abschnitte beschreiben die Änderungen bei der Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung für das besondere Kursrisiko im Handelsbuch nach der Standardmethode.<sup>106</sup> Diese Änderungen stimmen mit den Änderungen hinsichtlich der Berechnung der Kapitalanforderungen für Anlagebuchpositionen nach dem Standardansatz überein.

##### **1. Eigenkapitalanforderungen für das besondere Kursrisiko von Staatspapieren**

710. Die neuen Eigenkapitalanforderungen lauten wie folgt:

<sup>106</sup> Die Eigenkapitalanforderungen für das besondere Kursrisiko qualifizierter Schuldtitel, Aktien und anderer Wertpapiere, die im Basler Marktrisikopapier festgelegt wurden, bleiben unverändert.

Externes Rating	Eigenkapitalanforderung für das besondere Kursrisiko
AAA bis AA–	0%
A+ bis BBB–	0,25% (Restlaufzeit 6 Monate oder kürzer) 1,00% (Restlaufzeit mehr als 6 Monate bis einschl. 24 Monate) 1,60% (Restlaufzeit länger als 24 Monate)
Alle anderen	8,00%

711. Wenn Staatspapiere auf Landeswährung lauten und von der Bank in dieser Währung refinanziert werden, kann nach Ermessen der nationalen Aufsichtsinstanz ein geringeres Risikogewicht für das besondere Kursrisiko angewandt werden.

## 2. **Regelungen für das besondere Kursrisiko von Schuldtiteln ohne Rating**

712. Nach dem Basler Markrisiko-Papier können auch Wertpapiere ohne Rating in die Kategorie der qualifizierten Papiere einbezogen werden, wenn ihre Anlagequalität von der berichtenden Bank als vergleichbar hoch angesehen wird, der Emittent an einer anerkannten Börse zugelassene Wertpapiere hat und diese Behandlung durch die Bankenaufsicht genehmigt ist. Dies wird für Banken, die den Standardansatz verwenden, unverändert bleiben. Für Banken, die den IRB-Ansatz für ein Portfolio verwenden, können Wertpapiere ohne Rating in die „qualifizierte“ Kategorie eingestuft werden, wenn die beiden folgenden Bedingungen eingehalten werden:

- Das im Rahmen des aufsichtlich anerkannten, bankinternen Rating-Systems der Bank ermittelte Rating ist im Vergleich zu einem „investment grade“-Rating gleichwertig<sup>107</sup>
- Wertpapiere des Emittenten sind an einer anerkannten Börse zum Handel zugelassen

## 3. **Eigenkapitalanforderungen für das besondere Kursrisiko von Positionen, die durch Kreditderivate abgesichert sind**

713. Eine vollständige Freistellung wird anerkannt, wenn sich die Werte zweier Positionen (d.h. Long und Short) immer in entgegengesetzter Richtung und im Wesentlichen im gleichen Ausmass bewegen. Dies ist in den folgenden Situationen der Fall:

- a) Die beiden Positionen bestehen aus vollständig identischen Instrumenten
- b) Eine Kassa-Long-Position wird durch einen Total-Rate-of-Return-Swap (oder umgekehrt) abgesichert, und es besteht eine exakte Übereinstimmung zwischen der Referenzverbindlichkeit und der zugrundeliegenden Forderung (d.h. der Kassa-Position)<sup>108</sup>

In diesen Fällen wird für beide Seiten der Position keine Eigenkapitalanforderung für das besondere Kursrisiko gestellt.

714. Eine 80%-Freistellung wird anerkannt, wenn die Werte der beiden Positionen (d.h. Long und Short) sich immer in entgegengesetzter Richtung, im Allgemeinen jedoch nicht im gleichen Ausmass bewegen. Dies ist der Fall, wenn eine Kassa-Long-Position durch einen Credit Default Swap oder eine Credit-Linked Note (oder umgekehrt) abgesichert wird und die Referenzverbindlichkeit, die Restlaufzeit der Referenzverbindlichkeit und des Kreditderivats sowie die Währung der zugrundeliegenden Forderungen vollständig übereinstimmen. Zusätzlich sollten die Haupteigenschaften des Kreditderivatvertrags (z.B. Definitionen der Kreditereignisse, Abrechnungsmechanismen) nicht dazu führen, dass die Preisbewegung des Kreditderivats wesentlich von der Preisbewegung der Kassa-Position abweicht. In dem Ausmass, in dem die Transaktion Risiken transferiert (d.h. unter Beachtung restrikt-

<sup>107</sup> Gleichwertig bedeutet: Der Schuldtitel hat eine einjährige PD, die gleich oder geringer als die einjährige PD ist, die durch die langfristige durchschnittliche einjährige PD eines Wertpapiers gegeben ist, das von einer anerkannten Rating-Agentur als „investment grade“ oder höher eingestuft wird.

<sup>108</sup> Die Restlaufzeit des Swap selbst kann von derjenigen der zugrundeliegenden Forderung abweichen.

tiver Auszahlungsvorschriften, wie z.B. feste Auszahlungen und Wesentlichkeitsgrenzen), wird eine 80%ige Freistellung des besonderen Kursrisikos auf der Seite der Transaktion mit der höheren Kapitalanforderung angewandt, während die Kapitalanforderung für das besondere Kursrisiko auf der anderen Seite Null sein wird.

715. Eine teilweise Freistellung wird anerkannt, wenn sich die Werte der beiden Positionen (d.h. Long und Short) in der Regel in entgegengesetzter Richtung entwickeln. Dies ist in den folgenden Situationen der Fall:

- a) Die Position entspricht der in Absatz 713b, die Referenzverbindlichkeit und die zugrundeliegende Forderung stimmen jedoch nicht exakt überein. Gleichwohl erfüllt die Position die Anforderungen in Absatz 191g
- b) Die Position entspricht der in Absatz 713a oder 714, weist jedoch eine Inkongruenz zwischen der Kreditabsicherung und dem zugrundeliegenden Aktivum hinsichtlich der Währung oder der Laufzeit<sup>109</sup> auf
- c) Die Position entspricht der in Absatz 714, weist jedoch eine Inkongruenz zwischen der Kassa-Position und dem Kreditderivat auf. Das zugrundeliegende Aktivum ist jedoch Bestandteil der (lieferbaren) Wertpapiere in der Dokumentation des Kreditderivats

716. In jedem der Fälle in den Absätzen 713 bis 715 findet die folgende Regel Anwendung: Statt einer Summierung der Eigenkapitalanforderungen für das besondere Kursrisiko für beide Seiten der Transaktion (d.h. für die Kreditabsicherung und das zugrundeliegende Aktivum) gilt nur die höhere der beiden Eigenkapitalanforderungen.

717. In den Fällen, die nicht in den Absätzen 713 bis 715 genannt werden, ist eine Eigenkapitalanforderung für das besondere Kursrisiko für beide Seiten der Position zu berechnen.

718. Hinsichtlich der „first-to-default“- und „second-to-default“-Produkte der Bank im Handelsbuch werden die grundlegenden Konzepte, die für das Anlagebuch entwickelt wurden, gleichermassen angewandt. Banken, die in diesen Produkten Long-Positionen halten (z.B. Käufer von Basket Credit-Linked Notes), werden so behandelt, als ob sie Sicherungsverkäufer wären, und müssen demzufolge die Eigenkapitalanforderungen für das besondere Kursrisiko addieren oder, falls verfügbar, ein externes Rating verwenden. Emittenten dieser Titel werden behandelt, als ob sie Sicherungskäufer wären, und dürfen demzufolge das besondere Kursrisiko für eine der zugrundeliegenden Positionen freistellen, d.h. für das Aktivum mit der niedrigsten Eigenkapitalanforderung für das besondere Kursrisiko.

---

<sup>109</sup> Währungsinkongruenzen sollten in die normalen Meldesysteme für das Währungsrisiko eingehen.